

# SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 2018

Zeitschrift für  
Sächsische  
Geschichte,  
Landeskunde,  
Natur und Umwelt  
64. Jahrgang  
Heft 2/2018  
12,00 €



## Sachsen und Böhmen



Vladimír Salač	
<b>Zum vorgeschichtlichen Verkehr an der Elbe zwischen Böhmen und Sachsen – Raum- und Funktionskontinuität der Besiedlung des Elbdurchbruchs</b>	<b>93</b>
<hr/>	
Katrin Lauterbach	
<b>Vom Grenzwald zur Grenzlinie – Zur Entstehung der sächsisch- böhmischen Grenze</b>	<b>104</b>
<hr/>	
Alexander Querengässer	
<b>Friedrich der Streitbare und die Hussitenbewegung</b>	<b>109</b>
<hr/>	
Hagen Rüster	
<b>Die Landesherrschaft der Vögte und Reußen im Vogtland in ihrer Verbindung zur böhmischen Krone</b>	<b>114</b>
<hr/>	
Matthias Donath, Lars-Arne Dannenberg und Alexander Wieckowski	
<b>Bischof Johann VI. von Meißen (1444-1518) und die Familie von Salhausen in Sachsen und Böhmen</b>	<b>123</b>
<hr/>	
Martin Arnold	
<b>Sachsen und das Luthertum in Böhmen</b>	<b>143</b>
<hr/>	
Matthias Donath	
<b>Böhmische Exklaven in Sachsen 1635 bis 1849</b>	<b>149</b>
<hr/>	
Václav Zeman	
<b>Sächsische Architekten und der evangelische Kirchenbau in Nordwestböhmen um 1900</b>	<b>161</b>
<hr/>	
Konstantin Hermann	
<b>Die sächsische Beamtenkirchgemeinde Bodenbach</b>	<b>170</b>
<hr/>	
Stefan Dornheim	
<b>Kultur im Rhythmus der Natur – Winter und Frühling in der traditionellen Brauch- und Festkultur des böhmisch-sächsischen Raumes</b>	<b>176</b>
<hr/>	
Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath	
<b>Deutsche und Tschechen in der ersten Tschechoslowakischen Republik und im Reichsgau Sudetenland 1918 bis 1945</b>	<b>186</b>
<hr/>	
Petr Karlíček	
<b>Kleiner eiserner Vorhang – Die tschechisch-sächsische Staatsgrenze 1945 bis 1966</b>	<b>199</b>
<hr/>	
Milan Jeřábek	
<b>Kleinprojekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Die Euroregion Elbe/Labe in der Förderperiode 2007 bis 2013</b>	<b>211</b>
<hr/>	
Jürgen Phoenix	
<b>Grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Nationalparkregion Sächsisch-Böhmische Schweiz</b>	<b>217</b>
<hr/>	
Helmuth Albrecht	
<b>Neuer Antrag der „Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří“ für die Aufnahme in die UNESCO-Weltkulturerbeliste</b>	<b>220</b>
<hr/>	
Doreen Mölders	
<b>Sachsen und Böhmen – Eine Beziehungsgeschichte im Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz</b>	<b>225</b>
<hr/>	
Martin Munke	
<b>Vom Neben- zum Miteinander? Regionale Identitäten im sächsisch-tschechischen Grenzraum nach 1989</b>	<b>231</b>

# Liebe Leserinnen und Leser,

Sachsen und Böhmen trennt und verbindet eine der ältesten Grenzen Europas. Am Kamm des Erzgebirges treffen zwei historische Landschaften mit eigener Staatlichkeit und Geschichte aufeinander. Aber diese Grenze war bis 1945 keine Sprachgrenze, was einen engen Austausch beider Seiten ermöglichte. Diese Ausgabe der „Sächsischen Heimatblätter“ be gibt sich – wie vor zwei Jahren im Heft 2/2016 mit Sachsen und Polen – auf die Suche nach Grenzüberschreitendem, nach Gemeinsamkeiten, die sich aus dieser Nachbarschaft ergeben haben.

Ein Symbol des grenzüberwindenden kulturellen Austauschs ist auf dem Titel dieses Heftes zu sehen: das Wendische Seminar (Serbski seminar, Lužický seminář) auf der Prager Kleinseite. Hier wurde von 1724 bis 1922 der katholische Priesternachwuchs für die Pfarreien in der Oberlausitz ausgebildet. Die Brüder Martin Norbert und Georg Joseph Schimon, beide Priester, hatten die Einrichtung gegründet, um katholischen Zöglingen aus der Oberlausitz sorbischer wie deutscher Herkunft ein theologisches Studium zu ermöglichen. Die Katholiken blickten nach Prag, weil die Ober- und die Niederlausitz als böhmische Lehen an Kursachsen gelangt waren. 1635 hatte Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen zugesichert, die konfessionellen Verhältnisse in den vormals böhmischen Lausitzen nicht anzutasten. Im 19. Jahrhundert war das Wendische Seminar ein wichtiger Ausgangspunkt bei der Identitätsfindung des kleinen sorbischen Volkes. Die hier studierenden Sorben wurden von der „nationalen Wiedergeburt“ des tschechischen Volkes und von der panslawistischen Bewegung inspiriert und trugen diese Ideen in das sorbische Siedlungsgebiet. Der anwachsende tschechische und deutsche Nationalismus bewirkte aber auch, dass das Wendische Seminar 1922 geschlossen und die Priesterausbildung nach Sachsen verlegt wurde.

Heute ist das historische Gebäude unterhalb der Prager Burg wieder ein wichtiges politisches Symbol, denn seit 2012 befindet sich hier das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in der Tschechischen Republik. Diese „Landesvertretung“ will das Schaufenster Sachsens in der tschechischen Hauptstadt sein. Es soll dabei helfen, Kontakte zwischen der sächsischen und der tschechischen Seite zu knüpfen, gemeinsame Projekte zu vermitteln und den grenzübergreifenden Austausch zu beleben. Die wehenden Fahnen Tschechiens und Sachsens vor dem Wendischen Seminar zeigen, dass die Vertiefung der nachbarschaftlichen Kontakte auch für die Zukunft eine wichtige, stets mit Leben zu füllende Aufgabe bleibt.

Die Beiträge dieses Hefts spannen einen Bogen von der Vor- und Frühgeschichte bis in die Gegenwart. Teils haben wir die Autoren angesprochen und um Beiträge gebeten, teils wurden die Aufsätze mit der Bitte um Veröffentlichung an uns herangetragen. Dem Wunsch sind wir nur allzugern nachgekommen, repräsentieren sie doch den aktuellen Forschungsstand zur sächsisch-böhmischen Geschichte, wenngleich diese manchmal im Verborgenen blüht. Besonders hat uns gefreut, dass sich sowohl tschechische als auch deutsche Kollegen verschiedenster Einrichtungen beteiligt haben. Ihnen, den Autoren, danken wir herzlich für ihre Mitarbeit!

Dabei wurden höchst unterschiedliche Facetten aufgegriffen. Die Beiträge offenbaren ein breites Spektrum aus Archäologie, Volkskunde, Baukunst, Naturschutz und Geschichte – stets aber mit Bezug zum jeweiligen Nachbarn. So zeigt ein Beitrag ganz grundlegend die Beziehungen des Vogtlands zur böhmischen Krone, ein anderer entwirft eine einstige sächsische Behörde und Auslandskirchgemeinde im böhmischen Bodenbach (Podmokly) dem Vergessen.

An dieser Stelle sei ein Wort zu den Ortsnamen gesagt: Wir haben uns entschieden, durchweg die deutschen Namensfassungen böhmischer Städte und Dörfer zu verwenden. Der amtliche tschechische Name ist bei Ersterwähnung in Klammern angegeben. So wollen wir die deutsch-böhmischen Ortsnamen in Erinnerung rufen, die immer mehr aus dem Bewusstsein verschwinden. Auf tschechischer Seite werden sie bewusst vermieden, und auch auf deutscher Seite ist eine gewisse Scheu bei ihrer Verwendung zu bemerken, so dass man sich kaum noch an sie erinnert. Aber damit geht ein wertvolles Stück böhmischer Kulturgeschichte verloren! Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass diese Kulturschicht ganz verschwindet.

Geschichte soll nicht nur die Vergangenheit beschreiben, sondern auch in die Gegenwart hineinwirken. Das zeigen mindestens fünf Beiträge, die aktuelle Projekte grenzübergreifender Zusammenarbeit vorstellen, wie der Naturschutz in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz, die Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří, die in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen werden soll, Kleinprojekte in der Euroregion Elbe/Labe und schließlich ganz grundsätzliche Überlegungen zur regionalen Identität im tschechisch-sächsischen Grenzraum. Bei letzterem zieht Martin Munke das ernüchternde Fazit, dass bisher noch



Die Herstellung des Hefts „Sachsen und Böhmen“ wurde gefördert vom Sächsischen Staatsministerium des Innern.

kein gemeinsamer Identitätsraum entstanden sei, sondern die Bewohner des Grenzraums vielfach nach wie vor Rücken an Rücken leben. Es gibt also noch viel zu tun, um zu einem engeren Miteinander zu gelangen. Aber vielleicht, so die Hoffnung der Herausgeber, kann dieses Heft zu gegenseitigem Verständnis aufgrund der gemeinsamen, wenn auch zweifellos nicht immer nur harmonischen Geschichte beitragen.

Aber nicht nur aktuelle Forschungsstudien und Kulturprojekte werden vorgestellt, sondern auch Ausstellungen, in deren Vorfeld erhebliche binationale Recherchearbeit geleistet wurde. 2018 zeigt das smac in Chemnitz eine großangelegte Schau zu Sachsen und Böhmen. Und auch die Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“ konzipierten in diesem Jahr gleich drei größere kulturgeschichtliche Ausstellungen, von denen zwei einen engeren

Der Georgsbrunnen auf dem Görlitzer Obermarkt ist ein steinernes Zeugnis sächsisch-böhmischer Geschichte. Die Sandsteinfigur des Görlitzer Stadtknechts (Original von 1674, heute Kopie) hält das Wappen des Kurfürstentums Sachsen, zugleich steht hinter ihm der böhmische Löwe. Das spielt auf die Belehnung des sächsischen Kurfürsten mit der böhmischen Oberlausitz an.  
©Wikimedia (Chmee2)



Bezug zu Böhmen haben, weshalb in diesem Heft Hintergründe und Inhalt vorgestellt werden.

Zum einen erinnert eine Ausstellung in der St. Wenceslaurkirche in Wurzen an Bischof Johann von Salhausen und seinen Einfluss auf Kultur, Wirtschaft und Politik am Vorabend der Reformation. Ein Teil der Familie von Salhausen wechselte 1515 über die Grenze ins Königreich Böhmen, wo sie im nordböhmischen Raum eine dominierende Stellung einnahm und die Ausbreitung des Luthertums förderte. Wir veröffentlichen in diesem Heft unsere aktuellen Forschungsergebnisse, die dieser Ausstellung zugrunde liegen.

Zum anderen beschäftigt sich eine Ausstellung aus Anlass der Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik vor 100 Jahren mit dem Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Böhmen. Sie erzählt von den schwierigen Anfängen des neuen Staates, vom friedlichen Zusammenleben beider Volksgruppen, aber auch von der zunehmenden Radikalisierung, die zum Ende der ersten Republik und schließlich zur Abspaltung des Sudetenlands und Umwandlung in einen nationalsozialistischen Mustergau führte. Die Ausstellung wird am 27. Oktober 2018 zuerst im Schloss Weesenstein eröffnet, ehe sie 2019 in die Tschechische Republik weiterwandert.

1918 war nicht nur das Gründungsjahr der ersten Tschechoslowakischen Republik, sondern vor 100 Jahren beendete die Novemberrevolution in Deutschland auch die Herrschaft der deutschen Könige und Fürsten. Friedrich August III., Sachsens letzter König, verzichtete auf den Thron. Dazu ist derzeit eine von uns kuratierte Sonderausstellung im Schlossmuseum Pillnitz mit vielen seltenen, bislang noch nicht gezeigten Exponaten zu sehen. Zu dieser Ausstellung ist ein umfangreicher Begleitband erschienen, der zahlreiche seltene Fotografien, Berichte und Dokumente zum letzten sächsischen König und zur Revolution 1918 in Sachsen enthält. Darauf sei an dieser Stelle verwiesen, da dieses Thema in den „Sächsischen Heimatblättern“ 2018 keinen Platz findet. Das Heft 3/2018 wird Torgau, der Ausrichterstadt des Tages der Sachsen, gewidmet sein. Das Heft 4/2018 wird unter dem Titel „1050 Jahre Hochstift Meißen“ aktuelle Forschungen zur ältesten Institution Sachsens zusammentragen.

Wir danken dem Sächsischen Staatsministerium des Innern für die Förderung dieses Hefts und dem Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen in Prag für die Bereitstellung der Titelabbildung.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

*Dr. Lars-Arne Dannenberg und  
Dr. Matthias Donath  
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“*



# Zum vorgeschichtlichen Verkehr an der Elbe zwischen Böhmen und Sachsen

## Raum- und Funktionskontinuität der Besiedlung des Elbdurchbruchs

Vladimír Salač

Die Elbe stellt den einzigen Wasserweg dar, der Sachsen und Böhmen miteinander verbindet, die sonst durch Grenzgebirge voneinander getrennt sind. Diese Flussverbindung zwischen den beiden Ländern wurde schon seit dem Neolithikum (etwa seit 5.500 v. Chr.) benutzt, damals jedoch eher nur für Prospektionsreisen. Auch in den folgenden Jahrtausenden wurde der Landweg über den Nollendorfer Pass im Osterzgebirge bevorzugt, denn dieser Weg war für die Umsiedlungs- bzw. Kolonisationsströmungen, für das Viehherdetreiben oder für den eher gelegentlichen Transport günstiger.<sup>1</sup> Erst seit der jüngeren Bronzezeit (etwa seit 1.000 v. Chr.) hat sich die Beziehung zum Wasser allgemein und nicht zuletzt auch zum Wassertransport verändert, und demzufolge wurde auch die Elbe für einen intensiveren Verkehr genutzt.<sup>2</sup> Dies belegt unter anderem die erste stabile, wenn auch nicht besonders dichte Besiedlung des Elbdurchbruchs. Die damals hier entstandenen Siedlungskammern wurden dann ohne Unterbrechungen etwa bis zur Zeitenwende benutzt.

Am intensivsten wurde der Elbdurchbruch für den Verkehr wahrscheinlich in der jüngeren Eisenzeit (Latènezeit, etwa 4. bis 1. Jahrhundert v. Chr.) genutzt. Für diese Zeit gilt die Elbe als Verbindung zwischen zwei unterschiedlichen kulturellen und wahrscheinlich auch ethnischen Kreisen – der Welt der in Böhmen vorkommenden latènezeitlichen Kultur, die den Kelten zugeschrieben wird, und der Welt der Kultur der vorrömischen Eisenzeit, die am mittleren und unteren Flusslauf der Elbe verbreitet war und den Germanen zugeschrieben wird. Beim Blick auf die Karte mag es scheinen, dass das Erzgebirge und das Elbsandsteingebirge eine scharfe Grenze zwischen den beiden Kulturen darstellen. In Wirklichkeit haben sich die beiden Kulturen durchdrungen und auf einem breiten Gebiet vermischt, etwa vom Zusammenfluss der Elbe mit der Saale an bis zur Mündung der Biela (Bílina) in die Elbe in Nordböhmen. Vor allem an der unteren Saale und sächsischen Elbe trafen allerdings latènezeitliche Einflüsse zusammen, die nicht nur von Böhmen aus, sondern auch von

Dieser Beitrag wurde im Rahmen des Programms Strategie AV21 der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik zum Druck vorbereitet.

Blick auf Aussig (Ústí nad Labem), 1846. Im Hintergrund ist das Osterzgebirge mit dem Nollendorfer Pass (Sternchen) zu sehen.

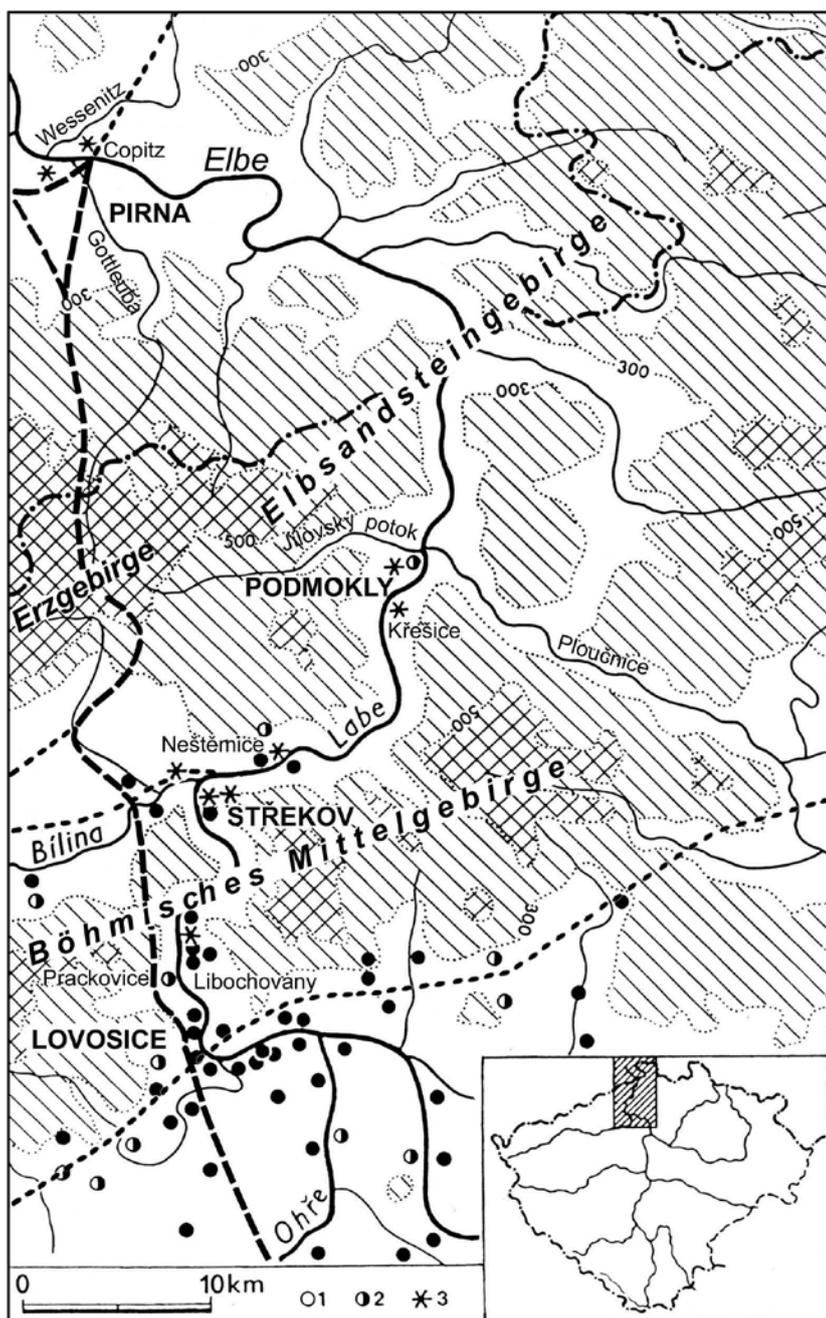
weiteren Gebieten ausgingen, vor allem von Südhüringen und Maingebiet.<sup>3</sup>

Im vorliegenden Beitrag sollen allein diejenigen Kontakte diskutiert werden, die sich zwischen Böhmen und Sachsen abspielten, und dabei vornehmlich die Möglichkeiten der Deutung von Funden aus der Elbe und deren Umgebung. Im Hinblick darauf, dass die beiden Länder in der Vorgeschichte durch das unbesiedelte und schwierig passierbare Erzgebirge, das Elbsandsteingebirge und das manchmal vergessene Böhmisches Mittelgebirge voneinander getrennt waren, kann man begründet annehmen, dass die gegenseitigen Kontakte nur auf zwei konkreten Wegen realisiert waren. Den einen stellt

der Landweg über den Nollendorfer Pass – der sogenannte Kulmer Steig – dar, den anderen eben der Wasserweg auf der Elbe.<sup>4</sup>

Als Besonderheit beider Wege gilt, dass sie gemeinsame Ausgangspunkte haben – das Gebiet der heutigen Städte Lobositz (Lovosice) und Pirna – und eigentlich zwei Alternativen der gleichen Verkehrsverbindung darstellen. Vom Landweg aus dem Bereich der bergigen Abschnitte im Böhmischem Mittelgebirge und Ost-erzgebirge mangelt es bisher an wichtigeren latènezeitlichen Funden, deshalb kann man sich zur Organisation der Bewegung auf diesem Weg nicht äußern. Aus dem Elbdurchbruch dagegen, also aus dem engen Tal, das der Fluss quer über das Böhmisches Mittelgebirge und das Elbsandsteingebirge ausgehöhlt hatte, sind verhältnismäßig reichliche Funde vorhanden. Außerdem stellt der Elbdurchbruch (mit Übergang ins Dresdner Becken) die Domäne einer spezifischen Kulturgruppe, der sogenannten Bodenbacher Gruppe dar. Es handelt sich um eine typisch vermischte archäologische Kulturgruppe, in der sich Elemente der vorangegangenen Bilendorfer Kultur, der vor allem aus der Böhmisches Tafel ausstrahlenden latènezeitlichen Kultur und der vom Norden durchdringenden Jastorfkultur vermischen.<sup>5</sup> Das Spezifikum der Bodenbacher Gruppe ist es, dass sie verschiedene in der materiellen Kultur vorkommende Einflüsse nicht verarbeitet und sie zur Bildung einer neuen Qualität verwendet hat, sondern diese Einflüsse frei mitleben lässt.<sup>6</sup> In einem Grab der Bodenbacher Gruppe sind also etwa Gegenstände der entwickelten Latènekultur und grobe handgemachte Gefäße hiesiger Provenienz in Vergesellschaftung vorzufinden. Die Bodenbacher Gruppe bildet also keine eigene spezifische materielle Kultur, die nur für sie typisch wäre, bis auf die einzige Ausnahme der sogenannten Bodenbacher Nadel.<sup>7</sup> Die Bodenbacher Gruppe kennen wir bis jetzt fast ausschließlich aus Brandgräberfeldern, in denen beim Brandritus deutlich Einflüsse der ursprünglichen Bilendorfer Kultur bzw. vom Norden aus dem Bereich der Jastorfkultur überwiegen, wie das einzige modern ausgegrabene Gräberfeld in Pirna-Copitz<sup>8</sup> am besten deutlich macht. Siedlungen dieser Gruppe sind bis jetzt nicht bekannt. Das grundsätzliche Charakteristikum der Bodenbacher Gruppe ist der Fakt, dass sie ausschließlich an den Flusslauf der Elbe gebunden ist. Fast sämtliche Funde der Bodenbacher Nadeln kommen unmittelbar von den Elbufern.<sup>9</sup> Der Wasserweg zwischen Böhmen und Sachsen verlief also durch das Gebiet der Bodenbacher Gruppe. Lange Zeit wurden die Funde der Bodenbacher Gruppe vor allem aus dem ethni-

Das böhmisch-sächsische Grenzgebiet mit Markierung der im Text erwähnten Fundstellen und wahrscheinlichen vorgeschichtlichen Wegen (1 latènezeitliche Friedhöfe, 2 Körpergräber, 3 Brandgräber)



schen Gesichtspunkt interpretiert.<sup>10</sup> Das einzige zu lösende Hauptproblem war die Feststellung, ob die Angehörigen dieser Gruppe dem keltischen oder dem germanischen Ethnikum angehörten. Die Frage wurde und konnte ausschließlich anhand archäologischer Quellen allerdings nicht befriedigend gelöst werden. Heute scheint es am wahrscheinlichsten zu sein, dass das ganze Gebiet des Elbdurchbruchs und des Dresdner Beckens eine Zone darstellte, in der sich keltische, germanische und ursprünglich heimische Populationen, deren Wurzeln bis in die Spätbronzezeit hineinreichen, vermischten. In letzter Zeit wurde gerade auf den Fakt hingewiesen, dass in den Bodenbacher Gräberfeldern eine deutliche Kontinuität seit der Späthallstattzeit festzustellen ist, als bisher angenommen war.<sup>11</sup>

Erst in der letzten Zeit wurde damit begonnen, eine nichtethnische Deutung der Bodenbacher Gruppe zu suchen, vor allem unter dem Aspekt ihres wirtschaftlichen Hinterlandes und ihrer Rolle bei den Beziehungen zwischen dem Böhmischem Becken und dem Gebiet des heutigen Sachsen u. ä.<sup>12</sup> In diesem Zusammenhang wurde ihre Lage auf Wegeverbindungen zwischen diesen Gebieten hervorgehoben, und es zeigte sich deutlich, dass diese Gruppe eine bedeutende Rolle bei der Organisation von Transport und Handel zwischen den beiden Landschaften und unterschiedlichen archäologischen Kulturen gespielt haben muss. Die Grabfunde der Bodenbacher Gruppe lassen einen langfristigen und relativ intensiven Umlauf von Artefakten auf beiden Seiten des Grenzgebirges nachweisen. Es handelt sich nicht um zufällige einmalige Importe, sondern in allen Bodenbacher Fundstellen zum Beispiel um ein regelmäßiges Vorkommen latènezeitlicher Gegenstände (vor allem Schmuck und Keramik) außerhalb des Bereiches deren Herstellung und zwar wenigstens im Zeitraum vom 4. zum 2. Jahrhundert v. Chr.

Um sich ein Bild über den Verkehr auf der Elbe zu machen, wurde das böhmisch-sächsische Grenzgebiet mit Akzent auf der Beobachtung der Lage der Bodenbacher Fundstellen in der Landschaft und vor allem in ihrem Verhältnis zur Elbe untersucht. Auch ihre Beziehung zu Regionen mit einer kompakten Besiedlung der Latènekultur bzw. der Kultur der vorrömischen Eisenzeit an der sächsischen Seite wurde bewertet.<sup>13</sup> Von Schlüsselbedeutung zeigte sich vor allem der Elbdurchbruch zwischen den Städten Lobositz und Pirna. Hier kam die Bodenbacher Gruppe<sup>14</sup> in einem scharf abgesteckten Bereich ohne die Möglichkeit einer Verbindung mit kompakter Besiedlung anderer Kulturen vor, denn dort war sie von ausgedehnten

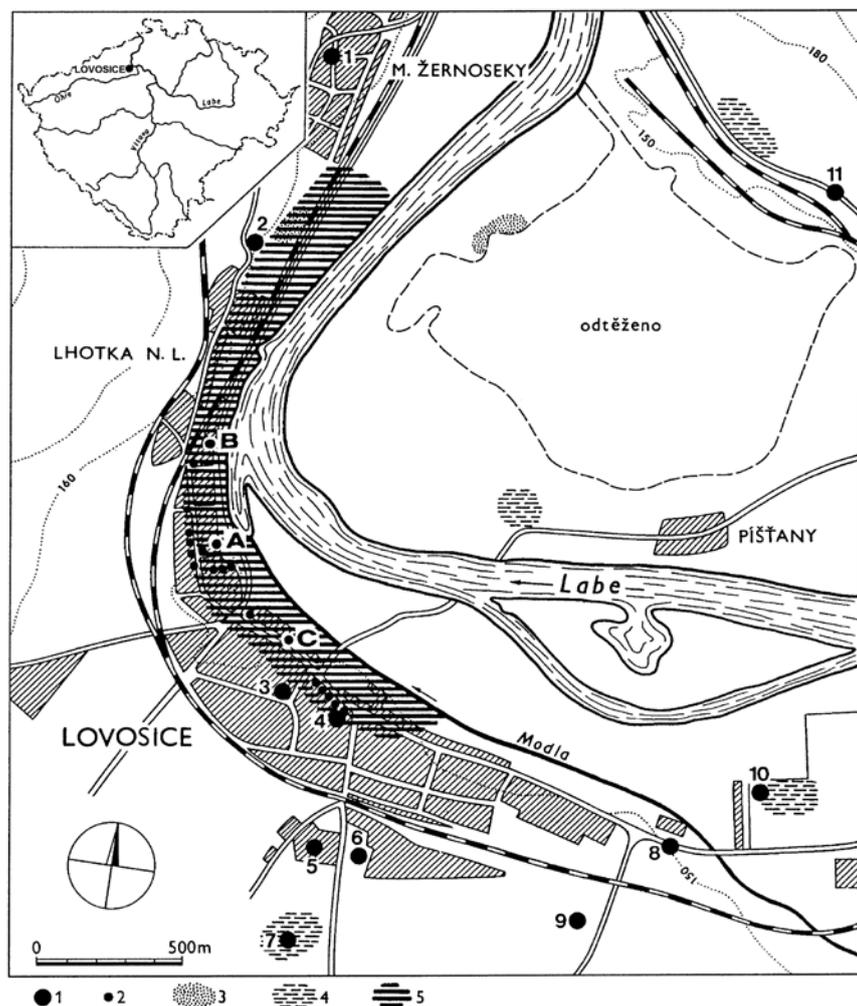
unbesiedelten Gebieten umgeben. Zu Kontakten mit den Nachbarlandschaften konnte es nur am nördlichen Durchbruchrand im Bereich von Pirna und im Süden kommen – entweder im Bereich des heutigen Aussig – hier hatte aber die Verbindung mit der Nachbarschaft eher regionale Bedeutung – oder erst in Lobositz, das am Rande der latènezeitlichen Siedlungsökumene liegt. Der Eingang des Elbtalles in das Gebirge bei Lobositz spielte zweifelsohne eine entscheidende Rolle bei der Kontrolle und Organisation des Transports und Handels an der Elbe. Im Norden stellte einen ähnlichen Schlüsselpunkt die Umgebung der heutigen Stadt Pirna.

Die Entfernung zwischen diesen beiden Orten konnte weder auf dem Landweg (60 Kilometer) noch auf dem Wasserweg (80 Kilometer) an einem einzigen Tag überwunden werden, vielleicht mit Ausnahme der Schifffahrt stromabwärts. Der Wasserweg war nicht nur relativ lang, sondern führte durch ein anspruchsvolles Terrain und war sicherlich auch schwierig schiffbar. Es war nötig, den Weg in Etappen einzuteilen, nicht nur wegen seiner Länge, sondern auch hinsichtlich seiner Schwierigkeit. Es ist auch offensichtlich, dass der Weg an bestimmten Plätzen (Stromschnellen, Felsen, Untiefen, veränderte Stromintensität u. ä.) unterbrochen werden musste und man entsprechende Maßnahmen treffen musste: beispielsweise Rast vor der Überwindung des Hindernisses, Umverteilung der Last, deren Versetzung sowie Mitschleppen des Schiffes über nicht schiffbare Flussstellen. An diesen Plätzen veränderte sich sicher auch die Organisation der Schifffahrt stromaufwärts (Treideln, Staken u. ä.). Im Seichtwasser und in Wasserschnellen häuften sich auch besonders bei Gewittern oder Tauwetter im Frühjahr abgebrochene Äste und Baumstämme, die weggeräumt werden mussten usw. Man kann also annehmen, dass es jeweils an den gleichen Plätzen zu Unterbrechungen des Weges kam. Dort musste die Logistik des Transports anders organisiert werden, und zwar höchstwahrscheinlich in Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung. Für diese Plätze wurde schon früher die Bezeichnung „Organisierungspunkte“ verwendet.<sup>15</sup> Aus den einfachen Raststätten an schwer zu überwindenden Plätzen entwickelten sich unter günstigen Bedingungen (die Grundlage dafür waren genügend Raum und wenigstens ein minimales Agrarhinterland) an Transport orientierte dauerhafte Siedlungen. Man kann auch nicht bezweifeln, dass es bei Unterbrechungen von Warentransport an diesen Orten zum Warentausch kam. An besonders günstigen Orten, vor allem

dort, wo sich der Wasserweg mit anderen Wegen überkreuzte, nahm der Warenausch an Umfang zu und aus den Organisierungspunkten wurden Zentralplätze mit Orientierung an Verkehr und Handel. Mit anderen Worten: Geläufige Dörfer entwickelten sich zu größeren Verkehrs- und Handelsiedlungen, in denen sich allmählich auch Produktion konzentrierte, und so entstanden auch bedeutende wirtschaftliche Zentren.

Die oben aufgestellte Hypothese hat zur Grundlage, dass die Herausbildung und Entwicklung der Organisierungspunkte bis zu eventuellen wichtigen Zentralorten vor allem durch die geografischen Bedingungen vorgegeben gewesen sind. Da diese Bedingungen ein für allemal gegeben sind, sollte auch die Stellung der Organisierungspunkte stabil sein und über den Rahmen einem Zeitabschnitt, in unserem Falle der Latènezeit, deutlich hinausgehen.<sup>16</sup> Versuchen wir jetzt, diese Voraussetzung an der Verteilung der latènezeitlichen Siedlungen im Elbdurchbruch zu untersuchen. Dabei soll anhand ausgewählter Beispiele vom Süden zum Norden vorgegangen werden, also stromabwärts.

Fundstellen aus der Latènezeit in der heutigen Stadt Lobositz (Lovosice) (1 Körpergräberfelder, 2 Notgrabungen der 1980er und 1990er Jahre in der Stadt, 3/4 Siedlungen, 5 angenommener Umfang des Produktions- und Distributionszentrums im 3. bis 1. Jh. v. Chr.)



Das Gebiet der heutigen Stadt Lobositz am südlichen Rand des Elbdurchbruchs ist seit dem Neolithikum ununterbrochen besiedelt. Es sind hier sämtliche vorgeschichtlichen archaischen Kulturen vertreten, die im Elbegebiet aufgetreten sind. Lobositzer Gebiet ist dabei in vielen Kulturen ein wichtiger Zentralort gewesen, wovon ausserordentlich reiche Funde zeugen.<sup>17</sup> Das sogenannte Produktions- und Distributionszentrum, das hier in der Latènezeit entstand<sup>18</sup>, knüpfte also an frühere Traditionen dieses Raumes an. In der nachfolgenden Römischen Kaiserzeit (1. bis 4. Jh. n. Chr.) hielt die Konzentration von ausserordentlich reichen Funden an, und es ist hier ein bedeutendes Zentrum anzunehmen.<sup>19</sup> Die Lage während der Völkerwanderungszeit (5. bis 6. Jh.) ist zwar unübersichtlich, aber zur Unterbrechung der Besiedlung kam es nicht, und seit der Ankunft der ersten Slawen mit der Keramik des Prager Typs gegen Ende des 6. Jahrhunderts ist allmählich eine Verdichtung der Besiedlung zu beobachten, die im 9. bis 12. Jahrhundert zur Entstehung einer wichtigen befestigten Siedlung im nördlichen Teil der Stadt führte.<sup>20</sup> Diese Siedlung erlosch allerdings plötzlich zu Beginn des 13. Jahrhunderts. Sie wurde wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Siedlungssystems und der Stärkung der Zentralmacht der Přemysliden absichtlich aufgegeben, damit sie der nahen königlichen Stadt Leitmeritz (Litoměřice) nicht Konkurrenz machen konnte, welche die Kontrolle über der Mündung des Elbdurchbruchs übernommen hatte.<sup>21</sup> Damit wurde die tausendjährige Tradition von Lobositz als wichtigstem Zentralort der Region abgebrochen.

Die Siedlung behielt jedoch weiterhin einige ihrer Funktionen, und man kann sie übrigens auch heute beobachten, denn sie sind gerade durch die geografische Lage an der Elbe am Fuß des Böhmisches Mittelgebirges der natürlichen nordwestlichen Grenze der Böhmisches Tafel vorbestimmt. Der Lobositzer Raum ist auch heute ein wichtiger Verkehrskorridor, in dem sich der Wasserweg mit den Landwegen kreuzt. Was den Flussverkehr betrifft, liegt Lobositz an einem besonders günstigen Platz direkt vor dem Elbdurchbruch. Außerdem ist hier die Landschaft unweit vom Zusammenfluss mit dem Flüsschen Modla sehr günstig zu einer Hafenanlage gestaltet. Es ist kein Wunder, dass diese Lage Jahrtausende lang besiedelt war, wie die Stratigrafie der Sondierung 1/84 im angenommenen Hafenbereich zeigt. Der Hafen an der Elbe wurde bis zum 19. Jahrhundert benutzt, dann wurde er im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung der Stadt

einige Hundert Meter stromabwärts verlegt und besteht dort bis zum heutigen Tage. Durch Lobositz verlaufen noch heute wichtige Verbindungen, hier kreuzen sich einige Eisenbahnlinien, wobei hier die einzige relevante Verbindung nach Norden führt. Auch die neu entstandene, Böhmen mit Sachsen verbindende Autobahn durchquert die städtische Gemarkung.

Jeder, der in der Vorgeschichte und dem Frühmittelalter das böhmische Binnenland verließ und sich nach Norden nach Sachsen wandte, musste den Lobositzer Raum passieren, ähnlich wie jeder, der aus dem Norden Böhmen betrat. Seit dem Hochmittelalter waren zwar auch andere Verbindungen verfügbar, die Wege über Lobositz sind jedoch bis heute am bequemsten und demzufolge am meisten benutzt. Erst von Lobositz ausgehend besteht in Richtung zum Binnenland die Wahl verschiedener vergleichbar bequemer Verbindungen in verschiedene Teile Böhmens. Unweit von Lobositz befindet sich auch der Zusammenfluss Elbe und Eger, die in der Vorgeschichte höchstwahrscheinlich schiffbar war und eine Verbindung nach Westen ermöglichte.

Mehrere hundert Meter stromabwärts befinden sich kleine latènezeitliche Siedlungen, die beiderseits des ersten Flussabschnitts angehäuft sind, der durch einen felsigen Canyon (Porta Bohemica) verläuft. Die Siedlungen (Velké und Malé Žernoseky, Prackovice, Libochovany)<sup>22</sup> beteiligten sich sehr wahrscheinlich am durch diese schwierige Strecke führenden Verkehr an der Elbe. Die Nähe des Lobositzer Zentrums und wohl auch fehlende bedeutende Landwege waren die Ursache, warum hier keine wichtigeren Wirtschaftssiedlungen entstanden. Diese Orte weisen ein gutes Agrarhinterland auf, deshalb war ihre Umgebung seit dem Neolithikum besiedelt.

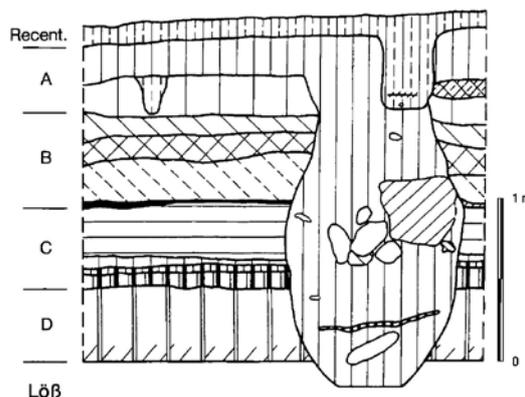
Weiter stromabwärts finden sich latènezeitliche Siedlungen erst in einem Abstand von 15 Kilometern im Bereich der heutigen Stadt Aussig (Ústí nad Labem). Auf der Burg Schreckenstein (Střekov) sind latènezeitliche Siedlungsschichten aufgefunden worden, und darin zahlreiche Importe aus Sachsen, aber auch aus dem Donaugebiet, welche die Beteiligung der Siedlung am Warentransport an der Elbe nachweisen.<sup>23</sup> Die dominante Lage auf dem Felsen ohne landwirtschaftliches Hinterland lässt eine engere Verbindung der Siedlung mit der Kontrolle des Flusses andeuten. Der Raum unterhalb des Schreckensteins galt seit jeher als schwierig schiffbare Stelle. Schon Kaiser Karl IV. soll hier im 14. Jahrhundert die Felsen aus dem Flussbett entfernt haben lassen.<sup>24</sup> Die Lage auf dem Felsen sicherte die Kontrolle nicht nur über dem



Fluss, sondern auch über den einzigen alternativen Landweg durch den nahen Pass, der bei Hochwasser für die Versetzung der Last zu benutzen war.

Für das Alltagsleben war die Lage auf dem Felsen nicht günstig, und deshalb war sie eher sel-

**Lobositz.** Oben Rekonstruktion des ursprünglichen Terrains mit dem angenommenen Umfang des Produktions- und Distributionszentrums im 3.- bis 1. Jh. v. Chr., unten Umfang des Zentrums unter der heutigen Stadt (A Lage der Ausgrabungen in Resslova-Straße)



**Lobositz, Resslova-Straße.** Stratigraphie in der Sondierung 1/84 (A Mittelalter [9. bis 13. Jh.], B Römische Kaiserzeit [1. bis 4. Jh.], C Latènezeit [4. bis 1. Jh. v. Chr.] D Neolithikum [5. bis 4. Jahrtausend v. Chr.] und gewachsener Boden)



Lobositz, Blick von Nordwesten, Lithographie, um 1830 (A Lage der Ausgrabungen in der Resslerova-Straße)

ten besiedelt. Der Fels war wahrscheinlich nur zu Zeiten des intensiven Flussverkehrs besetzt, wenn Profit zu erwarten war. So war es offensichtlich auch in der Spätbronzezeit der Fall, wie es zahlreiche Keramikfunde aus der gleichen Lage nachweisen, aus der es auch latènezeitliche Funde gibt. Dieselbe Rolle spielte auch die hochmittelalterliche Burg, die 1318 gerade mit dem Ziel gegründet wurde, den Schiffverkehr zu kontrollieren, vor allem den Salzhandel.<sup>25</sup>

Eine Entwicklung der dortigen Siedlung hat das Terrain nicht ermöglicht. Übrigens bot das naheliegende Aussiger Becken das notwendige landwirtschaftliche Hinterland. Unter verkehrsgeografischen Gesichtspunkten befand es sich in einer viel günstigeren Lage. Im Becken war es möglich, die Mündung des Flusses Biela (Bílina) in die Elbe zu kontrollieren, d. h. die Kreuzung mit anderem Wasserweg und vor allem einem Landweg, der von hier aus nach Westen ins Erzgebirgsvorland führte. Unweit

Schreckenstein bei Aussig, im Hintergrund das Aussiger Becken. Gemälde von E. G. Doerell, 1876. Das Sternchen kennzeichnet den Fundplatz der späbronze- und latènezeitlichen Keramik.



von hier führte auch der Weg zum Norden über den Nollendorfer Pass nach Sachsen. Hier gab es unterwegs aus Böhmen nach Sachsen die letzte Möglichkeit der Wahl zwischen dem Land- oder Wasserweg. Am Zusammenfluss der Biela mit der Elbe ist die Besiedlung schon seit dem Neolithikum nachgewiesen, die hiesigen latènezeitlichen Siedlungen knüpfen also zum Teil an die Tradition der langfristigen Ortsnutzung an, wo im Mittelalter die königliche Stadt Aussig entstand. Im Bereich des heutigen Stadtviertels Schreckenstein finden wir auch das südlichste nachweisbare Gräberfeld der Bodenbacher Gruppe.

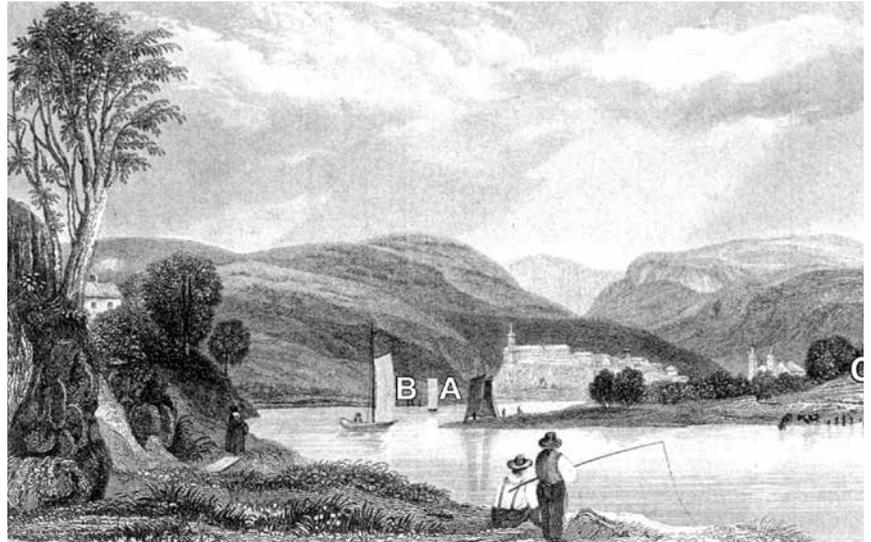
In einem Abstand von etwa fünf Kilometer stromabwärts befindet sich am linken Elbufer in Nestomitz (Neštěmice) ein weiteres Gräberfeld der Bodenbacher Gruppe.<sup>26</sup> Dieser Fundplatz liegt an der Stelle, wo der Nestomitzer Bach in die Elbe mündet, und am gegenüberliegenden Ufer fließt ein anderer Bach von den Bergen des Böhmisches Mittelgebirges herab. Der Fluss ist hier unruhig und die Stelle gilt als schwierig befahrbar. Auch die hiesige Siedlung war wahrscheinlich an den Fluss und seine Bedeutung gebunden und diese stieg und sank in Abhängigkeit von der Intensität des Flussverkehrs. Auf dem Gräberfeld wurde von der Spätbronzezeit bis zur Latènezeit bestattet, vor diesem Zeitabschnitt sowie danach fehlt es an deutlicheren Spuren der Siedlungsaktivitäten. Unweit vom Gräberfeld wurde eine latènezeitliche Siedlung ausgegraben<sup>27</sup>, die aber nur schwer der Bodenbacher Gruppe zuzuordnen ist.<sup>28</sup> Beide Fundstellen sind jedoch aus dem Gesichtspunkt der Flusskontrolle sehr günstig lokalisiert, lassen aber wichtigere Landwegverbindungen mit ihrer Umgebung vermissen. Von dem geografisch günstigen Raum Aussig ist sie durch ein Felsmassiv, den Marienfelsen (Mariánská skála), abgetrennt. Aus diesem Grund blieb die Siedlung immer nur von lokaler Bedeutung.

Eine weitere Besiedlung der Bodenbacher Gruppe finden wir nach 16 Kilometern am Fluss in Krischwitz (Křešice). Nach weiteren zwei Kilometern befindet sich am entgegengesetzten linken Elbufer die namensgebende Fundstelle Bodenbach (Podmokly).<sup>29</sup> Das Krischwitzer Gräberfeld ist die einzige Fundstelle der Bodenbacher Gruppe auf der böhmischen Seite des Elbdurchbruchs, die nicht unmittelbar am Elbeufer liegt, sondern etwa 400 Meter davon entfernt angelegt wurde. Vom Gräberfeld aus ist jedoch ein optischer Kontakt mit dem Fluss möglich. Abgesehen davon, dass die Siedlung wahrscheinlich zwischen dem Fluss und dem Gräberfeld lag, also näher dem Wasser, bei dem

aber diesmal keine besondere Situation zu beobachten ist. Der lokale Abschnitt der Elbe ist hier durchschnittlich gut schiffbar. Auch ist die übliche Lage an einem in die Elbe mündenden Bach zu erkennen.

Man kann allerdings nicht ausschließen, dass das Dorf Krischwitz mit der Siedlung in Bodenbach zusammenwirkte, denn die Siedlung lag zwei Kilometer weiter am entgegengesetzten Ufer. Die verkehrsgeografische Position der Bodenbacher Siedlung gegenüber dem Fluss scheint in diesem Fall deutlicher zu sein. Die Gräberfelder in Bodenbach befinden sich unweit vom Zusammenfluss der Elbe mit dem Eulabach (Jílovský potok), der eine Scheide zwischen den Vulkanen des Böhmisches Mittelgebirges und der Gebilde der Elbsandsteine darstellt. Am anderen Ufer bildet eine ähnliche Grenze das Flüsschen Polzen (Ploučnice). Am Zusammenfluss dieser Wasserläufe erstreckt sich das Tetschener Becken, lange Zeit das einzige an der Elbe besiedelbare Gebiet mit landwirtschaftlichem Hinterland, wenn dieses auch von keiner guten Qualität war. Bei der Schifffahrt stromabwärts öffnet sich zuerst das kleine Tetschener Becken, die beiderseitig mit Bodenbacher Siedlungen in Krischwitz und Bodenbach besetzt ist. Sofort erscheint aber eine Wand des Elbsandsteingebirges, und der Wasserlauf gerät in einen schmalen und tiefen mit hohen Sandsteinfelsen umstellten Canyon. Auf dem weiteren, etwa 15 Kilometer langen Abschnitt bis zum heutigen Städtchen Bad Schandau gibt es an den Ufern keinen Platz für die Entstehung von Siedlungen. Die Ufer waren an sich schlecht passierbar, und bei höherem Wasserstand war die Bewegung an den Ufern in diesem Bereich wahrscheinlich ganz ausgeschlossen, was die Schifffahrt stromaufwärts beim Staken oder Treideln sicherlich wesentlich erschwerte.

Die Lage der Siedlung in Bodenbach direkt an der Grenze zweier Landschaften und an der Stelle, wo sich der Flussstrom sichtbar ändert, war für Kontrolle der Bewegung auf dem Fluss ideal. Die Besiedlung hier erfolgte an Stellen, wo die Elbe eine Schleife bildet, deren Raum dem Dorf das günstigste landwirtschaftliche Hinterland in diesem Gebiet bot. Der Zusammenfluss des Eulabaches mit der Elbe bildete am Rande der angenommenen Siedlung ideale Bedingungen für einen Hafen. Diese Stelle bot den Wandernden stromabwärts die letzte Möglichkeit einer guten Vorbereitung auf den Weg durch den Flussabschnitt ohne Hinterland. Den Wandernden stromaufwärts bot es wiederum nach längerer Zeit die Möglichkeit einer bequemen Lagerung und der Unterstützung durch die hiesigen Bewohner.



Dieser Raum wurde auch in der Spätbronzezeit, Hallstattzeit und im Frühmittelalter besiedelt.<sup>30</sup> In den anderen Zeitabschnitten blieb das Tetschener Becken anscheinend leer. Im Hochmittelalter, in dem das Verhältnis zum landwirtschaftlichen Hinterland doch etwas lockerer war, verschob sich die Besiedlung ans entgegengesetzte Ufer, wo die Stadt Tetschen (Děčín) entstand. Diese Lage ermöglichte zwar, die Mündung des Elbsandsteincanyons und die mächtigen lokalen Wasserschnellen zu kontrollieren, aber landwirtschaftlich war sie ungünstig. Die Entfernung zwischen den beiden Plätzen beträgt allerdings nur einige hundert Meter. Die verkehrsgeografische Lage von Bodenbach ist auch beim Blick auf die moderne Verbauung dieses Raumgebietes klar. Hier dominieren Kreuzungen von Eisenbahnlinien und wichtigen Landstraßen, hier befindet sich auch ein wichtiger Hafen.

Tetschener Becken von Süden. Radierung, 1837. Annähernde Lagen der Gräberfelder in Bodenbach (A Kleiner Sand, B Großer Sand) und in Krischwitz (C).

Tetschener Becken von Norden. Ölgemälde, nach 1850. Annähernde Lagen der Gräberfelder in Bodenbach (A – Kleiner Sand, B – Großer Sand).





Hafen in Bodenbach, 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Besiedlung des Tetschener Beckens war traditionell mit dem Verkehr auf der Elbe verbunden und bis zur modernen Zeit in hohem Maße davon abhängig. Ob sich in der Vorgeschichte mit dem Wasserweg auch einige Landwege kreuzten, ist nicht bekannt. Es konnte sich ja höchstens um Wege von marginaler Bedeutung gehandelt haben. Das Tetschener Becken liegt in der Mitte des Elbdurchbruchs, also des Weges zwischen Lobositz und Pirna. Die Bedeutung dieses Gebietes in der Latènezeit ragt hervor, wenn festgestellt werden kann, dass die nächsten festgestellten latènezeitlichen Fundstellen stromabwärts erst im Gebiet von Pirna und Copitz<sup>31</sup> befinden. Aus dem ganzen Abschnitt zwischen Bodenbach und Pirna, ungefähr 40 Kilometer,

Pirna von Nordosten. Ölgemälde von Bernardo Bellotto, genannt Canaletto, zwischen 1753 und 1755 (A latènezeitliche Funde vom Klosterbereich, B latènezeitliche Funde am Fuß des Sonnensteins)



fehlen bis jetzt latènezeitliche (Bodenbacher) Fundstellen.

Diese Situation kann den Forschungsstand widerspiegeln, andererseits ist es ja offenbar, dass die sächsische Seite des Elbdurchbruchs deutlich schlechtere Bedingungen für Gründung ständiger Siedlungen bot. Diese waren hier wahrscheinlich oft durch einfache Raststätten ohne langfristige Besiedlung ersetzt. Gleichzeitig ist aber nicht auszuschließen, es ist ja sogar wahrscheinlich, dass Fundstellen aus der Eisenzeit in Zukunft hier entdeckt werden. Unter dem Aspekt der Terraingemorphologie und der verkehrsgeografischen Situation scheinen das Raumgebiet des Städtchens Bad Schandau und seine Umgebung bzw. das Gebiet der Königsteiner Schleife dafür in Frage zu kommen. Beide Plätze befinden sich außerdem in der Mitte der Strecke zwischen Bodenbach und Pirna, dazwischen liegen etwa 20 Kilometer Schifffahrt. Diese Entfernung war so an einem Tag mit Staken oder Treideln zu bewältigen. Sollte es sich um eine Fundstelle der Bodenbacher Gruppe handeln, ist sie im Tiefland in der Nähe des Flusses zu erwarten, nicht in Höhenlagen. Gleichzeitig ist aber diese Fundstelle außer der Reichweite häufiger Überschwemmungen anzunehmen. Solche Stellen wurden aber später grundsätzlich von mittelalterlichen Siedlungen besetzt, welche die sicher kleinen Dörfer und Gräberfelder der Bodenbacher Gruppe stark beschädigen konnten, übrigens gleich wie der gegenwärtige moderne Umbau der Städte und Dörfer. Auf der anderen Seite sind im Sandsteindurchbruch ohne fruchtbare Böden und ohne Landwege keine wichtigen Siedlungen anzunehmen.

Ein ausreichender Raum für die Gründung einer Siedlung mit gutem landwirtschaftlichem Hinterland kommt bei Schifffahrt stromab erst beim letzten Sandsteinfelsen Sonnenstein vor, an dessen Fuß die Stadt Pirna liegt. Aus dem Gesichtspunkt der Terraingestaltung ist sicher von Bedeutung, dass auch hier, ähnlich wie bei allen Bodenbacher Fundstellen, lokale Wasserläufe in die Elbe münden. In kleinem Abstand fließen aus entgegengesetzten Ufern die Flüsschen Gottleuba und Wesenitz in die Elbe, die die Nordgrenze des Elbsandsteingebiets bilden. Auch in diesem für die Verbindungen wichtigen Punkt wurden beide Ufer von der latènezeitlichen Bevölkerung kontrolliert. Im Bereich der Altstadt Pirna wurden bei der archäologischen Stadtkernforschung Spuren latènezeitlicher Siedlungen im erhaltenen mittelalterlichen Kloster an der anzunehmenden Furt über den Fluss und auch am Fuß des Massivs Sonnenstein ausgegraben.<sup>32</sup> Es ist aber offensichtlich,

dass die Besiedlungsspuren aus diesem Zeitraum beim Aufbau der mittelalterlichen Stadt zerstört wurden. Auf dem anderen Ufer, in Copitz, ist die Situation günstiger, sodass es gelungen ist, eines der bestens erhalten gebliebenen Gräberfelder der Bodenbacher Gruppe zu untersuchen. Zwischen ihm und dem Elbufer befindet sich eine bisher nicht ausgegrabene, etwa zeitgleiche Siedlung.<sup>33</sup> Den Aus-/Eingang des Elbdurchbruchs hielt also die Bodenbacher Gruppe unter Kontrolle.

Bei Pirna öffnet sich die Landschaft wieder, hier beginnt die kompakte Besiedlung und der Mensch kann sich im Terrain relativ frei bewegen und ist nicht lediglich an den Wasserlauf oder den einzigen gehbaren Landweg gebunden. Der Wasserweg kreuzt sich hier gleich mit mehreren Landwegen, die die Wahl einer alternativen Transportweise ermöglichen. Unter anderem geht von der bergigen Landschaft einer der Zweige des Kulmer Steigs aus, der Böhmen mit Sachsen verband und an der böhmischen Seite gerade bei Lobositz begann. Aus der Lage an der Elbe und der Kreuzung der Landwege profitierte sowohl die vorgeschichtliche als auch mittelalterliche Besiedlung. Die Existenz eines Hafens ist hier seit dem Mittelalter mit schriftlichen Quellen belegt und seine Nutzung bis vor kurzem halten viele Abbildungen fest.<sup>34</sup> In Richtung des sächsischen Binnenlands war die Bewegung auf den Wegen aber schwieriger zu kontrollieren, denn man konnte den Kontrollpunkten in der offenen Landschaft leicht ausweichen. Darin bestand auch die einzigartige Lage der Organisationspunkte im Elbdurchbruch, denn man konnte sie praktisch nicht umgehen, und zwar einschließlich der Ausgangspunkte in Lobositz und Pirna. Zu bedenken ist darüber hinaus, dass eine Bewegung auf dem Fluss besonders stromaufwärts ohne Hilfe der einheimischen Bevölkerung nur schwierig vorstellbar und gegen ihren Willen nicht realisierbar gewesen sein wird.

Wenn wir also den topografischen Lagen der latènezeitlichen Fundstellen im Elbdurchbruch nachgehen, stellen wir fest, dass sie eine enge Bindung an einen Wasserlauf als solches aufweisen, aber vor allem in schwierig schiffbaren Abschnitten vorkommen, in Stellen mit starken Landschaftsänderungen und auch an Plätzen natürlicher Häfen. Mit Ausnahme des Schreckensteiner Felsens liegen die Fundstellen jeweils bei der Mündung eines Zuflusses in die Elbe. Es scheint, dass die Siedlungen besonders an der böhmischen Seite des Elbdurchbruchs die Strecke in sinnvolle Etappen einteilen, welche binnen eines Tages zu schaffen waren und dazu alle schwierigen Stellen deckten. Diese Siedlungen



gen konnten also zum einen den Verkehr sehr gut absichern, zum anderen auch völlig kontrollieren. Im Abschnitt zwischen Tetschen und Pirna gibt es bis jetzt keine Siedlungsfunde. Sicher existierten auch hier Stützpunkte, denn gerade bei der Fahrt stromaufwärts war der Abschnitt nicht an einem Tag zu bestreiten. Diese Plätze müssen einerseits bis jetzt noch nicht entdeckt worden sein, andererseits müssen sie nicht dauerhaft besiedelt gewesen sein, deshalb sind sie archäologisch nur umständlich feststellbar.

Im vorliegenden Beitrag wurde der Versuch unternommen, auf die folgende Tatsache hinzuweisen: Wenn die Besiedlung des Elbdurchbruchs in der jüngeren Eisenzeit (Latènezeit) interpretiert werden soll, ist es unerlässlich, über den zeitlichen Rahmen dieses Zeitabschnittes hinauszugehen und zu untersuchen, wie die Stellen der ehemaligen latènezeitlichen Siedlungen in anderen Zeiten genutzt waren. Die Plätze der latènezeitlichen Siedlungen, die relativ isoliert in der Landschaft vorkommen, darüber hinaus mit einem nicht besonders günstigen landwirtschaftlichen Hinterland und die bei schwierigen Flussabschnitten liegen, waren in der Regel auch in der Spätbronzezeit und der älteren Eisenzeit (Hallstattzeit), also im 9. bis 5. Jahrhundert v. Chr. besetzt.<sup>35</sup> Eine andere vorgeschichtliche Besiedlung ist in ihnen nicht vertreten, und die nächste Besetzung dieser Stellen nach der Latènezeit begann wieder erst im Mittelalter.<sup>36</sup> Die direkt im Elbdurchbruch liegenden Siedlungen ohne Verbindung mit den Landwegen entwickelten sich nie zu Zentren von größerer Bedeutung, immer blieben sie nur unwichtige Dörfer.

Die Areale derjenigen latènezeitlichen Siedlungen, die neben der günstigen Lage am Fluss noch über die günstige verkehrsgeografische

Pirna, Blick vom Sonnenstein nach Nordwesten. Ölgemälde Bernardo Bellotto, genannt Canaletto, zwischen 1753 und 1755 (A latènezeitliche Funde vom Klosterbereich, B latènezeitliche Funde am Fuß des Sonnensteins, C annähernde Lage der latènezeitlichen Siedlung in Copitz, D annähernde Lage des Bodenbacher Gräberfeldes in Copitz)

Lage verfügten, spielten dagegen eine wichtige Rolle in vielen Zeitabschnitten. Besonders dann, wenn sie auch ein entsprechendes Hinterland für Landwirtschaft zur Verfügung hatten, wie vor allem in Lobositz und Pirna, zum Teil auch im Bereich von Aussig. An diesen Stellen entstanden Organisierungspunkte, die sich in verschiedenen Zeiten zu wichtigen wirtschaftlichen und politischen Zentren entwickelten. Es ist interessant zu beobachten, wie die Zentralfunktionen dieser Orte, vor allem diejenigen, die mit dem Verkehr verbunden waren, von einer Kultur auf die andere bzw. von einem Zeitraum zum anderen weiter genutzt wurden. Die Furten, Fernwege, deren Kreuzungen, aber auch Häfen nutzten viele Generationen über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende hinweg. Es ist sicher kein Zufall, dass an diesen Stellen auf alten Darstellungen und alten Karten regelmäßig Hafenplätze und oft auch Landwege vorkommen. Beides wird auch auf den heutigen Luftaufnahmen dieser Stellen erkennbar. Ihre Funktionen sind nämlich durch ihre Lage in der Landschaft vorbestimmt. Wie in archäologischen, schriftlichen und bildlichen Quellen zu sehen ist, hatte die Menschheit solche günstige Terrainsituationen seit jeher ausgenutzt. Seit dem Neolithikum im 6. Jahrtausend v. Chr., als der Aufbau ständiger Siedlungen begann, wurden auch mehr oder weniger ständige Wege geschaffen, welche die Geomorphologie des Terrains konsequent ausnutzten und welche oft bis heute benutzt werden. Diese Verbindungen sind in extremen Landschaftssituationen besonders gut zu beobachten, wie zum Beispiel in Gebirgen, wo der Ablauf der Wege durch die Bergpässe klar gegeben ist. Zu diesen deutlich strukturierten Landschaften gehören zweifelsohne der Elbdurchbruch sowie das Osterzgebirge mit dem Kulm-Nollendorfer Pass.

Mit dem Studium der besiedelten Stellen in diesen beiden Landschaften mit schriftlichen Quellen kann vielfältig zur Deutung ihrer Funktion in der Latènezeit bzw. in der Vorgeschichte beigetragen werden. Für die Rekonstruktion der heute oft völlig veränderten Landschaft in ihrer damaligen Umgebung sind neben den Rekonstruktionskarten auch alte Darstellungen aus der Zeit vor der industriellen Revolution nutzbar.<sup>37</sup>

#### Autor

Doc. PhDr. Vladimír Saláč  
Archeologický ústav  
Akademie věd  
České Republiky

Selbstverständlich dürfen Spezifika der einzelnen Zeitabschnitte nicht vergessen werden. In der Zeit bis zum Hochmittelalter muss die Abhängigkeit der Dörfer vom landwirtschaftlichen Hinterland betont werden. Die Böden im Elbdurchbruch sind wenig fruchtbar, deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass die hiesige

Besiedlung zum Teil auch auf die Zufuhr von Lebensmitteln angewiesen war. Dass die latènezeitliche Dörfer die landwirtschaftliche Tätigkeit nicht aufgeben wollten, beweist die sehr enge Verknüpfung mit dem nutzbaren Agrarboden. An Stellen, wo für eine ähnliche Aktivität keine Bedingungen waren, finden wir einfach keine Siedlungen, was vor allem für den Flussabschnitt zwischen Tetschen und Pirna signifikant ist.

Auf der anderen Seite scheint es deutlich zu sein, dass die Besiedlung des unfruchtbaren Elbdurchbruchs, in dem es außerdem keine Rohstoffe gibt, vor allem die Möglichkeit der Beteiligung am Transport verlockte. Wahrscheinlich sicherte gerade diese Aktivität gewissermaßen die Existenz der hiesigen Besiedlung. Sobald der Elbeverkehr aus verschiedenen Gründen an Bedeutung verlor, wurde der Elbdurchbruch schnell verlassen. Deshalb blieb er wohl lange Zeitabschnitte leer. Diese Siedlungsleere im Elbdurchbruch ist besonders für die Römische Kaiserzeit (1. bis 4. Jahrhundert n. Chr.) markant, die nach der Blütezeit in der Latènezeit folgte. Damals blieb der größte Teil Sachsens entweder ganz leer oder war nur dünn besiedelt. Der Handel auf der Elbe verlor also den Handelspartner auf der sächsischen Seite, und dies hatte zu Folge, dass der regelmäßige Verkehr auf der Elbe aufhörte. Unter diesen Bedingungen verlor auch die Besiedlung im Elbdurchbruch ihren Sinn, und das Gebiet blieb während der ganzen Römischen Kaiserzeit leer. Für unregelmäßige Kontakte, Wanderungen von Personen oder Stämmen u. ä. war die Landwegverbindung über das Erzgebirge sicher günstiger, weil sie weder eine logistische Unterstützung der heimischen Bevölkerung noch spezielle Verkehrsmittel oder spezifische Fertigkeiten verlangte.

Erst das Mittelalter mit stabilisierten Verhältnissen und neuen verbesserten Wirtschaftsmöglichkeiten, die Dörfer und vor allem Städte ohne entsprechendes landwirtschaftliches Hinterland mit Lebensmitteln zu versorgen, führte zu einer dauerhaften stabilen Besiedlung des Elbdurchbruchs, aber auch höherer Lagen im Erzgebirge.

Dank seinen einzigartigen geografischen Bedingungen bildet der Elbdurchbruch zwischen Lobositz und Pirna ein gutes Modellgebiet für das Studium von Verkehr und Handel in der Vorgeschichte und im Mittelalter. Das Forschungspotential dieses Gebietes ist bis jetzt bei Weitem nicht genutzt worden, vor allem im Sinne der Verfolgung der Kontinuität bzw. Diskontinuität dieser Aktivitäten über lange Zeitabschnitte hinweg.

- 1 K. Simon/K. Hauswald: Der Kulmer Steig vor dem Mittelalter. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 37 (1995), S. 9-98.
- 2 M. Zápotocký: Zur Bedeutung der Elbe als Verbindungs- und Transportweg. In: Památky archeologické 60 (1969), S. 277-366.
- 3 R. Müller: Die Grabfunde der Jastorf- und Latènezeit an unterer Saale und Mittel-Elbe. Berlin 1985; V. Salač: Die Aussagen der Keramik zu Kontakten zwischen Böhmen und Mitteleuropa in der Latènezeit. In: Beiträge zur keltisch-germanischen Besiedlung im Mittelgebirgsraum (Weimarer Monographien zu Ur- und Frühgeschichte 28). Stuttgart 1992, S. 69-112; J. Brandt: Jastorf und Latène. Rahden/Westfalen 2001.
- 4 Zápotocký (wie Anm. 2); W. Coblenz: Zu bronzezeitlicher Nutzung und Besiedlung der Sächsischen Schweiz und des östlichen Erzgebirgsrandes. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 30 (1986), S. 89-109; Simon/Hauswald (wie Anm. 1); V. Salač: Die Bedeutung der Elbe für die böhmisch-sächsischen Kontakte in der Latènezeit. In: Germania 76 (1998), S. 573-617; V. Salač: Zur Bodenbacher Gruppe und deren namengebender Fundstelle. In: J. Koch/D. Moelders/S. Wolfram (Hrsg.): Artefact. Festschrift für Sabine Rieckhoff zum 65. Geburtstag. Bonn 2009, S. 189-213; R. Spehr: Kulturelle und personelle Fernbeziehungen im sächsischen Latène. In: A. Lang/V. Salač (Hrsg.): Fernkontakte in der Eisenzeit. Praha 2002, S. 194-229.
- 5 Brandt (wie Anm. 3); Salač 2009 (wie Anm. 4).
- 6 Vgl. W. Mähling: Die Bodenbacher Gruppe. Prag 1994; W. Mähling: Die frühgermanische Landnahme im mitteldeutsch-sächsisch-nordböhmisches Gebiet. Prag 1944; Salač 1998 (wie Anm. 4); Salač 2009 (wie Anm. 4).
- 7 Z. B. Salač 2009 (wie Anm. 4), Fig. 16.
- 8 R. Spehr: Das Latènegräberfeld von Copitz bei Pirna. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 41 (1999), S. 97-144.
- 9 Vgl. K. Peschel: Zur Latènezeit in Sachsen und Thüringen und ihren Beziehungen zum benachbarten Osten und Südosten. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 22 (1977), S. 289-301.
- 10 P. Reinecke: Zu den Gräberfunden von Bodenbach a.d. Elbe. In: Wiener Prähistorische Zeitschrift 2 (1915), S. 15-26; Mähling (wie Anm. 6); N. Venclová: Zum Problem der ethnischen Zugehörigkeit der Bodenbacher und Kobiler Gruppe. In: Archeologické rozhledy 25 (1973), S. 41-71; J. Waldhauser: Die oppidumartige Anlage 'Úhošť' (Burgberg) bei Kadaň und die keltische Besiedlung Nordwestböhmens am Ende der Latènezeit (Fakten und Hypothesen). In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 27/28 (1984), S. 167-189.
- 11 Salač 2009 (wie Anm. 4).
- 12 J. Waldhauser: Sozioökonomische Modelle zu den nordböhmisches nichtkeltischen Gruppen von Podmokly und Kobyly (Modelle der Laténisierung). In: Archeologia Polski 35 (1990), S. 87-111; Salač 1998 (wie Anm. 4); Salač 2009 (wie Anm. 4); Spehr (wie Anm. 4).
- 13 Salač 1998 (wie Anm. 4); Salač 2009 (wie Anm. 4).
- 14 Im Abschnitt zwischen Lobositz und Aussig ist die Beziehung zwischen den reinen latènezeitlichen Fundstellen und den eventuellen Fundstellen der Bodenbacher Gruppe bis jetzt nicht geklärt worden. Vgl. V. Salač: Zu Untersuchungen über ein latènezeitliches (LT C2-D1) Produktions und Distributionszentrum in Lovosice. In: Archeologické rozhledy 42 (1990), S. 609-639; Salač 1998 (wie Anm. 4).
- 15 Salač 1998 (wie Anm. 4); V. Salač: Zentralorte und Fernkontakte. In: A. Lang/V. Salač (Hrsg.): Fernkontakte in der Eisenzeit. Praha 2002, S. 20-46.
- 16 Näher zu den geografischen bzw. physischen Bedingungen des Verkehrs siehe V. Salač: On the speed of transport in the La Tène period and its economic, political and culture impacts on society. In: Archeologické rozhledy 65 (2013), S. 89-132.
- 17 Salač 2002 (wie Anm. 15).
- 18 Salač 1990 (wie Anm. 14).
- 19 V. Salač: Lovosice in der Latènezeit, römischen Kaiserzeit und Völkerwanderungszeit. In: J. Bouzek/H. Friesinger/K. Pieta/B. Komoróczy (Hrsg.): Gentes, Reges und Rom (Spisy Archeologického ústavu AV ČR Brno 16). Brno 2000, S. 155-163.
- 20 M. Zápotocký: Die slawische Besiedlung der Litoměřicer Gegend. In: Památky archeologické 56 (1965), S. 205-391.
- 21 J. Žemlička: Die Entwicklung der Besiedlung des unteren Tales des Flusses Ohře und des Böhmischen Mittelgebirges bis zum 14. Jahrhundert. Praha 1980.
- 22 Salač 1990 (wie Anm. 14); Salač 1998 (wie Anm. 4).
- 23 J. Waldhauer: Střekov microregion in Latèneperiod and current problems of Podkoly-group. In: Praehistorie 32/2 (2014), S. 289-321.
- 24 Z. B. M. Hubert: Geschichte der Schifffahrt in Böhmen. Děčín 1996.
- 25 V. Razím/L. Hylmanová: Zu den Anfängen der Stadt Ústí nad Labem oder die Aussiger Burgen. In: Archeologické rozhledy 69 (2017), S. 493-513.
- 26 Mähling 1944 (wie Anm. 6).
- 27 J. Waldhauser: Eine Siedlung der Bodenbacher Gruppe bei Neštětice, Bez. Ústí n. L. In: Památky archeologické 67 (1976), S. 31-84.
- 28 Salač 1990 (wie Anm. 14).
- 29 Mähling 1944 (wie Anm. 6); Salač 2009 (wie Anm. 4).
- 30 Mähling (wie Anm. 6), M. Zápotocký: Die slawische Besiedlung im Raum Ústí. In: Archeologické rozhledy 30 (1978), S. 258-303; Salač 2002 (wie Anm. 15).
- 31 Heute ein Ortsteil der Stadt Pirna am entgegengesetzten Elbeufer.
- 32 Simon/Hauswald 1995 (wie Anm. 1); M. Torke: Siedeln am Strom: Risiko oder Chance? Zu Urrelief, präurbaner Topographie und Hochwasserexposition Pirnas vor der Stadtwerdung. In: Arbeits- und Forschungsberichte zur Sächsischen Bodendenkmalpflege 53/54 (2012), S. 359-410.
- 33 Spehr (wie Anm. 8).
- 34 A. Meiche: Historisch-Topographische Beschreibung der Amtshauptmannschaft Pirna. Dresden 1927.
- 35 Vgl. J. Bouzek/D. Koutecký: The Lusatian culture in Nordwestbohemia. Most 2000.
- 36 M. Zápotocký: Die slawische Besiedlung der Děčiner Gegend. In: Archeologické rozhledy 29 (1977), S. 521-553; Zápotocký (wie Anm. 30).
- 37 Vgl. V. Hofek/V. Kaiser/M. Kolář: Ernst Gustav Doerell. Ústecká vlastivěda XII. Ústí nad Labem 2016; A. Fröhlich-Schauseil/R. Misterek: Die Sächsische Schweiz in der bildenden Kunst. Pirna 2017.



# Vom Grenzwald zur Grenzlinie

## Zur Entstehung der sächsisch-böhmischen Grenze

Katrin Lauterbach

An der Grenze zwischen Sachsen und Böhmen. Grenzstein von 1672 mit dem böhmischen Löwen auf der böhmischen Seite, nach 1918 markiert mit ČS für Československo  
© Wikimedia (Hejkal)

Die sächsisch-böhmische Grenze gehört zu den ältesten noch bestehenden Grenzen Europas. Sie verläuft vollständig im noch heute bewaldeten Gebirge, östlich im zerklüfteten Felsengebiet der Sächsischen Schweiz und westlich mit wesentlich größerem Anteil im Erzgebirge bis zur bayrischen Grenze. Ihre Entstehung ist durch die Entwicklung vom flächenhaften Grenzwald als breiten Streifen bis hin zur Grenzbestimmung als Linie zwischen der Markgrafschaft Meißen und dem Königreich Böhmen geprägt. Noch im Mittelalter kannte man eine Grenzlinie im heutigen Sinne nicht; die Siedlungsgebiete trennte ein meist breiter Grenzwald, der auch als Markwald

bezeichnet wurde. Mit der Rodung und Besiedlung der Grenzwälder setzt die Herausbildung der Grenze mit ihrer besitztrennenden Eigenschaft ein. Waldbesitz, durch den eine Grenze verlief, war in der Kolonisationszeit von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung sowohl für die Siedeltätigkeit als auch für den Bergbau, er wurde umkämpft. Daher liegt ein besonderes Augenmerk auf den kurfürstlichen Forstgrenzen, zumal sie in weiten Abschnitten die Landesgrenze bilden. Das Untersuchungsfeld wurde auf das Gebiet der Sächsischen Schweiz und des Osterzgebirges eingegrenzt, wobei zu beachten ist, dass die böhmische Grenze bis 1405

noch bis an die Gottleuba einschließlich der Stadt Pirna heranreichte und die Herrschaft Wehlen umschloss. Bis 1406/08 gehörten die Herrschaft Königstein, bis 1443 die Herrschaft Hohnstein, bis 1451 die Herrschaft Wildenstein und noch bis 1503 das Dorf Rosenthal zu Böhmen.<sup>1</sup>

Die landesgeschichtliche Forschung zur Entstehung der sächsisch-böhmischen Grenze setzte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein. Hervorstechend sind die Arbeiten von Erich Berlet, Walther Schlesinger sowie Horst Torke.<sup>2</sup> Die ältesten, in Urkunden überlieferten Namen für das Erzgebirge bergen in sich die Bezeichnung für Grenzgebirge bzw. Grenzwald: „Fergunna“ (erwähnt 805) heißt markomannisch „Grenzgebirge“ und „Miriquidi“ (genannt 974 und 1004) hatte bei den Hermunduren die Bedeutung „Dunkelwald“ mit der Nebenbedeutung „Grenzwald“. In Bezug auf die Erschließung des Grenzwaldes kam er zu dem Ergebnis, dass sich um 1450 Böhmen und Sachsen in Richtung geschlossener Territorialstaaten entwickelten. Der sie trennende Grenzwald als Streifen bzw. Fläche wurde durch Siedeltätigkeit in seiner Breite beträchtlich verkleinert. Weiter östlich war Berlet infolge des Zinnbergbaus und besserer Wegsamkeit schon nicht mehr geschlossen und wies teilweise durch beidseitige Siedlungen bereits eine Grenzlinie auf. Mit dem Vertrag von Eger wurde 1459 durch Gebietstausch zwischen den politischen Kräften, dem Königreich Böhmen und dem Kurfürstentum Sachsen, ein Zustand des Gleichgewichts hergestellt, der die sächsisch-böhmische Grenzlinie im Erzgebirge mittelbar und zugleich grundlegend mitbestimmte. Es handele sich fortan allein um die Herausarbeitung der einzelnen, unbestimmt gelassenen Grenzstrecken.<sup>3</sup>

Schlesinger erforschte 1938 die Herausbildung der Grenze in größeren Zusammenhängen und zeitlich weiter zurückreichend. Er stellte fest, dass die sächsisch-böhmische Grenze weder eine Volks-, Sprach- noch Kulturgrenze war, eine Wirtschaftsgrenze erst nach dem Ersten Weltkrieg geworden sei und deshalb die grenzbildenden Kräfte zunächst in geografischen, sodann in politischen Gegebenheiten zu suchen sind. Nach dem Ende direkter kaiserlicher Herrschaft entwickelte sich zunehmend das Territorialbewusstsein der böhmischen und sächsischen Landesherrn, und der Prozess der Staatsbildung begann. Schon im 13. Jahrhundert ist das wesentlichste Stück auf dem Weg vom Grenzsaum zur Grenzlinie zurückgelegt worden. Ein klassischer Beleg für die Herausbildung von linearen Grenzen ist die Oberlausitzer Grenzurkunde von 1223 (1241) mit der klaren

### Chronologischer Überblick zur Entstehung der sächsisch-böhmischen Grenze

Ab 7. Jh.	Slawische Besiedelung in den Niederungen entlang der Flusstäler
9./10. Jh.	Urkundliche Erwähnungen der Begriffe <i>Fergunna</i> (markomannisch für Grenzgebirge), <i>Miriquidi</i> (hermundurisch für Dunkelwald, Grenzwald) auf 30 bis 90 Kilometer Breite unbesiedeltes Reichsland
12./13. Jh.	Deutsche Ostkolonisation; Besiedlung rückt ins Gebirge vor; Siedler kommen aus Thüringen, Franken, Bayern; Bergleute aus dem Harz
14./15. Jh.	Streubesitz meißnischer und böhmischer Herrscher beiderseits des Gebirges Erster direkter Siedlungskontakt im Gebirge an den weg-samsten Übergängen Beiderseitiges Interesse an der Waldnutzung (Holz) als siedlungs- und bergbautechnische Voraussetzung Mündliche Grenzversprechen mit Begehung oder Umritt Lachterung von Bäumen und Grenzsteinen, Aufwerfen von Grenzhügeln in strittigen Abschnitten oder um Zweifel zu beseitigen
1410 (rechtselbisch), 1456 (linkselbisch)	Erste schriftliche Teilfixierung der Grenze Grenzurkunde Winterberggebiet nach Herrschaftsteilung Grenzurkunde der Herrschaft Königstein als kurfürstliche Amtshandlung
1459	Vertrag von Eger, sächsisch-böhmischer Gebietsaustausch Entwicklung hin zum Flächenstaat Noch keine explizite Beschreibung einer linearen Grenzlinie
18. Jh.	Durchgängige Versteinung der Grenzlinie

Absicht, Zweifel zu beseitigen, die mit den neuen Rodungen entstanden waren. Der Verlauf der ostdeutschen Kolonisation entsprach zugleich der Verfestigung der äußeren Grenzen. Der Vertrag von Eger 1459 erwies sich als dauerhafte Kompromisslösung. Zu einer linearen Festlegung des Grenzverlaufs gelangte man allerdings noch nicht. Hans-Jürgen Karp lieferte 1972 innerhalb einer vergleichenden Studie zur Entwicklung der West- und der Ostgrenze des deutschen Reiches ergänzende bestätigende Ergebnisse.<sup>4</sup> Ursprüngliche Voraussetzung für die Entwicklung vom Grenzsaum zur Grenzlinie sei die faktische Besitzergreifung durch Kolonisation und daraus folgend die Fixierung einer Grenzlinie, ohne dass über ihren Verlauf ein Vertrag abgeschlossen werden brauchte. Nur unter der Voraussetzung von Zweifel und Streit beim Zusammentreffen der Kolonisationsbewegungen konnte es zur Abmachung über eine lineare Abgrenzung zweier Nachbarterritorien kommen. Die Tatsache, dass großflächige Landesstaaten sich zuerst im Osten und nicht im Westen des deutschen Reichs ausgebildet haben, hat bemerkenswerterweise gerade nicht im Osten zu einer systematischen und vollständig linea-

1 Der vorliegende Artikel basiert auf einer wissenschaftlichen Recherche der Autorin für die Ausstellung „Grenzräume“ der Staatlichen Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen auf Schloss Weesenstein 2008.

2 Erich Berlet: Die sächsisch-böhmische Grenze im Erzgebirge. Diss. Leipzig 1900; Walther Schlesinger: Entstehung und Bedeutung der sächsisch-böhmischen Grenze. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 59 (1938), S. 6-38; Horst Torke: Historische Grenzen und Grenzzeichen in der Sächsischen Schweiz. Pirna 2002

3 Berlet (wie Anm. 2), S. 46.

- 4 Hans-Jürgen Karp: Grenzen in Ostmitteleuropa während des Mittelalters. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Grenzlinie aus dem Grenzsäum. Köln/Wien 1972.
- 5 Vollständige Transkription der Grenzbeschreibung von 1410 bei Torke (wie Anm. 2), S. 238.
- 6 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (HStA Dresden), 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8340/13, Bl. 118a, Faksimileausschnitt bei Torke (wie Anm. 2), S. 27
- 7 HStA Dresden, 10024, Loc. 8340/13, Bl. 127-133; Torke (wie Anm. 2), S. 28-30 mit vollständiger Transkription S. 238-243.
- 8 Allgemein für den folgenden Abschnitt: Friedrich Kluge/Elmar Seebold: Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. 25. Auflage Berlin 2011.
- 9 Hans-Werner Nicklis: Von der „Grenitze“ zur Grenze. Die Grenzidee des lateinischen Mittelalters (6.–15. Jh.). In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 128 (1992), S. 1-29, hier S. 22.

ren Zirkumskription des Territoriums geführt, sondern wurde nur in den erschlossenen Grenzgebieten festgelegt. Herrschaft wurde offenbar stärker als Herrschaft über Leute und nicht so sehr über Land verstanden.

Torkes Forschungen gehen nicht explizit von der Landesgrenze, sondern klugerweise von Forstgrenzen aus. Denn die Landesgrenze im Gebirge entwickelte sich aus einer Waldzone, und Waldbesitz war von territorial- und siedlungspolitischer Bedeutung. Er bemerkte, dass die sächsisch-böhmische Grenze bereits vor dem Vertrag von Eger 1459 in Teilbereichen be-  
gangen, beschrieben und als Linie markiert war. Diese Feststellung steht nicht im Widerspruch zu Schlesinger. Vielmehr sind die bereits linearen lokalen Teilabschnitte der Grenze Stationen im Prozess ihrer Vollendung als Linie, die überall dort zuerst entstanden ist, wo direkt aneinanderstoßende Herrschaften beiderseitiges Interesse an der Waldnutzung hatten. Die Grenzfeststellungen erfolgten unter dem allgemein anerkannten Rechtsbrauch, unter Augenschein möglichst vieler Zeugen die Grenze mit beiden Nachbarn zu begehen, sie überwiegend durch Kerbung markanter Bäume (Lachterung) oder von auf der Grenze liegenden Steinen kenntlich zu machen und ein Protokoll darüber als Urkunde anfertigen zu lassen. Dabei vertraute man auf das überkommene Wissen über den Grenzverlauf mittels Anhörungen der ehrbaren und älteren Männer wie der Förster und Richter. Sie verkörperten mit ihren lokalen Kenntnissen und ihrem Forstdienst einen Wissensschatz über die Grenzziehung seit dem 14. Jahrhundert. Hier bestätigt sich, dass in der Anfangszeit der Entstehung der Grenzlinie das Gewicht auf dem mündlichen Versprechen lag. Die schriftliche Erfassung des Grenzverlaufs, einer Aufzählung von Flurnamen und Grenzzeichen konnte Außenstehenden oder neuen Besitzern nur ungenaue Kenntnis vermitteln. Die gemeinsame Begehung mit der Erneuerung unbrauchbar gewordener oder verschwundener Grenzmale blieb deshalb bis zur lückenlosen Markierung der Grenze im 18. Jahrhundert wichtiges Instrument, um Grenzunsicherheiten zu vermeiden und sich der gegenseitigen Anerkennung zu versichern.

Die älteste erhalten gebliebene Grenzbeschreibung des Untersuchungsfeldes ist ein Zettel aus dem Jahr 1410 und betrifft das rechtselbische Winterberggebiet: „ist eine Bereynunge gescheen und gegangen Zwischen den Edlen Ern Heinriche, Hrn auf dem Wildenstein, an einem teil vnd Hrn Hincko hrn auf dem scharffenstein, am andern teyll, solche Bereynung ist gescheen durch Yr beyder Willen vnd vorgeung der fors-

ter“.<sup>5</sup> Sie ist wohl durch eine Abtrennung der Herrschaft Wildenstein (heute Hintere Sächsische Schweiz) von der Herrschaft Scharffenstein/Bensen (heute Böhmisches Schweiz) entstanden. Sie war damals noch keine Landesgrenze, denn beide Herrschaften gehörten zu Böhmen. Das änderte sich 1451, als die Herrschaft Wildenstein an das Kurfürstentum Sachsen verkauft wurde. Aus der Urkunde von 1451, die eine detaillierte Grenzbeschreibung anhand topographischer Geländemarken enthält, ist ersichtlich, dass sie bereits mit zahlreichen Grenzzeichen wie gelächerten Bäumen und in Fels eingehauenen Kreuzen markiert war: „Diße nachgeschriben Reyne hat er Albrecht Bircke von der Dawbe etc meym hern von Sachssen vorkaufft zcum Wildenstein [...] Die sich anheben zum Ersten an der Kirnitzsch in dem Zcegenrunde, daselbst steht eine grosse Buche vnd ein erhle, do nochmals lochtern zu eym Reyne eyngewen sint. Vnnd den Zcegenrunt zu ende uff biß Ins Rossmaul, das dann auch wol geburlich zu eym Reyne verlochert ist. Vom Rossmaul eynen weg eynyder bis uff den Zcegenruck. Vom Zcegenrück biß an die hochste steynwant, von der höchsten steynwant biß vnnder das Thor, do die sieben Creutze zu eym Reyne eyngewen sint. Von demselben Tore und sieben Creutzen biß zu den dreyen Bornern, von den dreyen Bornern ynerabe biß an die dorrenbele biß in die Kempnitzbach Von der Kempnitzbach biß in die Elbe“.<sup>6</sup>

Im linkselbischen Bereich liegt als älteste Grenzurkunde eine Grenzfeststellung der Herrschaft Königstein von 1456 vor. Sie erfolgte unter Anhörung der Förster, Richter sowie älterer und vertrauenswürdiger Leute, insgesamt zwölf Personen, zudem bezeugten drei Hammermeister den niedergeschriebenen Grenzverlauf: „der richter vom Gißhobel, der achtzig jar eyn besesener zum Gißhobel gewest ist vnd in sulch zzeit woll dreisig jare forster, der sagt, das sich die reynunge zwischen dem Konigstein vnnd Tetschen anhebet an der Elbe vnd das flus in der Clopin [Gelobtbach] scheidet Tetschner vund Konigsteiner gerichte bis an das ligende steinen creuz hinder dem tschirnstein“.<sup>7</sup>

### Sprachgeschichtliche Quellen

Sprachforschung ist in der Lage, in tiefere geschichtliche Ebenen einzutauchen als es die schriftliche Überlieferung erlaubt. Sprache ist ein Spiegelbild seiner Zeit und seiner Umgebung, sie verändert sich. Sprache bildet Begriffe für neu entstandene Phänomene. Sprache konserviert Begriffe, wenn sie dauerhaft in Gebrauch sind, auch wenn die bezeichneten Phä-

nomene sich weiterentwickeln. Und Sprache wird beeinflusst von Nachbarsprachen, wenn diese bereits einen festen Begriff für ein neues Phänomen gebildet haben. Voraussetzung ist, dass die Sprecher in engem Kontakt stehen und die Fremdsprache respektieren. Aus diesen Gründen lohnt die etymologische Beschäftigung mit wichtigen Begriffen eines Themas, dessen Wurzeln weiter als die schriftliche Überlieferung zurückreichen.<sup>8</sup>

**Grenze** ist das wichtigste slawische Lehnwort in der deutschen Sprache. „Grenitzen setzen“ – Objekte mit Besitzzeichen versehen – wurde zum Leitmotiv der Ostkolonisation.<sup>9</sup> „Grenze“ ist ein Rechts- und Verwaltungsterminus und bedeutet seinem slawischen Ursprung „granica“ nach „Grenzzeichen, das spitz, kantig und hervorstehend ist“. Aus dem Plural, der Summe der Zeichen, konnte sich die Bedeutung „Grenzverlauf“ entwickeln. Für die intensive Durchsetzung des Wortes „Grenze“ ist die Nutzung als Rechtsterminus in den deutschen Kanzleien und der ebenfalls bevorzugte Gebrauch von „Grenze“ in Luthers Bibelübersetzung bedeutungsvoll. In lokalen Grenzbeschreibungen an der sächsisch-böhmischen Grenze kommt „Granitze/grenitze“ erst 1456 vor, und zwar als Doppelung mit „Rain“ („reynt ader grenzt“).<sup>10</sup> Das deutsche Wort **Mark** war im frühen Mittelalter der am weitesten verbreitete Begriff für „Grenze“. „Mark“ steht für „Rand“, die altnordische Form „mork“ stand für „Grenzland“, „Wald“, „Grenzwald“. Sie war in ihrem Ursprung also ein Grenzgebiet, keine Grenzlinie.<sup>11</sup> Sie war eine bewaldete und damit nahezu unbewohnte Zone, ein faktisches Niemandsland, das noch ungesichert war. Marken wurden als Verwaltungseinheit beim Aufbau des Deutschen Reiches seit Kaiser Karl dem Großen um 800 errichtet. Als von außen bedrohtes Randgebiet des karolingischen Reiches hatten die Markgrafen besondere militärische Befugnisse.

Das Wort **Rain** ist das am meisten verwendete deutsche Wort für „Grenze“ in Zusammenhang mit einem konkreten Grenzabschnitt oder -punkt vor Übernahme des slawischen Lehnworts. Es bezeichnete einen Grenzstreifen in Gemeindeeigentum zwischen zwei Äckern in Einzeleigentum, er durfte nicht beackert werden und wurde in der Regel zum Ablagern der Feldlesesteine benutzt. „Rain“ wurde zudem angewendet auf die Grenzen zwischen Einzel- und Gemeindebesitz als auch auf die Grenzen zwischen Gemeinde- und landesherrschaftlichem Territorium. Es wird vermutet, dass die Bedeutungsabnahme des ursprünglich mit „Grenze“ austauschbaren Begriffs „Rain“ der fehlenden Verwendung als Kanzleiwort und der reinen

Verwendung auf der Dialektebene geschuldet ist.<sup>12</sup>

Das slawischstämmige Wort **Kopitze** wurde ebenfalls zum Lehnwort der deutschen Sprache und hat sich heute nur noch in Orts- und Flurnamen erhalten. Es bedeutete einen künstlich angelegten Stein- oder Erdhaufen zur Markierung der Flurgrenze.<sup>13</sup> Das Wort wurde als Rechts- und Verwaltungsterminus zur gleichen Zeit wie „granice“ ins Deutsche integriert. Die Vielfalt der lateinischen Umschreibungen in älteren Grenzurkunden für künstliche Grenzhaufen verrät die Unsicherheit der Kanzlisten. Daraus folgert, dass die deutschen Siedler deutlichere Begriffe mitgebracht hätten, wenn sie Sache und Bezeichnung bereits genau gekannt hätten. Unter diesen Umständen bestanden für den slawischen Terminus günstige Voraussetzungen, in das koloniale Deutsch einzudringen. Der Ortsname Copitz an der Elbe, unmittelbar gegenüber Pirna, ist im ehemaligen Grenzgebiet des Gaus Nisan zu Böhmen erhalten. Hier wird eine Grenz- und Zollstation vermutet, unterstützt durch die Lage am Austritt der Elbe aus dem Gebirge, an der Furt einer alten Verkehrsader mit entsprechenden Münzfunden und der Wiederholung der Flurnamen am anderen Ausgang des Elbsandsteingebirges und einer weiteren Zollstation Kopitz (1207 nördlich von Brüx) am böhmischen Fuß des Erzgebirges.<sup>14</sup>

Das Wort **Lachter** bedeutete Einschnitt oder Kerbe an einem Baum als Grenzmarke, die Bezeichnung wurde auch auf Grenzsteine übertragen. „Lachter“ wurde mundartlich zu „Lochter“ vertrübt. Lachbäume sind im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet seit Mitte des 14. Jahrhunderts archivalisch belegt, auch der Flurname „Lugstein“ an der Grenze südlich von Altenberg stammt von Lochstein.<sup>15</sup>

Die Bezeichnungen **Begehung**, **Begang**, **Umrirt** beschreiben die gemeinsame Begehung der Grenze an einem festgelegten Termin.<sup>16</sup> Im Mittelalter kommen solche Umgänge häufig in den Archivalien vor und stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der gegenseitigen Anerkennung und Festigung der Siedlungsgebiete. Das mittelhochdeutsche Wort began = begehen entstammt dem 8. Jahrhundert und heißt eigentlich „entlanggehen“, „von da aus besichtigen“ und „feiern“. Grenzbegehungen waren verbindliche herrschaftliche Amtshandlungen und keine Privatangelegenheit, was die Teilnahme der Landvögte als Vertreter des Kurfürsten zeigt. Der Grenzverlauf war mündlich überliefert und wurde bezeugt durch die Befragung der ältesten Anwohner und der lokalen Amtsträger wie Richter und Förster.

10 HStA Dresden, 10024, Loc. 8340/13, Bl. 128a.

11 Franz X. Simmerding: Grenzzeichen, Grenzsteinsetzer und Grenzfrevler. Ein Beitrag zur Kultur-, Rechts- und Sozialgeschichte. München 1996, S. 50, 429, dort grundlegende Literaturangaben.

12 Zur Sprachgeschichte von „Grenze“: Günter Bellmann: Slavoteutonica. Lexikalische Untersuchungen zum slawisch-deutschen Sprachkontakt im Ostmitteldeutschen. Berlin 1971, S. 229-231; Nicklis (wie Anm. 9), S. 9-11; Simmerding (wie Anm. 11), S. 49-62.

13 Bellmann (wie Anm. 12), S. 225-227; Torke (wie Anm. 2), S. 12.

14 Otto Eduard Schmidt: Die Besiedelung des sächsischen Elbkessels und die Anfänge von Dresden. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 48 (1927), S. 41 f.

15 Martin Hammermüller (Hrsg.): Um Altenberg, Geising und Lauenstein. Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandaufnahme im Gebiet von Altenberg und Fürstenwalde (Werte der deutschen Heimat 7). Berlin 1964, S. 195; Torke (wie Anm. 2), S. 17

16 Simmerding (wie Anm. 11), S. 367-376.

17 Ulrich Scheuermann: Flurnamenforschung. Bausteine zur Heimat- und Regionalgeschichte. Melle 1995, S. 4-7, 18 f.

18 Hammermüller 1964 (wie Anm. 15), S. 195; Urkundenbelege bei Torke (wie Anm. 2), S. 17, 238 ff.

19 Hammermüller 1964 (wie Anm. 15), S. 166.

20 Hammermüller 1964 (wie Anm. 15), S. 77; Torke (wie Anm. 2), S. 31-33.

- 21 Christian Preiß: Die alte Teplitzer Poststraße. Vom vorgeschichtlichen Steig zur Autobahn des 21. Jahrhunderts. Pirna 2004, S. 32; Alfred Meiche: Mantel oder Zuckmantel (Gabelkiefer als Wegweiser). In: Deutsche Geschichtsblätter 11 (1910), S. 201-217, 225-240; Rainer Aurig: Gebirgsüberschreitende mittelalterliche und neuzeitliche Verkehrsverbindungen im Bereich der Elbe und Neiße und ihre Stellung bei der Ausformung der Kulturlandschaft. In: Sachsen – Böhmen – Schlesien. Forschungsbeiträge zu einer sensiblen Grenzregion. Dresden 1994, S. 13
- 22 Kluge/Seebold (wie Anm. 8), S. 407; Alfred Meiche: Historisch-Topographische Beschreibung der Amtshauptmannschaft Pirna. Dresden 1927, S. 113.
- 23 Hammermüller 1964 (wie Anm. 15), S. 27; Hans Walther: Slawische Namen im Erzgebirge in ihrer Bedeutung für die Siedlungsgeschichte. In: Hans Walther: Zur Namenskunde und Siedlungsgeschichte Sachsens und Thüringens. Ausgewählte Beiträge 1953–1991. Leipzig 1993, S. 271; Meiche (wie Anm. 22), S. 130 f.
- 24 Hans Walther: Historische Gewässernamenschichten (Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen G II 4). Dresden 2005.
- 25 Walther 1993 (wie Anm. 23), S. 290 ff.
- 26 Ernst Schwarz: Die volksgeschichtlichen Grundlagen des Kreises Pirna (Orts- und Flurnamen). In: Zeitschrift für slawische Philologie 22 (1954), S. 58-87, 243-271, hier S. 257 ff.; Walther (wie Anm. 24).
- 27 Schlesinger (wie Anm. 2), S. 31 f.
- 28 Rudolf Kötzschke: Epochen der Siedlungsgeschichte in Sachsen und Nordböhmen. In: Forschungen zur Geschichte Sachsens und Böhmens. Dresden 1937, S. 1-27.

#### Autorin

Katrin Lauerbach  
Pirna

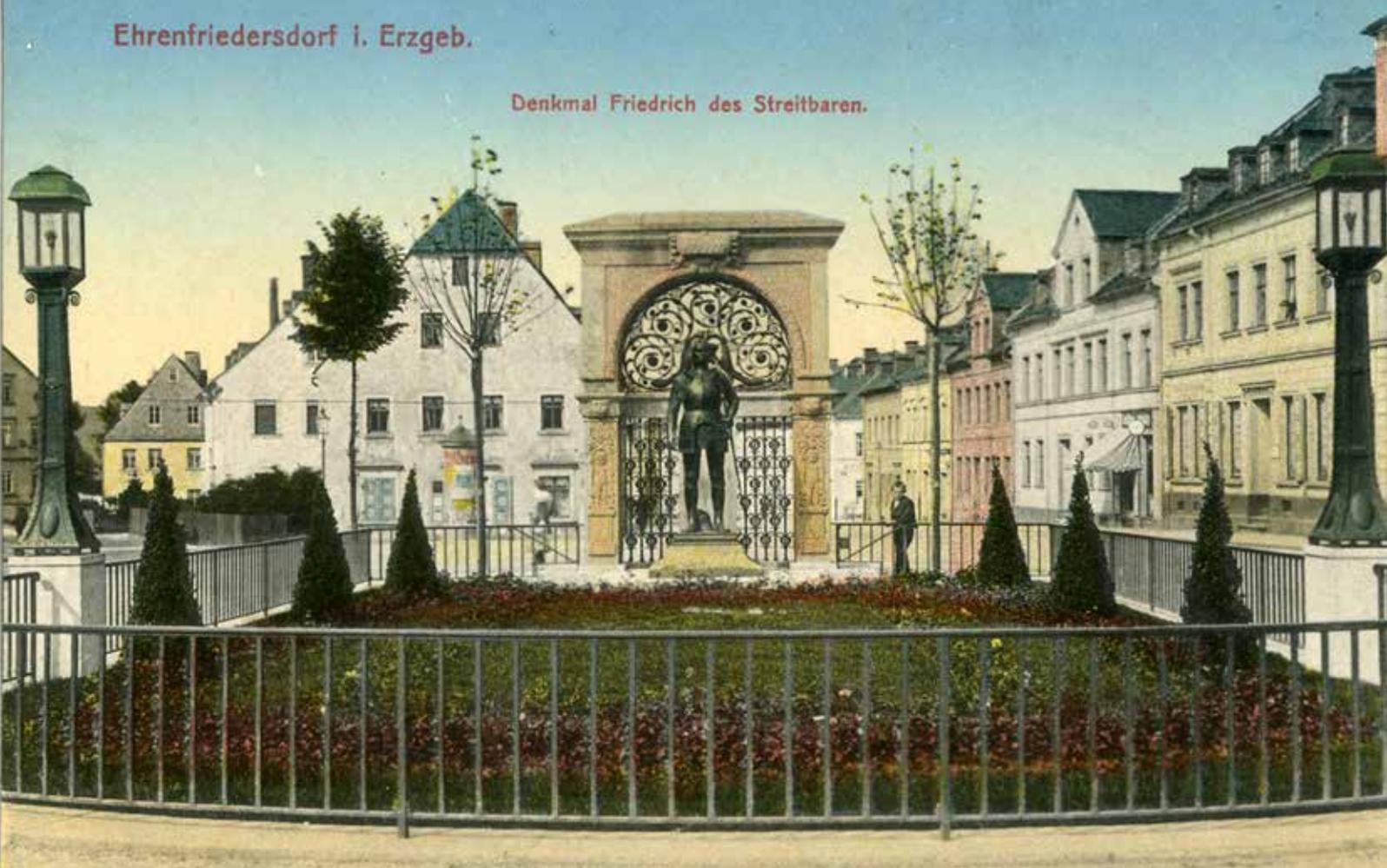
### Namenskundliche Quellen

Besiedlung ist Voraussetzung für die Herausbildung der Grenzlinie. In Namen finden sich Hinweise auf das Heranrücken der Siedler an die Grenze - auf Tätigkeiten, grenzüberschreitende Verkehrswege, Zeichen oder einmalige Situationen, die sich womöglich zeitlich einordnen lassen. Namenskunde erforscht die mündliche Übertragung der Sprache seit der Zeit der Erstbenennung individueller Phänomene (Personen, Orte, Gewässer etc.) und reicht genauso weit zurück wie die Erforschung der sprachlichen Allgemeinbegriffe (Appellative). Die besondere Bedeutung der Orts- und Flurnamen ist, dass sie dauerhaft am Boden haften und dadurch in tiefere geschichtliche Ebenen zurückreichen, die meist schon Jahrhunderte vor der schriftlichen Ersterwähnung liegen. Nicht nur die Organisationsform der Aufteilung von Grund und Boden, sondern auch längst verschwundene Dorfnamen und Verkehrswege sind in Flurnamen erhalten geblieben. Orts- und Flurnamen sind aus Appellativen gebildet, die eine Eigenheit der Siedlung bezeichnen, die im Augenblick der Benennung charakteristisch war. Zugleich spiegeln Eigennamen die Appellative ihrer Entwicklungszeit wider.<sup>17</sup> Zu den unmittelbar auf die Grenze verweisenden Namen gehört der Lugstein an der Grenze südlich von Altenberg, der seinem alten Namen Lochstein nach gelochert sein musste, das heißt eine Lachter, ein Grenzzeichen, trug.<sup>18</sup> Grenzbach heißt ein linker Quellarm der Gottleuba östlich von Fürstenwalde. Ein Flurstück am Grenzbach unweit der Harthe heißt Raingrund, im böhmischen Teil Hraničín.<sup>19</sup> Der Name Streitholz oder Streitwald für den über Jahrhunderte umstrittenen Grenzabschnitt zwischen der Königsteiner und der Tetschener Herrschaft südlich des Glasergrundes wechselte mit Kriegkholtz (bei Oeder/Zimmermann 1608). Er ist zurückzuführen auf die Schwierigkeiten bei der Fixierung der Grenzlinie, die erst in der Grenzberaumung von 1797 endgültig festgelegt wurde.<sup>20</sup> Den gebirgs- und grenzüberschreitenden Heerwegen und Altstraßen folgten die Siedelbahnen beim Landesausbau, damit in Zusammenhang stehende Namen sind z. B. Zehista (slawisch zájezd = Abfahrt) mit einem veralteten Flurnamen Zuckmantel (Gabelkiefer an der Wegscheide) oder der Bergname Hemmschuh (Steilstück, wo die Vorlage eines Keiles nötig war) nahe des Gebirgspasses nach Klostergrab unweit von Rehefeld-Zaunhaus.<sup>21</sup> Die Ortsnamen Herbergen und Seitenhain (Hain = Hecke/Verhau) deuten auf eine militärische Nutzung in ihrer Entstehungszeit als Heerlagerplatz sowie als

Verhau und Abriegelung der Passstraße.<sup>22</sup> Zu den zahlreichen Siedlungs- und Gewässernamen der Waldbewirtschaftung und des Bergbaus, die auf die Erschließung des Grenzwaldes verweisen, gehören die slawischstämmigen Namen Pöbelbach (von slawisch pobel = Asche, diente als wertvoller Rohstoff, u.a. zur Glasherstellung) und Kleppisch (von slawisch klepač = Hammer, Hammerwerk zum Zerpochen der geförderten Erze in Vorbereitung des Schmelzvorgangs).<sup>23</sup>

Gewässernamen sind eine besonders konservative Gruppe der Flurnamen und können bis in indogermanische Bezeichnungen zurückreichen.<sup>24</sup> Die überwiegende Zahl der Flüsse und Bäche im Grenzgebirge tragen slawische Namen und sind auf die zuwandernden Deutschen übergegangen. Das hat immer wieder Anlass gegeben, den Anteil der Slawen an der Besiedlung des Erzgebirges zu bestimmen. Walther vertrat die Ansicht, dass ein relativ hoher Anteil der slawischen Orts-, Flur- und Flussnamen des Erzgebirges in der Zeit vom 10. bis 12. Jahrhundert entstanden ist, zum Teil auch noch im Verlauf der bäuerlichen deutschen Besiedlung, an der Slawen zu einem nicht geringen Prozentsatz beteiligt gewesen sein müssen, da sonst die große Zahl slawischer Namen kaum von den Neusiedlern hätte übernommen werden können.<sup>25</sup> Die Wälder wurden schon vor ihrer Rodung zum Lebenserhalt der slawischen Einheimischen für Nahrung (Wild, Fische, Honig, Wildpflanzen) und Kleidung (Felle) genutzt. Schwarz kam zu dem Ergebnis, dass die Eindeutschung der Gewässer- wie der Ortsnamen seit Ende des 12. Jahrhunderts erfolgte.<sup>26</sup> Er relativierte aber den Anteil der Slawen an der Besiedlung. Deutsche Flurnamen treten bereits in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts auf, und ab dem 14. Jahrhundert gab es bereits mehr deutsche als slawische Flurnamen. Auf böhmischer Seite stand im 13. Jahrhundert ein tatkräftiges Königtum, das die Siedelleistung deutscher Adliger und Bauern bereitwillig anerkannte, sie aber unter ihr straffes Zentralregiment stellte und keine wettinische oder reichsunmittelbare Oberherrschaft zuließ. Die Deutschen in Böhmen waren selbstständig Berechtigte auf ihrem Rodungsbesitz, aber keine Amtsträger.<sup>27</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die grundlegende Tatsache in Bezug auf die Herausbildung der böhmisch-sächsischen Grenze die breite deutsche Besiedlung ist, die sich von beiden Seiten, der böhmischen und der meißnisch-sächsischen über die einst mitten im Urwald gedachte Grenze hinweg schloss.<sup>28</sup>



# Friedrich der Streitbare und die Hussitenbewegung

Alexander Querengässer

Die Geschichte Sachsens, insbesondere jedoch die Biografie Markgraf Friedrichs IV. ist aufs Engste mit der hussitischen Bewegung in Böhmen verflochten. 1373 hatte Markgraf Wilhelm I., eine Verlobung Annas, der siebenjährigen Tochter Karls IV., mit seinem gerade einmal dreijährigen Neffen Friedrich vereinbart. Die einander Versprochenen lernten sich vermutlich nie kennen. 1382 wurde die Verbindung auf Veranlassung von Annas Bruder Wenzel gelöst. Die Luxemburgerin ehelichte anschließend den englischen König Richard II.<sup>1</sup>

Zur Gefolgschaft der neuen Königin gehörten auch Studenten der Universität Prag, die auf dem Inselkönigreich erstmals mit den Theorien des Kirchenreformers John Wyclif in Berührung kamen. Wyclif verurteilte den Verkauf kirchlicher Ämter und forderte die Unterstellung der Kirche unter den Staat. Den Anspruch des Papstes, Gottes Stellvertreter auf Erden zu sein, lehnte er ab. Darüber verurteilte er die

Verehrung von Heiligen und Reliquien. Wyclif starb 1384, nachdem er die Bibel ins Englische übersetzt hatte.

Jene der böhmischen Studenten, die nach einer Weile wieder nach Prag zurückkehrten, verbreiteten die Ideen Wyclifs an der dortigen Universität. Unter ihnen befand sich Hieronymus von Prag, der den jungen Magister Jan Hus damit vertraut machte. Hus schlug schließlich eine Karriere als Priester ein. Hieronymus reiste 1399 ein weiteres Mal nach England und kopierte mehrere Werke Wyclifs. Hus begann 1402 seine Tätigkeit als Prediger in der Prager Bethlehemkapelle. Auch er sprach zu seiner Gemeinde in der Landessprache. Dadurch verband sich die junge reformatorische früh mit der sich parallel entwickelnden tschechischen Nationalbewegung.

Diese spaltete zunehmend die Prager Universität. Hier fühlten sich die einheimischen Studenten benachteiligt, da ihre Nation nur über eine

Die Stadt Ehrenfriedersdorf im Erzgebirge würdigte Friedrich den Streitbaren, den ersten Kurfürsten von Sachsen aus der wettinischen Dynastie, 1907 mit einem Denkmal. Die Figur wurde im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzen.

© Brück & Sohn Kunstverlag  
Meißen

- 1 Vgl.: Dieter Veldtrup: Zwischen Ehre und Familienpolitik. Studien zu den dynastischen Heiratsprojekten Karls IV. Warendorf 1988, S. 425-427.
- 2 Hierzu Thomas Lang: Die Universität Leipzig. In: Jutta Charlotte von Bloh/Dirk Syndram/Brigitte Streich (Hrsg.): Mit Schwert und Kreuz zur Kurfürstenmacht. Friedrich der Streitbare, Markgraf von Meißen und Kurfürst von Sachsen (1370-1428). München 2007, S. 88-97, hier S. 88-91; Enno Bünz: Die Gründung der Universität Leipzig 1409. In: Detlef Döring/Cecilie Hollberg (Hrsg.): Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften. Dresden 2009, S. 24-35, hier S. 26.
- 3 Vgl. Lang (wie Anm. 2), S. 91-97; Bünz (wie Anm. 2), S. 31-34.
- 4 Zitiert nach Codex Diplomaticus Saxoniae I B 3, Nr. 220, S. 203; vgl. Siegfried Hoyer: Peter von Dresden und die Anfänge der Hussitenbewegung. In: Dresden im Mittelalter (= Dresdner Hefte 65/2001), S. 62-69; Mathias Meinhardt: Dresden und die Ketzereibewegung. In: Bloh/Syndram/Streich (wie Anm. 2), S. 110-113.
- 5 Vgl. Hoyer (wie Anm. 4), S. 66-68.
- 6 Vgl. Enno Bünz: Drändorf (von, de Draindorff, Draendorff, de Slevin, von Schlieben), Johannes (Johann). In: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/> (3.8.2016); Meinhardt (wie Anm. 4), S. 112.
- 7 Vgl. Hoyer (wie Anm. 4), S. 68.
- 8 Vgl. František Šmahel: Die Hussitische Revolution. Bd. 2, Hannover 2002, S. 878-917; Heinz Rieder: Die Hussiten. Streiter für Glauben und Nation. Gernsbach 1998, S. 21-50; Josef Macek: Die Hussitische Revolutionäre Bewegung. Berlin 1958, S. 28-36; Ferdinand Seibt: Die Hussitische Revolution. In: Ferdinand Seibt: Hussitenstudien. München 1991, S. 79-96, hier S. 85-87.

Stimme verfügte, die drei „ausländischen“ Nationen hingegen über drei. Dies sollte sich ändern, als König Wenzel 1408 die Universität aufforderte, eine Gesandtschaft zum Konzil von Pisa zu entsenden. Dort hoffte er, das große Abendländische Schisma zu beenden und mit Alexander V. einen neuen Papst zu installieren, der ihm helfen sollte, die römische Königskrone wieder zu erlangen. Doch während die Böhmischesche Nation, angeführt von Hus, die Pläne des Königs unterstützte, stellten sich die drei anderen kategorisch dagegen. Daraufhin erließ Wenzel das Kuttenberger Dekret, womit er die Nationenverfassung der Universität umstürzte, der Böhmischeschen Nation drei Stimmen verlieh und die drei ausländischen in einer einzigen Nation mit nur einer Stimme zusammenfasste. Dieses Dekret und seine mit Waffengewalt erzwungene Durchsetzung führten zu einem Massenexodus von Studenten aus Prag.<sup>2</sup>

Eine große Gruppe dieser Studenten hatte bereits im Frühjahr 1409 Kontakt mit Markgraf Friedrich IV. von Meißen aufgenommen. Der Wettiner förderte die Ansiedlung der Studenten in seinem Herrschaftsgebiet. Bereits im Juni 1409 erreichte eine größere Gruppe Leipzig. Friedrich bemühte sich auf dem Konzil von Pisa um ein päpstliches Privileg zur Gründung einer Universität. Paradoxe Weise war es Alexander V. – jener Papst, den die „ausländischen“ Prager Studenten nicht hatten unterstützen wollen – der die Leipziger Universität mit allen Rechten und Privilegien ausstattete. Im Oktober 1409 nahmen die Fakultäten die Lehrtätigkeit auf. Friedrich förderte die Einrichtung erheblich und finanzierte zwanzig Magister aus seiner Kammerkasse.<sup>3</sup>

Nicht alle Exilanten zog es nach Leipzig. Eine kleine Gruppe, zu der wohl auch ein Magister Peter gehörte, gelangte noch im selben Jahr nach Dresden. Dieser Magister Peter wurde bald darauf Rektor der Dresdner Kreuzschule. Einer seiner Schüler, Johannes Drändorf, erklärte später, dass ihm durch Magister Peter an der Dresdner Kreuzschule ein gegen die römisch-katholische Kirche gerichteter Kirchenbegriff gelehrt worden sei. Anscheinend versuchte Peter, den aus Prag kommenden Studenten die artes liberales zu vermitteln. Dagegen ging schließlich am 18. Oktober 1411 auch der frisch gewählte Meißner Bischof Rudolf von der Planitz vor. Er verbot allen Partikularschulen in seiner Diözese die Behandlung der Bibel oder kanonischer Rechtsbücher, da dies nur den Generalstudien erlaubt sei. Diese Maßnahme diente sicherlich nicht nur dem Schutz der Leipziger Universität, denn Rudolf drohte insbesondere der Dresdner Schule schwere Konsequenzen an („et presertim Dres-

den sub pena suspensionis ab ingressu ecclesie“).<sup>4</sup>

Obwohl Peter in dieser Zeit nicht durch die Publikation kirchenkritischer Traktate bekannt geworden ist, verstand er das bischöfliche Dekret wohl als eine Drohung, denn er verließ Dresden wenig später. 1412 betrieb er in der Prager Neustadt eine Schule in der Burse „Zur schwarzen Rose“. Einige der hiesigen Schüler wurden später zu hussitischen Priestern geweiht. Peter von Dresden sympathisierte wohl mit der Bewegung, gehörte aber nicht zu ihren aktiven Köpfen. Er starb vermutlich 1425 in der Moldaunmetropole.<sup>5</sup>

Zwei seiner Begleiter traten dagegen zeitig als Befürworter des ketzerischen Gedankenguts auf. Friedrich Eppinge hatte mit Peter von Dresden an der Kreuzschule gelehrt und in Prag wyclifistische Theorien verteidigt, die die Kirche als ketzerisch verurteilt hatte. Er starb allerdings bereits 1413. Nach ihm trat ein Nikolaus von Dresden – dessen Ursprünge ebenfalls im Dunkeln liegen – als Vordenker der kirchenkritischen Lehren auf. Er lehrte Wyclifs Theorien in deutscher Sprache. Zu seinen Schülern gehörte auch Johannes Drändorf, der Dresden 1411 verlassen hatte. 1424 kehrte er ins Reich zurück, um die hussitische Lehre zu verbreiten. Ein Jahr später wurde er in Heilbronn verhaftet und dem Bischof von Worms überstellt, der ihn der Ketzerei anklagte und am 17. Februar 1425 in Heidelberg verbrennen ließ.<sup>6</sup>

Es wäre sicherlich übertrieben, Dresden als ein deutsches Zentrum der frühen Hussitenbewegung zu bezeichnen. Dennoch lässt es sich nicht von der Hand weisen, dass von den hiesigen Gelehrten wichtige Impulse ausgingen. Nikolaus von Dresden gehörte früh einem radikalen Flügel der Bewegung an. 1416 verließ er Böhmen, sein weiteres Schicksal ist ungeklärt. Nach den Angaben des späteren hussitischen Theologen Jan Želivský kehrte er nach Meißen zurück und starb hier den Märtyrertod.<sup>7</sup> Nikolaus und Peter standen in engem Kontakt zu Jakobellus von Mies. Drändorf deutete 1425 während seines Verhörs vor der Inquisition an, dass Peter bereits 1414 die Kommunion beiderlei Gestalt empfangen habe. Diese entwickelte sich bald zum zentralen Leitgedanken der hussitischen Bewegung. Die spätmittelalterliche Kirche erlaubte der Gemeinde beim Abendmahl nur das Brechen des Brots, nicht das Trinken des Weins. Das Blut Christi war nur den Priestern vorbehalten. Hus forderte – allerdings erst kurz vor seinem Tod – dass alle am Blut Christi teilhaben sollten. Die weitere Verbreitung dieser Idee wird vor allem Jakobellus von Mies und Nikolaus von Dresden zugeschrieben.<sup>8</sup>

Die böhmischen Reformideen hatten inzwischen längst internationale Aufmerksamkeit gewonnen. 1414 wurden Wyclifs Schriften auf dem Konzil von Konstanz erneut verboten. Um die Krone Böhmens von dem Vorwurf zu befreien, Häretiker zu unterstützen, lud König Sigismund Hus unter der Zusage freien Geleits nach Konstanz ein. Da er jedoch nicht zum Widerruf seiner Lehren bewegt werden konnte, wurde Hus am 6. Juli 1415 als Häretiker zum Feuertod verurteilt und am selben Nachmittag verbrannt.<sup>9</sup>

In Böhmen wurden die hussitischen Anhänger noch längere Zeit durch König Wenzel geschützt. Im Februar 1419 ließ dieser jedoch bis auf drei alle utraquistischen Kirchen in Prag schließen, woraufhin viele Priester in die übrigen böhmischen Städte abwanderten und dort ihre Lehren verbreiteten. Am 30. Juli stürmte eine erzürnte Gruppe Prager Bürger das Neustädter Rathaus, um inhaftierte Glaubensgenossen zu befreien. Der Streit eskalierte und die erzürnte Menge warf den Bürgermeister und etliches Ratspersonal aus dem Fenster. Dieser erste Prager Fenstersturz löste schließlich die hussitische Revolution aus. König Wenzel soll von diesen Vorgängen so geschockt gewesen sein, dass er einen Schlaganfall erlitt und am 16. August 1419 verstarb.<sup>10</sup>

Die hussitische Bewegung gewann im ganzen Land rasch an Boden. Sigismund von Luxemburg, der die Nachfolge seines verstorbenen Bruders antreten wollte, konnte sich nicht durchsetzen, da er nicht bereit war, die Forderung der Stände nach religiöser Anerkennung des Laienkelchs und Änderungen der Landesverfassung zugunsten der böhmischen Volksgruppen anzunehmen. In der Folge kam es zu bewaffneten Aufständen, an denen insbesondere ein neuer, radikalerer Zweig der Hussiten, die Taboriten, beteiligt gewesen war. Diese verbanden die hussitischen Ideen mit der Forderung nach Überwindung sozialer Standesgrenzen.

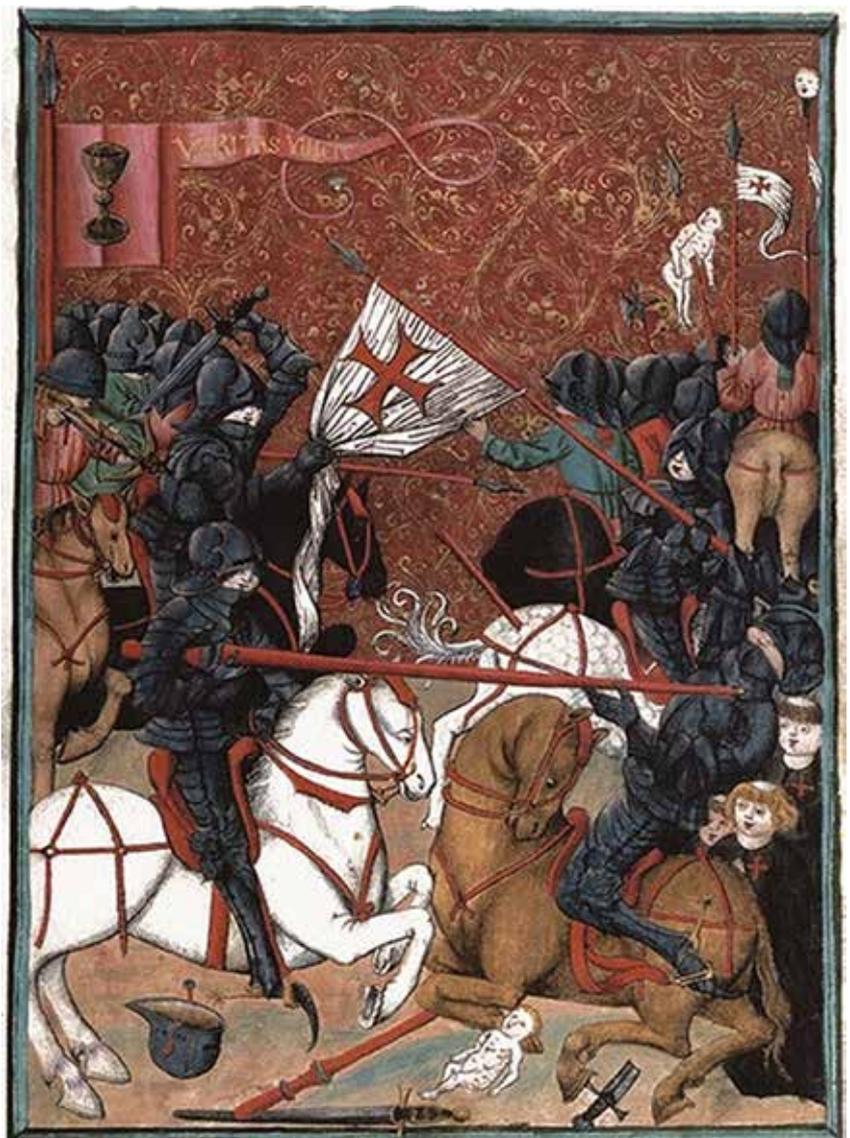
Da Sigismund der Rebellion aus eigener Kraft nicht mehr Herr werden konnte, bat er Papst Martin V. um Unterstützung. Dieser rief am 1. März 1420 die Heere Europas zum Kreuzzug gegen die böhmischen Ketzer auf. Wie groß das Kreuzzugsheer war, welches im Juni 1420 vor den Toren Prags erschien, lässt sich heute nur schwer rekonstruieren. Realistische Schätzungen gehen von höchstens 50.000 Mann aus. Auch Markgraf Friedrich war mit den meißnischen und thüringischen Aufgeboten nach Prag gezogen.<sup>11</sup> Angeblich war er es selbst, der am 14. Juli 1420 den Angriff der meißnischen und schlesischen Kavallerie auf den östlich der Stadt gelegenen Veitsberg leitete. Hier hatten die

Hussiten einfache Holzbefestigungen errichtet, die von nur wenigen Männern unter der Führung Jan Žižkas von Trocnov verteidigt wurden. Doch die schwer gepanzerten Ritter waren nicht in der Lage, die Gräben und die dahinterliegenden Holzwände zu überwinden. Schließlich wurden sie von den Verteidigern der Stadt in der Flanke angegriffen. „Da sie in solchem Sturmloch sich nicht halten konnten, stürzten viele vom hohen Felsen herab und brachen sich das Genick, und sehr viele wurden durch die Verfolger getötet“<sup>12</sup>, berichtet der böhmische Chronist Laurentius, der die Verluste der Kreuzfahrer mit 300 Mann angibt. Die Niederlage erschütterte die Moral des Heeres. Tag für Tag verließen mehr Ritter das Heerlager. Schließlich zog auch Sigismund, nachdem er sich am 28. Juli 1420 auf dem von königlichen Truppen gehaltenen Hradschin zum König von Böhmen hatte krönen lassen, aus Prag ab. Der erste Kreuzzug war gescheitert.

9 Vgl. Peter Hilsch: Johannes Hus. Prediger Gottes und Ketzler. Regensburg 1999, S. 30-53.

10 Vgl. František Palacký: Geschichte von Böhmen. Größtenteils nach Urkunden und Handschriften. Bd. 3, Abt. 2. Der Hussitenkrieg, von 1419-1431. Prag 1851, S. 47-50; Šmahel (wie Anm. 8), S. 1002-1020; Rieder (wie Anm. 8), S. 94-99.

Eine Buchmalerei aus dem Jenaer Kodex, entstanden um 1500, zeigt den Kampf der Hussiten (links) gegen ein antihussitisches Heer. Die DDR verschenkte die Sammelhandschrift aus der Universitätsbibliothek Jena 1951 „zur Entschädigung für deutsches Unrecht“ an die Tschechoslowakei.



- 11 Vgl. Alexander Querengässer: Die Heere der Hussiten. Bd. 2. Hussitenkreuzzüge und Herrliche Heerfahrten. Berlin 2016, S. 4-8.
- 12 Zitiert nach Die Hussiten. Die Chronik des Laurentius von Brezová 1414-1421. Aus dem Lateinischen und Altschlehschischen übersetzt, eingeleitet und erklärt von Josef Bujnoch. Graz/Wien/Köln 1988, S. 105.
- 13 Vgl. Palacký (wie Anm. 10), S. 206.
- 14 Vgl.: Palacký (wie Anm. 10), S. 246-249, 279-288; Šmahel (wie Anm. 8), S. 1200-1203; Meinhardt (wie Anm. 4), S. 117; Ernst Krocker: Sachsen und die Hussitenkriege. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 21 (1900), S. 1-39, hier S. 5.
- 15 Vgl. Palacký (wie Anm. 10), S. 249-254; Krocker (wie Anm. 14), S. 5.
- 16 Vgl. Palacký (wie Anm. 10), S. 312-318; Friedrich von Bezold: König Sigismund und die Reichskriege gegen die Hussiten. Bd. 1. München 1872, S. 70-73; Krocker (wie Anm. 14), S. 5-6.
- 17 Zitiert nach Codex Diplomaticus Saxoniae I B 4, Nr. 244, S. 143-145, hier S. 144.
- 18 Vgl. Codex Diplomaticus Saxoniae I B 4, Nr. 246, S. 146-147. Zur Erlangung der Kurwürde vgl. Eckhardt Leisering: Die Belehungsurkunde von 1423 und 1425 im Spiegel der Ereignisse. In: Bloh/Syndram/Streich (wie Anm. 2), S. 144-149.
- 19 Vgl. Codex Diplomaticus Saxoniae I B 4, Nr. 271, S. 165.
- 20 Dazu Otto Heuer: Der Binger Kurverein 1424. In: Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8 (1892), S. 207-225.
- 21 Vgl. Leisering (wie Anm. 18), S. 146-148; Jutta Charlotte von Bloh: Die öffentliche Belehnung 1425 in Ofen. In: Bloh/Syndram/Streich (wie Anm. 2), S. 150-158.
- 22 Zur Schlacht bei Aussig: Hubert Ermisch: Zur Geschichte der Schlacht bei Aussig. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 47 (1926), S. 5-45; Alexander Querengässer: Triumph of the heretics. The Battle of Aussig 1426. In: Medieval Warfare 2 (2015), S. 42-46.

Die Hussiten festigten ihre Stellung im Land. In den ersten Monaten des Jahres 1421 errangen sie im Osten und Norden Böhmens eine Reihe kleinerer, aber wichtiger Erfolge. Im März eroberten sie die Stadt Komotau (Chomutov), wo sie anderthalb bis zweitausend Menschen abschlachteten.<sup>13</sup>

Sigismund hielt sich im Frühjahr 1421 in Leitmeritz (Litoměřice) und Brüx (Most) auf, um mit dem Kurfürsten von Brandenburg und den Markgrafen von Meißen einen neuen Feldzug vorzubereiten. Im Februar 1421 hatte der Reichstag in Nürnberg einen neuen Kreuzzug beschlossen. Demnach sollte das Reichsheer das Egertal hinab ins böhmische Becken ziehen und sich mit den Truppen Friedrichs des Streitbaren vereinigen. Die Aufstellung dieser Heere kostete jedoch wertvolle Zeit. Erst im späten Sommer standen sie bereit. Friedrich IV. zog im August mit einem meißnisch-thüringischen Heer über das Erzgebirge, um die von den Hussiten belagerte Stadt Brüx zu entsetzen. Am 5. August errang der Markgraf einen der wenigen Schlachterfolge über die böhmischen Ketzler. Als die Hussiten das meißnische Heer heran marschieren sahen, verließen sie unvorsichtiger Weise ihre Wagenburg und stellten sich zur offenen Feldschlacht. Hier waren sie den gut ausgerüsteten Rittern unterlegen und wurden schwer geschlagen.<sup>14</sup>

Trotz dieses Anfangserfolges endete auch der zweite Kreuzzug mit einem Fehlschlag. Friedrichs Heer vereinte sich Mitte September mit dem Reichsheer, dass die kleine Stadt Saaz (Žatec) belagerte. Hier zerstritten sich die fürstlichen Führer. Friedrich drängte darauf, die Stadt, die hartnäckigen Widerstand leistete, links liegen zu lassen und auf Prag zu ziehen, was der Kurfürst von der Pfalz jedoch ablehnte. Die Verluste der Belagerer wuchsen so stark an, dass sich die Heerführer schließlich darauf beschränkten, die Stadt auszuhungern und das Umland auszuplündern. Das Heer zerbröckelte, täglich zogen mehr Ritter und Knechte in die Heimat ab. Schließlich war es so geschwächt, dass auch der Pfälzer auf die Nachricht vom Anmarsch Jan Žižkas für einen sofortigen Rückzug plädierte. Als das Kreuzfahrerheer sein Lager verbrannte, machte die Besetzung von Saaz einen Ausfall. Die Hussiten machten mehrere Hundert Gefangene und erbeuteten etliches Kriegsgerät.<sup>15</sup>

Der 1422 gestartete dritte Kreuzzug hatte bereits mehr den Charakter einer Entsatzaktion als eines Unterwerfungsfeldzuges. Das Heer unter Friedrich I. von Brandenburg, welches hierfür zusammengestellt wurde, sollte die königliche Burg Karlstein nördlich von Prag entsetzen.

Allerdings hatten sowohl der Brandenburger, als auch Friedrich IV., der seine Truppen erneut über das Erzgebirge heran führen sollte, Probleme, ihre Reihen zu füllen. Das Reichsheer rückte schließlich Anfang Oktober in Böhmen ein, war jedoch viel zu schwach, um den Karlstein zu entsetzen. Friedrich IV. war nicht in der Lage, sich an dem Feldzug zu beteiligen, da in seinem Heer eine Seuche ausgebrochen war. Das Reichsheer zerstritt sich und verließ Böhmen, ohne den Karlstein erreicht zu haben, dessen Besetzung am 8. November mit den Hussiten einen Waffenstillstand abschloss.<sup>16</sup>

Trotz der wiederholten Fehlschläge war Sigismund gezwungen, die Kriegsleistungen der großen Reichsfürsten entsprechend zu entlohnen. Insbesondere Friedrich profitierte von seinen Feldzügen. Noch 1422 wurde er mit mehreren Schlössern im Vogtland belehnt, und als im November diesen Jahres der letzte askanische Kurfürst von Sachsen starb, eröffnete sich dem Wettiner Gelegenheit, in die Elite der Kur-Reichsfürsten vorzustoßen. Am 6. Januar 1423 übertrug Sigismund „angesehen solich geneme true und dinste, die uns der hochgeborn Fridrich lantgrave zu Düringen und marggrave zu Myßen der ellter unser lieber oheim und fürste offt und dicke lieblich ercezeit und getan hat, teglich tut und furbaz tun sol und mag in kunftigen ziten“<sup>17</sup> das Herzogtum und die Kurwürde von Sachsen. Am gleichen Tag schloss Sigismund mit Friedrich ein neues Bündnis ab.<sup>18</sup> Später verpfändete er ihm auch noch die böhmischen Städte Brüx und Aussig (Ústí nad Labem).<sup>19</sup>

Hatte Sigismund sich ein energisches Vorgehen der Reichsfürsten gegen die Hussiten gewünscht, so wurde er bitter enttäuscht. Die Kurfürsten warfen dem König eine Vernachlässigung der Reichspolitik und auch mangelnde Konsequenz im Vorgehen gegen die Hussiten vor und schlossen im Januar 1424 die gegen den Luxemburger gerichtete „Binger Einung“ ab.<sup>20</sup> In der Folge gelang es dem König allerdings, Schlesien und auch Polen-Litauen im Kampf gegen die Böhmen auf seine Seite zu ziehen. 1425 reiste Friedrich persönlich nach Ungarn. Er erneuerte er sein Bündnis mit dem König, wofür er am 1. August 1425 in Ofen (Buda) feierlich mit dem Kurfürstentum Sachsen belehnt wurde.<sup>21</sup>

An seine alten militärischen Erfolge konnte der neuernannte Kurfürst indessen nicht anknüpfen. Auf einer Reise zum Nürnberger Reichstag 1426 erhielt er die Nachricht von der katastrophalen Niederlage eines sächsisch-thüringischen Heeres in der Schlacht bei Aussig. Den Hussiten war es gelungen, all ihre Feldheere zu



Grabtumba für Kurfürst Friedrich den Streitbaren in der Fürstenkapelle des Meißner Doms, um 1435

Foto: Matthias Donath,

vereinen und die an Friedrich verpfändete Stadt zu belagern. Das Heer, welches die Kurfürstin daraufhin zum Einsatz ausschickte, scheiterte am 16. Juni beim Sturm auf die Wagenburg der Ketzer. Schätzungsweise 2.000 bis 4.000 Ritter und Knechte wurden auf der anschließenden Flucht erschlagen. Aussig fiel einen Tag später.<sup>22</sup> In Sachsen bereitete die Kurfürstin eine Verteidigung von Königstein, Pirna, Freiberg und Dresden vor, aber noch immer wagten sich die Hussiten nicht über das Erzgebirge. Als Friedrich aus Nürnberg zurückkehrte, mobilisierte er sogleich ein neues Heer. Immerhin hielt Brüx der hussitischen Belagerung weiterhin stand. Tatsächlich zog der Kurfürst nur acht Wochen nach der Katastrophe von Aussig nach Böhmen und schlug das Prager Feldheer zurück, welches dabei 1.500 Mann auf dem Feld zurückließ.<sup>23</sup>

Nach der schweren Niederlage des sächsischen Heeres in der Schlacht bei Aussig nahm die Auseinandersetzung mit den Hussiten neue Züge an. Friedrich konnte seinen Anspruch auf die nordböhmischen Städte nicht weiter verfolgen. Am vierten Kreuzzug 1427 nahm der Kurfürst krankheitsbedingt nicht mehr aktiv teil. Stattdessen sandte er seinen Sohn mit nur wenigen Rittern zum Reichsheer nach Nürnberg.<sup>24</sup> Am 4. Januar 1428 starb Friedrich I. Sein Nachfolger Friedrich II. sah sich im Winter 1429/30 einer großangelegten hussitischen Invasion gegenüber. Die „herrliche Heerfahrt“, die weite Teile Sachsens verwüstete, war jedoch ein Raub- und kein Eroberungsfeldzug. Über die osterzgebirgischen Pässe marschierten die Hussiten in der Mark Meißen ein. Sie drangen bis Leipzig vor, wagten jedoch keinen Sturm auf die starken Mauern der Stadt, in der sich das kurfürstliche Heer verschanzt hielt. Stattdessen plünderten sie Altenburg und fielen anschlie-



Idealporträt Friedrichs des Streitbaren von der Grabtumba im Meißner Dom

Foto: Matthias Donath

ßend in Franken ein.<sup>25</sup> Die Verheerungen dieses Raubzugs und die Eindrücke eines weiteren erfolglosen Kreuzzuges 1431 führten schließlich dazu, dass Kurfürst Friedrich II. am 4. August 1431 im nordböhmischen Friedstein einen zweijährigen Friedensvertrag mit den Taboriten abschloss.<sup>26</sup>

In die Zeit dieses Friedens fällt die entscheidende Niederlage der radikalen Hussiten in der Schlacht bei Lipan am 30. Mai 1434. Im Anschluss gelang es Sigismund, einen Ausgleich mit den gemäßigten Utraquisten herzustellen. Nach dem Ablauf des Friedsteiner Friedens rückte auch Friedrich II. mit einem Heer in Nordböhmen ein. Er vereinigte sich mit den Truppen des Kaisers. Zusammen gelang es ihnen, den Radikalen am 23. September 1434 bei Brüx eine weitere schwere Niederlage beizubringen.<sup>27</sup>

In der Folgezeit konnte Sigismund seine Herrschaft in Böhmen weiter absichern. Im Juli 1436 erkannten die Utraquisten auf dem Iglauer Landtag die Prager Kompaktakten an. Einen Monat später zog Sigismund als unangefochtener böhmischer König in Prag ein und erklärte wenig später die hussitische Rebellion für beendet.<sup>28</sup>

23 Vgl. Palacký (wie Anm. 10), S. 417-419; Krocker (wie Anm. 14) S. 23-24; Bezold (wie Anm. 16), S. 85.

24 Vgl. Krocker (wie Anm. 14), S. 26-28.

25 Zu diesem Feldzug ausführlich: Ralph Gundram: Döbeln und die Hussiten. Der hussitische Feldzug 1429/30 zwischen Elbe und Mulde in Legende und Wirklichkeit. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 79 (2008), S. 1-26; Thomas Krzenck: Die Hussitenkriege, Sachsen und Leipzig. In: Ulrich von Hehl (Hrsg.): Stadt und Krieg. Leipzig in militärischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Leipzig 2015, S. 51-69.

26 Vgl. Krocker (wie Anm. 14), S. 29-37.

27 Vgl. Querengässer (wie Anm. 11), S. 55-58.

28 Vgl. Šmahel (wie Anm. 8), S. 1622-1640.

#### Autor

Dr. Alexander Querengässer  
Leipzig



# Die Landesherrschaft der Vögte und Reußen im Vogtland in ihrer Verbindung zur böhmischen Krone

Hagen Rüter

Die Karte zeigt den vogtländischen Raum als Durchgangsgebiet zwischen Thüringer Wald und Erzgebirge, Thüringen, Sachsen, Franken und Böhmen.  
© Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

## Staufer und Přemysliden

Eine der Gründe, weshalb das Vogtland die besondere Aufmerksamkeit der am Landesausbau des 11. und 12. Jahrhunderts beteiligten Mächte auf sich zog, ist sicher in der geographischen Lage zwischen dem Erzgebirge im Osten, dem Fichtelgebirge im Süden und dem Thüringer Wald im Westen zu sehen, die es als ein strategisch wichtiges Durchgangsland erscheinen ließ.<sup>1</sup> Seit dem 12. Jahrhundert versuchten die deutschen Könige hier, zwischen Thüringen und der Mark Meißen, Fuß zu fassen, um neben

dem Königsland an Main und Mosel einen weiteren zusammenhängenden Herrschaftskomplex nördlich der Alpen zu schaffen.<sup>2</sup> Erkennbar ist dies nicht zuletzt an den Reichsstädten Altenburg, Zwickau, Chemnitz und Eger, die als herrschaftliche und wirtschaftliche Zentren des Oster-, Pleißen- und Egerlandes anzusehen sind. Jener Landesausbau fand unter dem Staufer Friedrich I. Barbarossa seinen Höhepunkt. Auffällig ist, dass es westlich des Pleißenlandes bis zur Reichsstadt Saalfeld einem königlichen Ministerialengeschlecht gelang, weitgehende landesherrliche Rechte zu erwerben und ein re-

lativ geschlossenes Herrschaftsgebiet aufzubauen.

Es ist davon auszugehen, dass diese, seit dem 12. Jahrhundert hier präsenten Reichsministerialen<sup>3</sup>, die sich nach Weida, ihrer Stammburg oder einem der anderen Herrschaftszentren benannten und bald als Vögte bezeichnet wurden, den Landesausbau in ihrem Einflussbereich unter dem Schutz des Königs und in enger Bindung an diesen vorantrieben. Mehrfach erscheinen sie als hohe königliche Beamte oder Beauftragte, insbesondere als Landrichter zu Eger.<sup>4</sup> Der Vogtstitel ist zum erstenmal in der Urkunde von 1209 überliefert, in der es um die Ausstattung des Hausklosters Mildenfurt ging. Wie für alle Herrschaftsträger in diesem Raum spielte auch für die Vögte die Nähe Böhmens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine große Rolle. Der Landesausbau erfolgte entlang der „böhmischen Steige“, den wichtigen Handels- und Kommunikationswegen nach Süden, und an der Entwicklung staatlicher Strukturen im Vogtland hatte die böhmische Krone wesentlichen Anteil.

Während der Stauferzeit im 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts ist eine deutliche Präsenz der Reichsgewalt in der Region erkennbar. Friedrich I. Barbarossa und Friedrich II. trafen in Altenburg und Eger regelmäßig mit ihren vogtländischen Ministerialen zusammen. Mit der Einsetzung des Deutschen Ordens leitete Friedrich II. eine folgenreiche Entwicklung ein, da der Orden im Vogtland eine dominierende Stellung erlangte. Erst nach der Absetzung Heinrichs (VII.) durch seinen Vater 1235 schwand der königliche Einfluss spürbar. In dem Bestreben, ihren Einflussbereich auszuweiten, griffen die Vögte, die sich seit dem 13. Jahrhundert in drei bzw. vier Linien aufgliederten und nach deren Hauptorten Weida, Plauen, Gera und zeitweise auch Greiz benannten, nach Franken und in das Egerland aus. Seit dem Ende der staufischen Herrschaft und während des Interregnums versuchten sie, ihre Machtposition zu festigen, und konnten sich zunächst gegen die mächtigeren Nachbarn behaupten. So traten die Vögte gegenüber den Wettinern in der Mitte des 13. Jahrhunderts noch als gleichberechtigte Partner auf. Gleichzeitig mussten sie mit den böhmischen Přemysliden-Königen rechnen, die sich in jener Zeit ebenso für das Pleißen- und Vogtland interessierten.<sup>5</sup> Im Vertrag von Grimma 1254 verständigten sich die Vögte mit den Wettinern über ihre Einflussphären und Absichten bezüglich Böhmen, dem Eger- und dem Regnitzland. Während sich die Weidaer Linie im Regnitzland und um Hof engagierte, bemühten sich die Geraer vor allem um das Gebiet um

Schleiz und Lobenstein, und die Plauener versuchten, Einfluss im Egerland<sup>6</sup> zu erlangen. Hier wurden die Vögte 1261 durch Pfalzgraf Ludwig von Wittelsbach gestoppt, und 1265/66 gliederte König Ottokar II. Eger nach Böhmen ein.

Als die deutschen Könige nach dem Interregnum daran gingen, im mitteldeutschen Raum die Rechte des Reiches wiederherzustellen, fanden sich auch die Vögte an ihrer Seite. Schwerpunkt der Reichspolitik waren neben der Bewahrung des Reichsgutes der Ausbau der Hausmacht des Königs und die Durchsetzung des Landfriedens. König Rudolf von Habsburg, der während seines langen Aufenthalts in Erfurt die hiesigen Verhältnisse in seinem Sinne zu ordnen versuchte, ernannte Heinrich I. von Plauen zum Landrichter des Pleißenlandes. Trotz Rückgewinnung Egers 1276 und des Pleißenlandes 1291 hatten sich die Machtverhältnisse grundlegend geändert, und während König Adolf von Nassau noch versuchte, sich in der Region eine Hausmacht zu verschaffen, kamen das Pleißen- und Egerland mit Burgen und Städten unter dessen Nachfolger Albrecht von Habsburg als Pfand an den böhmischen König Wenzel II.

Die Vögte, deren Position nach der Rückkehr der Könige wieder etwas gestärkt erschien, waren allerdings in ihrem Bemühen, nach Süden zu expandieren, gescheitert. Ebenso wird deutlich, dass die einzelnen Familienzweige in den politisch turbulenten Zeiten endgültig verschiedene Wege gingen. Dabei blieben die Beziehungen zu den südlichen Nachbarn von großer Bedeutung. Mit ihren verwandtschaftlichen Beziehungen zu slawischen Adelsdynastien südlich des Erzgebirgskammes verband insbesondere die Plauener Linie ein erhöhtes Ansehen, worauf die Selbstbezeichnungen als Heinrich der Böhme oder Heinrich Reuß hinweisen.<sup>7</sup> Der Name Reuß (Russe) sollte dann sogar bis 1918 als Bezeichnung der gleichnamigen Fürstentümer fortleben.

### Von den Luxemburgern zu Podiebrad

Nachdem sich die Reichsgewalt endgültig aus dem mitteldeutschen Raum zurückgezogen und namentlich nach der Schlacht bei Lucka 1307 und den folgenden Ereignissen, durch die das Pleißenland an die Wettiner fiel, das Feld den örtlichen Mächten überlassen hatte, endete auch der Aufstieg der Vögte. Diese gerieten in die Defensive, da sie nunmehr ihren mächtigen Nachbarn, den Wettinern als Landgrafen von Thüringen und Markgrafen von Meißen sowie den Königen von Böhmen ohne den königli-

- 1 Der Aufsatz ist in leicht erweiterter Form erschienen in: Norbert Moczarski/Katharina Witter (Hrsg.): Thüringische und Rheinische Forschungen Bonn-Koblenz-Weimar-Meiningen. Festschrift für Johannes Mötsch. Leipzig/Hildburghausen 2014, S. 204-221.
- 2 Vgl. Gerhard Billig: Pleißenland – Vogtland. Das Reich und die Vögte. Plauen 2002.
- 3 Zur Herkunft der Vögte von Weida werden in der Geschichtswissenschaft unterschiedliche Meinungen vertreten. Gerhard Billig: Das mittelalterliche Vogtland in heutiger Sicht. Probleme der Geschichte des Gesamtvogtlandes und der Vogtsfamilie im Lichte der Siedlungsgeschichte, Namenskunde und archivalischen Geschichte. In: Jahrbuch des Museums Reichenfels-Hohenleuben 43 (1998), S. 5-44, S. 21 ff.; Gerhard Billig: Erkenbert von Weida 1122 – Eckdatum oder überzogene Interpretation? In: Neues Archiv für sächsische Geschichte 81 (2010), S. 181-189. Dagegen: Matthias Werner: Die Anfänge der Vögte von Weida. In: Das Obere Schloss in Greiz. Ein romanischer Backsteinbau in Ostthüringen und sein historisches Umfeld (Arbeitsheft des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie, Neue Folge 30). Erfurt 2008.
- 4 Berthold Schmidt: Die Reussen. Genealogie des Gesamthauses. Schleiz 1903, Tafel 2, Nr. 4, 12, 25, Tafel 4 Nr. 8.
- 5 Lenka Bobková: Beziehungen zwischen den Wettinern und Luxemburgern in den territorialen Plänen von Karl IV. In: Sächsische Heimatblätter 43 (1997), Heft 2, S. 72-79, hier S. 73.
- 6 František Kubů: Die staufische Ministerialität im Egerland. Pressath 1995, S. 84 f.
- 7 Schmidt (wie Anm. 4), Tafel 4, Nr. 2, 3.
- 8 Berthold Schmidt: Der Prozeß Markgraf Friedrichs des Ernsthaften von Meißen gegen seinen Vormund Heinrich Reuß den Jüngern, Vogt von Plauen. In: 54. und 55. Jahresbericht des Vogtländischen Altertumsforschenden Vereins zu Hohenleuben und 6. und 7. Jahresbericht des Geschichts- und altertumsforschenden Vereins zu Schleiz (1884), S. 91-111.

- 9 André Thieme: Landesherrschaft und Reichsunmittelbarkeit. Beobachtungen bei den Burggrafen von Meißen aus dem Hause Plauen und anderen Nachfolgefamilien der Vögte von Weida, Gera und Plauen. In: Jörg Rogge/Uwe Schirmer (Hrsg.): Hochadelige Herrschaft im mitteldeutschen Raum (1200-1600). Leipzig/Stuttgart 2003, S. 135-161, hier S. 141 ff.
- 10 Eckhart Leisering: Die Wettiner und ihre Herrschaftsgebiete 1349-1382. Landesherrschaft zwischen Vormundschaft, gemeinschaftlicher Herrschaft und Teilung. Halle 2006, S. 115 ff.
- 11 Martin Wihoda: Die Sizilischen Goldenen Bullen von 1212. Kaiser Friedrichs II. Privilegien für die Přemysliden im Erinnerungsdiskurs. Wien 2012, S. 228 ff.
- 12 Billig (wie Anm. 2), S. 206.
- 13 Berthold Schmidt: Burggraf Heinrich IV. zu Meißen Oberstkanzler der Krone Böhmen und seine Regierung im Vogtlande. Gera 1888. Rezension von Heinrich Gradl mit zahlreichen Berichtigungen und Ergänzungen in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen 1888/89. Literarische Beilage, S. 45-53.
- 14 Schmidt (wie Anm. 13), S. 6 ff.
- 15 Landeszeitung für das Fürstenthum Reuß Aelt. Linie, 11. September 1885.
- 16 Willy Flach: Geschichte der reußischen Archive. Greiz 1930, S. 40 f.
- 17 Ausführlich dazu André Thieme/Uwe Tresp (Hrsg.): Eger 1459. Fürstentreffen zwischen Sachsen, Böhmen und ihren Nachbarn. Dynastische Politik, fürstliche Repräsentation und kulturelle Verflechtung. Dössel, Wettin-Löbejün 2011.
- 18 Uwe Tresp: Die Teilnehmer und Besucher des Fürstentages zu Eger. In: Thieme/Tresp (wie Anm. 17), S. 431-433.
- 19 Uwe Tresp: Das Fürstentreffen von Eger und die sächsisch-böhmischen Beziehungen um 1459. In: Thieme/Tresp (wie Anm. 17), S. 67-128, hier S. 78.
- 20 Lenka Bobková/Jana Hanousková: Die böhmischen Lehen in Mitteldeutschland und die Erneuerung der Böhmisches Krone durch Georg von Podiebrad im Lichte der Verträge von Eger. In: Thieme/Tresp (wie Anm. 17), S. 241-262, hier S. 259 ff.

chen oder kaiserlichen Schutz gegenüberstanden. Zwar war das böhmische Königtum, das immer wieder in den Raum nördlich des Erzgebirges ausgegriffen hatte, nach dem Ende der Přemysliden 1305 geschwächt, doch gelangte mit den Luxemburgern eine Dynastie auf den Thron, dessen herausragendster Vertreter, Karl IV., das Schicksal des Vogtlandes ganz entscheidend mitbestimmen sollte.

Zunächst versuchte König Johann von Luxemburg noch, die Wettiner zurückzudrängen, und nutzte seine Stellung als Reichsvikar, um ein entsprechendes Militärbündnis mit deren Gegnern abzuschließen. Dazu fanden sich 1312 auch die Vögte in Prag ein. Der Wandel in der Königspolitik von der Reichs- zur Hausmacht ließ die Könige Heinrich VII., Ludwig den Bayern und Karl IV. letztlich immer mehr den Ausgleich mit den großen Dynasten suchen, was auch die Vögte zwang, sich nach Wegfall der Reichsgewalt neuen Schutzmächten zu verpflichten. Solange sich die Wettiner und die böhmische Krone mehr oder weniger feindlich gegenüber standen, konnten die Vögte zwischen ihnen lavieren. Dies traf insbesondere auf die ältere Plauener Linie und die Reußen zu. Das Haus Weida schloss sich nach der Lehnsauftragung der Stadt Hof und des Regnitzlandes 1318 an die Burggrafen zu Nürnberg eng den Wettinern an und vertauschte und verkaufte nach und nach an diese ihre Besitzungen, bis die Linie im 16. Jahrhundert ausstarb. Gera schloss 1328 einen militärischen Beistandspakt mit den Wettinern. Dagegen trug Heinrich von Plauen bereits 1327 dem böhmischen König die Herrschaft Plauen zu Lehen an. Auch die jüngere Plauener Linie, die sich 1306 abgespalten hatte und die sich nach ihrem Begründer „die Reußen“ nannte und zunächst ihren Herrschaftsmittelpunkt in Greiz gefunden hatte, unterstellte 1329 die wichtige Burg Posterstein unweit Altenburg böhmischer Lehnsfolge. Heinrich II. Reuß, der beachtliche Aktivitäten zur Ausweitung und Absicherung seines Herrschaftsgebietes entwickelte, geriet bald in einen unversöhnlichen Gegensatz zu den Wettinern.<sup>8</sup> Diese konnten sich jedoch in allen Auseinandersetzungen behaupten und gingen auch aus der sogenannten Thüringer Grafenfehde in ihrer fürstlichen Stellung gestärkt hervor. Schließlich erscheinen die Vögte hinsichtlich bedeutender Teile ihres Besitzes unter wettinischer Lehnshoheit.

Im Jahr 1329 erlangten die Vögte, die mittlerweile entgültig in verschiedene Linien gespalten waren und zuweilen gegensätzliche politische Positionen vertraten, von Kaiser Ludwig dem Bayern eine Urkunde, die sämtliche bisher gewonnene landesherrliche Rechte und Privile-

gien in durchaus reichsunmittelbarer Weise bestätigte. Diese als „Vogtländische Goldene Bulle“ bezeichnete Urkunde dokumentierte jedoch bald nicht mehr die realen Machtverhältnisse, indem die Vögte zunehmend in Abhängigkeit ihrer größeren Nachbarn gerieten.<sup>9</sup>

Die Hoffnungen, die die Vögte möglicherweise mit dem Regierungsantritt Karls IV. verbunden hatten, wurden bald enttäuscht. Dessen Bündnis mit den Wettinern, das einer Herrschaftspraxis entsprach, die sich vor allem auf ein Übereinkommen mit den großen Fürsten stützte, musste sich folgerichtig gegen die kleineren Herrschaftsträger richten. Im Vogtländischen Krieg 1354 bis 1359<sup>10</sup> verlor die Plauener Linie die Hälfte ihres Herrschaftsgebietes an die Wettiner. Die Vorgänge, die unter militärischem Druck abliefen, wurden dabei als Kauf und Tausch bezeichnet und von Karl IV., der mit den Wettinern 1358 einen erneuten Beistandsvertrag abschloss, umgehend bestätigt. Als Vorwand für das gewaltsame Eingreifen galt der Kampf gegen das Räuberunwesen und die Durchsetzung des Landfriedens. Karl IV. übernahm den übrigen Besitz des Plauener Vogtes faktisch als böhmisches Lehen, wodurch dieser seine Reichsunmittelbarkeit einbüßte und schließlich aus seinen Stammländern verdrängt wurde. Die Reußen als wettinische und böhmische Lehnsleute glaubten sich nach beiden Seiten abgesichert, bis Karl IV. 1358 Rechte an Mylau und Reichenbach anmeldete, die 1212 von Kaiser Friedrich II. an König Ottokar übertragen worden waren.<sup>11</sup> Bezeichnend für die Situation der Reußen ist, dass ihnen die Orte erst 1323 von Ludwig dem Bayern als Reichslehen bestätigt worden waren. Die Auseinandersetzung endete mit der Umwandlung in böhmische Lehen. 1367 verkauften die Reußen Reichenbach an Karl IV. Die Vögte von Gera verloren 1358 Sparnberg und Reitzenstein an Böhmen und erkannten später dessen Lehnshoheit über die Herrschaft Lobenstein an. Diese Abhängigkeit von Böhmen, wie auch von der Landgrafschaft Thüringen oder der Markgrafschaft Meißen, die sich in der Hand der Wettiner befanden, ist später als ein Reichsafterlehn bezeichnet worden. Es scheint jedoch, dass dieser Begriff, der seine juristische Ausformung erst in späterer Zeit erfahren hat, für die Zustände im 14. Jahrhundert einer einschränkenden Charakterisierung bedarf, indem die Verbindung mit der böhmischen Krone bzw. den Wettinern als Lehnsherren eine engere war als die zum Reich.<sup>12</sup> Ende des 14. Jahrhunderts waren die Vögte, die allmählich jenen Titel ablegten und sich fortan Herren nannten, trotz landesherrlicher Rechte in ihrem Herrschaftsgebiet den Wettinern und

den Königen von Böhmen lehnspflichtig geworden, so das eine Reichsunmittelbarkeit kaum noch erkennbar ist. Dabei bestanden doppelte Abhängigkeiten der Linien Plauen, Reuß und Gera, während Weida für ihre Stammlande die wettinische Oberhoheit anerkannte und Hof und das Regnitzland an die Burggrafen von Nürnberg verkaufte. Die Wettiner befanden sich bald im Streit mit Karl IV. um die jeweiligen Herrschafts-, Besitzrechte und Einflussphären, die auch das Vogtland betrafen. Nachdem 1372 eine Liste mit Beschwerdepunkten vorgelegt worden war, einigte man sich noch im selben Jahr im Vertrag von Pirna, in dem die böhmischen Erwerbungen bzw. die Oberhoheit über eine Reihe vogtländischer Orte bestätigt wurden. Als 1387 die Herrschaft Plauen als böhmisches Lehen ausgereicht wurde, enthielt der Lehnbrief sogar die Bestimmung, jene sollte nach Aussterben der Plauerer Linie an Böhmen zurückfallen, womit der Erbananspruch der anderen Linien ausgeschlossen wurde. Andererseits gelang es den Plauernern, die seit dem 13. Jahrhundert einige böhmische Pfandschaften innehatten, auch südlich des Erzgebirges Herrschaftsbesitz zu erwerben.<sup>13</sup>

Ein herausragender Vertreter des Hauses Plauen leistete als treuer Gefolgsmann König Sigismunds, dem Sohn Karls IV., im Kampf gegen die hussitische Bewegung Unterstützung. Dennoch tauchten Gerüchte auf, die das Gegenteil behaupteten. Schwer zu beweisen und wahrscheinlich eine Legende ist auch die Geschichte, jener Heinrich von Plauen hätte mit „Kaspar Schlick und anderen“ gegen die Verurteilung Jan Hus' gestimmt. Stattdessen stand er neben „Ulrich von Rosenberg, Wilhelm Svihovsky von Riesenburg, Heinrich von Elsterberg auf Plan und Alesso von Sternberg an der Spitze des katholischen Adels in Böhmen“.<sup>14</sup> Interessanterweise hielt sich jene Legende bis in das 19. Jahrhundert und wurde mit kritischem Blick auf die Verhältnisse im Wilhelminischen Kaiserreich unter der Überschrift „Die Minorität im Kampfe“ durch die fürstentreue „Landeszeitung“ verbreitet, wobei Jan Hus außerordentlich ehrenvoll charakterisiert wurde.<sup>15</sup> Heinrich XXII. Fürst Reuß älterer Linie war so stolz auf seinen Ahnen, dass er anderslautenden Befunden vehement entgegentrat.<sup>16</sup> Jener Herr von Plauen war dagegen für seine Verdienste zum Reichshofrichter ernannt und 1426 mit der Burggrafschaft Meißen belehnt worden, was ihm allerdings die erbitterte Gegnerschaft der Wettiner eintrug, die sich selbst Hoffnungen auf den Titel gemacht hatten.

Nach dem Ende der Hussitenkriege, die ein geschwächtes Königtum hinterließen, wählten die böhmischen Stände Georg von Podiebrad zum neuen König, dem es gelang, nach jahrelangen



Feindseligkeiten eine Verständigung mit den Wettinern herbeizuführen, von der langfristig Impulse einer friedlichen Nachbarschaft ausgingen. In Eger fanden 1459 unter Vermittlung Markgraf Albrechts von Brandenburg Fürstentage statt.<sup>17</sup> Ergebnis der Verhandlungen und Zusammenkünfte waren nicht zuletzt die Vereinbarung über die künftige Grenze entlang des Erzgebirges sowie die Doppelhochzeit zwischen den jeweiligen Söhnen und Töchtern aus der königlichen bzw. herzoglichen Familie, mit der das künftige Einvernehmen bekräftigt werden sollte. Burggraf Heinrich III. und ein Vogt von Gera sind im Gefolge König Podiebrads, ein weiterer Geraer im Gefolge des Markgrafen von Brandenburg nachweisbar.<sup>18</sup> Die Einigungen erstreckten sich auch auf die gegenseitige Aufteilung und Anerkennung von Herrschaftsrechten und Lehnshoheiten. Damit scheiterten die Bemühungen des Burggrafen auf eine Wiedererlangung von im Vogtländischen Krieg verlorenem Besitztum, die dieser während der Auseinandersetzungen zwischen Podiebrad und den Wettinern angestrengt hatte.<sup>19</sup> Hinsichtlich des Vogtlandes blieb es für die böhmische Krone im Wesentlichen bei dem Stand, der unter Karl IV. erreicht worden war.<sup>20</sup>

Urkunde vom 10. April 1364. Karl IV. gestattet den Reußen, Mylau und Reichenbach ungeachtet vorausgegangener Teilung auch wieder vereinigt zu vererben. Es gelang Karl IV. seit 1358, mit Hilfe einer älteren Urkunde Friedrichs II. für Ottokar I. die Reußen aus dem Besitz von Burg und Stadt zu verdrängen, der diesen erst 1323 von Ludwig dem Bayern bestätigt worden war.

© Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

21 Schmidt (wie Anm. 13), S. 18 ff.; Hubert Ermisch: Studien zur Geschichte der sächsisch-böhmischen Beziehungen in den Jahren 1464 bis 1468. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Alterthumskunde 1 (1880), S. 209-266, hier S. 218 ff.



Urkunde vom 21. März 1367. Kaiser Karl IV. befehlt als König von Böhmen den Vogt Heinrich Reuß von Plauen mit der Feste Treuen. Am gleichen Tag verkaufte der Reuß die Stadt Reichenbach mit dazugehörigen Dörfern an die böhmische Krone.  
© Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

Da sie böhmische Vasallen waren, blieben die Plauerer auch als Burggrafen von Meißen, von welcher Herrschaft ihnen nach den Auseinandersetzungen mit den Wettinern ohnehin nur der allerdings hochrangige Titel blieb, wesentlich in die Angelegenheiten der böhmischen Stände einbezogen. Ihr Herrschaftsmittelpunkt verlagerte sich nach dem Verlust von Plauen 1466, das König Georg an die Wettiner übertrug<sup>21</sup>, nach Süden. Hier vertraten sie in der Regel die Interessen der katholischen Partei. Die langwierigen Streitigkeiten zwischen den Wettinern und den Burggrafen wurden 1482 auf dem Hoftag König Wladislaus' in Brüx beigelegt. Burggraf Heinrich III. konnte zwar in Böhmen weiteren Besitz erwerben, musste aber endgültig auf Plauen verzichten. Vorübergehend stand er beim König in hohem Ansehen und erlangte in der böhmischen Lausitz und in der Oberpfalz einigen Einfluss.

### Von Ferdinand I. bis Maria Theresia

Unter König Ferdinand I., der sich um eine Stärkung der Königsmacht gegen die überkommenen bzw. seit der hussitischen Bewegung verbürgten Rechte der böhmischen Landstände bemühte<sup>22</sup>, gelang Burggraf Heinrich IV. der Aufstieg bis in das Amt des Oberstkanzlers der

böhmischen Krone.<sup>23</sup> Er stand damit innerhalb der Auseinandersetzungen um die landständische Verfassung Böhmens 1547 auf Seiten des Königs. Die Bevorzugung des Reichsfürsten auf Kosten der mächtigen Rosenberger<sup>24</sup> spitzte den Konflikt weiter zu, in dem sich schließlich die Mehrheit des böhmischen Adels durchsetzte, deren Ziel die Bewahrung der alten ständischen Verfassung war.<sup>25</sup> Die Burggrafen von Meißen aus dem Haus Plauen haben versucht, innerhalb des böhmischen Adels mit ihrer eigenen Stellung die Machtposition des Fürsten- und Herrenstandes zu stärken und sind dabei zu den verschiedenen Bündnissen und Kompromissen bereit gewesen. Heinrich IV. ist sicher für König Ferdinand, in seinem Bestreben, die Zentralmacht in Böhmen zu stärken, eine besondere Stütze gewesen. Generell musste aber auch den Plauernern an einem gewissen Einfluss der böhmischen Stände gelegen sein, zumal diese den König regelmäßig anhielten, die Rechte der Krone außerhalb Böhmens nicht aufzugeben.<sup>26</sup> Auf deren Schutz gegen die immer mächtiger werdenden Wettiner waren aber die Plauerer und insbesondere deren Verwandte, die Reußen und die Herren von Gera, angewiesen.<sup>27</sup> Dass der Familienzusammenhalt noch von Bedeutung war, zeigt der Torgauer Vertrag von 1537, wo das zu erwartende Geraer Erbe aufgeteilt wurde. Später konnten die Reußen hierauf berechnete Ansprüche stellen.<sup>28</sup> Neben der Rolle, die Burggraf Heinrich IV. am Hof Ferdinands I. und innerhalb der ständischen Auseinandersetzung in Böhmen spielte, richtete er seine politische Aktivität wieder auf das Stammland seiner Väter. Im Verlauf des Schmalkaldischen Krieges gelang es ihm, mit Hilfe und unter dem Schutz der böhmischen Krone das gesamte Vogtland zu vereinigen, wobei er versuchte, die Grundlagen für einen zentral regierten, modernisierten Fürstenstaat zu legen.<sup>29</sup> Die politischen Aktivitäten des protestantischen Schmalkaldischen Bundes, der als militärisches Bündnis gegen Kaiser Karl V. und die katholische Partei im Reich auftrat, fanden im Schmalkaldischen Krieg ihren Höhepunkt. Trotz der militärischen Niederlage der Protestanten gehört es zu den langfristigen Wirkungen dieses Widerstandes gegen den Kaiser, dass sich die weitgehende Unabhängigkeit der Reichsstände als Verfassungsprinzip des Reiches durchsetzte.<sup>30</sup> Für Mitteldeutschland, im Verhältnis zwischen Sachsen, Thüringen dem Vogtland und Böhmen hatte der Friedensschluss eine Neuordnung der staats-, lehns-, und verfassungsrechtlichen Grundlagen zur Folge, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen.

22 Anna Skýbová: Ferdinand I., der Habsburger, und die Anfänge seiner Regierung im böhmischen Staat. In: Günter Vogler (Hrsg.): Europäische Herrscher. Ihre Rolle bei der Gestaltung von Politik und Gesellschaft vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Weimar 1988, S. 71-84; Jaroslav Pánek: Böhmisches und mährische Ständeopposition im Kampf mit den Habsburgern 1547-1577. In: Jaroslav Pánek: Stavovská opozice a její zápas s Habsbursky. Prag 1981, S. 145-151. Joachim Bahlcke: Regionalismus und Staatsintegration im Widerstreit. Die Länder der Böhmisches Krone im ersten Jahrhundert der Habsburgerherrschaft (1526-1619). München 1994.

Sehr unterschiedlich war das Verhalten der drei verbliebenen Linien der alten Vogtsfamilie. Während die Plauener Abkömmlinge als Burggrafen in Böhmen auf Seiten König Ferdinands und damit im katholischen Lager standen, waren die Reußen und die Herren von Gera hinsichtlich ihrer wettinischen Lehen in der Leipziger Teilung von 1485 dem Kurfürstentum Sachsen verbunden. Kurfürst Johann Friedrich, neben Landgraf Philipp von Hessen einer der Führer des protestantischen Bundes, forderte die Lehnsfolge bedingungslos ein, nachdem er bereits maßgeblich für die Reformation der reußischen und geraischen Länder gesorgt hatte.<sup>31</sup> Widerstand war dabei vom alten Herrn Reuß ausgegangen, seine Söhne schlossen sich dagegen dem neuen Glauben wie auch dem Lehnsheeren an. Der älteste, der einzige während des Kriegesfalls volljährige Sohn, Heinrich XIV., hatte im Heer der Protestanten eine Hauptmannsstelle inne und geriet in der Entscheidungsschlacht bei Mühlberg in Gefangenschaft.<sup>32</sup> Dagegen versuchte der Herr von Gera, der ebenfalls Lehnstücke beider Kriegsparteien innehatte, zwischen diesen zu lavieren und eine eindeutige Stellungnahme zu vermeiden. Er leistete beiden Lehnsdiensten und vermied es, die Partei des Schmalkaldischen Bundes zu ergreifen, weshalb sein Land der militärischen Besetzung verfiel. Nach dem Sieg des Kaisers beließ man ihm deshalb allerdings bis zum Aussterben seiner Linie 1550 einen großen Teil seiner Herrschaft.<sup>33</sup>

Burggraf Heinrich IV. arbeitete von Anfang an darauf hin, möglichst viel vom alten Vogtland wieder zu gewinnen und in seiner Hand zu vereinen. Als Oberstkanzler der böhmischen Krone und Vertrauter König Ferdinands und nicht zuletzt auf Grund seines militärischen Einsatzes für den König konnte er sein Ziel nach der für die katholische Seite siegreichen Entscheidungsschlacht bei Mühlberg erreichen.<sup>34</sup> Vorangegangen waren Verhandlungen mit dem albertinischen Zweig der Wettiner, die auf Seiten des Kaisers gestanden hatten und dafür auf Kosten der ernestinischen Verwandtschaft mit großem Gebietszuwachs und dem Kurfürstentum belohnt wurden. Dagegen hatten sie u.a. die Lehen über die Reußen und die Geraer an Böhmen bzw. das Reich abzutreten, von wo es als förmliches Reichsafterlehen von der böhmischen Krone dem Burggrafen übertragen wurde. Schmerzlich für das neue Kursachsen war der Verlust von Plauen und des übrigen ehemaligen Besitzes der Plauener Vögte, der in dieselbe Lehnsabhängigkeit gestellt wurde. Insgesamt umfasste der Besitz Heinrichs IV. außer den böhmischen Herrschaften Königswarth (Kynz-

wart), Petschau (Bečov), Neuhartenstein (Hartenštejn) und Theusing (Toužim) seit 1547 die Herrschaften Plauen, Vogtsberg und Pausa, Greiz, Gera, Schleiz und Lobenstein, Reichenbach und Mylau,<sup>35</sup> die Orte Graslitz (Kraslice), Schöneck und Elbogen (Loket) sowie die Lehnsheerheit über die von Zettwitz zu Neuberg (Neuberk) und Asch (Aš) und die von Beulwitz zu Hirschberg.<sup>36</sup>

Die Reußen mussten sich als verurteilte Anhänger Johann Friedrichs nach Kranichfeld zurückziehen, erhoben allerdings bald Klage vor Kaiser und König. Im Verlauf der rechtlichen Auseinandersetzung wurde eingehend die Stellung der Reußen zur böhmischen Krone sowie zu Kaiser und Reich erörtert. König Ferdinand hatte zunächst erklärt, die Reußen seien wegen Lehnsbrüchigkeit vertrieben und deren Güter der böhmischen Krone übertragen worden, weshalb das Lehngericht in Prag zuständig wäre. Außer den Einwendungen der Reußen wegen Voreingenommenheit des Richters und Schritten gegen das ergangene Urteil tat die politische Unterstützung einer Reihe von Reichsfürsten, allen voran der sächsischen Kurfürsten, für das Anliegen der Reußen ihre Wirkung. Nach dem Tode des alten Burggrafen 1554 kam es schließlich zu einem förmlichen Prozess nach „kaiserlichem“, also nicht böhmischem Lehnrecht. Das Urteil setzte die Reußen in den Besitz ihrer ursprünglich von Sachsen zu Lehen rührenden Herrschaft Greiz sowie des Geraischen Erbes. Der Kaiser hatte den Gefolgsleuten Johann Friedrichs in der Wittenberger Kapitulation förmlich verziehen. Die böhmischen Lehen Lobenstein und Posterstein galten dagegen auf Grund der Beteiligung der Reußen am Krieg gegen den König als verwirkt und heimgefallen. Es schlossen sich Streitigkeiten mit den burggräflichen Söhnen um die Huldigung und Einweisung in die verschiedenen Herrschaften an, in denen Ferdinand nun als Kaiser und böhmischer König durch hohe böhmische Beamte vermitteln ließ. Bei Unruhen, die anlässlich der von den Burggrafen und Reußen ungleich erhobenen Tranksteuern ausbrachen, soll es vorgekommen sein, dass die Schleizer Bürger ihren Bürgermeister aus dem Fenster werfen wollten.<sup>37</sup>

Nachdem es den Reußen gelungen war, auf juristischen Wege durch Vergleich bzw. nach Aussterben der Burggrafen 1572 noch im 16. Jahrhundert wieder zu ihrem Besitz, sogar erweitert durch das Geraer Erbe, gekommen zu sein, änderte man natürlich nichts an den neuen lehnsrechtlichen Zuständen. Lediglich für Burg und Stadt Hirschberg, die als direkte böhmische Lehen galten, wurde ein gesonderter Lehnbrief

23 Schmidt (wie Anm. 13), 132 ff.; Bahlcke (wie Anm. 22), S. 77 ff.

24 Jaroslav Pánek/Robert Šimůnek/Vratislav Vaníček: The Lords of Rožmberk. An historical study. In: Jaroslav Pánek: The Rožmberks. A short exhibition guide. Národní památkový ústav – územní odborné pracoviště v Českých Budějovicích 2011, S. 24-111, hier S. 76-81.

25 Ich möchte mich bei Herrn Magister Petr Cais vom Staatlichen Archiv Karlsbad für die Hinweise auf die tschechische Literatur bedanken. Jaroslav Pánek: Zápas o vedení České stavovské obce v polovině 16. století. Knížata z Plavna a Vilém z Rožmberka 1547-1556. In: Československý časopis historický 31 (1983), S. 855-884, hier S. 883 f.; Lenka Bobková: Cizí šlechta usazená v severních Čechách do poloviny 17. století. In: Život na šlechtickém sídle v 16.-18. století. Ústí nad Labem 1992, S. 99-113, hier S. 112 f.; Marek Starý: Knížata jako členové českého panského stavu v době předbělohorské. In: Acta historico-juridica Pilsnensia 2006. Sborník příspěvků ze setkání pracovníků kateder právních dějin z České a Slovenské republiky. Plzeň 2007, S. 99-113, hier S. 124.

26 Skýbová (wie Anm. 22), S. 77 f.

27 Bobková/Hanousková (wie Anm. 20), S. 254.

28 Berthold Schmidt: Ein Rechtsstreit um das Reußenland in den Jahren 1555-1562. In: Forschungen und Versuche zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Festschrift für Dietrich Schäfer. Jena 1915, S. 457-499.

29 Ausführlich dazu Schmidt (wie Anm. 13), S. 203 ff. Die Polizei- und Gerichtsordnungen erfuhren sogar im 17. Jahrhundert eine Neuauflage: Ordnungen des weyland Durchlauchtigen Hochgebornen Fürsten und Herrn, Herrn Heinrichen, des H. Römischen Reichs Burggraffens zu Meissen ... So Ihre Fürstl Gnaden in Sachen gute Policy, Justitien und Gerichtliche Process- auch Türcken- und Tranksteuer betreffende, in dero Voigtländischen Landen und Herrschaften Anno 1551 auffgerichtet. Gera 1643.

Urkunde vom 15. September 1620. König Friedrich von Böhmen gestattet dem böhmischen Kanzler Wenzel Wilhelm von Ruppa, sein Vermögen, außer den Lehen, frei zu vererben und einen Vormund für seine Kinder zu bestimmen. Diese Urkunde des „Winterkönigs“ gelangte mit anderen Urkunden und Briefen in tschechischer Sprache im Zusammenhang mit der Heirat Anna Dorotheas von Ruppa mit Heinrich IV. Reuß Untergreiz nach Greiz.  
© Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

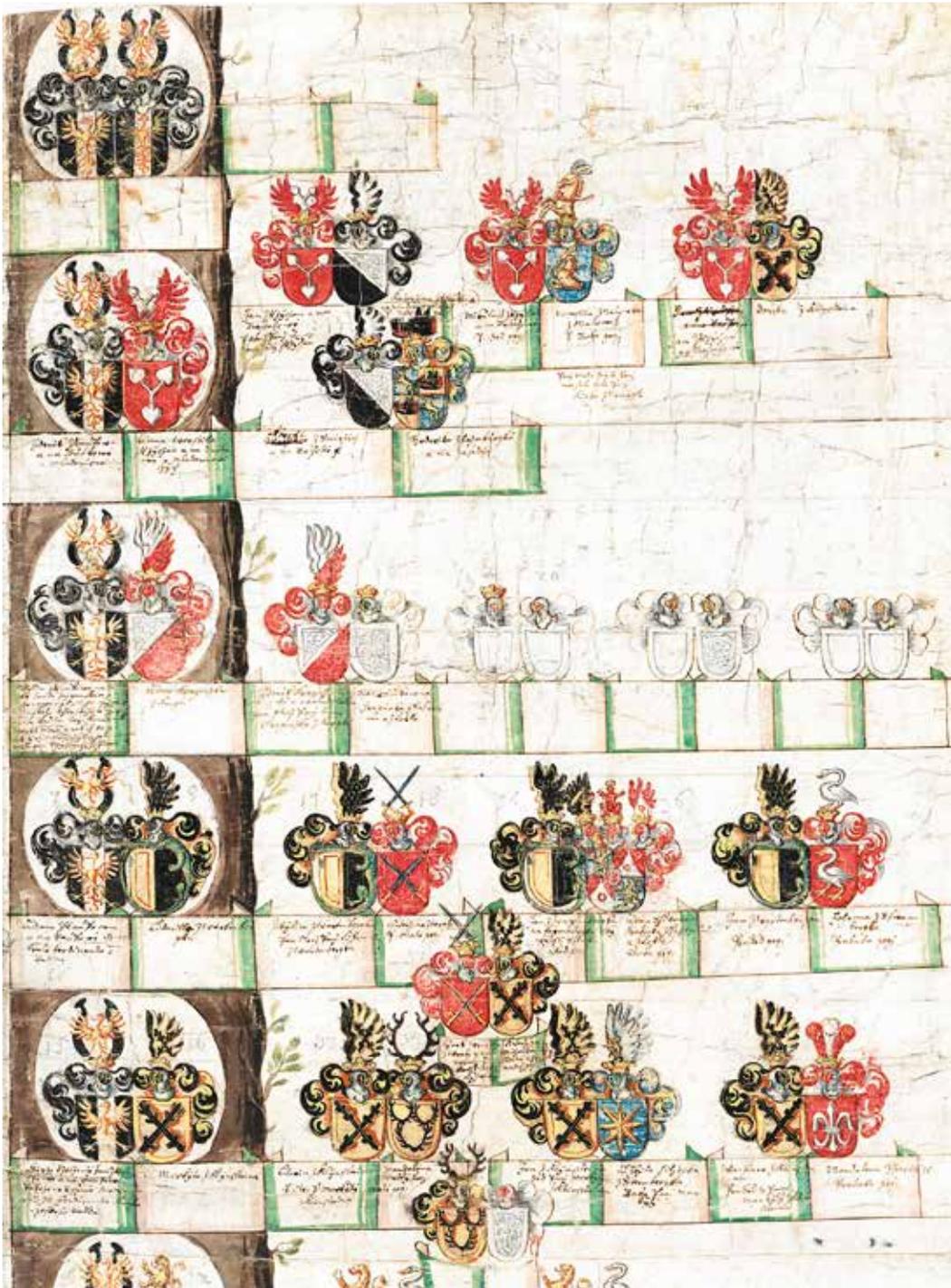


- 30 Georg Schmidt: Geschichte des alten Reiches. Staat und Nation in der frühen Neuzeit 1495-1806. München 1999, S. 80 ff.
- 31 Johannes Plietz: Der sächsisch-reußische Lehnsstreit vom Jahre 1742 und die Reichsunmittelbarkeit der Reußen. Greiz 1912, S. 55 ff.
- 32 Wieland Held: 1547 Die Schlacht bei Mühlberg/Elbe. Entscheidung auf dem Weg zum albertinischen Kurfürstentum. Beucha 1997, S. 98 f., S. 135.
- 33 Schmidt (wie Anm. 28), S. 458.
- 34 Für das Folgende vgl. Schmidt (wie Anm. 13), S. 142 ff.
- 35 Wohl nur die Lehnshoheit über die Metzsch. Bestätigung der Stadtprivilegien durch Burggraf Heinrich IV. Druck in: Johann Balthasar Olscher: Entwurf einer Chronica der alten Voigtländischen Stadt Reichenbach. Leipzig 1729, S. 21 ff. Hier ist fälschlicherweise von den Reußen die Rede.
- 36 Schmidt (wie Anm. 4), Tafel 5, Nr. 2. Hier fälschlicherweise Neudeck statt Neuberg.
- 37 Schmidt (wie Anm. 28), S. 487.
- 38 Plietz (wie Anm. 31), S. 68. Alfred Auerbach: Geschichte der Reichsfeste Hirschberg a.S. bis zum Übergang an die Reussen. In: 74. und 75. Jahresbericht des Voigtländischen Altertumsforschenden Vereins zu Hohenleuben (1905), S. 174-219, hier S. 212 ff.

ausgestellt. Hier reichten die Reußen, solange sie noch nicht selbst Inhaber waren, die Güter als böhmische Afterlehen weiter. Die Stadt wusste ihre böhmischen Privilegien gut zu nutzen und konnte sich bei der Verteidigung ihrer Rechte auf die Zuständigkeit der königlichen Gerichte in Prag stützen.<sup>38</sup> Damit war der direkte wettinische Einfluss, der sich seit dem 14. Jahrhundert geltend gemacht hatte, beendet, und die Reußen konnten sich hinsichtlich ihrer Reichsunmittelbarkeit auf den Schutz der böhmischen Krone verlassen, die im eigenen Namen keine direkten Forderungen zu stellen hatte. Stellte die Aufhebung der bisherigen wettinischen und direkten böhmischen Lehnsabhängigkeit und die Umwandlung des Territoriums in ein böhmisches Reichsafterlehen für die Entwicklung der reußischen Staaten bis hin zu souveränen Fürstentümern eine entscheidende Weichenstellung dar, so war die vogtländische Herrschaft Burggraf Heinrichs IV. aus dem Hause Plauen für Kursachsen und das südliche Vogtland nur ein Zwischenspiel.<sup>39</sup> Der Schutz der böhmischen Krone wurde dann im österreichischen Erbfolgekrieg 1741 auf die Probe gestellt. Die von absolutistischen Ideen bestimmten veränderten Auffassungen von der Verfassung des Reiches drängten vor allem in den größeren Flächenstaaten Herrscher und Politiker dazu, ihre Landeshoheit weitgehender und umfassender zu definieren, als das nach dem Wortlaut der Urkunden, Verträge und Privilegien eigentlich möglich war. Insbesondere der Bestand kleinerer Staaten erschien ihnen nicht zuletzt unter dem Einfluss natur- und vernunftrechtlicher Vorstellungen fraglich. Dagegen konnte sich der Kaiser der Anhänglichkeit vor allem kleinerer Staaten sicher sein, so dass diese zu einer we-

sentlichen Stütze des Reichsgedankens wurden.

Nach dem Tod Kaiser Karls VI., der keine männlichen Erben hinterließ, brach der österreichische Erbfolgekrieg um die Anerkennung der „Pragmatischen Sanktion“ aus, in dem insbesondere um die böhmische Königskrone gerungen wurde. Der 1742 zum Kaiser gekrönte Wittelsbacher Karl VII. musste schließlich Böhmen der Tochter Karls VI., Maria Theresia, überlassen. Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen, zugleich König von Polen, hatte seine politische und militärische Unterstützung für Bayern im Erbfolgekrieg unter anderem von der Übertragung der Reichsafterlehen der 1673 zu Reichsgrafen erhobenen Reußen, der Schönburger und zum Teil der Schwarzburger von Böhmen auf Kursachsen abhängig gemacht.<sup>40</sup> Bereits mit der Ankündigung des Vikariats während des Interregnums wurde eine „chursächsische Superiorität“ behauptet, und nach der kaiserlichen Zessionsurkunde über die fraglichen Lehen ergingen an die Reußen entsprechende Aufforderungen und Mandate. Die Reußen versuchten diplomatische Unterstützung zu erhalten, trafen aber an allen Höfen auf eine abwartende Haltung. Lediglich der König von England ließ ihnen über Hannover wenigstens wichtige Informationen zukommen, was ihm als Verteidiger der „teutschen Freyheit“ besonders gedankt wurde. Als sich das Kriegsglück zu Gunsten Maria Theresias wendete, richteten die Reußen ein Bittgesuch an die Königin und erinnerten an die Beilehnung, die der Kriegsausbruch bisher verhindert hatte, wobei man versprach, der Krone Böhmens auch weiterhin „mit Aufopferung Gutes und Blutes dienen zu wollen und bat um ihren Schutz.“ Die Versuche Sachsens, dem



Stammtafel der väterlichen Ahnen der Anna Dorothea von Ruppa (z Roupová), Gemahlin Heinrichs IV. Reuß Untergreiz, in tschechischer Sprache. In die leeren Felder mit den identischen Wappen der Eltern gehören Wilhelm von Ruppa aus dem katholischen und Anna Catharina von Ruppa, Tochter des Wenzel Wilhelm von Ruppa, Oberstkämmerer des „Winterkönigs“ und 1618 Vorsitzender des „Direktoriums der Aufständischen“ aus dem utraquistischen Zweig der Familie. © Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

Breslauer Frieden nur unter der Bedingung einer Lehnübertragung durch Böhmen Beitreten zu wollen, soll die Königin mit dem Bemerken abgewiesen haben, „auch nicht eine Hütte des böhmischen Landes an Sachsen abzutreten“. So blieb für die Reußen alles beim Alten, während die Schönburger zu einem Rezess gedrängt wurden und nur die Schwarzbürger unbehelligt blieben. Doch noch anlässlich der Erhebung von Heinrich XI. Reuß älterer Linie 1778 in den Reichsfürstenstand musste der Fürst dem Kurfürsten von Sachsen

versichern, dass diesem „an der ihm zustehenden Würde und Rechten eines Burggrafen von Meißen und den Gerechtsamen über Plauen im geringsten kein Schaden entstehen solle“. Die politische und lehnsrechtliche Verbindung zu Böhmen wurde ergänzt durch familiäre Beziehungen zu böhmischen Adligen. Waren bereits im Mittelalter Familienbeziehungen zu böhmischen und anderen slawischen Adelsgeschlechtern geknüpft worden, so traf dies naturgemäß auf die in Böhmen ansässigen Burggrafen von Meißen aus dem Haus Plauen

- 39 Enno Bünz: Vom „Land der Vögte“ zum Vogtlandkreis. Grundzüge der politischen Geschichte. In: Enno Bünz/Sönke Friedrich/Christian Ranacher/Lutz Vogel: Vogtland. Kulturlandschaften Sachsens Bd. 5. Leipzig 2013, S. 49.
- 40 Für das Folgende vgl. Plietz (wie Anm. 31).
- 41 Dieser Verbindung ist es zu verdanken, dass sich im Staatsarchiv Greiz heute Stammtafeln sowie Urkunden über böhmisches Besitztum der Familie und Exulantenbriefe befinden.
- 42 Akten und Risswerk im Staatsarchiv Greiz.
- 43 Rudolf Rödel: Die Politik des Fürstentums Reuß ä. L. von der Auflösung des deutschen Reiches bis zum Ende des Wiener Kongresses. In: 35. und 36. Jahresbericht des Vereins für Greizer Geschichte (1929), S. 16 f.
- 44 Rödel (wie Anm. 43), S. 19. Die letzte Belehnung war durch Hofdekret am 31. Juli 1806 erfolgt.
- 45 Werner Greiling/Hagen Rüter (Hrsg.): Reuß älterer Linie im 19. Jahrhundert. Das widerspenstige Fürstentum? Jena 2013.



Das Emblem aus dem 18. Jahrhundert nimmt Bezug auf die Belehnung Heinrichs von Plauen mit der Burggrafschaft Meißen 1426 (Wappen mit Andreaskreuz) und die Erhebung Heinrichs IV. in den Fürstenstand 1548 (Fürstenhut). Auf diese Standeserhöhungen nahm die reußische Familiengeschichte vielfach Bezug, ohne dass man den Titel führen konnte.

© Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Greiz

**Autor**

Hagen Rüter  
Archivdirektor  
Landesarchiv Thüringen  
- Staatsarchiv Greiz  
Friedhofstraße 1a  
07973 Greiz

besonders zu. Doch auch die Reußen sind einige derartige Verbindungen eingegangen. Hervorgehoben sei die Gemahlin Heinrichs IV. Reuß zu Untergreiz: Anna Dorothea von Rupp. Sie war die letzte Nachfahrin jenes berühmten Wenzel Wilhelm von Rupp (Václav Vilém z Roupova), Oberstkanzler des „Winterkönigs“, der im böhmischen Ständeaufstand 1618 das Präsidium im Direktorium der Aufständischen übernommen hatte. Zur Hinterlassenschaft der Anna Dorothea gehören Urkunden und „Exulantenbriefe“, die dem reußischen Hausarchiv einverleibt wurden, um erforderlichenfalls Erbansprüche nachweisen zu können.<sup>41</sup> Zu den nach Böhmen reichenden Verbindungen der Reußen zählten auch wirtschaftliche Aktivitäten. Diese gingen zuweilen auf ältere Herrschafts- und Besitzrechte zurück. Im Fall von Graslitz trifft dies auf die Vögte und Herren von Plauen zu. Anfang des 17. Jahrhunderts engagierten sich die Reußen im dortigen Bergbau.<sup>42</sup>

**Das 19. Jahrhundert**

Gegen Ende des Alten Reiches versuchte Heinrich XIII. Fürst Reuß älterer Linie, der neben seinen Brüdern der Habsburger-Monarchie beachtliche Dienste leistete<sup>43</sup>, das Ansehen seines Hauses weiter zu erhöhen, indem er sich um eine Virilstimme auf dem Reichstag bemühte. Während dies vom Kaiser unter Hinweis auf die konfessionelle Parität abgelehnt wurde, erhob jener in seinen letzten Wochen als Reichsoberhaupt die Schleizer und Lobensteiner Reußen in den Fürstenstand. Sogar nachdem die Nachricht von der Niederlegung der Kaiserkrone in Greiz eintraf, war man sich noch nicht ganz sicher, ob damit das böhmische Reichsafterleben seine Gültigkeit verloren habe.<sup>44</sup> Auf dem Wiener Kongress bemühte sich Heinrich XIII. dann ganz folgerichtig darum, den österreichischen Kaiser wieder zur Annahme der deutschen Kaiserkrone zu bewegen. Eine Stärkung der österreichischen Monarchie insbesondere gegen Preußen hatten auch die Vorschläge zum Ziel, die Heinrich dem Kaiser als Militär machte. Strategischen Erwägungen war der Vorschlag geschuldet, für den Fall, dass das Königreich Sachsen aufgeteilt würde, das Vogtland als wichtiges Durchgangsland in jedem Fall für Österreich zu reklamieren. Dabei könne es an Böhmen angeschlossen oder dem Fürsten Reuß selbst als treuem Parteigänger Österreichs überwiesen werden.

Die Anhänglichkeit an Österreich bildete während des ganzen 19. Jahrhunderts einen grundlegenden Zug der Politik von Reuß älterer Linie. Dies fand seinen Höhepunkt im Krieg 1866, in dem das Fürstentum zu den Gegnern Preußens zählte, und in der kritischen Haltung, die der letzte in Greiz regierende Fürst Heinrich XXII. zur Reichsgründung sowie zur Innen- und Außenpolitik des wilhelminischen Kaiserreichs einnahm.<sup>45</sup>

Den Strukturen des Alten Reiches wird nach den Fehlschlägen nationalistischer Politik in Mitteleuropa wieder mehr Aufmerksamkeit entgegen gebracht. Möglicherweise lassen sich durch die Beschäftigung mit Formen des politischen und rechtlichen Ausgleichs und Kompromisses zwischen verschiedensten staatlichen Gebilden, die sich über Völker- und Kulturgrenzen hinwegsetzten, auch Antworten auf Fragen der Gegenwart finden. Im Bewusstsein gegenseitiger Abhängigkeit hat die Geschichtswissenschaft zur Erforschung länderübergreifender Themen noch viel zu leisten.



# Bischof Johann VI. von Meißen (1444–1518) und die Familie von Salhausen in Sachsen und Böhmen

Matthias Donath, Lars-Arne Dannenberg und  
Alexander Wieckowski

Vor 500 Jahren, am 10. April 1518, starb Johann von Salhausen, der viertletzte Bischof des vor-reformatorischen Bistums Meißen.<sup>1</sup> Der sechste Meißner Bischof dieses Vornamens (daher die Zählung als Johann VI.) war einer der bedeutendsten Kirchenfürsten im mitteldeutschen Raum am Vorabend der Reformation. Während seiner dreißigjährigen Amtszeit erfuhr das Bischofsland einen bemerkenswerten wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Dass man sich noch heute an den Bischof erinnert, liegt vor allem an seinem prägenden Einfluss auf Wurzen. Er erhob die Stadt zur Bischofsresidenz und ließ mit Dom, Schloss und Wenceslaikirche die bis heute wichtigsten Bauwerke der Innenstadt neu- oder ausbauen. Die Große Kreisstadt Wurzen würdigt den Bischof mit einer kulturgeschichtlichen Ausstellung, die vom 21. Mai bis 3. Oktober 2018 in der St. Wenceslaikirche

in Wurzen zu sehen ist. Die Sonderausstellung zeigt anhand spätgotischer Kunstschatze und Urkunden, warum Sachsen vor 500 Jahren eine großartige kulturelle Blüte erlebte und welchen Anteil Johann von Salhausen daran hatte.

Zur Vorbereitung der Ausstellung wurden Leben und Werk Johanns von Salhausen neu erforscht und bewertet. Dazu haben wir zwei wichtige Quellen herangezogen, die bisher nur unzureichend ausgewertet worden sind: der „Liber Salhusii“ im Archiv des Hochstifts Meißen<sup>2</sup> und das Lehnbuch Johanns von Salhausen im Besitz des Domstifts St. Marien Wurzen<sup>3</sup>. In beiden Sammelhandschriften sind zahlreiche bisher unbekannte Dokumente enthalten, darunter die von Johann von Salhausen autorisierte Biografie. Auch wurde versucht, weiteres Urkundenmaterial zum Leben des Bischofs zu erschließen. Bislang waren die genealogischen

Wappen des Bischofs Johann von Salhausen (rechts) und des Hochstifts Meißen (links) im Westchor des Wurzeners Doms, der ehemaligen Grabkapelle des Bischofs

Foto: Marko Kubitz



„Liber Salhusii“ im Archiv des Hochstifts Meißen, Doppelseite mit dem Wappen des Bischofs und dem Beginn der Biografie  
Foto: Matthias Donath

Zusammenhänge der Familie von Salhausen nämlich nur unzureichend bekannt. Insbesondere die Verflechtungen des sächsischen und des böhmischen Zweigs waren in Vergessenheit geraten. Es gab keine verlässliche Genealogie des Adelsgeschlechts. Bei der einzigen bekannten Genealogie, die Abraham Hoßmann 1661 in den Druck gab, handelt es sich um ein in weiten Teilen frei erfundenes Werk.<sup>4</sup> Das Buch wurde vermutlich verfasst, um den böhmischen Zweig der Familie von Salhausen mit einer langen, ruhmreichen Vergangenheit auszustatten und ihre vermeintliche Abstammung aus einem alten, vom Kaiser privilegierten Freiherrnengeschlecht nachzuweisen.<sup>5</sup> Ein Bildnis oder Porträt des Bischofs ist nicht überliefert. Zur Kennzeichnung seiner Werke nutzte er ausschließlich sein Wappen.

### Herkunft und Familie

Die Familie von Salhausen (auch Saalhausen, Sahlhausen, hier wurde die Schreibung mit einem -a- als Standardname übernommen) war ein niederadeliges Geschlecht aus der Mark Meißen. Namengebender Stammsitz ist vermutlich der Rittersitz Saalhausen bei Oschatz. Der Grundbesitz in Saalhausen scheint früh verloren gegangen zu sein. Wo die Familienmitglieder bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts begütert waren, ist nicht bekannt. Der 1262 bezeugte „Petrus de Zalesen“ ist das älteste namentlich bekannte Familienmitglied. Für das 13. und 14. Jahrhundert finden sich im folgenden nur einzelne Belege. So verzeichnet das markgräfliche Lehnbuch von 1349 einen „Johannes de Salhusen“.<sup>6</sup> Eine gesicherte Stamm-

folge lässt sich sogar erst ab dem 15. Jahrhundert erstellen.

Das Familienwappen zeigt den Kopf eines roten feuerspeienden Drachen, an dessen Hinterseite sich ein menschliches Gesicht befindet, das auch als Mohrenkopf interpretiert wird. Das Wappen wird von einem Drachen bekrönt, der von einem Pfeil durchbohrt ist. Nach der Wappensage soll der Stammvater des Geschlechts diesen Drachen erlegt haben, als dieser versuchte, seinen Herrn zu verschlingen. Zum Dank für die Errettung aus Todesgefahr sei das Wappen verliehen worden. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich, wie meist der Fall, um eine später erfundene Legende.

Der spätere Bischof wurde am 5. November 1444 in Thammenhain bei Wurzen geboren. Das bezeugt er selbst in seiner Biografie im „Liber Salhusii“, die der bischöfliche Sekretär Stephan Gebende 1495 aufschrieb und an den Beginn der Sammelhandschrift stellte. Damit entfallen andere Geburtsorte wie Saalhausen oder Thalheim bei Oschatz, die fälschlich vermutet worden sind. Zwar war die Familie nicht in Thammenhain begütert, aber auch Saalhausen befand sich zu der Zeit längst nicht mehr in Familienbesitz. Johanns Eltern waren Friedrich von Salhausen und Dorothea von Munzig; als jüngerer Bruder lässt sich Georg von Salhausen ermitteln. Denkbar ist, dass die Mutter des Bischofs mit der Familie von Körbitz verwandt war, der Thammenhain gehörte.<sup>7</sup>

Urkunden der Jahre 1476 und 1485 geben an, dass Friedrich von Salhausen auf „Sornewitz“ saß und 1485 durch einen Tausch das Dorf „Qwaeskwewicz“ erwarb.<sup>8</sup> Diese Orte hatte Ernst Gotthelf Gersdorf, der Bearbeiter des Urkundenbuchs, mit Sornewitz bei Coswig und Questenberg bei Meißen identifiziert, wo es aber nie Rittersitze gab. Tatsächlich handelt es sich um Sornitz und Kaisitz bei Meißen. In Sornitz stand ein spätgotisches Schloss, das wie eine verkleinerte Kopie des Wurzener Bischofsschlusses aussah. Mit baulichen Veränderungen des 16. bis 18. Jahrhunderts war es bis zur Bodenreform erhalten geblieben. Dann aber wurde das Gebäude beim Umbau in eine Neubauernstelle erheblich verstümmelt. Ein Turm wurde abgebrochen, der andere verlor seine Haube. Sornitz war mindestens seit 1476 im Besitz des Friedrich von Salhausen: Es ist anzunehmen, dass er hier schon früher begütert war, nur fehlen sämtliche Quellen über die Besitzerfolge des Ritterguts in dieser Zeit. Man kann auch vermuten, dass der spätere Bischof in Sornitz aufgewachsen ist. Um Sornitz schuf die Familie von Salhausen einen Besitzkern, indem 1485 das nahe Dorf Kaisitz durch Tausch erworben

wurde und 1491 die Belehnung mit dem ebenfalls nahen Rittergut Schieritz erfolgte. Wann genau das Schloss in Sornitz errichtet wurde, ist unbekannt; baugeschichtliche Befunde oder Datierungen fehlen. Es ist nicht auszuschließen, dass der Bau vor 1485 erfolgte, als Friedrich von Salhausen noch lebte. Dann wäre das Bischofsschloss in Wurzen, das von 1491 bis 1497 gebaut wurde, eine vergrößerte Version des Elternhauses des Bischofs. Dass der Bruder Georg von Salhausen, der Sornitz erbt, den Bau in Auftrag gegeben haben könnte, ist zwar möglich, aber weniger wahrscheinlich, weil dieser mit großem finanziellem Aufwand ab 1494 das spätgotische Schloss in Trebsen errichten ließ. Friedrich von Salhausen starb nach 1485; er und seine Frau sollen im Meißner Dom zu Seiten des Katharinenaltars begraben worden sein. Grabdenkmäler sind nicht erhalten geblieben. Das Patronat über den Katharinenaltar hatte die Familie von Salhausen bis zur Einführung der Reformation inne.<sup>9</sup> Für die Eltern stiftete Johann VI. ein Jahrgedächtnis, das im Meißner Anniversarienbuch von 1503 verzeichnet ist.<sup>10</sup> Bisher war man der Meinung, der spätere Bischof habe 1460 ein Studium an der Universität Leipzig aufgenommen und sei dort 1463 Baccalaureus geworden. Doch der „Iohannes Salhausyn de Osschatzcs“, der sich im Wintersemester 1460 in die Matrikel einschrieb<sup>11</sup>, ist nicht mit dem gleichnamigen späteren Bischof identisch. Dieser gehörte einer wohlhabenden Oschatzer Bürgerfamilie an, die nicht adligen Standes war und – außer dem gleichen Nachnamen – nichts mit der Familie von Salhausen zu tun hatte. Die Eltern des Genannten waren Ulrich Salhausen und Margarete, wohl eine geborene Grauschwitz (Gruszewicz), die ihre Nachnamen offenkundig nach Dörfern aus der Umgebung von Oschatz trugen, aus denen sie oder ihre Vorfahren stammten.<sup>12</sup> Der ältere Bruder des Johann Salhausen, Nikolaus, studierte ebenfalls in Leipzig. Er schrieb sich als „Nicolaus Salhusen de Osschacz“ im Wintersemester 1451 in die Matrikel ein, studierte Medizin und wurde 1472 als Dr. med. in den Lehrkörper der Medizinischen Fakultät in Leipzig aufgenommen. „Dr. Oschatz“, so sein später üblicher Name, war ein anerkannter Medizinprofessor des ausgehenden 15. Jahrhunderts.<sup>13</sup> Auch Johann von Salhausen absolvierte ein Studium, aber nicht in Leipzig, sondern in Erfurt. Dort schrieb er sich 1470 unter dem Namen „D(omi)n(u)s Iohannes Salhawßen prepositus in Wurtzen“ in die Matrikel ein.<sup>14</sup> Aus der Bezeichnung „Propst zu Wurzen“ geht hervor, dass er dem Kollegiatkapitel St. Marien in Wurzen und als Propst desselben zugleich



Schloss Sornitz bei Meißen, kolorierte Zeichnung, 18. Jahrhundert

dem Domkapitel in Meißen angehörte. In das Meißner Domkapitel war er bereits am 14. April 1466, mit 21 Jahren, aufgenommen worden. Drei Jahre später, 1469, gelangte er durch päpstliche Provision auf die vakante Wurzener Propstei. Der bisherige Amtsinhaber, der Meißner Domherr Paul Mündel, wollte die Propstei seit 1466 abgeben, 1469 wurde seine Resignation bestätigt.<sup>15</sup> Auf den 3. Oktober 1469 datiert die bisher früheste Urkunde mit Johann von Salhausen als Wurzener Propst. Nach den Statuten des Wurzener Kollegiatstifts musste der Propst immer ein Meißner Domherr sein.<sup>16</sup> Der Propst war das ranghöchste Mitglied des Wurzener Kollegiatkapitels. Johann von Salhausen war sicherlich oft in Wurzen, hatte aber als Propst keine dauerhafte Anwesenheitspflicht.

Von den Meißner Domherren wurde erwartet, dass sie ein Studium absolvierten, so dass die Immatrikulation nichts Ungewöhnliches ist. Aus der Erfurter Matrikel geht nicht hervor, welchen Studienabschluss der spätere Bischof erlangte. Üblich wäre ein Studium des geistlichen und weltlichen Rechts gewesen. Der Überlieferung nach ging Johann von Salhausen nach Italien; nach Abraham Hoßmann soll er in Rom Doktor des Kirchenrechts („Doctor decretalium“) geworden sein.<sup>17</sup> Der Studienort lässt sich nicht nachweisen, wäre aber nicht ungewöhnlich. Mehrere Meißner Bischöfe des 15. Jahrhunderts hatten in Italien höhere Studien absolviert. Johann von Salhausen führte als Domdechant den Dokortitel und wurde in einer Papsturkunde vom 8. Februar 1488 als „decretorum doctori“ angesprochen, weshalb eine juristische Promotion als sicher anzunehmen ist.<sup>18</sup>



Papst Innozenz VIII. bestätigt die Wahl Johanns von Salhausen zum Meißner Bischof, 8. Februar 1488  
© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

Kaiser Friedrich III. verleiht Bischof Johann von Salhausen die weltlichen Rechte, 13. Mai 1490  
© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

1476 rückte Dr. Johann von Salhausen im Domkapitel weiter nach oben, denn er wurde zum Dechanten (Dekan) des Domkapitels gewählt. Die Wahl muss im Zeitraum zwischen Juli und November erfolgt sein. Am 30. Juni 1476 zeichnete Salhausen noch als Wurzener Propst, am 3. November wurde er in einer Urkunde als Dechant aufgeführt. In diesem Dokument wird Salhausen auch erstmals als promovierter Kirchenmann ausgewiesen.<sup>19</sup> Der Domdechant war zwar nicht das ranghöchste Mitglied des Domkapitels, aber eine Art geschäftsführender Vorsitzender. Als solcher hatte er eine Anwesenheitspflicht in Meißen. Während seiner De-

chantenzeit war Salhausen auch Rat am sächsischen Fürstenhof.<sup>20</sup>

Es war mittlerweile eine gängige Laufbahn, dass Dechanten, wenn sie sich bewährt hatten, die Bischofswahl für sich entscheiden konnten. Am 1. November 1487 starb Johann V. von Weißenbach, der seit 1476 das Bischofsamt innegehabt hatte. Nach der Biografie des Bischofs im „Liber Salhusii“ soll die Bischofswahl am 13. November stattgefunden haben. Dabei setzte sich Johann von Salhausen mit einer Mehrheit der Stimmen gegen einen einflussreichen Gegenspieler, den etwa gleichaltrigen Dompropst Melchior von Meckau (um 1440–1509) durch. Meckau hat dann anderswo Karriere gemacht, indem er 1488 zum Bischof von Brixen berufen wurde und 1503 den Kardinalshut erhielt.<sup>21</sup> Der genaue Tag der Bischofswahl ist insofern umstritten, weil Johann von Salhausen in einer Urkunde, die zum Generalkapitel am 12. November 1487 ausgestellt wurde, bereits als „episcopus“ erscheint. Möglicherweise wurde die Bischofswahl unmittelbar zum Generalkapitel am 12. November durchgeführt, so dass Johann von Salhausen im Anschluss als „erwählter Bischof“ („electus“) unterzeichnen konnte. Es war üblich, dass der neugewählte Bischof mit dem Domkapitel eine Wahlkapitulation aushandelte, in der er dem Domkapitel bestimmte Rechte an der Verwaltung und Nutzung des Hochstifts Meißen und des Bischofs-gutes einräumte. Diese Wahlkapitulation ist jedoch nicht überliefert.<sup>22</sup>

Als erwählter Bischof musste er eine päpstliche Bestätigung einholen. Papst Innozenz VIII. stellte am 8. und 9. Februar 1488 acht mehr oder weniger gleichlautende Urkunden aus, die an verschiedene Empfänger in Sachsen verschickt wurden und die sich heute allesamt im Hauptstaatsarchiv Dresden befinden.<sup>23</sup> In den Bullen bestätigte der Papst die Rechtmäßigkeit der Bischofswahl sowie die Erfüllung aller Anforderungen, die das kanonische Recht an einen Bischof stellte. Mit der Bulle vom 9. Februar 1488 ermächtigte der Papst einen Bischof, die Bischofsweihe durchzuführen. Diese Bischofsweihe fand am 28. Mai 1488 im Meißner Dom statt. Der Überlieferung nach wurde sie vom Merseburger Bischof Thilo von Trotha (1443-1514) und vom Naumburger Bischof Dietrich IV. von Schönberg (1410/11–1492) vollzogen.



## Herrschaft und Verwaltung

Der Bischof war nicht nur der geistliche Hirte der Christen seines Bistums, sondern auch Reichsfürst mit eigenem Herrschaftsgebiet. Dieses geistliche Reichsfürstentum, das Hoch-

stift Meißen, umfasste Gebietsteile um Stolpen und Bischofswerda, bei Dresden, um Mügeln und um Wurzen.<sup>24</sup> In diesen Gebieten übte der Bischof die Landesherrschaft aus. Voraussetzung war die kaiserliche Belehnung mit dem Reichslehen. Diese Belehnung vollzog Kaiser Friedrich III. mit einer Urkunde vom 13. Mai 1490.<sup>25</sup> Es dauerte also rund zweieinhalb Jahre, bis sämtliche Formalien für die Ausübung des geistlichen und weltlichen Bischofsamtes vollzogen waren.

Bischof Johann VI. sah sich sofort mit der prekären Finanzsituation des Hochstifts Meißen konfrontiert. Bald nach der Bischofswahl erstellte Dr. Johann von Breitenbach im Namen der Juristenfakultät der Universität Leipzig ein Rechtsgutachten zur Frage, inwieweit der erwählte Bischof die Schulden seines verstorbenen Vorgängers bezahlen müsse.<sup>26</sup> Salhausen konnte diese Schulden in Höhe von 21.475 Gulden nur teilweise zurückweisen. Er nutzte diese Situation, um ein Reformprogramm durchzuführen, in dessen Ergebnis die Wirtschaftsbetriebe des Hochstifts grundlegend modernisiert wurden. Der Bischof schloss unrentable Betriebsteile, die mehr kosteten als sie einbrachten, strich überflüssige Stellen und ließ neue Fischteiche, Viehweiden und Brauereien anlegen, die mit Gewinn wirtschafteten. So führte er in seinem Rechenschaftsbericht<sup>27</sup> aus, den er 1512 vorlegte, dass sich im Viehhaus in Stolpen 14 Menschen um Kühe, Pferde und Schweine kümmerten. Die Kühe aber warfen weniger Butter und Milch ab, als das Personal des Viehhauses verbrauchte. So mussten Brot, Bier, Fleisch, Gemüse, Dörrfisch und Salz für die Verpflegung dazugekauft werden. Das Viehhaus kostete jährlich mindestens 400 Gulden mehr, als es einbrachte. Deshalb löste es der Bischof 14 Tage nach der Rechnungslegung auf. Desgleichen stellte man fest, dass das Bischofsschloss in Liebenthal mehr kostete, als es erwirtschaftete. Es wurde abgebrochen und der Wirtschaftsbetrieb mit dem in Stolpen vereint. Zu den Investitionen gehörte die Einrichtung eines Brauhauses nahe dem Domtor in Wurzen, das zwar 4.000 Groschen kostete, aber mit jedem verkauften Bier 6 Groschen einbrachte. Auf diese Weise gelang es, die Schuldenlast innerhalb weniger Jahre abzutragen und erhebliche Einnahmen zu erzielen. Teil des Reformprogramms war auch die Modernisierung der Stiftsverwaltung. Johann von Salhausen führte eine akribische Rechenschaftslegung ein und ließ Rechte und Pflichten genau aufzeichnen. Einen großen Anteil daran hatte der bischöfliche Sekretär und Kammermeister Stephan Gebende aus Mützenberg, Domvikar in Meißen und Domherr in Wurzen. Er



Rechenschaftsbericht des Bischofs Johann von Salhausen vom 20. Juli 1512, Titelblatt mit Siegel  
© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

verfasste 1495 den „Liber Salhusii“. Die Sammelhandschrift listet alle Rechte und Einkünfte der Bischöfe von Meißen auf. Der Bischof ließ zudem alle Unterlagen abschreiben, die für Herrschaft und Verwaltung im Hochstift Meißen wichtig waren. So enthält das Buch ein Verzeichnis der bischöflichen Einkünfte, eine Auflistung sämtlicher Kirchgemeinden und der Abgaben, die die Pfarrer an den Bischof abzuführen haben, sowie eine Übersicht des Besitzes, das an Untertanen verlehnt war. Um 1500 konnte Johann VI. mit 972 Gulden rechnen, die alle zwei Jahre von den Pfründeninhabern des Meißner Bistums zu zahlen waren (*subsidium biennalis*). Außerdem kamen jährlich rund 637 Schock Scheffel und 30  $\frac{1}{2}$  Schock Garben Korn, 601 Scheffel und 30  $\frac{1}{2}$  Schock Garben Hafer, acht Scheffel Weizen und rund 43 Gulden zusammen.<sup>28</sup>

Eine zweite Sammelhandschrift, die ebenfalls der Verwaltung diente, war das Lehnbuch. In dieser zweiteiligen Handschrift verzeichneten die Schreiber der bischöflichen Kanzlei Abschriften aller Urkunden, die Johann von Salhausen in seiner Amtszeit ausstellte. Im ersten Teil überwiegen vor allem Lehnurkunden, die Besitzwechsel in den Rittergütern und Dörfern des Hochstifts Meißen dokumentieren. Enthalten sind weiterhin Abschriften von Briefen Herzog Georgs von Sachsen, in denen er dem Bischof Geistliche für die Besetzung von Domherrenstellen im Meißner Dom und Kanonikerstellen in den Kollegiatkapiteln in Bautzen und Zscheila vorschlug, die der Bischof anschließend bestätigte.<sup>29</sup>

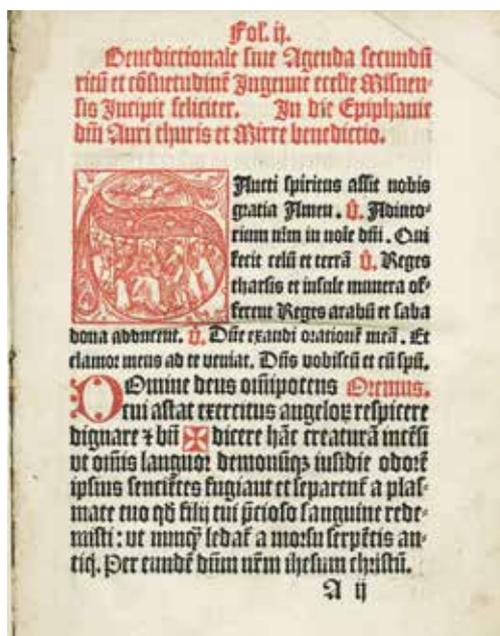


Missale Misnense, Druck von Peter Drach, 1495, letzte Seite mit dem Wappen des Bischofs Johann von Salhausen  
© Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Marien Kamenz

### Liturgische Bücher und Handschriften

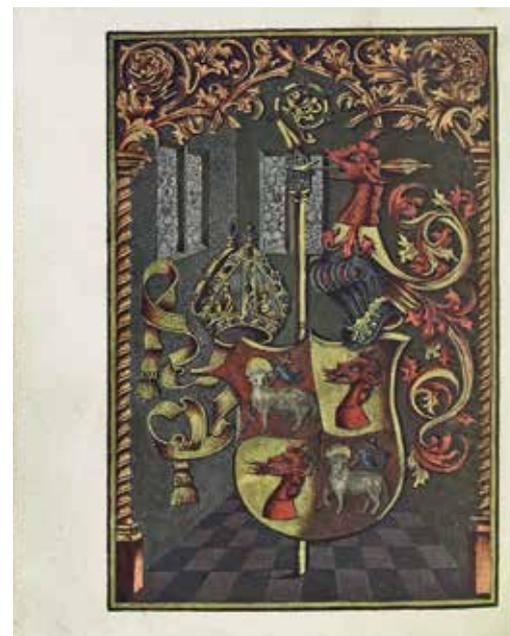
Johann von Salhausen verwendete die Einnahmen einerseits für kirchliche Zwecke, andererseits für einen fürstlichen Lebensstil und seine eigenen familiären Interessen. Erhebliche Mittelflossen in den Druck geistlicher Bücher. Der Bischof nutzte die neue Technik des Buchdrucks, um liturgische Texte und kirchliche Ordnungen in seinem Bistum verbreiten zu können. Etwa 20 Bücher sind in seiner Amtszeit auf seine Kosten gedruckt worden. Zuerst ließ Johann von Salhausen die Drucke von Peter Drach in Speyer herstellen, dann von Konrad Kachelofen und

links: Benedictionale des Bistums Meißen, 1512, Blatt 1r mit Beginn des Textes  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



rechts: Synodalstatuten des Bistums Meißen, 1504, Bl. 1v mit Wappen des Bischofs Johann von Salhausen  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Melchior Lotter, die in Leipzig eine gutgehende Druckerei gegründet hatten. Leipzig gehört zwar nicht zum Bistum Meißen, war aber ein wichtiger Handelsplatz für Bücher. In mehreren Drucken erschien das „Missale Misnense“, das Messbuch für das Bistum Meißen. Es enthielt die Gottesdienstordnung mit allen liturgischen Texten, die an jedem Tag des Jahres im Meißner Dom und in den anderen Kirchen des Bistums zu singen und zu beten waren. 1504 erschienen die Synodalstatuten im Druck, eine Ordnung für die Priester des Bistums.<sup>30</sup> Sie regelte unter anderem, dass die Priester nicht mit Frauen zusammenleben durften. Die Messen waren in lateinischer Sprache zu feiern, aber die Predigt musste in der Muttersprache der Gläubigen gehalten werden. In der Ober- und Niederlausitz, wo die Sorben lebten, wurden die Priester angehalten, die sorbische Sprache zu erlernen oder aber einen sorbischen Hilfsgeistlichen einzustellen. Die Priester hatten darauf zu achten, dass die Gläubigen das Vaterunser und das Glaubensbekenntnis beherrschten. 1512 wurde das „Benedictionale“ des Bistums Meißen gedruckt, ein Segensbuch mit den liturgischen Riten bei der Segnung und der Weihe von Weihwasser, Kerzen, Kräutern, Erntegaben usw. Daneben enthält das Buch aber auch die Ordnungen für wichtige Kirchenfeste sowie Vorgaben für den Ablauf von Taufen, Trauungen und anderen kirchlichen Handlungen. Auch eine der größten spätmittelalterlichen Handschriften des mitteldeutschen Raums geht auf Johann von Salhausen zurück. Zwischen 1500 und 1504 ließ er in Leipzig acht Chorbücher anfertigen und mit Illustrationen versehen.<sup>31</sup> Diese illuminierten Prachthandschriften



enthalten die lateinischen Psalmen und Gebete für den Chorgesang im Meißner Dom. Sie standen auf einem Pult mitten im Domchor und mussten entsprechend groß sein, damit die im Chorgestühl versammelten Domherren, Vikare und Priester aus der Entfernung die Texte und Noten lesen konnten. Die Bücher waren sehr teuer; jedes einzelne Blatt kostete sechs Gulden. Das Chorgebet im Meißner Dom wurde nach 1539 infolge der Reformation eingestellt. 1580 verschenkte Kurfürst August von Sachsen die Handschriften an das Domkapitel zu Naumburg, wo sie weiter in Gebrauch blieben. Heute sind sie im Besitz der Vereinigten Domstifter zu Merseburg, Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz.

**Kirchen und Bischofsresidenzen**

Weiterhin finanzierte der Bischof den Neu- und Ausbau von Kirchen im Bischofsland. Seinem Rechenschaftsbericht zufolge hat er 14 Kirchen größtenteils neu errichtet. Damit hatte er nahezu alle Pfarrkirchen im Gebiet des Hochstifts Meißen einer Modernisierung unterzogen. Das betraf im Stolpener Herrschaftsgebiet die Kirchen in Stolpen, Bischofswerda und Göda, im Amt Briesnitz bei Dresden die Kirchen zu Briesnitz und Coswig, im Mügelnerr Stifftsgebiet die Kirchen in Mügeln, Altmügeln und Zschaitz sowie im Wurzenener Gebiet die Kirchen in Pausitz, Thallwitz, Nischwitz, Röcknitz und Nemt. In Wurzen selbst ließ er die Pfarrkirche St. Wenceslai als spätgotische Hallenkirche neu



Chorbuch VII aus dem Meißner Dom, um 1504, Bl. 292r  
© Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz, Bildarchiv Naumburg

errichten. Der Wurzenener Dom erhielt 1503 einen Westchor, der zugleich als Grabkapelle des Bischofs dienen sollte,<sup>32</sup> und 1508 einen neuen Ostchor. Die Baumaßnahmen zielten auch auf die Selbstdarstellung des Bischofs. An allen seinen Gebäuden ließ er unübersehbar sein Wappen anbringen. Die Wurzenener Kirche wurde gewissermaßen zur „Ersatzkathedrale“<sup>33</sup>, denn im kirchenrechtlichen Sinne blieb natürlich Meißen der Bischofssitz mit dem Dom als Hauptkirche.



Dom zu Wurzen mit dem 1508 vollendeten Ostchor, rechts das Bischofsschloss  
Foto: Marko Kubitz

Stadtkirche St. Wenceslai in Wurzen  
Foto: Marko Kubitz



Eine Richtungsentscheidung traf der Bischof, indem er Wurzen zu seiner zweiten Bischofsresidenz erhob – neben der Burg Stolpen, die seit dem 14. Jahrhundert die Hauptresidenz der Bischöfe war. Die Auswertung der Ausstellungsorte sämtlicher bekannter Urkunden des Bischofs<sup>34</sup> ergab, dass Wurzen aber nicht, wie lange angenommen, zur einzigen Bischofsresidenz wurde. Die Mehrzahl der Urkunden wurde in Stolpen ausgestellt. Wurzen rangiert fast gleichauf an zweiter Stelle. Die Ausstellungsorte belegen, dass der Bischof mehrmals im Jahr zwischen Stolpen

und Wurzen hin und her reiste. Nur selten hielt er sich außerhalb dieser beiden Residenzen auf. Nachgewiesen sind Aufenthalte in Meißen, Mügeln, Döbeln, Dresden, Torgau, Mühlberg und Zschillen (Wechselburg).

Die Urkundenbelege verdeutlichen, dass Wurzen als Bischofsresidenz aufgewertet wurde. Johann von Salhausen hielt sich nun weitaus öfter als seine Vorgänger in der größten Stadt seines Bischofslandes auf, die in den Jahren um 1500 durch zahlreiche Neubauten ihr Gesicht veränderte. Neben dem Dom errichtete Johann



Bischofsschloss in Wurzen, heute  
Restaurant und Hotel  
Foto: Marko Kubitz

	Stolpen	Wurzen	Andere Orte
1488	28.5., 3.6., 4.6., 12.7., 18.7., 24.7., 24.8., 28.8., 18.10., 22.10., 23.10., 29.10., 4.11., 5.11., 18.11., 21.11., 26.11., 8.12., 11.12., 13.12.	2.8., 5.8., 7.8. 8.10., 11.10.	11.8. Sitzenroda, 25.11. Meißen
1489	31.1., 1.2., 5.2., 10.2., 22.3., 26.3., 29.3., 31.3., 2.4., 4.4., 5.4., 14.5., 18.5., 21.5., 9.6., 13.6., 7.8., 29.8., 3.10., 8.10.	4.1., 10.1., 31.5., 2.6., 5.8., 21.9., 31.12.	4.5. Meißen, 9.6. Döbeln, 26.9. Mügeln
1490	19.1., 8.2., 10.6., 27.6., 28.6., 9.7., 28.8.	2.2.	21.6. Dresden, 15.12. Dresden
1491	9.1., 6.3., 10.3., 12.5., 3.6., 22.7., 27.9., 6.12.		7.4. Mügeln
1492	21.3., 5.6., 20.6., 24.6., 30.6., 7.7., 25.8., 29.10., 31.10., 18.11.	2.10., 13.10.	19.7. Dresden
1493	22.2., 25.2., 15.4., 21.5., 13.7., 16.8., 24.8., 5.9., 26.9.	12.10.	
1494	6.2., 20.3., 29.6., 13.7., 24.8., 23.9., 3.12.		
1495	22.2., 5.3., 13.4., 2.7., 5.7., 8.9.	23.1., 24.1., 7.6., 18.10.	
1496	7.1., 2.2., 19.3.	19.7.	
1497	26.6., 14.7.		
1498	31.5., 5.8., 24.9., 7.10., 8.10.	16.2., 31.3.	
1499	1.1., 14.5., 3.7., 9.7., 5.10., 27.10.	12.3.	30.3. Zschillen, 7.12. Torgau
1500	21.6., 22.7., 27.7., 4.12.	26.6.	8.2. Dresden
1501	22.7., 2.9., 6.10., 29.12., 31.12.	20.1., 5.5., 19.10., 16.11., 11.12.	27.1. Meißen, 1.10. Meißen
1502	14.1., 24.6., 12.8., 27.8., 14.9., 18.11., 20.11., 28.11.	20.1., 14.2., 18.3.	4.3. Torgau
1503	13.3., 3.4., 11.4., 7.5., 10.5., 11.5., 23.5., 26.5., 13.7., 26.7., 24.8.	19.1., 20.2., 3.3., 3.6., 9.6., 19.6., 4.7., 16.10., 19.10., 11.11., 13.11.	4.10. Mügeln 28.10. Mühlberg
1504	18.1., 23.1., 8.2., 9.2., 10.3., 14.4., 18.6., 21.6., 26.6., 27.6., 22.7., 26.7., 31.7., 7.8., 22.8., 10.9., 11.10., 27.12.	18.3., 19.3., 30.3., 30.4., 6.5., 8.5., 8.6., 8.10., 22.10., 22.11., 22.12., 23.12.	15.6. Meißen
1505	12.2., 8.8.	6.1., 8.2., 17.2., 21.2., 25.2., 27.2., 31.3., 5.4., 21.4., 30.4., 28.11.	
1506	9.2., 21.6., 10.9., 19.9., 13.10., 17.10., 15.12., 17.12., 19.12., 24.12.	24.2., 31.3., 20.4., 3.5., 6.5., 15.5., 16.6., 25.6., 16.7., 4.8.	15.2. Mügeln
1507	7.1., 9.1., 10.2., 18.3., 30.3., 27.4., 28.5., 1.6., 30.6., 15.7., 2.8.	22.9., 29.9.	
1508	13.4.	nach 31.1., 4.3., 22.3., 11.4., 16.5., 21.5., 5.6., 28.6., 6.8., 11.8., 1.10., 13.11., 23.12.	
1509	5.3., 27.3., 13.4., 30.5., 31.5., 26.6., 30.6., 3.7., 9.7., 1.8., 14.9., 4.10., 26.10., 28.11.	9.1., 19.3.	

	Stolpen	Wurzen	Andere Orte
1510	10.1., 18.2., 10.4., 18.4., 21.4., 13.5., 8.7., , 28.8., 10.9., 2.10., 4.10.	18.5., 24.5.	
1511	1.7., 21.7., 25.7., 1.10., 13.10., 10.12., 13.12.	7.6.	19./20.4. Meißen 12./13.6. Meißen
1512	26.1., 7.2., 3.4., 24.4., 29.4., 25.5., 25.6., 20.7., 27.9., 29.10., 9.11.,	16.2., 17.2., 27.2. 29.5.	
1513	7.2., 3.4., 24.4., 23.5., 6.6., 26.6., 28.6., 26.7., 8.8., 17.9., 29.9., 15.10., 7.11.	29.11., 9.12., 17.12., 30.12.	
1514	25.1., 8.4., 25.6., 11.7., 14.7., 22.7., 27.7., 4.9., 29.9., 25.10.	20.1., 12.10., 21.10., 26.10., 31.10., 7.11., 9.11., 18.11., 6.12., 18.12.	
1515		22.1., 26.2., 21.3., 8.5., 4.6., 8.6., 21.7., 12.8., 23.8., 30.8., 6.9., 8.10., 10.10., 30.10., 11.12.	
1516	5.11., 7.11., 8.11.	27.3., 28.3., 14.4., 7.5., 12.8., 21.9.	
1517	10.6., 22.6., 5.7., 30.7., 29.9., 15.10., 30.10., 1.11.	1.2., 16.5.	

von Salhausen zwischen 1491 und 1497 das Bischofsschloss, das 14.000 Gulden kostete. Es handelt sich um ein repräsentatives spätgotisches Wohnschloss, das sich in Design und Ausstattung auf der Höhe der Zeit befand.<sup>35</sup> Das bedeutete aber nicht, dass die Burg Stolpen vernachlässigt worden wäre. Dort ließ der Bischof mehrere Gebäude neu errichten, was insgesamt 3.500 Gulden kostete. In Stolpen entstand auch eine Kanzlei, also die bischöfliche Verwaltungszentrale mit dem Archiv. Ebenso befand sich das bischöfliche Gericht in Stolpen. Auch in Meißen wurde gebaut. Das Bischofsschloss in Meißen war von seinem Vorgänger Johann von Weißenbach begonnen worden, aber unvollendet geblieben. Hier ließ Johann von Salhausen die Bauarbeiten fortsetzen, um den wichtigen Ort neben der Meißner Kathedrale und dem Schloss der Herzöge von Sachsen nicht allein den Wettinern zu überlassen. Es entstand eine reine „Anspruchssidenz“, die vor allem einen politischen Wert hatte, ohne dass eine dauerhafte Nutzung beabsichtigt war.<sup>36</sup> Durch das Eingreifen Herzog Georgs, der 1511 die Fertigstellung der Residenz anmahnte, vollzog sich ein Bedeutungswechsel, auf den noch einzugehen sein wird. Generell sind die Schlossbauten der Bischöfe als politische Symbole zu bewerten. Die Herrschaftssitze sollten gegenüber den Wettinern die politische Eigenständigkeit demonstrieren, den fürstlichen Rang des Bischofs betonen und die Landeshoheit hervorheben, die der Bischof als weltlicher Landesherr in seinem Stiftsgebiet beanspruchte.<sup>37</sup>

### Hofhaltung

Johann VI. unterhielt als Reichsfürst und Landesherr einen eigenen Hof, der für alle Vorgänge hinsichtlich der Herrschaftsausübung und Herrschaftsverwaltung zuständig war.<sup>38</sup> In den Bischofsresidenzen Stolpen und Wurzen, zeitweise auch in Mügeln saßen Hauptleute, die als bischöfliche Befehlshaber ihr Amtsgebiet verwalteten und die Beamten beaufsichtigten. Der „Liber Salhusii“ enthält genaue Dienstweisungen für den Kornmeister, Küchenmeister, Bier-Kellermeister und Speiser.<sup>39</sup> Für die Amtsangelegenheiten gab es einen Schösser oder Amtmann, der für die Finanzen zuständig war. Der Kanzler führte mit den Sekretären die bischöfliche Kanzlei. Der in Stolpen ansässige Offizial leitete das bischöfliche Gericht. Kapläne und Altaristen versahen in den bischöflichen Kapellen in Stolpen, Wurzen und Mügeln ihre Dienste. Weitere Ämter und vor allem die Namen der Hofbediensteten und Beamten finden sich in den Zeugenlisten der Urkunden aus dem Lehnbuch Johanns VI.

Johann VI. führte ein Patronagesystem. Die Inhaber der wichtigsten Ämter (Offizial, Kanzler und Kammermeister) stattete er mit Kanonikaten und Präbenden vor allem im Wurzener Kollegiatstift aus. Dort besaß er u. a. die Kollatur über die Präbenden St. Barbara und Simon und Juda sowie über die Ämter der Kustodie und Scholasterie.<sup>40</sup> So waren seit 1488 Stephan Gebende, seit 1495 Dietrich von Techwitz, seit 1497 Balthasar von Canitz seit 1502 Wenzeslaus Pertzschmann und seit 1516 Wilhelm von

Beschwitz Kanoniker von Wurzen. Techwitz war zwischen 1512 und 1524 ebenso Bautzener Kanoniker und Beschwitz zugleich nach 1510 Meißner Domherr. Auch die Söhne des Wurzener Hauptmanns Bernhard von Stentzsch wurden durch Bischof Johann mit Wurzener Präbenden versorgt. 1512 wurden Bernhard Stentzsch junior Kustos und sein Bruder Christoph Scholastikus. In Bautzen wurde Paul Bomheckel Inhaber der Kustodie, die auch unter bischöflichem Patronat stand. Für Johannes von Taubenheim ist um 1500 mindestens eine Expektanz (Anwärterschaft) in Bautzen nachgewiesen, zudem war er seit 1490 Domherr in Breslau.<sup>41</sup>

Zwei Mitarbeiter seien durch ihre längjährigen Dienste für den Bischof besonders hervorgehoben; zum einen Dietrich von Techwitz und

zum anderen Stephan Gebende. Mit der Familie von Techwitz war Johann von Salhausen familiär verbunden. Eine seiner beiden Schwestern heiratete Bernhard von Techwitz, den Hauptmann von Stolpen und Verwandten Dietrichs. Dietrich studierte in Leipzig und Bologna. Als ausgebildeter Jurist war Techwitz nicht nur bischöflicher Kanzler, sondern auch kursächsischer Gesandter auf Reichstagen und Assessor beim Reichskammergericht. In bischöflichen Diensten zählte stand ebenfalls Johann von Techwitz. 1511 wird er als Vikar der Salhausischen Grabkapelle in Wurzen genannt. Ein Jahr später war er Inhaber eines Kanonikats in Wurzen und 1517 ebenso in Bautzen. Aus dem hessischen Münzenberg (Erzstift Mainz) stammte Stephan Gebende, der Verfasser des „Liber Salhusii“ und engste Vertraute Johanns VI. Er

Hofämter in Stolpen	Namen
Hauptmann	1488 Friedrich von Bolberitz, 1488 Berthold von Techwitz, 1494 Balthasar von Grauschwitz, 1502 Oswald von der Oelsnitz, 1503 Georg von Taupadel, 1504 Georg von Helldorff, 1506 Georg von der Pforte, 1509 Walter von Pack, 1513 Melchior von Karras
Generaloffizial	1508 Wilhelm von Beschwitz
Offizial	1488 Johannes Taubenhain, 1494 Bernhard von Canitz, 1504 Wilhelm von Beschwitz, 1509 Christoph von Beschwitz
Kanzler	1501 Wilhelm von Beschwitz, 1503 Dietrich von Techwitz
Notar	1506 Petrus Bardich, 1507 Wentzel Pertzschmann
Kanzleischreiber	1492 Matthias Lange, 1507 Bernhard Landauer
Kammermeister	1488 Stephan Gebende, 1499 Wentzel Pertzschmann, 1512 Paul Bomheckel, 1515 Andreas Greger
Kornmeister	1495 Thomas Molitor
Hofmeister	1488 Balthasar Horle, 1494 Balthasar Grauschwitz
Hofdiener	1488 Hans und Wenzeslaus von Radestock, 1493 Hans von Körbitz, 1494 Wolfgang Posseck, 1499 Christoph Haubitz, 1500 Hans Posseck
Torknecht	1499 Hans Rudloff, 1506 Christoph von Rottwerndorf, 1512 Nickel von Holleuffer
Kammerknecht	1494 Peter Kühne
Kaplan	1509 Vincentius Kopchen

Hofämter in Wurzen	Namen
Hauptmann	1488 Dietrich von Körbitz, 1488 Bernhard von Stentzsch
Schösser	1515 Johannes Borner
Hofmeister	1488 Andreas Tettelbach
Kaplan	1511 Johann von Techwitz

Hofämter in Mügeln	Namen
Hauptmann	1495 Hans von Pack, 1504 Bernhard von Stentzsch
Hofmeister	1489 Johannes Backofen

hatte verschiedene Ämter und Funktionen inne. Gebende zählt zu den Meißner Domvikaren, war bischöflicher Kämmerer, Kommissar und Prokurator. Seit 1482 stand er als Syndikus und Prokurator in Verantwortung des Wurzener Kollegiatstiftes, dessen Kanoniker er 1488 wurde. Innerhalb des Stiftes übernahm er 1493 das Amt des Scholastikus und 1504 das Amt des Kustos. Als Inhaber der Präbende St. Barbara wohnte Gebende auf der Wurzener Domfreiheit. 1499 errichtete er seine Kurie auf dem Domberg, das später sogenannte Freihaus St. Barbara. Von dem 1879 abgebrochenen spätgotischen Wohnhaus hat sich noch die Barbarafigur mit dem Wappen der Familie von Salhausen und eine hölzerne Tür (wohl eine Schranktür) mit der Aufschrift: „SANCTA BARBARA PATRONA HUIUS DOMUS CONSTRUCTE 1499“ im Kulturgeschichtlichen Museum Wurzen erhalten. Auch das Sitznischenportal konnte gerettet werden, es zielt den Eingang zum Eiskeller der ehemaligen Juelschen Villa auf der Alten Nischwitzstraße.<sup>42</sup> Besondere Verdienste erwarb sich Gebende als bischöflicher Bauleiter in Stolpen und Wurzen. In Wurzen zeichnet er verantwortlich für den Bau des Westchors des Wurzener Domes (1503) und zusammen mit seinem Vetter Johannes, Wurzener Domherr seit 1505, für den Bau des Ostchors (1508). Aus Dankbarkeit vermachte ihm Johann von Salhausen zehn Acker Holz in der Burkartshainer Flur. In der bischöflichen Urkunde, datiert auf den Donatustag 1504, wird ausgeführt, dass Gebende für die Baumaßnahmen in Stolpen und Wurzen verantwortlich war.<sup>43</sup>

### Reichsfürst und Landesherr

Johann von Salhausen betrachtete sich als Reichsfürst, der gleichberechtigt neben den Wettinern, den Kurfürsten und Herzogen von Sachsen, stehen wollte. Sein Territorium, das Hochstift Meißen, war tatsächlich kein Teil Sachsens, doch beanspruchten die Wettiner seit dem 14. Jahrhundert die Schutzherrschaft über Bistum und Hochstift.<sup>44</sup> Daraus ergaben sich Auseinandersetzungen, denn Bischof Johann VI. rüttelte an der längst vollzogenen Einbindung des Bistums in den wettinischen Herrschaftsverband. 1502 kam es zu einem offenen Konflikt, indem Johann VI. den Herzog von Sachsen nicht mehr als übergeordnete Gerichtsinstanz anerkannte und die wettinische Steuereinnahme in Dörfern des Meißner Domkapitels behinderte.<sup>45</sup> Auch bestritt er seine Pflicht zur Heerfolge und die wettinische Münzhoheit. Georg behandelte den Bischof als ungehorsamen Vasallen und setzte alle

Machtmittel ein, um deutlich zu machen, dass der Bischof ein nachgeordneter „Landsasse“ sei. Das Domkapitel, das weitgehend aus Vertrauten Herzog Georgs bestand, stellte sich auf die Seite des Wettiners. Mehrere Versuche einer Schlichtung des Konflikts scheiterten. Am Ende musste Johann von Salhausen jedoch einlenken. Eine Fehde des Ritters Jakob von Köckeritz auf Elsterwerda gegen den Bischof und die Pfarrer zu Elsterwerda und Ortrand offenbarte, dass der Bischof keine eigenen Möglichkeiten hatte, seine Landesherrschaft durchzusetzen. Er war auf den militärischen Schutz Herzog Georgs angewiesen und bat daher den Landesfürsten im Frühjahr 1511 um Entschuldigung und Beendigung der Auseinandersetzung. Im November 1511 wurde der Streit beendet, indem Johann von Salhausen die wettinische Schutzherrschaft anerkannte. Die Vertretung gegenüber dem Reich sollte wieder von den Wettinern übernommen werden. Symbolisch greifbar wurde die Mediatisierung durch die Anweisung Herzog Georgs, der Bischof habe das Bischofsschloss neben dem Meißner Dom zu Ende zu bauen. Hier vollzog sich ein Bedeutungswechsel, der weitreichende Auswirkungen hatte. Das Meißner Bischofsschloss, eigentlich geplant als Machtsymbol des Bischofs, wurde nun zum Zeichen einer Unterordnung der Meißner Bischöfe unter die Macht der wettinischen Landesfürsten.<sup>46</sup>

### Familiäre Verflechtungen

Eine Auswertung der Einträge im Lehnbuch Johanns von Salhausen macht deutlich, wie stark der Bischof seine eigene Familie bevorzugte. Das ist an den Belehnungen erkennbar. Diese setzten voraus, dass die Mitglieder der Familie von Salhausen die betreffenden Güter gekauft hatten, und das konnten sie nur, weil ihnen der Bischof Vermögenswerte verschafft hatte. Noch bis ins letzte Drittel des 15. Jahrhunderts hatte die Familie nur vergleichsweise bescheidene Besitzungen. Bekannt sind Lüttewitz bei Döbeln und Sornitz bei Meißen, wobei in beiden Fällen nicht überliefert ist, wann genau der Erwerb erfolgte. Der Bischof förderte ganz gezielt seinen Bruder Georg, der den väterlichen Besitz erbte und seit den 1480er Jahren weiteren Grundbesitz erwarb. Mit Schieritz bei Meißen und Trebsen bei Grimma erwarb er größere Grundherrschaften. Dazu kam 1498 die Herrschaft Lauenstein im Osterzgebirge, mit der Einnahmen aus dem Bergbau verbunden waren. In Trebsen ließ er ein stattliches spätgotisches Schloss erbauen, welches den Besitzzuwachs demonstriert. Georg von Salhausen starb 1504. Er hinterließ drei Söhne, die innerhalb weniger Jahre ihren Besitz

nochmals mehren konnten. Wie das Lehnbuch offenbart, sicherten sich Hans, Wolf und Friedrich von Salhausen zwischen 1506 und 1510 mehrere Rittergüter im Wurzener Stiftsland: Püchau, Wäldgen, Streuben, Sachsendorf und Püchau. Im Stolpener Stiftsgebiet erwarben sie 1513 Helmsdorf und in der Nachbarschaft 1512 die ehemals böhmische Herrschaft Wehlen. Man kann feststellen, dass sich der Bischof im Stiftsgebiet eine eigene Hausmacht aufbaute, indem er die verlehnten Besitzungen zu großen Teilen an Verwandte vergab und zudem förderte, dass sie weiteren Grundbesitz an sich brachten. Man kann es sich nur so erklären, dass der Bischof Geld und Einkünfte des Hochstifts Meißen, die er als sein Privateigentum betrachtete, seinen Verwandten zukommen ließ.

Bischof Johann von Salhausen hatte weitere Seitenverwandte. Caspar von Salhausen, der wohl auf sein Betreiben Mitglied des Meißner Domkapitels wurde, war kein Bruder, sondern wohl der Sohn eines Onkels. Dieser Onkel ist namentlich nicht bekannt. Diesem Onkel lassen sich zwei weitere Nachkommen zuordnen, die wohl Geschwister waren: Jobst und Hans von Salhausen. Diese waren 1488 als Vettern in eine Gesamtbelehnung einbezogen. Jobst war der Besitzer des Ritterguts Lüttewitz bei Döbeln. Auch diese Linie erfuhr einen Besitzzuwachs, doch fiel dieser deutlich geringer aus als bei Georg von Salhausen und seinen Söhnen. So wurde 1490 das halbe Dorf Knatewitz im Wurzener Bischofsland an Jobst von Salhausen übertragen. Aus weiteren Gesamtbelehnungen ergibt sich, dass Jobst mehrere Kinder hatte, die jeweils eigene Güter erwarben: Melchior, Jobst, Nickel, Johann und Heinrich. Diese kauften kleinere Güter zwischen Mügeln und Oschatz. Melchior, wohl der älteste Sohn, kaufte das Rittergut Schweta bei Mügeln, das über mehrere Generationen in Familienbesitz blieb und an den gleichnamigen Sohn Melchior gelangte.<sup>47</sup> 1612 ging Schweta verloren, konnte aber bald darauf zurückerworben werden. 1659 starb Georg Caspar von Salhausen auf Schweta, womit die sächsische Linie der von Salhausen im Mannesstamm erlosch. Das Rittergut Lüttewitz gelangte an Cosmas von Salhausen, doch lassen sich hier keine weiteren Nachkommen nachweisen. Ein weiteres Mitglied der Familie war Hans von Salhausen, wohl ein Bruder Jobsts des Älteren. Ihm lassen sich die Brüder Hans und Wolf auf Rechau und Kiebitz als Söhne zuordnen.

### Die Familie von Salhausen in Böhmen

Für das Jahr 1515 ist schließlich ein Strategiewechsel zu beobachten. In diesem Jahr kauften



Wurzener Totenschild des Georg von Salhausen mit Wappen der Familie von Salhausen, 1504  
Foto: Marko Kubitz

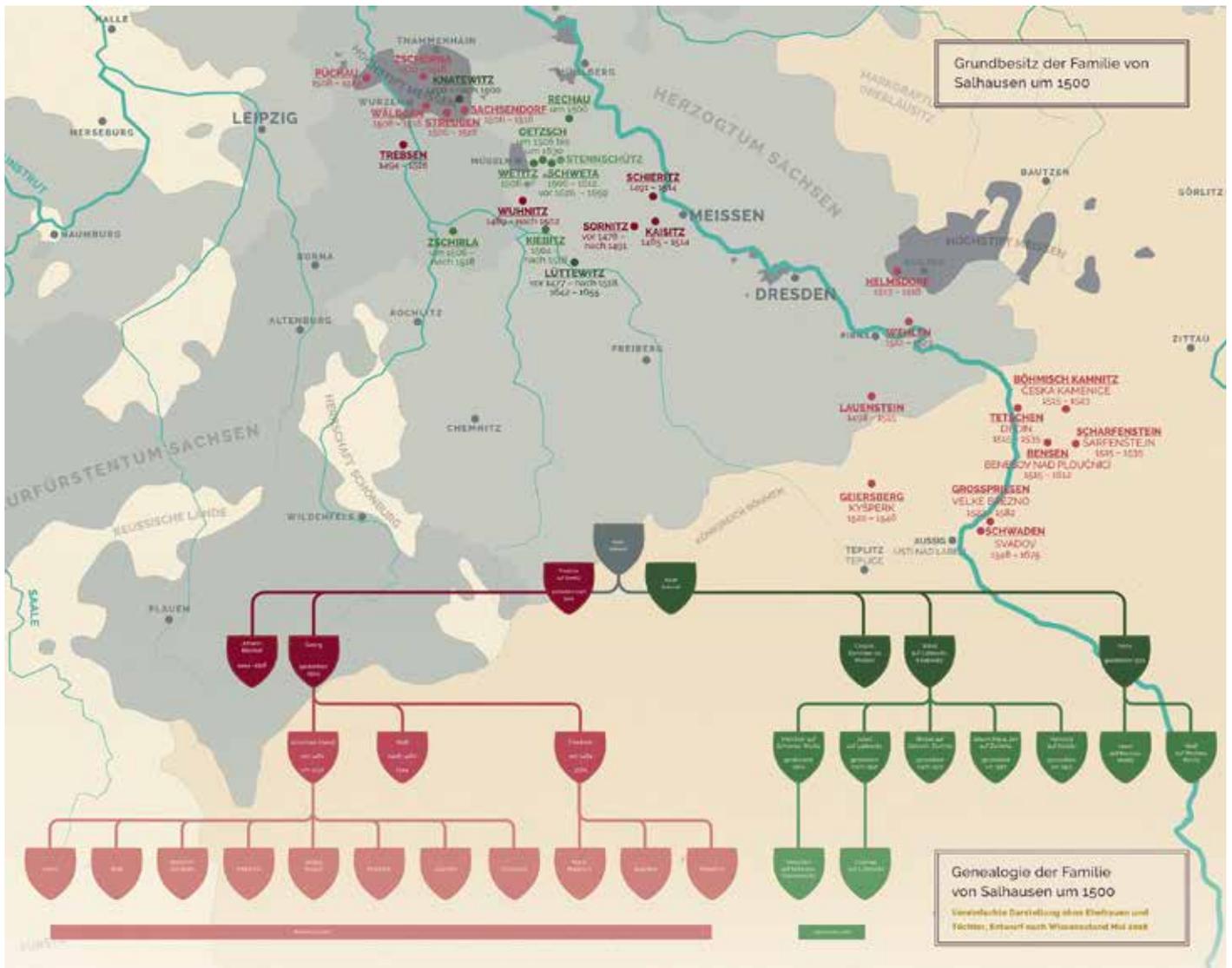
die Brüder Hans, Wolf und Friedrich von Salhausen einen größeren Gebietskomplex im Königreich Böhmen, südlich des Stolpener Bischofslandes: die Herrschaften Tetschen (Děčín), Böhmisches Kamnitz (Česká Kamenice), Scharfenstein (Šarfenštejn) und Bensen (Benešov nad Ploučnicí).<sup>48</sup> 1522 erhielt Wolf von Salhausen außerdem die königliche Zustimmung zur Übernahme der Herrschaft Geiersberg (Kyšperk) bei Teplitz (Teplice) als Pfandgut. Und auch die Orte Großpriesen (Velké Březno)<sup>49</sup> und Schwaden (Svádov),<sup>50</sup> beide bei Aussig (Ústí nad Labem) gelegen, zählten neben anderen später zum böhmischen Besitz der Familie.

Man kann sich diesen Strategiewechsel im Besitzerwerb unter anderem durch das geänderte Verhältnis zwischen Johann von Salhausen und Herzog Georg von Sachsen erklären. Seit der Einigung mit Herzog Georg im November 1511 war klar, dass ein Ausscheiden der Bischöfe aus der wettinischen Landesherrschaft nicht mehr möglich war. Johann von Salhausen erhoffte sich wohl für seine Familie einen eigenen Entfaltungsraum, der dieser wettinischen Hegemonie entzogen war. So kam es zur Entscheidung, Sachsen zu verlassen und ins Königreich Böhmen zu wechseln, wo die Herrschaftsinhaber deutlich mehr Rechte, Freiheiten und Entscheidungsmöglichkeiten hatten als Vasallen der Wettiner. Dabei folgte der Gang der Familie von Salhausen auch einem allgemeinen Trend des sächsischen Adels zum Ausgreifen nach Böhmen im 15. und 16. Jahrhundert.<sup>51</sup> Der Erwerb der böhmischen Herrschaften wurde anscheinend durch den Verkauf nahezu aller Besitzungen finanziert, die sich im Bischofsland oder im wettinischen Herrschaftsgebiet befanden. Pastor Schlegels Chronik von Bensen nennt als Kaufpreis „70.000 Schock“ und bemerkt lakonisch: „Johann von Salhausen, Bischof zu Meißen [...] hat seinen Herrn Brüdern

[sic!] von Sahlhausen [...] Alles geschenkt“.<sup>52</sup> Auch eine Notiz in den „Series episcoporum Misnensium“ bekräftigt noch einmal die Rolle des bischöflichen Onkels bei der Finanzierung: „Der Bischof hat viele Güter den [...] Neffen gegeben; denn vorher waren sie arm und in seiner Zeit fingen sie an so reich zu werden, dass sie sowohl die Herrschaft wie die Burg Tetschen mit ihren Zugehörungen kauften, weil sie die Zahlung von dem Bischof völlig erhielten.“<sup>53</sup> Hans, Wolf und Friedrich von Salhausen bekannten sich schon sehr früh zur Reformation Martin Luthers. Spätestens ab 1522 ist für Tetschen mit dem entlaufenen Freiburger Dominikanermönch Dominikus Beyer (1477–1552) ein evangelischer Prediger belegt. 1523 folgte der lutherische Pfarrer Michael Coelius in Bensen. Das Engagement für die Reformation erregte nicht nur bei vielen Untertanen Unmut. Unter anderem versuchte Ernst von Schleinitz (gest. 1548), Dompropst zu Prag und Meißen und später Administrator des Erzbistums Prag,

seinen Einfluss gegen die Salhausen-Brüder geltend zu machen. Er wandte sich zu diesem Zweck an den böhmischen Obersthauptmann Karl von Münsterberg-Oels (1476–1536).<sup>54</sup> Delikaterweise war der Onkel des Klägers der Meißner Bischof Johann VII. von Schleinitz (um 1470–1537), also der Nachfolger Johanns VI. von Salhausen. Die Familie von Salhausen setzte ihr lutherisches Engagement jedoch gegen alle Widerstände fort. Zu diesem Zweck stand sie sogar in Briefkontakt mit Martin Luther.<sup>55</sup> 1522 erfolgte eine Teilung des gemeinschaftlichen Besitzes. Wolf von Salhausen wurde mit Geld abgefunden und erwarb damit wohl das oben erwähnte Geiersberg.<sup>56</sup> Sein Bruder Friedrich erhielt die Herrschaften Bensen, Scharfenstein und Böhmisches Kamnitz und machte Bensen zu seiner neuen Residenz. Das von ihm dort 1522 bis 1524 erbaute Obere Schloss bildet zusammen mit dem Unteren Schloss (erbaut 1540 bis 1544/1578) und der Kirche Mariä Geburt (erbaut um 1515 bis 1554) noch heu-

Genealogie und Besitzungen der Familie von Salhausen um 1500  
 Grafik: whitebox Dresden



Salhausen-Schloss in Bensen  
(Benešov nad Ploučnicí)  
Foto: Matthias Donath



te ein beeindruckendes Ensemble. Nachdem Böhmisches Kamnitz schon 1523 wieder verkauft worden war, kam es nach dem Tod des Friedrich von Salhausen 1562 zur Zersplitterung der verbleibenden Ländereien und zu Verlusten. Im Erbgang gelangten 1585/1590 bedeutende Teile des Besitzes an die Familie von Starschedel. Aufgrund von Überschuldung ging nach 1609 dann auch der Rest der um Bensen gelegenen Herrschaften verloren.<sup>57</sup> Der Bensener Linie blieb jedoch das Gut Schwaden.

Hans von Salhausen hatte bei der brüderlichen Teilung von 1522 die Herrschaft Tetschen behalten, die er dann 1534, wohl aus finanziellen Nöten, an den ebenfalls vom albertinischen Sachsen nach Nordböhmen übersiedelnden Rudolf von Büнау (gest. um 1540) verkaufen musste. Schon 1533 hatte Hans jedoch das Gut Großpriesen erworben, wohin er sich nun zurückzog. 1548 kaufte er auch Schwaden.<sup>58</sup> Die 1573/1574 erbaute Kirche in Waltirsche (Valtířov), zwischen Großpriesen und Schwaden gelegen, zeugt noch heute von der Bautätigkeit der Nachfahren des Hans von Salhausen.<sup>59</sup>

In den 1590er Jahren gelangten sowohl Schwaden als auch Großpriesen an die Bensener Linie. Während letzteres Gut bald nach der Jahrhundertwende verloren ging, blieb nur Schwaden noch bis 1675 in den Händen der Familie. Nach der Schlacht am Weißen Berg 1620 waren ei-

nige der Schwadener Salhausens in Böhmen geblieben und zum Katholizismus konvertiert.<sup>60</sup> Das weitere Schicksal des Geschlechts in den habsburgischen Ländern ist noch nicht erforscht worden, aber noch im 19. Jahrhundert gab es in der k. u. k.-Monarchie Nachfahren der Familie.<sup>61</sup> Doch nicht alle böhmischen Salhausens konvertierten. Mitglieder der Familie zählten auch zu den böhmischen Exulanten, die in Sachsen Zuflucht suchten. Sie konnten sich dort jedoch nicht wieder erfolgreich etablieren.<sup>62</sup>

### Tod, Beisetzung und Memoria

Bischof Johann VI. von Salhausen starb am 10. April 1518 nachts 1 Uhr in seiner bischöflichen Residenz in Stolpen im Alter von 74 Jahren. Dies geht aus dem Wahlprotokoll der Bischofswahl am 27. April 1518 hervor, das die sich im Meißner Domarchiv erhalten hat.<sup>63</sup> Drei Tage später, am 13. April 1518, wurde der Leichnam in der Grabkapelle im Westchor des Wurzener Doms beigesetzt. Nach Bischof Herwig (gest. 1119), dem Begründer des Wurzener Kollegiatstifts im Jahre 1114, war Johann von Salhausen der zweite Bischof, der auf eine Beisetzung im Meißner Dom verzichtete und Wurzener als Bestattungsort wählte. 1503 ließ Johann den Westchor als bischöfliche Grablege errichten. Als Vorbild könnten die Fürstenkapelle in Meißener oder die Grabkapel-

le des Erzbischofs Ernst von Sachsen zwischen den Domtürmen im Westteil des Magdeburger Dom gedient haben.<sup>64</sup> Johann VI. wollte eine angemessene Memoria, die er in der Meißner Kathedrale nicht mehr gegeben sah. Für ihn war der Meißner Dom vor allem eine „Hauskapelle der Wettiner“. Johann lies seine Grabkapelle prächtig ausgestalten.<sup>65</sup> Dazu zählten die drei spätgotischen Steinfiguren des Bistumsgründers Otto I. und der Meißner Bistumsheiligen Johannes Evangelist und Donatus von Arezzo. Weiterhin gehörte zur Ausstattung eine Empore mit Orgel und für die Geistlichen das nötige Chorgestühl. Zwei Altäre fanden Aufstellung. Einer war der Verkündigung Mariä sowie den Kirchenpatronen Johannes und Donatus geweiht, der andere der heiligen Anna und wiederum dem heiligen Donatus. Am ersten Altar sollte durch einen Vikar in der Woche eine Messe gelesen werden, am zweiten durch einen weiteren Vikar wöchentlich drei.<sup>66</sup> Die beiden Vikarien waren bestens dotiert. Bischof Johann selbst stiftete 1506 75 Gulden.<sup>67</sup> 1509 schenkte der Bautzner Domherr Martin Fabri dem Altarlehn Anna und Donatus jährliche Zinsen: 10 Gulden aus Teichnitz, fünf Gulden aus Baruth und vier Gulden aus Oppach.<sup>68</sup> 1517 vermachten die Neffen des Bischofs, Hans, Wolf und Friedrich von Salhausen, die Zinsen aus dem Verkauf der wüsten Mark Broschwitz, gelegen im Wurzener Stiftsland zwischen Tauchnitz und Thallwitz, den beiden Altarlehen.<sup>69</sup> Seit 1504 diente der Westchor schon als Salhausen'sche Familiengrablege. Der Bruder des Bischofs, Georg von Salhausen, fand hier seine letzte Ruhestätte. Davon kündigt das große runde Holzschilde mit dem Wappen von Salhausen. Das Totenschild wird ursprünglich im Westchor gehangen haben und befindet sich heute an der Südwand des südlichen Seitenschiffs.

Der Bischof selbst wurde 1518 in einer Gruft unter dem Fußboden des Westchors beigesetzt.

Darüber erhob sich vermutlich eine Tumba. Auf ihr wird sich eine Grabplatte befunden haben, die ähnlich der noch erhaltenen Platte des Nachfolgers Johanns VI., Bischof Johanns VII. von Schleinitz (gest. 1537), ausgesehen haben mag. Um das noch erhaltene Bronzeschild mit dem Salhausenwappen wird ein verloren gegangenes Spruchband verlaufen sein.<sup>70</sup>

Überdauert hat dagegen das steinerne Wandepitaph Johanns VI., das heute an der Nordseite des Langchores eingemauert ist. Es zeigt einen Engel mit dem bischöflichen Wappen des Stifters. Dagegen hat sich die Einfassung mit Astwerk und die Inschrift „IOANN(ES) VI. SAALH(AUSEN) OBIT 1518. EPISCOP(US) MISN(ENSIS)“ nicht erhalten.<sup>71</sup> 1542, nach Einführung der Reformation im Wurzener Dom, wurde das Hochgrab mit dem herumführenden Eisengitter auf Befehl des kursächsischen Amtmanns Asmus Spiegel (gest. 1551) zerstört.<sup>72</sup> Wahrscheinlich wurden auch beide Altäre abgebrochen. Für Spiegel war der „Rückbau“ der Grabanlage wohl ein wichtiges sichtbares Zeichen in seiner Haltung zur Reformation, waren er und seine Familie doch Mitinhaber des ersten Altarlehns.<sup>73</sup>

Die Bischofsgruft blieb aber erhalten. In ihr verwahrte Bischof Johann IX. von Haugwitz (1524–1595) zwischen 1559 und 1576 die Gebeine des heiligen Benno und andere Reliquien aus dem Meißner Dom, die dann 1576 nach München überführt wurden.<sup>74</sup> Beim Umbau des Wurzener Doms, der 1930/31 durchgeführt wurde, öffnete man am 23. Oktober 1931 die Bischofsgruft. Fotos zeigen sowohl das geschlossene als auch das offene Grab. Der Schädel sowie Teile des Beckens und die Beinknochen waren noch nicht verwest. Die Befunde wurden allerdings nur sporadisch dokumentiert.<sup>75</sup> Um die große Orgel im Westchor einbauen zu können, wurde die Bischofsgruft nun endgültig zerstört. Man entnahm die erhaltenen Gebeine und bestattete sie im Ostchor des Wurzener Doms.

### Das Salhausische Stipendium

1582 nahmen Mitglieder des böhmischen Zweigs der Familie von Salhausen Kontakt mit dem Wurzener Domkapitel und der Meißner Stiftsregierung auf, um eine Klärung bezüglich der Salhausischen Stiftungen für die beiden Altarlehen der bischöflichen Grabkapelle herbeizuführen.<sup>76</sup> Nach zähen Verhandlungen kam es zu einem Vergleich. Aus den Erträgen wurde ein Stipendium finanziert. Der Senior der Familie von Salhausen konnte der Stiftsregierung einen aus ihrem Geschlecht, der studieren wollte, oder eine andere ihnen genehme Person für das



Dom zu Wurzen, Messingplatte mit dem Wappen der Familie von Salhausen, wohl aus der Grabkapelle des Bischofs  
Foto: Marko Kubitz

Stipendium in Höhe von 51 Gulden und fünf Groschen vorschlagen. Die Auszahlung erfolgte durch das Wurzener Kollegiatstift. Mit weiteren Geldern aus den beiden Lehnvermögen wurden die Wurzener Kirchen- und Schuldienner mitfinanziert, so die beiden Diakone, der Schulmeister, der Kantor, der Baccalaureus, der Organist und der Subkustos. Weiterhin flossen Zinsen in die Kirchenfabrik und in die Margarethenpräbende. Als Stipendiaten werden u.a. genannt Christian Barth und Abraham Bock, beides angeheiratete Familienmitglieder der von Salhausen, Friedrich der Jüngere und Antonius von Salhausen. Während des Dreißigjährigen Krieges ruhte das Stipendium. 1650 brachten Gottfried Constantin und Wolf Albrecht von Salhausen das Stipendium wieder in Gang. Ein Heinrich von Salhausen aus Dresden wurde als Familienbevollmächtigter benannt. Wiederrum wurde mit Adam Heinrich von Kötteritz ein angeheiratetes Familienglied als Stipendiat präsentiert. Nach dem Aussterben der Hauptlinie des Geschlechts ging das Patronat auf den Wurzener Stiftpflichtmann über, später vergab das Meißner Domkapitel die Stipendien. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergab man sowohl ein großes als auch ein kleines Stipendium an Theologie-, Jura- oder Medizinstudenten (je 110,00 bzw. 80,00 Mark). So trug der Stifter Johann von Salhausen für seine Wurzener Grablege noch 400 Jahre später Früchte.

## Resümee

Wie kann man rückblickend die Bedeutung des Bischofs Johann von Salhausen bewerten?

1. Johann von Salhausen war in der traditionellen Ordnung der Kirche verwurzelt. Er sah keinen Grund, diese Ordnung anzutasten. Insofern kann man ihn nicht zu einem „Proto-Lutheraner“ stilisieren, wie dies Julius Leopold Pasig 1867 versucht hat. Der Bischof kann aber insofern zu den Reformkräften gerechnet werden, als dass er eine Stärkung des Glaubens und rechtmäßige Verwaltung der Sakramente erreichen wollte. Die von ihm gedruckten Messbücher und sonstigen liturgischen Drucke trugen zu einer Vereinheitlichung der Gottesdienste und kirchlichen Rituale im Bistum Meißen bei. Am stärksten tritt der Reformansatz in den Synodalstatuten zutage. Mit ihnen wollte Johann von Salhausen zur Beseitigung von Missständen beitragen, ohne aber dabei, anders als Luther, die kirchliche Lehre in Frage zu stellen.

2. Johann von Salhausen versuchte, wie andere Bischöfe vor und nach ihm, der hegemonialen Dominanz der Wettiner zu entgehen und sich als eigenständiger Akteur und Landesfürst im



Geöffnete Gruft Johanns von Salhausen im Westchor des Wurzener Doms, Aufnahme vom 23. Oktober 1931

mitteldeutschen Raum zu behaupten. Das Bestreben, sich als nominell gleichberechtigte Macht neben die Wettiner zu stellen, scheiterte zwar, brachte aber bedeutende kulturelle Leistungen hervor. Dazu zählt insbesondere das Wurzener Bischofsschloss als frühneuzeitliche Bischofsresidenz.

3. Johann von Salhausen modernisierte das Hochstift Meißen. Er versuchte, aus dem zersplitterten Flickenteppich verschiedenster Gebiete einen frühneuzeitlichen Staat mit einer modernen Verwaltung zu schaffen. Der „Liber Salhusii“, das Lehnbuch und der Rechenschaftsbericht sind wichtige Dokumente einer „Verstaatlichung“ des geistlichen Reichsfürstentums.

4. Johann von Salhausen betrieb als erster Bischof von Meißen eine konsequente Hausmachtspolitik, die darauf abzielte, seiner eigenen Familie möglichst viel Besitz zu sichern. Nie zuvor hatte ein Meißner Bischof so viele Güter an Familienmitglieder verlehnt oder ihnen Vermögenswerte verschafft, die ihnen weiteren Besitzwerb ermöglichten. Die Strategie seiner Neffen, sämtlichen Besitz in Sachsen zu verkaufen und dafür zusammenhängenden Grundbesitz in Nordböhmen zu erwerben, ist wohl unter maßgeblicher Beteiligung des klugen und vorausschauenden Bischofs erarbeitet worden. Der Weggang nach Böhmen war eine Antwort auf den immer stärkeren Hegemonialanspruch Herzog Georgs von Sachsen.

5. Johann von Salhausen war eine herausragende Gestalt in der Stadtgeschichte Wurzens. Er formte Wurzen zur bischöflichen Residenzstadt, was bis heute an den prägenden Baudenkmalern der Innenstadt sichtbar ist.<sup>77</sup>

- 1 Ältere Literatur zu Bischof Johann VI. von Salhausen: Julius Leopold Pasig: Johannes VI. Bischof von Meißen. Ein Beitrag zur sächsischen Kirchen- und Landesgeschichte, insbesondere zur Geschichte des Hochstifts Meißen. Leipzig 1867; Eduard Machatschek: Geschichte der Bischöfe des Hochstifts Meißen in chronologischer Folge. Zugleich ein Beitrag zur Culturgeschichte der Mark Meissen und des Herzog- und Kurfürstentums Sachsens. Dresden 1884, S. 552-627. Willi Rittenbach/Siegfried Seifert: Geschichte der Bischöfe von Meißen 968-1581. Leipzig 1965, S. 347-359; Georg May: Die deutschen Bischöfe angesichts der Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts. Wien 1983, S. 591; Ralf Thomas: Johannes von Salhausen. Bischof von Meißen 1477-1518. (1988). In: Ralf Thomas: Stiftsland Wurzen, Sächsische Kirchenverfassung, Historische Kirchenkunde. Aufsätze zur sächsischen Kirchengeschichte. Leipzig 2011, S. 77-82; Uwe Schirmer: Der Verwaltungsbericht des Bischofs Johannes von Meißen aus dem Jahre 1512. *Johannis de Salhausen XLII. episcopi administrationis epitome*. In: Neues Archiv für Sächsische Geschichte 66 (1995), S. 69-101; Siegfried Siefert: Artikel „Salhausen, Johann von (1444-1518)“. In: Erwin Gatz (Hrsg.): Die Bischöfe des heiligen römischen Reiches 1448-1648. Ein biographisches Lexikon. Berlin 1996, S. 612. Zuletzt: Jens Bulisch: Das Bistum Meißen in der Reformationszeit. Leipzig 2017, S. 51-59 (leider ohne Nachweise).
- 2 Archiv des Hochstifts Meißen, A 1b: Liber Salhusii. Das in geprägtes Leder mit Beschlägen eingebundene Kopialbuch trägt keinen Titel. In der Literatur ist es unter dem Namen „Liber Salhusii“ („Buch des Salhausen“) bekannt. Das Werk umfasst 289 gezählte und fünf ungezählte Blätter im Format von 22 mal 33 cm. Eine knappe Einführung mit einer Teiledition bietet Walther Haupt: Die Meißner Bistumsatrikel von 1495. Dresden 1968.
- 3 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 33: Bischoff Salhausens Lehnbuch ao 1488 usque 1518. Das Lehnbuch setzt sich aus zwei früher selbstständigen Teilen zusammen, dem eigentlichen Lehnbuch und dem „Registrum“. Bei der Zusammenführung beider Konvolute sind Blätter verheftet und zum Teil auch verloren gegangen. Das eigentliche Lehnbuch enthält Abschriften von Lehn- und Leibgedingebriefen, Schiedsverträge, Bestätigungen von Privilegien der Stiftsstädte (Stolpen, Bischofswerda, Mügeln und Wurzen) sowie herzogliche Präsentationen und bischöfliche Konfirmationen von Meißner Domherren aus der Zeit des Bischofs von Salhausen. Das Registrum umfasst ebenso Privilegbestätigungen, Schiedssprüche sowie Transsumpte älterer Bischofsurkunden. Das Quellenwerk kann über die von Otto Rudert erstellten handschriftlichen Regesten (Bautzen 1952) und das Ortsnamenverzeichnis (Bautzen 1953) erschlossen werden, vgl. Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 1393 und 1394. Weitere Exemplare befinden sich im Bautzener Domstiftsarchiv, bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig und in der Bibliothek des Hauptstaatsarchivs Dresden.
- 4 Abraham Hoßmann: Genealogie Oder Adelige Stam(m)-Chronica / deß hochberühmten uhralten Adelichen Römischen Geschlechtes / Deren von Sahlhaussen. Dresden 1661. Hoßmann erfand eine Abstammung aus Rom, wo die Familie schon im Jahr 712 bezeugt gewesen sei. Schon 1237 sei die Familie in den Freierrenstand erhoben worden. Erfunden ist auch der Johann von Salhausen, der am 27. November 1407 als Propst zu Meißen und Wurzen im Alter von 67 Jahren in Grimma starb (S. 40).
- 5 Der falschen Genealogie Hoßmanns folgt leider auch Karlheinz Baumann: Das Geschlecht derer von Salhausen. Eine ergänzende Übersicht zur Exkursion des Arbeitskreises Sächsische Schweiz nach Böhmen am 2. Oktober 2011. In: Mitteilungsheft 12 des Arbeitskreises Sächsische Schweiz im Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. Pirna 2013, S. 73-83.
- 6 Woldemar Lippert/Hans Beschorner (Hrsg.): Das Lehnbuch Friedrichs des Strengen Markgrafen von Meissen und Landgraf von Thüringen 1349/1350. Leipzig 1903, S. 135.
- 7 Lars-Arne Dannenberg: Im Schatten der Dohnaischen Fehde. Ort und Herrschaft Thammenhain im Mittelalter, oder die Frage: Wer waren die von Körbitz? In: Lars-Arne Dannenberg/Matthias Donath (Hrsg.): 350 Jahre Familie von Schönberg in Thammenhain. Beiträge zur Geschichte des Ritterguts Thammenhain. Königsbrück 2017, S. 15-30, hier S. 29 f.
- 8 Ernst Gotthelf Gersdorf (Hrsg.): Urkundenbuch des Hochstifts Meißen. Bd. 3 (Codex diplomaticus Saxoniae regiae, Zweiter Haupttheil, Bd. 3). Leipzig 1867 (folgend CDS II, 3), Nr. 1203, 1254, 1255.
- 9 Wilhelm Loose: Der Meißner Domklerus zur Zeit der Reformation. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Meißen 4 (1896), S. 365.
- 10 Matthias Donath (Hrsg.): Die Grabmonumente im Dom zu Meißen. Leipzig 2004, S. 100.
- 11 Georg Erler (Hrsg.): Die Matrikel der Universität Leipzig. Bd. 1 (Codex diplomaticus Saxoniae regiae, II. Hauptteil, Bd. 16). Leipzig 1895 (folgend CDS II, 16), S. 226.
- 12 Vgl. Jens Kunze (Hrsg.): Urkundenbuch der Stadt Zwickau. Zweiter Teil. Das älteste Stadtbuch 1375-1481 (Codex diplomaticus Saxoniae, 2. Hauptteil, Bd. 20). Hannover 2012, Nr. 768. 1443 verkaufte die Stadt Zwickau einen Leibzins an „Ulrich Salhuszin von Oschacz, Margarethen, syner eichen wirtin, und Elszin Gruszewicz, synir mumen“.
- 13 CDS II, 16, S. 174.
- 14 J. C. Hermann Weissenborn (Hrsg.): Acten der Erfurter Universität. 1. Teil. Halle 1881, S. 337.
- 15 Hubert Höing/Heiko Leerhoff/Michael Reimann: Repertorium Germanicum. Teil IX: Verzeichnis der in den Registern und Kammerakten Pauls II. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des Deutschen Reiches, seiner Diözesen und Territorien. Teilband 1. Tübingen 2000, Nr. 3729 und 5038. Dort auch Eintrag Salhausen aus ritterlichem Geschlecht. Die fällige Annatenzahlung erfolgte durch Melchior von Meckau. Zu Paul Mündel vgl. Hermann Kinne: Das Kollegiatstift St. Petri zu Bautzen von der Gründung bis 1569. Berlin/Boston 2014, S. 937 f.
- 16 Johann von Salhausen war wohl der letzte Wurzener Propst, der aus dem Meißner Domkapitel stammte. Das Patronat über die Wurzener Propstei hatte nach 1476 der Hauptmann von Stolpen inne. Im Gegensatz zum Meißner Domkapitel und den Kollegiatstiften in Bautzen und Zscheila besaßen die Wettiner im Wurzener Kollegiatstift keine Präsentationsrechte. In der Urkunde des Meißner Domkapitels vom 23. März 1489 wird Johann von Salhausen bescheinigt, dass er für das Laienpatronat des Wurzener Propstes nicht verantwortlich gemacht werden kann (CDS II, 3, Nr. 1267). Die Nachfolger Johans im Amt des Wurzener Propstes, Nikolaus Rost (gest. 1498), Felix vom Berge (gest. nach 1499) und Johann von Leimbach (gest. 1526), waren keine Meißner Domherren mehr. Siehe im „Liber Salhusii“ die Präsentation des Stolpener Hauptmanns, Balthasar von Grauschwitz, 1498 von Felix vom Berge als neuen Propst und die bischöfliche Konfirmation; Archiv des Hochstifts Meißen, A 1b, Liber Salhusii, Bl. 280 und 281. Zum Wurzener Kollegiatstift vgl. Alexander Wieckowski: Das Wurzener Kollegiat- und evangelisch-lutherische Domstift St. Marien. In: Sächsische Heimatblätter 61 (2015), S. 219-227.

- 17 Hoßmann 1661 (wie Anm. 4), S. 7: „der hat so wohl gestudiret / daß er zu Rom ist Decretalium & Juris Canonici Doctor creirt“.
- 18 Vgl. CDS II, 3, Nr. 1257, 1260.
- 19 CDS II, 3, Nr. 1195 und 1200. Im „Liber Salhusii“ wird die Dekanatswahl ins Jahr 1477 datiert, vgl. Archiv des Hochstifts Meißen, A 1b, Liber Salhusii, Bl. 1.
- 20 Vgl. CDS II, 3, Nr. 1253: Johann von Salhausen wird in einer kurfürstlichen Urkunde vom 19. März 1485 als „unser lieber andechtiger und rath, er Johann von Salhusen, doctor, techant zu Meisen“ bezeichnet.
- 21 Vgl. Matthias Donath: Dompropst Melchior von Meckau (um 1440-1509). Ein Kirchenfürst und Finanzunternehmer zwischen Meißen und Rom. In: *Ecclesia Misnensis. Jahrbuch des Dombau-Vereins Meißen 2* (1999), S. 55-62.
- 22 Möglicherweise befindet sich die Wahlkapitulation im noch nicht ausgewerteten „Liber conclusionum“, dem Beschlussbuch des Domkapitels.
- 23 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 10001 Ältere Urkunden, Nr. 8662-8669, vgl. CDS II, 3, Nr. 1261, 1262.
- 24 Der westlichste Teil des Bischofslands um Wurzen, westlich der Mulde, gehört kirchlich bereits zum Bistum Merseburg.
- 25 HStA Dresden, 10001 Ältere Urkunden, Nr. 8835 a, vgl. CDS II, 3, Nr. 1271.
- 26 CDS II, 3, Nr. 1259.
- 27 HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 8989/13, vgl. Schirmer 1995 (wie Anm. 1).
- 28 Eine Zusammenstellung aller Einnahmen findet sich bei Rudolf Starke: Die Einkünfte der Bischöfe von Meißen im Mittelalter. In: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Meißen 8* (1912/13), besonders S. 269-366.
- 29 Zum Lehnbuch vgl. Anm. 3. Obwohl die Handschrift so viele Details zur Geschichte des Wurzen und der Oberlausitz enthält, ist sie von der Forschung bislang kaum beachtet worden. Eine Edition wäre anzuraten.
- 30 Vgl. Peter Wiegand: „...pro conservatione status ecclesiastici sunt impressa...“ Die synodale Statutengesetzgebung der Bischöfe von Meißen zwischen Skriptografie und Typografie. In: Enno Bünz (Hrsg.): *Bücher, Drucker, Bibliotheken in Mitteldeutschland. Neue Forschungen zur Kommunikations- und Mediengeschichte um 1500*. Leipzig 2006, S. 401-438.
- 31 Holger Kunde (Hrsg.): *Der Naumburger Domschatz. Sakrale Kostbarkeiten im Domschatzgewölbe*. Petersberg 2006, S. 71-86; Matthias Eifler: *Mittelalterliche liturgische Handschriften aus den Bistümern Naumburg, Merseburg und Meißen. Beobachtungen zum Entstehungsprozess, zum Inhalt und zur Verwendung in der Frühen Neuzeit*. In: *Jahrbuch für mitteldeutsche Kirchen- und Ordensgeschichte 11* (2015), S. 335-375; Karin von Welck/Holger Kunde (Hrsg.): *Die Naumburger Chorbücher. Liturgische Prachthandschriften des ausgehenden Mittelalters*. Petersberg 2016.
- 32 Vgl. Stefan Bürger: *Memoria – Macht – Medium. Der Westchor des Wurzen Domes im Kontext bischöflicher Grablagen des späten Mittelalters im mitteldeutschen Raum*. In: *Der Dom St. Marien zu Wurzen. 900 Jahre Bau- und Kunstgeschichte der Kollegiatstiftskirche St. Marien zu Wurzen. Beiträge des Kolloquiums vom 17. Oktober 2014 (Arbeitsheft 23 des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen)*. Dresden 2015, S. 72-81.
- 33 Vgl. Lars-Arne Dannenberg: Artikel „Wurzen“. In: Werner Paravicini/Jan Hirschbiegel/Jörg Wettlaufer (Hrsg.): *Höfe und Residenzen im spätmittelalterlichen Reich. Ein dynastisch-topografisches Handbuch. Teilband 2: Residenzen*. Ostfildern 2003, S. 649-651, hier S. 650.
- 34 Ausgewertet wurden die Urkunden im Codex Diploma-



Buchmalerei aus dem Chorbuch VII des Meißner Doms, um 1500  
© Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz, Bildarchiv Naumburg

- ticus, das Lehnbuch Johanns von Salhausen, die Urkunden im Archiv des Domstifts Wurzen und weitere Urkunden im Hauptstaatsarchiv Dresden, soweit sie durch Editionen oder Erwähnungen bekannt geworden sind.
- 35 Vgl. Günther Kavacs/Norbert Oelsner: Das spätgotische Schloß in Wurzen – Residenz und Herrschaftssymbol der Bischöfe von Meißen. Ein Vorbericht. In: *Sächsische Heimatblätter 51* (2005), S. 156-170; Günther Kavacs/Norbert Oelsner: Das Bischofsschloß in Wurzen – eine „Inkunabel“ spätgotischer Architektur in Sachsen. In: *Schlossbau der Spätgotik in Mitteldeutschland*. Dresden 2007, S. 168-179; Matthias Donath: *Wohnung, Verwaltungssitz, Herrschaftszeichen. Die Schlösser der Bischöfe von Meißen als Symbole bischöflicher Landesherrschaft*. In: Klaus Neitmann/Heinz-Dieter Heimann (Hrsg.): *Spätmittelalterliche Residenzbildung in geistlichen Territorien Mittel- und Nordostdeutschlands*. Berlin 2009, S. 209-237.
- 36 Zum Begriff „Anspruchsresidenz“ vgl. Donath 2009 (wie Anm. 35), S. 235, vgl. auch Resümee von Klaus Neitmann: *Spätmittelalterliche Residenzbildung in geistlichen Territorien Mittel- und Nordostdeutschlands*. In: Neitmann/Heimann 2009 (wie Anm. 35), S. 357-386, hier S. 370.
- 37 Vgl. Donath 2009 (wie Anm. 35), S. 234. Allgemein zu den Residenzen der Bischöfe von Meißen vgl. Matthias Donath: *Spätmittelalterliche Bischofsresidenzen in Sachsen*. In: *Burgenforschung aus Sachsen 20* (2007), S. 7-32; Matthias Donath: *Die spätmittelalterlichen Residenzen der Bischöfe von Meißen*. In: *Monumenta Misnensia. Jahrbuch für Dom und Albrechtsburg zu Meißen 8* (2007/2008), S. 5-17; Christoph Volkmar: *Fluchtburgen wider die Landsässigkeit? Eine Neubestimmung der Rolle der Wettiner in der Residenzbildung der Bischöfe von Meißen*. In: Neitmann/Heimann 2009 (wie Anm. 35), S. 191-208.
- 38 Vgl. Donath 2007/08 (wie Anm. 37), S. 61 f.
- 39 Vgl. Walther Haupt: *Dienstsanweisungen bischöflicher Beamten im Schloß Stolpen*. In: Franz Lau (Hrsg.): *Das Hochstift Meißen. Aufsätze zur sächsischen Kirchengeschichte*. Berlin 1973, S. 99-113.
- 40 Starke 1912/13 (wie Anm. 28), S. 354.
- 41 Zu den Nachweisen vgl. die Angaben im Lehnbuch und für Wurzen: Leo Bönhoff: *Würdenträger und Mitglieder des Wurzen Domes bis zur Kapitulation (1581)*. In: *Mitteilungen des Wurzen Domes und Altertumsvereins 2*, Heft 2 (1916), S. 48-78; für Bautzen: Kinne 2014 (wie Anm. 15), S. 850 f. 977. 985 f. 988 f. Die Angaben bei Bönhoff und Kinne sind nach dem Lehnbuch, das beide nicht genutzt haben, zu erweitern.
- 42 Wolfgang Ebert: *Historisch-topographisches Lexikon der Stadt Wurzen und der Stadtteile Dehmitz, Roitzsch und Nemt*. 2. Auflage Beucha 1998, S. 19 f.
- 43 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 33: *Lehnbuch*, Bl. 307.
- 44 1485 war die Schutzherrschaft über das Bistum Meißen beiden Linien des Hauses Wettin zugesprochen



- worden. Herzog Georg aus der albertinischen Linie konnte jedoch die alleinige Schutzherrschaft weitgehend durchsetzen.
- 45 Christoph Volkmar zeichnet diesen Konflikt anschaulich nach, vgl. Christoph Volkmar: Reform statt Reformation. Die Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen 1488-1525. Tübingen 2008, S. 191-204.
- 46 Volkmar 2008 (wie Anm. 45), S. 223-225.
- 47 Die Behauptung, Schweta habe sich seit dem 13. Jahrhundert im Besitz der Familie befunden, lässt sich nicht nachweisen. Laut Lehnbuch Johanns von Salhausen erfolgte die erste Belehnung 1506.
- 48 Vgl. Emil Neder: Ankauf der Salhausen in Böhmen am 24. Juli 1515. In: Mitteilungen des Nordböhmisches Exkursions-Klubs 27 (1904), S. 60-63.
- 49 Carl Jähnel: Aus Großpriezens Vergangenheit. In: Mitteilungen des Nordböhmisches Exkursions-Klubs 33 (1910), S. 81-101, hier S. 81-87.
- 50 Vgl. Anton Tscherney: Schwaden a. d. Elbe geographisch u. geschichtlich dargestellt. Aussig 1900, S. 195.
- 51 Vgl. Martin Arnold: Adel im sächsisch-böhmischen Grenzraum. Lebenswelten im Spannungsfeld konfessioneller und politischer Gegensätze. In: Martina Schattkowsky (Hrsg.): Das Erzgebirge im 16. Jahrhundert. Gestaltwandel einer Kulturlandschaft im Reformationszeitalter. Leipzig 2013, S. 281-298.
- 52 Vgl. Amand Böhm (Hrsg.): Pastor Schlegel's Chronik von Bensen. Aus dreierlei Ueberlieferungen zusammengestellt von Amand Anton Paudler. Bensen 1887, S. 34 f. Schlegel vermerkt außerdem zum Verhältnis der drei jungen Adligen zu Johann VI. von Salhausen: „Beym Herrn [Bischof] Hanß Wolf Friedrich aufertzogen“ (ebd., S. 35).
- 53 Vgl. CDS II, 3, S. XV (deutsche Übersetzung und Korrektur nach Jähnel 1910 [wie Anm. 49], S. 84); Martin Arnold: Das Luthertum im böhmischen Adel. In: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 22 (2014), S. 67-105, hier S. 78.
- 54 Vgl. Hartmut Kühne: Lehrer – Priester – Prediger. Michael Coelius' Weg in die Reformation (1492-1530). In: Armin Kohnle/Siegfried Bräuer (Hrsg.): Von Grafen und Predigern. Zur Reformationsgeschichte des Mansfelder Landes. Leipzig 2014, S. 155-195, hier S. 178-181.
- 55 Ein Sendbrief des Herrn Wolfen v. Salhausen an Doctor Martinus und Antwort Martin Luthers 1524. In: Dr. Martin Luthers Werke: Kritische Gesamtausgabe. Schriften Teil 2. Bd. 15. Nachdruck Weimar 2004, S. 222-228. Zum lutherischen Engagement der Familie von Salhausen vgl. Arnold 2013 (wie Anm. 51), S. 67-101; Martin Arnold: Cuius possessio, eius religio? Der Adel in Nord- und Nordwestböhmen und die lutherische Reformation. In: Martina Schattkowsky (Hrsg.): Adel und Reformation (in Vorbereitung) sowie den Beitrag „Sachsen und das Luthertum in Böhmen“ in diesem Heft.
- 56 Vgl. Böhm 1887 (wie Anm. 52), S. 36; Carl Jähnel: Zur Familienkunde derer von Salhausen. In: Mittheilungen des Nordböhmisches Excursions-Clubs 25 (1902), S. 186-191, hier S. 187.
- 57 Vgl. Emil Neder: Die geschichtlichen Kunstdenkmale der Stadt Bensen in Nordböhmen. Bensen 1931; Rudolf Volkan: Studien zur Reformationsgeschichte Nordböhmens, Teil 3: Die Geschlechter der Herren von Wartenberg und von Salhausen und die Reformation in Kamnitz und Bensen. Prag 1883, S. 5.
- 58 Vgl. Jähnel 1910 (wie Anm. 49), S. 87-89.
- 59 Vgl. Alois Friedrich Gregor Stumpfe: Die Kirchen in Bensen, Schwaden, Waltersche und Schönriesen. Ein Beitrag zur Geschichte der nordböhmisches Gotik unter besonderer Berücksichtigung der Bautätigkeit der Geschlechter Salhausen und Büнау. Berlin 1935, S. 64-76.
- 60 Vgl. Tscherney 1900 (wie Anm. 50), S. 195-286; Jähnel 1910 (wie Anm. 49), S. 87-96.
- 61 Vgl. Walter von Hueck (Bearb.): Adelslexikon. Genealogisches Handbuch des Adels. Limburg 2001, S. 176 f.
- 62 Vgl. Richard Schmertosh von Riesenthal: Adelige Exulanten nach Urkunden des Dresdner Hauptstaatsarchivs. In: Vierteljahrsschrift für Wappen-, Siegel- und Familienkunde 29 (1901), S. 66-264, hier S. 174-176; Martin Arnold: Strategien des Obenbleibens. Adlige Exulanten aus Böhmen im Kursachsen des 17. Jahrhunderts, Bachelorarbeit Dresden 2009.
- 63 Original im Archiv des Hochstifts Meißen, unverzeichnet, vgl. Auszug in CDS II, 3, Nr. 1363.
- 64 Bürger 2015 (wie Anm. 32), S. 72-81
- 65 Siehe hier den Vermerk Johanns in seinem Rechenschaftsbericht: „Item an die Thumkirche geyn Wurtzen haben wir eine neue kapelle dye mit marmelsteyne besetzt / und mit kopper gedackt ist / von grundt auf fs neue gebauet. / Und kost uns mit den zweyen altaren / unserm grabe / dreyen steynen bylden / stülen undt der urgell / obir das, das wir von Salhawsen zu hulf gehabt / 1800 rheynisch gulden“; vgl. Schirmer 1995 (wie Anm. 1), S. 89 f. Zum Westchor vgl. Andrea Sander: Dom St. Marien zu Wurzen. Beucha 2014, S. 44-47.
- 66 HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 09004/32 Visitation zu Wurzen, in der Stadt, Amt und Dom in geistlichen Sachen, Bl. 71-73.
- 67 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 596: Die Verleihung und Auszahlung des Salhausischen Stipendiums, Bl. 237.
- 68 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 346: lfd. Nr. XVI.
- 69 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 7: Copialbuch 1483, Bl. 19v-20v.
- 70 Vgl. Bürger 2015 (wie Anm. 32), S. 77.
- 71 Vgl. Cornelius Gurlitt: Beschreibende Darstellung der ältesten Bau- und Kunstdenkmäler des Königreiches Sachsen. Bd. 19. Amtshauptmannschaft Grimma. Dresden 1897, S. 276, Fig. 318.
- 72 K. A. H. Burkhardt: Die Wurzener Fehde. In: Archiv für sächsische Geschichte 4 (1865), S. 71.
- 73 HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 09004/32, Visitation zu Wurzen, in der Stadt, Amt und Dom in geistlichen Sachen, Bl. 71. Die anderen Lehninhaber waren Hans und Christoph von Schleinitz auf Dahlen.
- 74 André Thieme: Von Meißen nach München. Der lange Weg der Benno-Reliquien und das Verfahren Kurfürst Augusts gegen Bischof Johann IX. von Meißen. In: Claudia Künde/André Thieme (Hrsg.): Ein Schatz nicht von Gold. Benno von Meißen. Sachsens erster Heiliger. Katalog zur Sonderausstellung. Petersberg 2017, S. 280-289.
- 75 Archiv des Domstifts Wurzen, Nr. 1348: Bildband Kuhn betr. Domerneuerung 1932.
- 76 Zum Salhausischen Stipendium vgl. Archiv des Domstifts Wurzen: Nr. 596: Die Verleihung und Auszahlung des Salhausischen Stipendiums; Archiv des Hochstifts Meißen, J 57: Acta Privata Die dem jeweiligen Stifts Hauptmann zu Wurtzen gebührende Verleihung des Salhausischen Stipendii 1770.
- 77 So wurde im ökumenischen Gottesdienst zur Ausstellungseröffnung am Pfingstmontag, 21. Mai 2018, im Ostchor des Wurzener Domes neben der Gedenkplatte für den Gründer des Wurzener Kollegiatstiftes, Bischof Herwig, eine Messingplatte für Johann von Salhausen angebracht. Sie trägt die Aufschrift: „Johann VI. von Salhausen / \* 1444 + 1518 / 1469-1476 Propst zu Wurzen / 1487-1518 Bischof von Meißen“.

#### Autoren

Dr. Matthias Donath und  
Dr. Lars-Arne Dannenberg,  
Kuratoren der Ausstellung  
„Mein Glaube! Meine  
Macht! Johann von Salhausen.  
Bischof – Bauherr –  
Landesvater“ in Wurzen,  
zugleich Herausgeber der  
„Sächsischen Heimatblätter“

Pfarrer Alexander  
Wieckowski  
Ev.-Luth. Kirchengemeinde Wurzen  
Alexander.Wieckowski@  
evlks.de



# Sachsen und das Luthertum in Böhmen

Martin Arnold

Die Minuten werden zu Stunden. Wie lange harret er nun schon aus in dieser engen Kammer? Michael Coelius, lutherischer Pfarrer zu Bensen (Benešov nad Ploučnicí), denkt an sein bisheriges Leben zurück. Die Kindheit in Döbeln, die elterliche Bäckerei. Und als er mit 16 Jahren die Stadt verließ, um an der Universität in Leipzig zu studieren, wie stolz hatte der Vater da ausgesehen! Dann die Jahre als Lehrer an den Lateinschulen in Döbeln und Rochlitz. Anfang 1518, kurz nachdem er zum ersten Mal von Martin Luther gehört hatte, schließlich die Priesterweihe. Oh ja, er war ein eifriger Papist gewesen! Die Höllenangst hatte ihn oft gequält. Fast erlösend schließlich die Bekanntschaft mit Luthers Flugschriften. Die Worte des Wittenbergers hatten ihn im Innersten getroffen. Bald hatte er begonnen, auch seiner Gemeinde in Rochlitz davon zu predigen. Über ein Jahr lang war alles gut gegangen, bis der altgläubige Herzog Georg auf ihn aufmerksam wurde. Hals

über Kopf war er daraufhin nach Böhmen geflohen, um einem Zugriff zu entgehen. Doch für ihn war gesorgt worden. Friedrich von Salhausen, ein junger Adliger und begeisterter Anhänger des Reformators, hatte ihm nicht nur Asyl, sondern eine Pfarrstelle in seiner neuen Residenz geboten. Doch nun, anderthalb Jahre später, stellte ihn der Teufel erneut auf die Probe ... Bamm Bamm Bamm! Ein lautes Klopfen an der Tür des Pfarrhauses reißt Coelius aus seinen Gedanken. Jetzt drohende Stimmen, Schritte vieler Menschen, die die Treppe heraufstürmen. Die Papisten kommen! Der Küster muss ihn verraten haben!

Wir verlassen hier vorerst die Szene. Am eben angerissenen Lebenslauf des Michael Coelius (1492–1559)<sup>1</sup> wird die zentrale Rolle Sachsens bzw. seiner Landeskinder bei der Verbreitung des Luthertums in Nord- und Nordwestböhmen ablesbar. Die religiöse Ergriffenheit, das Sendungsbewusstsein und die Risikobereitschaft

Die Pfarrkirche in Bensen (Benešov nad Ploučnicí) hatte seit 1523 mit Michael Coelius aus Döbeln einen lutherischen Pfarrer.  
© Wikimedia (SchiDD)

1 Zu Michael Colius vgl. ausführlicher: Hartmut Kühne: Lehrer – Priester – Prediger. Michael Coelius' Weg in die Reformation (1492-1530). In: Armin Kohnle/Siegfried Bräuer (Hrsg.): Von Grafen und Predigern. Zur Reformationsgeschichte des Mansfelder Landes. Leipzig 2014, S. 155-195.

sächsischer Pfarrer wie Michael Coelius, aber auch der über die Grenze ins Nachbarland gekommenen Bergleute, Adligen usw. legte den Grundstein der kurzen Blüte des evangelischen Glaubens in Böhmen im 16. und 17. Jahrhundert. Davon soll dieser Beitrag berichten.

### Konfessionelle Orientierungen in Böhmen vor dem Erscheinen des Luthertums

Der lutherische Pfarrer Michael Coelius floh aus einem Land, dem reformatorische Ideen lange vertraut waren. Schon ein Jahrhundert vor Martin Luther hatte Jan Hus (wohl 1372–1415) in Böhmen gepredigt. Nach seinem Tod auf dem Scheiterhaufen in Konstanz hatte sich der Utraquismus im Königreich stark ausgebreitet. Der Arzt Nikolaus Klaudianus aus Jungbunzlau (Mladá Boleslav) markierte auf seiner 1518 gedruckten Landkarte Böhmens von insgesamt 272 verzeichneten Orten lediglich noch 38 als katholisch. Dabei waren es vor allem die zu großen Teilen an Sachsen grenzenden Randregionen im Norden und Nordwesten, die bei der römischen Kirche geblieben waren. Es waren dies Gebiete, die seit der deutschen Ostsiedlung im 12./13. Jahrhundert mehrheitlich von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt waren. Das Hussitentum aber war nicht nur eine religiöse Bewegung, sondern eng mit der tschechischen Sprache und dem Erwachen eines frühen tschechischen Nationalgefühls

verknüpft. Beispielsweise kam es in Folge des Kuttenberger Dekrets von 1409, das das Stimmrecht der nichttschechischen Nationen an der Prager Universität einschränkte, zum Auszug der deutschen Professoren und Studenten aus Prag und in der Folge zur Gründung der Universität Leipzig. Vor diesem Hintergrund hatten die Deutschböhmen nur schwer Zugang zu den Lehren des Jan Hus gefunden. Hier bestand also noch ein „Bedarf“ an Reformation.

### Johannes Mathesius und die lutherische Reformation in St. Joachimsthal

Der wohl erste Ort am Rand Böhmens, den die neuen Ideen aus Wittenberg erreichten, war St. Joachimsthal (Jáchymov). Die 1516 nach reichen Silberfunden neu gegründete Bergstadt war sehr nahe an der Grenze zu Sachsen gelegen. Viele erzgebirgische Bergleute und andere Menschen auf der Suche nach Arbeit und Glück, aber auch Geistliche und Gelehrte zogen von dort ins Böhmisches und brachten Luthers neue Lehre mit. Unter ihnen war auch der aus Rochlitz gebürtige Reformator Johannes Mathesius (1504–1565). Er leitete ab 1532 zuerst die städtische Lateinschule, um dann 1540 (zum zweiten Mal) zum Studieren nach Wittenberg zu gehen. Dort wurde er Tischgenosse Luthers und zeichnete als solcher zwei Jahre lang dessen Tischreden auf. Zurück in St. Joachimsthal, amtierte er dort bis an sein Lebensende als Pfarrer. Sein Wirken als Seelsorger einer



Die Kirche St. Joachim und St. Anna in St. Joachimsthal (Jáchymov) wurde 1534 bis 1540 als erstes lutherisches Gotteshaus Böhmens errichtet und 1624 von den Katholiken übernommen. Nach einem Brand erhielt sie 1874 bis 1876 ihre heutige Gestalt.  
© Wikimedia (Mentlik)



Johannes Mathesius aus Rochlitz, Pfarrer in St. Joachimsthal, gilt als Reformator Nordböhmens. Kupferstich, 1669

„Goldgräberstadt“ – auch in Zeiten des Rückgangs der Erzausbeute, religiöser Auseinandersetzungen und zunehmender Bekämpfung des Luthertums durch den böhmischen König Ferdinand I. (1503–1564) – trug ihm großen Respekt ein. Seine Predigten wirkten stilbildend. Neben den einflussreichen „Luther-Historien“ (1566 veröffentlicht) ist an dieser Stelle unbedingt auch die 1551 veröffentlichte „Kirchen-, Schul- und Spitalordnung für St. Joachimsthal“ als ein Werk Mathesius' zu nennen.

### Der böhmische Adel als Förderer der lutherischen Reformation

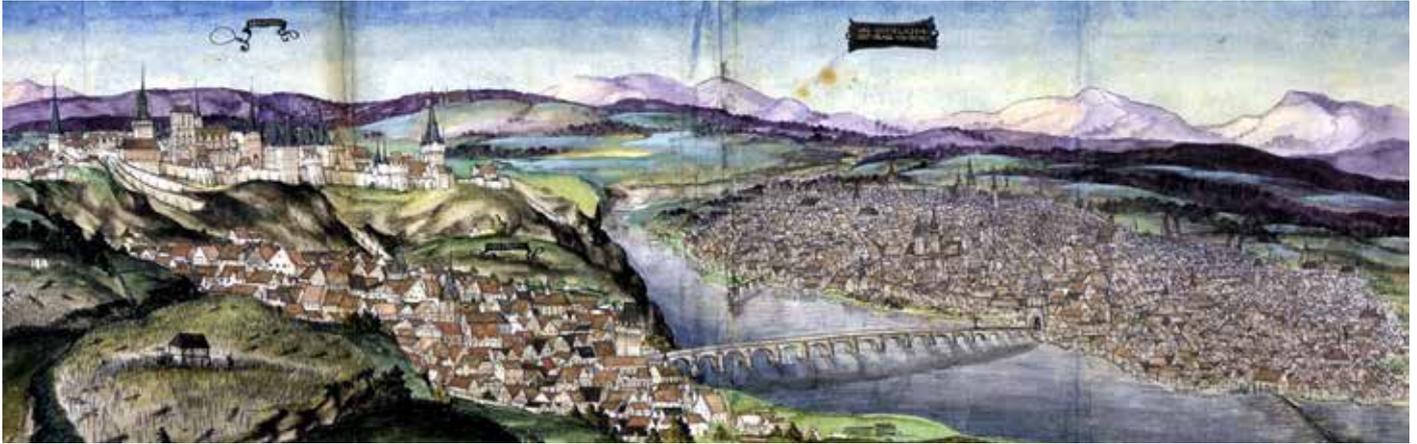
In St. Joachimsthal fand eine „Reformation von unten“ (Peter Blickle) statt, die sich durch Impulse und Initiativen aus der Gemeinde heraus Bahn brach. Die Bergstadt war dafür prädestiniert, denn sie war ein Ort ohne jahrzehntelang etablierte Strukturen und Traditionen. Hier sammelten sich Menschen, die offen für neue Wege und Erfahrungen waren. Und doch wäre eine derart rasche Durchsetzung der evangelischen Lehre unmöglich gewesen, wenn sich nicht schon früh die adeligen Herren der Stadt an die Spitze der reformatorischen Bewegung gestellt hätten: die Grafen Schlick. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts aus dem Bürgertum der Stadt Eger (Cheb) aufgestiegen, blieben die Grafen Schlick bis ins 16. Jahrhundert hinein Außenseiter im böhmischen Adel. Vermutlich war dies einer der Gründe dafür, dass sie sich politisch und wirtschaftlich stark nach Sachsen orientierten. Sie strebten die Etablierung eines Schutzverhältnisses mit den Wettinern an und legten zwischen 1520 und 1528 sogar ihre

unter Aufsicht eines sächsischen Münzmeisters geprägten Joachimstaler in Leipzig zur Probation vor. Diese sollten „der Fürsten von Sachsen Muntz am Gehalt gleich sein“. 1504 finden wir Stephan Schlick an der Universität Leipzig eingeschrieben. 1504 war er am Hof Friedrich des Weisen (1463–1525). Mehr noch: In den Jahren 1520/1521 amtierte Christoph Schlick als Rektor der Universität Wittenberg. So überrascht es wenig, dass das Luthertum in der Familie schnell Fuß fasste. Das Geschlecht wurde zum größten Förderer des Luthertums in Böhmen. Mehrere Familienmitglieder pflegten Kontakt mit Luther. Wolfgang Schlick war sogar der Adressat der Widmung einer Flugschrift des Wittenbergers.

Doch nicht nur die Grafen Schlick, sondern auch andere nordwestböhmische Adlige hatten enge Verbindungen nach Sachsen und zur Reformation. Zu ihnen gehörte Sigismund Lobkowitz von Hassenstein (gest. 1534). Er entstammte jener schon im 16. Jahrhundert ausgestorbenen Linie der Lobkowitz, die die Burg Hassenstein (Hasištejn) bei Komotau (Chomutov) besaß. Sigismund war Erbe der berühmten Bibliothek seines Onkels, des Humanisten Bohuslav Lobkowitz von Hassenstein (1461–1510). Er verlieh Teile dieser Büchersammlung an Luther und Melanchthon und unterstützte diese so in ihrer Arbeit.

### Der erste böhmische Ständeaufstand von 1547

Laut einer Beschwerde des Prager Domkapitels waren 1531 schon 150 ehemals katholische Pfarreien Böhmens in lutherischer Hand. Die zunehmende Ausbreitung der Reformation im Norden und Nordwesten seines Königreichs missfiel Ferdinand I. Das religionspolitische Ziel des Habsburgers war die konfessionelle Wiedervereinigung Böhmens im Katholizismus. Dabei hatte er zumindest bezüglich des Luthertums das noch unter dem jagiellonischen Königtum etablierte Recht auf seiner Seite: Laut dem Kuttenger Religionsfrieden von 1485 galt in Böhmen Bekenntnisfreiheit – jedoch nur für Katholiken und Utraquisten. Doch grau ist alle Theorie, und lange Zeit ließ die politische Gesamtsituation dem König keine antilutherischen Interventionen geraten erscheinen. Als sich die außenpolitische Lage aber Mitte der 1540er Jahre entspannte (Ende des Zweiten Türkenkriegs), ging der König innenpolitisch gegen die Unterstützer der neuen Lehre vor. Er strengte einen Hochverratsprozess gegen die Grafen Schlick an, die als Ergebnis u. a. alle ihre Bergwerke abtreten mussten. Sicherlich sind diese Vorgänge auch als Teil der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den böhmischen Ständen und dem König zu sehen. Jedoch



Ansicht von Prag aus dem Reisealbum des Pfalzgrafen Ottheinrich, 1536/1537

© Universitätsbibliothek Würzburg

ist darüber hinaus ebenfalls davon auszugehen, dass Ferdinand I. die selbstbewussten Lutheraner in ihre Schranken weisen wollte.

Der sich verschärfende Konflikt mit dem König um die althergebrachten ständischen Freiheiten sowie das Ausbrechen des Schmalkaldischen Kriegs resultierten im Ersten Böhmischem Ständeaufstand von 1547. Dabei fällt auf, dass mehrere lutherische Adlige zu den führenden Köpfen der Rebellion zählten. So arbeiteten z. B. die Grafen Heinrich, Kaspar, Albin und Moritz Schlick sowie Sebastian Lobkowitz von Hassenstein am Zustandekommen einer militärischen Kooperation mit dem Kurfürstentum Sachsen. Auf den Feldfahnen der Grafen Schlick war das Bibelwort „Verbum domini manet in aeternum“ (Das Wort des Herrn bleibt in Ewigkeit, vgl. Jesaja 40,8 sowie 1. Petrus 1,25) zu lesen – die Devise der ernestinischen Kurfürsten von Sachsen. Die Ernestiner unterlagen im Schmalkaldischen Krieg und der Ständeaufstand scheiterte, bevor er richtig begonnen hatte. Der lutherische Adel aber war in diesem Konflikt erstmals als eigene ständische Gruppierung aufgetreten.

### Sächsische Pfarrer in Böhmen

Die Bestrafung der Aufständischen fiel vergleichsweise milde aus. Auch gelang es dem König trotz seines Sieges nicht, die weitere Verbreitung der Reformation aufzuhalten. Seine aus der Mitte des 16. Jahrhunderts überlieferten antilutherischen Maßnahmen konzentrierten sich auf die Vielzahl lutherischer Pfarrer und Prediger, die – wie der eingangs vorgestellte Michael Coelius – aus dem eingangs vorgestellte Michael Coelius – aus dem albertinischen und ernestinischen Sachsen gekommen waren und in Böhmen maßgeblich zur Verbreitung des Luthertums unter der Bevölkerung beitrugen. Durch die Arbeiten von Siegfried Sieber<sup>2</sup> und Alfred Eckert<sup>3</sup> sind wir über die große Breite dieses Phänomens gut informiert. Zumeist ausgebildet an den Universitäten in Leipzig und Wittenberg, brachten die Geistlichen das theo-

gische Rüstzeug mit, um jenseits der Grenze das Evangelium nach Luther zu predigen. Als Ergebnis der zunehmenden religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtung des sächsisch-böhmischen Grenzraums wirkten aber v. a. ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhundert auch Böhmen als Geistliche in Sachsen. Als Exempel dafür soll hier der 1559 in St. Katharinenberg (Hora Svaté Kateřiny) geborene Melchior Teucher stehen. Er studierte ab 1582 in Leipzig und war ab 1592 als Pfarrer im sächsischen Olbernhau tätig.

Um gegen die Tätigkeit landesfremder lutherischer Pfarrer und Prediger vorzugehen, sandte Ferdinand I. am 24. Februar 1545 ein streng formuliertes Schreiben an sieben Grafen Schlick, zwei Vettern der Lobkowitz von Hassenstein sowie an weitere Mitglieder des böhmischen Herrenstands. Die Adressaten wurden unter Androhung von Strafe aufgefordert, die „unordentlichen Priester und Prediger“ auszuweisen. Zehn Jahre darauf erging an 200 lutherische Geistliche der Erlass, das Königreich zu verlassen. Die adeligen Patronatsherren versuchten jedoch offensichtlich, diese Anweisung zu umgehen. So wurde Friedrich von Salhausen 1557 zu Haft im Schwarzen Turm zu Prag verurteilt, „weil er dieselben unordinierten Priester hinweggethan, hernach sie aber wider angenommen“.

### Sächsischer Adel in Böhmen als Förderer der Reformation

Der wegen seines Versuchs, den königlichen Ausweisungsbefehl zu unterlaufen, verurteilte Friedrich von Salhausen stammte nicht aus altem böhmischen Adel. Seine Familie kam aus Sachsen. Dieser Punkt lenkt den Blick auf ein weiteres Detail der Geschichte des böhmischen Luthertums: den Anteil sächsischer Adelsfamilien an der Verbreitung der reformatorischen Ideen aus Wittenberg. Für das Ende des 15. Jahrhunderts und bis weit ins 16. Jahrhundert hinein ist ein starker Trend zur Ansiedlung des niederen Adels aus

- 2 Siegfried Sieber: Geistige Beziehungen zwischen Böhmen und Sachsen zur Zeit der Reformation (Teil 1: Pfarrer und Lehrer im 16. Jahrhundert, Teil 2: Pfarrer und Lehrer im 17. Jahrhundert). In: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 6 (1965), S. 146-172 und 7 (1966), S. 128-198.
- 3 Alfred Eckert: Die Prager deutschen evangelischen Pfarrer der Reformationszeit. Kirnbach 1972; Alfred Eckert: Die deutschen evangelischen Pfarrer der Reformationszeit in Westböhmen. 3 Bde. Kirnbach 1974-1976; Alfred Eckert: Die deutschen evangelischen Pfarrer der Reformationszeit in Nord- und Ostböhmen. Kirnbach 1977.
- 4 Die Dissertationsschrift des Autors zu sächsischen Adelsfamilien in Nordböhmen (v. a. von Büнау sowie von Salhausen) im 16./17. Jahrhundert steht kurz vor der Vervollendung.

dem Nachbarland in Nord- und Nordwestböhmen nachweisbar.<sup>4</sup> Vertreter weniger bekannter Geschlechter, aber auch die großen sächsischen Namen finden sich unter den Käufern böhmischer Güter. Neben den von Schleinitz mit ihren Herrschaften im Schluckenauer Zipfel war dabei wohl die Familie von Bünau mit ihrem Ausgreifen über das Osterzgebirge nach Böhmen am erfolgreichsten. Ausgehend von ihren Herrschaften südlich Dresdens erwarben sie ab 1527 umfangreiche Domänen in Nordböhmen. Das stolz auf einem Felsen hoch über der Elbe gelegene Schloss Tetschen (Děčín) kündete von Macht und Reichtum der Besitzer. Die böhmischen Bünaus pflegten aber weiterhin engen Kontakt zu ihren Vettern im albertinischen Sachsen. Eine gemeinsame „Geschlechtsordnung“ und sogenannte „Geschlechtstage“, auf denen sich die Vertreter der verschiedenen Bünau-Linien trafen, hielten die Verbindung aufrecht. Auch grenzüberschreitender Besitz war keine Seltenheit. So besaß z. B. Heinrich von Bünau (1557–1619) sowohl die sächsische Herrschaft Lauenstein als auch das böhmische Tetschen. Und auch dem albertinischen Fürstenhaus blieben die „Auswanderer“ eng verbunden.

Im Gegensatz zu den schon vorgestellten pro-lutherischen Akteuren aus dem alteingesessenen Adel scheinen die aus dem (albertinischen) Sachsen gekommenen Familien der Reformation zunächst abwartend gegenüber gestanden zu haben. Nicht nur die von Bünau, sondern die meisten Geschlechter sächsischen Ursprungs nutzten ihr Patronatsrecht erst ab den 1550er Jahren, um das Luthertum auf ihren Herrschaften einzuführen. Vermutlich warteten sie ab, wie sich die konfessionellen Verhältnisse im bis 1539 noch katholischen Herzogtum Sachsen entwickelten. Doch es gab auch Ausnahmen. Die schon mehrfach genannte Familie von Salhausen zählte zu den sehr frühen Unterstützern des Luthertums. Die Brüder Hans (um 1480–um 1550), Friedrich (um 1489–1562) und Wolf von Salhausen (gest. um 1543) entstammten einem eher wenig bedeutenden und begüterten Geschlecht, das seinen Stammsitz in der Nähe von Oschatz hatte. Ihrem Onkel gelang jedoch ein bemerkenswerter Aufstieg. Als Bischof Johann VI. von Salhausen (1444–1518) war er in der Lage, seine Neffen umfangreich finanziell zu unterstützen. Die Brüder nutzten diese Chance. Sie kauften um Tetschen und Bensen umfangreichen Besitz und siedelten nach Nordböhmen über. Wenn wir Pastor Schlegels Chronik von Bensen glauben können, ließen die jungen Adligen in ihrer neu erworbenen Herrschaft schon 1518 lutherisch predigen. Mit Dominicus Beyer (1477–1552), einem entlaufenen Dominikanermönch aus Freiberg, ist spätestens für das Jahr



1522 ein lutherischer Prediger in Tetschen gesichert. Ihm folgte mit dem uns schon bekannten Michael Coelius ein Jahr später ein evangelischer Pfarrer in Bensen. Die Untertanen scheinen jedoch von der neuen Lehre nicht allesamt begeistert gewesen zu sein. Zweimal schrieb Wolf von Salhausen 1524 an Martin Luther und bat ihn um Rat in theologischen Fragen, denn es habe „bey uns zu Tetzschen einen grossen widerstand unser Prediger halben“. Schließlich entsandte Friedrich von Salhausen den lutherischen Dominicus Beyer zusammen mit einem seiner altgläubigen Gegner nach Wittenberg. Luther, Melanchthon und Johannes Bugenhagen sollten dort vermitteln und den theologischen Streit schlichten.

Auch die katholische Kirche wurde auf die lutherischen Umtriebe am Rande des Erzbistums Prag aufmerksam. Johannes Žák, der Administrator desselben, wandte sich an König Ludwig II. (1506–1526), den letzten jagiellonischen Herrscher Böhmens. Durch eine Flugschrift aus dem Jahr 1523 sind wir über seine Beschwerde informiert, dass „der Edell Herr Hans von Salhausen / hie ym lande zu Behemen / auff Tezchen gesessen / eynen münch prediger ordens / bey sich hatt // und predigen lasst / denn gift unn ketzerey Luterischer lere [...] die der Lutherischen lere anhengig seind / leyhet er pfarren und foddert sy nach vermuegen“. Vorerst geschah jedoch nichts. Die evangelische Verkündigung auf den Salhausen-Herrschaften wurde fortgesetzt. Erst am Ende des Jahres 1524 – der politische Wind in Prag hatte sich gedreht und die linksutraquistische Ständepartei, die dem Luthertum freundlich gesinnt war, war entmachtet worden – änderte sich die Situation. Die genauen Zusammenhänge sind dabei unklar. Fest steht aber: Die Brüder von Salhausen konnten ihre evangelischen Geistli-

Wappen der Brüder Wolf und Antonius von Salhausen am Schloss in Bensen (Benešov nad Ploučnicí), 1578  
Foto: Matthias Donath

Zum Weiterlesen

Martin Arnold: Cuius possessio, eius religio? Der Adel in Nord- und Nordwestböhmen und die lutherische Reformation. In: Martina Schattkowsky (Hrsg.): Adel und Reformation (in Vorbereitung).

Winfried Eberhard: Die deutsche Reformation in Böhmen 1520-1620. In: Hans Rothe (Hrsg.): Deutsche in den Böhmisches Ländern. Köln/Weimar/Wien 1992, S. 103-123.

Winfried Eberhard: Monarchie und Widerstand. Zur ständischen Oppositionsbildung im Herrschaftssystem Ferdinands I. in Böhmen. München 1985.

Petr Hlaváček: Der sächsisch-böhmische Grenzraum im Spätmittelalter und in der Frühneuzeit zwischen Integration und Desintegration. In: Miloš Rezník (Hrsg.): Grenzraum und Transfer. Perspektiven der Geschichtswissenschaft in Sachsen und Tschechien. Berlin 2007, S. 83-94.

Petr Hlaváček: Die Familie von Lobkowitz als Vermittler der kulturellen Wechselwirkungen im böhmisch-sächsischen Grenzraum um 1500. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte 88 (2017), S. 225-233.

Uwe Tresp: Kooperation ohne Grenzen. Die Wettiner, die Grafen Schlick und das sächsisch-böhmische Erzgebirge als Wirtschaftsregion. In: Lenka Bobkova/Jana Fantysová-Matějková (Hrsg.): Terra Ducatus Marchionatus Regio. Die Bildung und Entwicklung der Regionen im Rahmen der Krone des Königreichs Böhmen. Casablanca 2013, S. 210-225.

chen nicht mehr halten. Dominicus Beyer verließ Tetschen vermutlich um den Jahreswechsel 1524/1525. Und in Bensen – wir lasen schon davon – scheint eine aufgebrachte Gruppe von Katholiken Michael Coelius sogar ernstlich in Gefahr gebracht zu haben. Er musste sich in einer Kammer des Pfarrhauses versteckt halten, wurde jedoch durch den Küster verraten. Luthers Trostbrief „Dem kleinen Häuflein der christlichen Gemeinde zu Bensa“ scheint auf die bedrängte Situation der Lutheraner in Bensen Bezug zu nehmen. Michael Coelius konnte zurück nach Sachsen entweichen. Er kam jedoch, wenn wir in diesem Detail seiner von Cyriacus Spangenberg verfassten Leichenpredigt glauben dürfen, nur knapp mit dem Leben davon. Bis zu seinem Tod wirkte der heute fast vergessene Protagonist der Reformationsgeschichte danach als Hofprediger und Stadtpfarrer in Mansfeld.

Die weitere Entwicklung des Luthertums in Böhmen bis 1620

Schon um 1530 hatten Bensen und Tetschen wieder evangelische Pfarrer. Die Ausbreitung des Luthertums war letztlich nicht aufzuhalten. Auch die schon erwähnten Interventionen König Ferdinands I. blieben ohne dauerhaften Erfolg. Nach einer anfänglich langsamen Verbreitung der Reformation beschleunigte sich der Prozess in den 1550er bis 1570er Jahren deutlich. Bald waren Nord- und Nordwestböhmen fast geschlossen lutherisch. Die Verabschiedung der stark von der

Augsburgischen Konfession beeinflussten Confessio Bohemica, einer gemeinsamen Bekenntnisschrift von Lutheranern, Linksutraquisten und Böhmisches Brüdern, im Jahr 1575 stellte den Höhepunkt der Entwicklung des evangelischen Glaubens in Böhmen dar. Die Weihe der lutherischen St. Salvatorkirche in Prag 1614 setzte auch in der böhmischen Hauptstadt ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit des Luthertums zur konfessionellen Landschaft Böhmens. Im Spenderbuch des Gotteshauses sind u. a. auch Joachim Andreas Graf Schlick (1569–1620), der schon genannte Heinrich von Büнау auf Tetschen und Lauenstein sowie Antonius von Salhausen auf Bensen verzeichnet. Die Zukunft des evangelischen Glaubens in Böhmen konnte also als gesichert erscheinen. Doch der Eindruck täuschte. Schon seit der Wende zum 17. Jahrhundert hatten die Habsburger in Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche begonnen, ihre gegenreformatorischen Bestrebungen zu forcieren. Die sich immer weiter zuspitzende Situation entlud sich im Böhmisches Ständeaufstand von 1620. In der Schlacht am Weißen Berg erlitten die protestantischen Stände eine völlige Niederlage. Der Lutheraner Joachim Andreas Graf Schlick gehörte zu jenen 27 Unglücklichen, die am 21. Juni 1621 auf dem Altstädter Ring in Prag hingerichtet wurden. In den Jahren darauf wurde der evangelische Glaube in Böhmen ausgelöscht. Wer nicht konvertieren wollte, musste das Königreich verlassen. Als böhmische Exulanten fanden viele der vertriebenen böhmischen Lutheraner in Sachsen Zuflucht und eine neue Heimat.

Hinrichtung von Joachim Andreas Graf Schlick auf dem Altstädter Ring in Prag, 1621. Kolorierter Holzschnitt, 17. Jahrhundert



Verzeichnis was gestalt der Graff von Schlick vnd andre hohe vnd Niderstands Personen hingericht vnd vollzogen worden

Autor

Martin Arnold  
Dresden



# Böhmische Exklaven in Sachsen

## 1635 bis 1849

Matthias Donath

Die mittelalterlichen Herrschaftsgebiete stellten oftmals keine geschlossenen Territorien dar, sondern konnten mehrere, nicht miteinander verbundene Teilgebiete umfassen, darunter auch Exklaven, die ausschließlich über fremdes Gebiet zu erreichen waren. Umgekehrt war es möglich, dass Teilgebiete bestimmter Herrschaften vollständig von anderen Herrschaften umgeben waren, was man als Enklaven bezeichnet. Mit der Entstehung der frühneuzeitlichen Territorialstaaten wurde versucht, geschlossene Territorien möglichst ohne Ex- und Enklaven auszubilden. Zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und dem Königreich Böhmen gelang dies auf dem Fürstentag zu Eger 1459.<sup>1</sup> Dabei wurde eine Grenzlinie entlang des Erzgebirgskamms vereinbart, die noch heute gilt. Es handelt sich um eine der ältesten und stabilsten Grenzen Europas.

Diese Einigung betraf aber nicht das Markgraftum Oberlausitz, das bis 1635 außerhalb des

Herrschaftsgebiets der Wettiner lag. Die Oberlausitz war eines der Länder der böhmischen Krone, und diese gemeinsame Zugehörigkeit zu Böhmen machte es nicht erforderlich, die Frage der Exklaven zu regeln. Dies änderte sich erst mit der Übertragung der Markgraftümer Ober- und Niederlausitz als böhmische Lehen an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen (1585–1656), die im Prager Frieden von 1635 vereinbart wurde. Seitdem waren die böhmischen Exklaven innerhalb der Oberlausitz vollständig von sächsischem Territorium umgeben. Die politische Grenze war partiell auch eine Konfessionsgrenze, da in Böhmen die Gegenreformation durchgesetzt wurde, während in der Oberlausitz die Konfessionsverhältnisse gemäß dem Traditionsrezeß nicht geändert werden durften. Zudem waren die Exklaven isoliert, weil ihre Grenzen zugleich Zollgrenzen darstellten.

Innerhalb des Markgraftums Oberlausitz lagen vier böhmische Exklaven. Dabei handelte es

Günthersdorf nördlich von Lauban war die nördlichste Exklave des Königreichs Böhmen. Ausschnitt aus der Oberlausitz-Karte von Johann Georg Schreiber, 1732.  
© ZKG

1 Vgl. André Thieme/Uwe Tresp (Hrsg.): Eger 1459. Fürstentreffen zwischen Sachsen, Böhmen und ihren Nachbarn: Dynastische Politik, fürstliche Repräsentation und kulturelle Verflechtung. Cheb 1459 – Setkání panovníků Saska, Čech a jejich sousedů: dynastická politika, panovnícká reprezentace a kulturní vazby. Dóřel 2011.

- 2 Abgedruckt u. a. in: Johann Ludwig Klüber (Hrsg.): Quellen-Sammlung zu dem Öffentlichen Recht des Teutschen Bundes. Erlangen 1830, S. 29.
- 3 Abgedruckt u. a. in: Provinzial-Gesetzessammlung des Königreichs Böhmen für das Jahr 1848. Prag 1849, S. 408-468.
- 4 Zur Eingliederung der böhmischen Exklaven und den langwierigen Verhandlungen hierzu vgl. Maik Jährig: Die Geschichte der Enklave Niederleutersdorf (1635 – 1849) unter Einbeziehung alltagsgeschichtlicher Aspekte der Grenzregion Sachsen – Böhmen in der südlichen Oberlausitz. Wissenschaftliche Hausarbeit an der TU Dresden, Institut für Geschichte. Dresden 1995 (Ein Exemplar dieser Hausarbeit befindet sich in der SLUB Dresden).
- 5 Vgl. Franz Adolf Stoy: Geschichte der Stadt Schirgiswalde. Schirgiswalde 1895, S. 2-7; Theodor Schütze: Um Schirgiswalde und Bautzen. Ergebnisse heimatkundlicher Bestandsaufnahme im Gebiet von Bautzen und Schirgiswalde zwischen Österreich und Sachsen von 1809 bis 1845. 2. Auflage Görlitz/Zittau 2000; Rolf Vieweg: Die scheinbare staatliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit von Schirgiswalde in der Zeit von 1809 bis 1845. In: Oberlausitzer Heimatblätter Heft 5 (2005), S. 55-58, Heft 6 (2005), S. 2-16.

sich um zwei geschlossene Ortschaften, nämlich Schirgiswalde (heute Ortsteil der Stadt Schirgiswalde-Kirschau, Landkreis Bautzen) und Günthersdorf (heute Godzieszów, Kreis Bolesławiec, Polen), sowie um zwei Dorfteile inmitten größerer Dörfer, nämlich Niederleutersdorf (heute Teil von Leutersdorf, Landkreis Görlitz) und Niedergerlachsheim im Winkel (heute Teil von Grabiszyce, Kreis Lubań, Polen). In diesem Zusammenhang sind außerdem zwei Grenzdörfer zu betrachten, die in böhmische und sächsische Besitzanteile zerfielen: Ullersdorf (heute Kopańców, Polen, und Oldřichov na Hranicích, Tschechien) sowie Weigsdorf (nach 1945 Wigancice Żytawskie, Polen, heute devastiert, und Višňová, Tschechien). Beide Orte bestanden aus sächsischen und böhmischen Flurstücken, die so ineinander verschränkt waren, dass sich weit ausgreifende Flurstreifen, die nur partiell Berührung mit dem Binnenland hatten, miteinander abwechselten. In Weigsdorf bestanden zudem wechselseitige Exklaven und Enklaven.

Die Einwohner der böhmischen Exklaven waren im 16. Jahrhundert – wie auch die Bewohner der Oberlausitzer Nachbardörfer – zum lutherischen Glauben übergetreten. Das bedeutet, dass in den Pfarrkirchen der genannten Orte der evangelische Gottesdienst eingeführt worden war. Eine Rekatholisierung der Einwohner der böhmischen Exklaven gelang nur, wenn die Pfarrkirche auf böhmischem Gebiet stand. Das betraf Schirgiswalde und Günthersdorf, die sich zu römisch-katholischen Inseln inmitten der mehrheitlich lutherischen Oberlausitz entwickelten. In Leutersdorf, Gerlachsheim, Ullersdorf und Weigsdorf stand die Pfarrkirche auf sächsischem Gebiet, was eine Rekatholisierung verhinderte. Die Einwohner dieser böhmischen Gebiete blieben demzufolge mehrheitlich Lutheraner. Die böhmischen Lehnsherren versuchten zwar, sie am Besuch der im Ausland liegenden evangelisch-lutherischen Pfarrkirche zu hindern, konnten aber die grenzübergreifenden Parochien nicht eigenmächtig beseitigen. Neuleutersdorf, ein Teil von Niederleutersdorf, entwickelte sich durch Ansiedlung katholischer Zuwanderer aus dem böhmischen Binnenland zu einer katholischen Ortschaft.

Die Exklaven wurden im 19. Jahrhundert aus der böhmischen Herrschaft entlassen. Dieser Prozess begann in den Napoleonischen Kriegen und fand erst 1849 seinen Abschluss. Nach dem Sieg Napoleons über Österreich wurde am 12. Juli 1809 der Waffenstillstand von Znaim vereinbart und am 14. Oktober 1809 der Friede von Schönbrunn geschlossen. Er verpflichtete den österreichischen Kaiser, seine böhmischen Exklaven an Sachsen abzutreten, während wei-

tergehende Gebietsabtretungen, die von sächsischer Seite gewünscht waren, in den Verhandlungen nicht durchgesetzt werden konnten. Die Gespräche über die formelle Übergabe der böhmischen Gebiete an Sachsen scheiterten, so dass diese Gebietsteile auf dem Wiener Kongress als Bestandteile des Königreichs Böhmen angesehen wurden. Die Abtretung großer Teile der Oberlausitz an den König von Preußen gemäß dem Frieden von Pressburg, den König Friedrich August I. von Sachsen (1750–1827) unterzeichnen musste, betraf auch jenen Landesteil zwischen Neiße und Queis, in dem die Exklaven Günthersdorf und Niedergerlachsheim im Winkel lagen. Daher regelte die Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 im Paragraph 18 die Übergabe von „Guntersdorf, Taubenschaenke, Neukretschen“ sowie „Nieder-Gerlachsheim, Winkel et Ginkel“ vom Königreich Böhmen an das Königreich Preußen.<sup>2</sup> Zum 25. Mai 1818 wurde in diesen Ortschaften das böhmische Recht aufgehoben und die preußische Rechtsordnung eingeführt. Die anderen Exklaven waren weiterhin von sächsischem Gebiet umgeben, aber 1809 nicht formell in sächsische Hoheit übergegangen. Österreich und Sachsen strebten für diese Orte grundsätzlich eine Bereinigung durch einen Austausch von Exklaven an. Jedoch stockten die Verhandlungen. Dadurch entstand in Niederleutersdorf wie auch in Schirgiswalde praktisch ein rechtsfreier Raum, weil die Zugehörigkeit zu Sachsen oder Böhmen ungeklärt war. Hinzu kam, dass die österreichischen Behörden lange anzweifelten, dass Niederleutersdorfs eine von Böhmen getrennte Exklave sei. Die von Sachsen angetrebte Eingliederung der Enklaven in den 1834 gegründeten Deutschen Zollverein erzwang eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Schirgiswalde wurde zum 4. Juli 1845 an das Königreich Sachsen abgetreten. Damit war noch das Schicksal der Exklave Niederleutersdorf wie auch der Umgang mit den zersplitterten Dorfanteilen in Weigsdorf und Ullersdorf zu klären. Am 11. September 1845 einigten sich die Vertreter beider Nachbarstaaten auf eine Grenzregulierung mit gegenseitigem Gebietsaustausch in Weigsdorf und Ullersdorf. Doch die österreichische Seite verweigerte die Ratifizierung, so dass wieder Jahre verstrichen. Erst am 5. März 1848 kam es zum Abschluss des „Haupt-Gränz und Territorial-Rezesses“ zwischen Sachsen und Österreich.<sup>3</sup> Die Übergabe von Niederleutersdorf und der Gebietsaustausch in Weigsdorf und Ullersdorf erfolgte am 12. März 1849.<sup>4</sup>

Die Orte östlich der Oder-Neiße-Linie gelangten 1945 an Polen. Es folgten die vollständige



Blick auf Schirgiswalde mit der katholischen Kirche  
© Wikimedia (Jwaller)

Vertreibung der deutschen Bevölkerung und eine polnische Neubesiedlung. Durch diese Zäsur ist das Wissen um die ehemals zu Böhmen gehörenden Gebiete weitgehend aus dem Gedächtnis verschwunden. Lediglich in Schirgiswalde wird die böhmische Vergangenheit bis heute selbstbewusst betont.

Nachfolgend werden die Orte nach ihrer geografischen Lage von West nach Ost beschrieben. Der Überblick verweist auf die grundlegende Literatur zur Orts- und Herrschaftsgeschichte, da eine vollständige Beschreibung der Besitz- und Herrschaftsverhältnisse hier nicht geleistet werden kann.

### Schirgiswalde

Die Exklave Schirgiswalde war vom kursächsischen Amt Stolpen sowie von mehreren Dörfern umgeben, die zum Markgraftum Oberlausitz gehörten und teils dem Domstift St. Petri zu Bautzen, teils den Rittergütern in Sohland und Crostau unterstanden. Die in mehrere Herrschaftsteile zersplitterte Gemarkung Sohland/Spree trennte Schirgiswalde von der nahen Herrschaft Rumburg (Rumburk) im Königreich Böhmen. Vermutlich seit der Gründung war der Ort, der erst 1376 namentlich bezeugt ist, mit Böhmen verbunden.<sup>5</sup> Es erscheint plausibel, dass Schirgiswalde während der Kolonisation, die von Böhmen her erfolgte, im 13. Jahrhundert gegründet wurde und Teil des ausgreifen-



Ausschnitt aus der Oberlausitz-Karte von Johann Georg Schreiber, 1749. Südlich von Bautzen liegen nahe der Grenze die böhmischen Exklaven Schirgiswalde und Niederleutersdorf (rote Kreise). Schirgiswalde ist so eingetragen, als gäbe es eine geschlossene Landverbindung zu Böhmen. Das war nicht der Fall, denn Sohland im Markgraftum Oberlausitz trennte die Exklave vom böhmischen Binnenland.  
© ZKG

den Herrschaftsgebiets der Herren zu Wartenberg im böhmischen Niederland war. Teile des Wartenberger Lands, darunter Schirgiswalde, waren an Vasallen verlehnt. Im 14. Jahrhundert gingen große Teile des Territoriums mit der Burg Tollenstein (Tolštejn), die der Herrschaft Tollenstein ihren Namen gab, an das bedeutende böhmische Geschlecht Berka von Duba über. Nach mehreren Herrschaftswechseln erwarben Kurfürst Ernst (1441–1486) und Herzog Albrecht von Sachsen (1443–1500) 1471 die böhmische Herrschaft Tollenstein. Sie verkauften jedoch diesen nordböhmischen Besitz, darunter Schirgiswalde, 1481 an den sächsischen Obermarschall Hugold von Schleinitz

- 6 Walter von Boetticher: Geschichte des Oberlausitzischen Adels und seiner Güter 1635-1815. Bd. 3. Oberlösnitz 1919, S. 420.
- 7 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 8; Schütze 1967, S. 186.
- 8 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 8, 10-13.
- 9 Wilhelm Pfeifer: Das Fürstenhaus Liechtenstein in Nordböhmen. Backnang 1984, S. 64-69.
- 10 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 14.
- 11 Vgl. die ausführliche Darstellung in Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 22-26.
- 12 Aktiv für Ortsgeschichte: Eine unentbehrliche Geschichtsquelle. II. Böhmisches-Niederleutersdorf. In: Ortsspiegel für die Gemeinden Seifhennersdorf, Leutersdorf, Spitzkunnersdorf 14 (1968), Heft 3, S. 15-18; Jährig 1995 (wie Anm. 4).
- 13 Vgl. verschiedene Meinungen zur Teilung Leutersdorfs in Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 22-23.
- 14 Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 45.
- 15 Vgl. Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 39-41.
- 16 Zu den Verhandlungen zwischen 1811 und 1849 siehe Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 63-71.

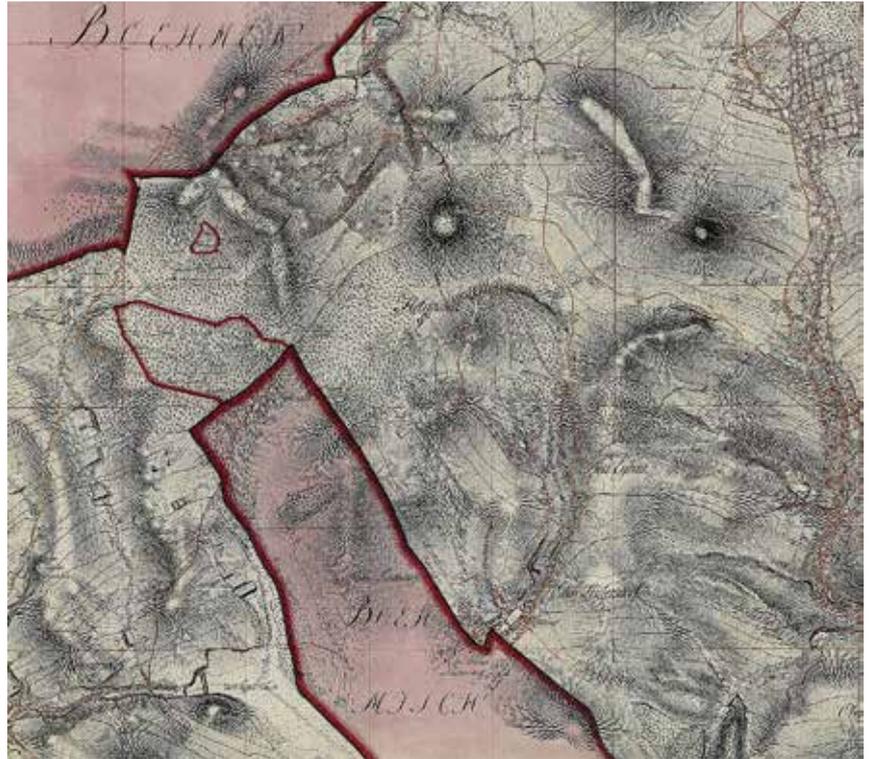
(um 1525–1490), der maßgeblichen Anteil an der Leipziger Teilung des Herrschaftsgebiets der Wettiner hatte. Er begründete das „Schleinitzer Ländchen“ in Nordböhmen. Unter Georg von Schleinitz, dem Gründer der Bergstadt St. Georgenthal (Jičetín pod Jedlovou), verbreitete sich der lutherische Glaube in Nordböhmen. 1566 zerfiel die Herrschaft Tollenstein durch Erbteilung in die Herrschaften Hainspach (Lipová), Schluckenau (Šluknov) und Rumburg mit Tollenstein. Dabei war Schirgiswalde zunächst der Herrschaft Hainspach, später der Herrschaft Rumburg zugeordnet. Der Rittersitz in Schirgiswalde gehörte nicht unmittelbar zu Tollenstein bzw. Rumburg, sondern war als Aferlehen an Mitglieder des niederen Adels vergeben. Lange saß hier die Familie von Luttitz. Durch eine Herrschaftsteilung wurde vom ältesten Rittersitz, dem Niederhof, der seit 1472/73 eigenständige Oberhof abgetrennt. Michael von Luttitz verkaufte den Oberhof 1628 an das Domstift St. Petri in Bautzen.<sup>6</sup> Der Niederhof war 1473 an die Familie von Rechenberg gelangt. Die Durchführung der Gegenreformation ist mit Johann Georg Otto von Ottenfeld verbunden, der 1659 das Niedergut erwarb. Er baute die im Dreißigjährigen Krieg zerstörte Kirche wieder auf, die seit der Einführung der Reformation bis mindestens 1629 evangelische Pfarrkirche gewesen war. Um das entvölkerte Gebiet durch Ansiedlung zinspflichtiger Untertanen wiederzubeleben, gründete er 1660 auf dem Viebig westlich von Schirgiswalde den Dorfteil Neuschirgiswalde, auch Neudörfel genannt.<sup>7</sup> Auf sein Betreiben erhob Kaiser Leopold I. (1640–1705) Schirgiswalde 1665 zur Stadt.<sup>8</sup> Nach Ottenfelds Tod fiel Schirgiswalde 1678 an den Besitzer der Herrschaft Rumburg, Franz Eusebius Graf zu Pötting und Persing (1627–1678). Dessen nächster Verwandter Sebastian Graf von Pötting und Persing veräußerte die Herrschaft Rumburg mit dem Gut in Schirgiswalde an den Fürsten Anton Florian von und zu Liechtenstein (1656–1721) – unter Umgehung des Bautzener Domstifts, das ebenfalls an einem Erwerb interessiert war. Nach längeren Verhandlungen veräußerte der Fürst mit Kaufvertrag vom 2. Oktober 1703 das Niedergut zu Schirgiswalde an das Domstift St. Petri.<sup>9</sup> Seitdem übte das katholische Domkapitel zu Bautzen die Lehnsherrschaft über die Stadt Schirgiswalde und das Patronat über die katholische Pfarrkirche aus. Das katholische Domstift garantierte, dass Schirgiswalde eine römisch-katholische Kleinstadt blieb. Ein Verkauf an einen nichtkatholischen Eigentümer wäre im Königreich Böhmen ohnehin untersagt worden. Der Oberhof wurde nach 1703 zum neuen Herrschaftssitz ausgebaut. Das Herren-

haus, auch Domstiftliches Schloss genannt, war mehr als 200 Jahre der Sommersitz des Domdekans, des höchsten katholischen Geistlichen in der Oberlausitz. Dagegen wurden die Fluren des Niederhofs um 1730 parzelliert. Dort, an der südlichen Enklavengrenze, legte das Domstift ab 1738 eine Siedlung mit 14 Kleinbauernstellen an. Diese wurde nach dem Titularheiligen des Stifts, dem heiligen Petrus, Petersbach genannt. Nach 1809 geriet Schirgiswalde in eine verfassungsrechtliche Grauzone. Zwar war der Ort mit dem Frieden von Schönbrunn 1809 an Sachsen abgetreten worden, doch hatte man die dafür erforderliche rechtsverbindliche Übergabe nie vollzogen. Faktisch übten die böhmischen Behörden seit 1809 keine oder nur noch eine lose Kontrolle über den Ort aus. Die Kriegshandlungen zwischen 1813 und 1815 verhinderten eine Einigung zwischen Sachsen und Österreich zur Gebietsabtretung. Da auch der Wiener Kongress keine Regelung zu den böhmischen Enklaven in Sachsen traf, blieb die ungeklärte Situation bestehen. Schirgiswalde war für 36 Jahre „gewissermaßen eine freie Republik“<sup>10</sup>. Die Einwohner brauchten keine Steuern zu bezahlen und mussten keinen Militärdienst leisten. Die Kleinstadt war ringsum von einer Zollgrenze umgeben. Das war für die Bewohner zunächst von Vorteil, weil Waren aus dem Ausland zollfrei eingeführt werden durften und erst bei der Ausfuhr von Böhmen nach Sachsen mit Zoll belegt wurden. Dies umgingen die Bewohner, indem sie Güter in großem Umfang nach Sachsen schmuggelten. Mit dem Anschluss der Enklave an den Deutschen Zollverein wurde dieses Schmuggelgeschäft 1834 beendet. Das Handwerk blühte, weil von Lehrlingen und Meistern eine deutlich niedrigere Gebühr für die Aufnahme in die Innungen gefordert wurde, als das bei den Zünften in Sachsen und Preußen der Fall war. Das 1839 neu erbaute Amtshaus für den Justitiar aus Schluckenau verdeutlichte die noch immer bestehende Bindung an das Königreich Böhmen. Die Übergabe an das Königreich Sachsen erfolgte am 4. Juli 1845 im Herrenhaus des Domstifts St. Petri.<sup>11</sup> Josef Ritter von Klezansky, Kreishauptmann von Leitmeritz, übergab Schirgiswalde mit Neuschirgiswalde und Petersbach an Eduard von Könneritz (1802–1875), den Kreisdirektor in Bautzen. Damit erfolgte eine vollständige Inkorporation in den sächsischen Staat; die lehns- und verfassungsrechtlichen Bindungen an die Krone Böhmens erloschen.

### Niederleutersdorf

Der südliche Teil des Dorfes Leutersdorf, gelegen zwischen Rumburg und Zittau, bildete die

Exklave Böhmisches-Niederleutersdorf.<sup>12</sup> Diese war ringsum von den Gemarkungen Oberleutersdorf, Spitzkunnersdorf und Seifhennersdorf umgeben, die zum Markgraftum Oberlausitz gehörten. Allerdings war die böhmische Grenze sehr nahe: im Westen lag Rumburg nur rund einen Kilometer entfernt, und im Süden waren es an der engsten Stelle rund zwei Kilometer bis Warnsdorf (Varnsdorf). Die Pfarrkirche stand auf der Oberlausitzer Seite dicht an der Grenzlinie, die den Ort teilte. Bei der Gründung, wohl im 13. Jahrhundert, war der nach einem Liutger oder Leut(g)er benannte Ort noch nicht geteilt. Er gehörte anfangs zur Herrschaft Seidenberg-Friedland, die Anteile sowohl in der Oberlausitz als auch in Böhmen besaß. Wann die Teilung des Dorfes vollzogen wurde, lässt sich nicht genau klären. Vermutlich geschah das im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts, als die Familie von Schleinitz die Herrschaft Tollenstein erwarb.<sup>13</sup> Vor 1518 ging Niederleutersdorf an Heinrich von Schleinitz über. Dieser integrierte seine Dorfhälfte in seine Herrschaft Tollenstein. Als 1566 die Herrschaft Tollenstein geteilt wurde, gelangte Niederleutersdorf zur kleineren Herrschaft Rumburg. Der hoch verschuldete Christoph von Schleinitz (gest. 1601) verkaufte Eibau und Niederleutersdorf an den Zittauer Bürgermeister Joachim von Milde (1528–1584). Über seine Tochter gelangte der Dorfanteil an die Familie von Wicke. Dabei wurde Niederleutersdorf nochmals geteilt. Beide Hälften gelangten 1636 an das Jesuitenkollegium in Gitschin (Jičín), das jedoch Niederleutersdorf bereits im folgenden Jahr an Johann Christoph Freiherr von Löbel (Löbl) (1578–1638) veräußerte, der auch die Herrschaft Rumburg in Besitz genommen hatte. Somit wurde Niederleutersdorf wieder mit der Herrschaft Rumburg vereint, die 1656 an Franz Eusebius Graf von Pötting und Persing und 1681 an das Fürstenhaus Liechtenstein gelangte. Die Herrschaftsinhaber ergriffen härteste Maßnahmen zur Rekatholisierung des Gebiets. Wer nicht den römisch-katholischen Glauben annahm, musste auswandern. Da aber Graf Pötting seine Untertanen nicht verlieren wollte, siedelte er die ausgewiesenen Lutheraner auf dem benachbarten Oberlausitzer Gebiet an, das an ihn verlehnt war. So wurde 1657 die Siedlung Neugersdorf westlich von Niederleutersdorf gegründet. Die Einwohner von Niederleutersdorf entgingen der Gegenreformation, denn sie waren nach Oberleutersdorf gepfarrt. Ihre Kirche lag auf der Oberlausitzer Seite und blieb lutherisch. Die Oberleutersdorfer Kirche war bis 1576 Filialkirche von Spitzkunnersdorf und danach Filialkirche von Eibau. Erst 1662 wurde eine eigen-



ständige Parochie gegründet. Der Kirchenpatron Heinrich Ehrhardt von Oberland achtete darauf, dass die Gemeindeglieder, die auf böhmischen Gebiet lebten, beim lutherischen Glauben blieben. Aus jedem Haus musste mindestens ein Erwachsener am Sonntagsgottesdienst teilnehmen. Wer sich nicht daran hielt, wurde mit einer Geldstrafe belegt.<sup>14</sup>

Die Fürsten von Liechtenstein erweiterten ihren Teil von Leutersdorf um weitere Dorfausbauten.<sup>15</sup> Östlich des Dorfkerns wurde vor 1706 die Siedlung Josefsdorf gegründet. Einige Zeit später entstand der Siedlungsteil Neuwalde, der seit 1730 ein eigenes Gerichtsbuch führte. Als der Gutshof in Niederleutersdorf, der alte Herrnsitz, 1777 abbrannte, wurde das zugehörige Land parzelliert. Unter der Leitung des Rumburger Oberamtmannes wurde beiderseits der Rumburger Straße der Ort Neuleutersdorf angelegt. Die Parzellen vergab man überwiegend an Bewohner des böhmischen Niederlandes aus der Umgebung von Rumburg und Warnsdorf, die römisch-katholischer Konfession waren. Als Pfarrkirche für Neuleutersdorf diente die katholische Kirche im nahen Warnsdorf. Das „böhmische“ oder „katholische Dörfel“ Neuleutersdorf unterschied sich somit vom überwiegend lutherischen Ober- und Niederleutersdorf. Wie in den anderen Exklaven auch, schuf der Friede von Schönbrunn 1809 keine Rechtssicherheit, da er zwar Österreich zur Abtretung verpflichtete, aber die formelle Übergabe ausblieb.<sup>16</sup> Um den Besitzanspruch Sachsens zu be-

Leutersdorf und die böhmische Exklave Niederleutersdorf (rosa unterlegt). Messtischblatt von Johann Ludwig Aster, um 1800  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

17 Zur Ortsgeschichte von Oberullersdorf und Böhmisch-Ullersdorf vgl. Boetticher 1919 (wie Anm. 6), S. 457-459; Tilo Böhmer/Marita Böhmer: Im Zittauer Zipfel. Historischer Streifzug durch Reichenau und seine Umgebung. 2. Auflage Bautzen 2006, S. 98-99.

kräftigen, besetzte das sächsische Infanterieregiment „Prinz Anton“ am 11. Januar 1811 Niederleutersdorf. Auf einer Konferenz im Februar 1811 in Prag sollte die Grenzregulierung ausgehandelt werden, doch brach die österreichische Seite die Verhandlungen ab. Sie bestritt die Enklaveneigenschaft des Ortes mit der Begründung, der Neugersdorfer Wald sei böhmisches Gebiet, das aber widerrechtlich von Sachsen besetzt sei. Mit Beginn von Napoleons Russlandfeldzug, an dem sich auch sächsische Truppen beteiligen mussten, zog die sächsische Besatzung ab. Der Wiener Kongress traf keine Regelungen zum Umgang mit den Enklaven, die im verkleinerten Königreich Sachsen lagen. Danach gab es zwar immer wieder Gespräche, die aber zu keiner Lösung führten. Sachsen versuchte die Angliederung Niederleutersdorf an das Gebiet des 1834 gegründeten Deutschen Zollvereins durchzusetzen, was aber die österreichische Seite verweigerte. Das führte dazu, dass die sächsischen Behörden die Rumburger Straße für den Handel schlossen. Erst 1840 wurde die Straße wieder freigegeben, weil Österreich zugleich den Zugang zu den sächsischen Exklaven bei Weigsdorf gesperrt hatte. Die Belastung durch die an der Grenze anfallenden Zölle war für die Bewohner indes so hoch, dass kaum jemand mehr die Abgaben zahlen konnte und an den Zollstationen nur noch formell die Zölle notiert wurden, weil sie nicht mehr einzufordern waren. Erst 1843 erkannte Österreich den Enklavencharakter von Niederleutersdorf an, so dass nun konkret über einen Territoriaustausch verhandelt werden konnte. Die Abtretung Niederleutersdorfs sollte durch die Übergabe größerer Teile von Weigsdorf an den österreichischen Staat kompensiert werden. Die Verhandlungen gestalteten sich zäh; ein ausgehandelter Kompromiss wurde 1845 nicht ratifiziert. Erst am 12. März 1849 erfolgte im Niederkretscham von Niederleutersdorf die Übergabe der Exklave mit den Ortsteilen Nieder- und Neuleutersdorf, Neuwalde und Josephsdorf an Sachsen.

Die konfessionelle Teilung des Ortes ist bis heute sichtbar. Für die Katholiken wurde 1860 bis 1862 in Neuleutersdorf die katholische Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt erbaut. Um dem nicht nachzustehen, wurde 1865 in Oberleutersdorf eine neue evangelische Kirche errichtet. Beide Gotteshäuser entwarf der Zittauer Architekt Carl August Schramm (1807–1869) in einem ähnlichen, klassizistisch geprägten Baustil. Die Zersplitterung des Ortes blieb noch lange bestehen. Erst 1907 vereinten sich Oberleutersdorf, Niederleutersdorf und Josephsdorf zu einer politischen Gemeinde. Neuleutersdorf schloss sich ihr erst 1922 an.

## Ullersdorf

Das 1287 erstmals bezeugte Ullersdorf liegt südöstlich von Zittau östlich der Neiße.<sup>17</sup> Das langgestreckte Straßendorf entstand im 13. Jahrhundert im Zuge der deutschen Kolonisation des Zittauer Landes. Bis zum 14. Jahrhundert gehörte der Ort vollständig zur Herrschaft Grafenstein (Grabštejn). Vor 1381 kam es allerdings zu einer Teilung, bei der ein Anteil, das später sächsische Oberullersdorf, in den Besitz der Herren von Bieberstein gelangten, die die Herrschaft Seidenberg-Friedland innehatten. Dabei wurde der Besitzteil in Ullersdorf der Herrschaft Seidenberg und damit dem Oberlausitzer Teil zugerechnet, während die Herrschaft Grafenstein unbestritten Teil des Königsreichs Böhmen war.

Infolge von weiteren Besitzteilungen und -neuordnungen bildete sich eine zersplitterte Dorf- flur heraus. Langgezogene Flurstreifen, die bis an die nördliche Gemarkungsgrenze nach Kleinschönau reichten, unterstanden der Herrschaft Grafenstein. Umgekehrt reichten längliche Flurstreifen der Herrschaft Seidenberg bis an die südliche Gemarkungsgrenze. Es handelt sich bei den böhmischen Flurstücken nicht um Enklaven, da die Gebietsteile unmittelbar an böhmisches Staatsgebiet angebunden waren. Aber faktisch lagen böhmische Flurstreifen mitten in einem sächsischen Dorf. Wer sich auf der Dorfstraße bewegte, passierte innerhalb eines kurzen Abschnitts mehrfach die Landesgrenze.

Die Dorfkirche lag auf der sächsischen Seite. Das bedeutete, dass die Einwohner zumindest des sächsischen Teils weiterhin der evangelisch-lutherischen Konfession angehören durften. Im böhmischen Teil wurde jedoch die Gegenreformation durchgesetzt, da man die Bewohner der böhmischen Flurstücke der katholischen Pfarrei Grottau (Hrádek nad Nisou) zugeordnet hatte.

Die Regelungen des Friedens von Schönbrunn 1809 hatten auf Ullersdorf und Weigsdorf keine



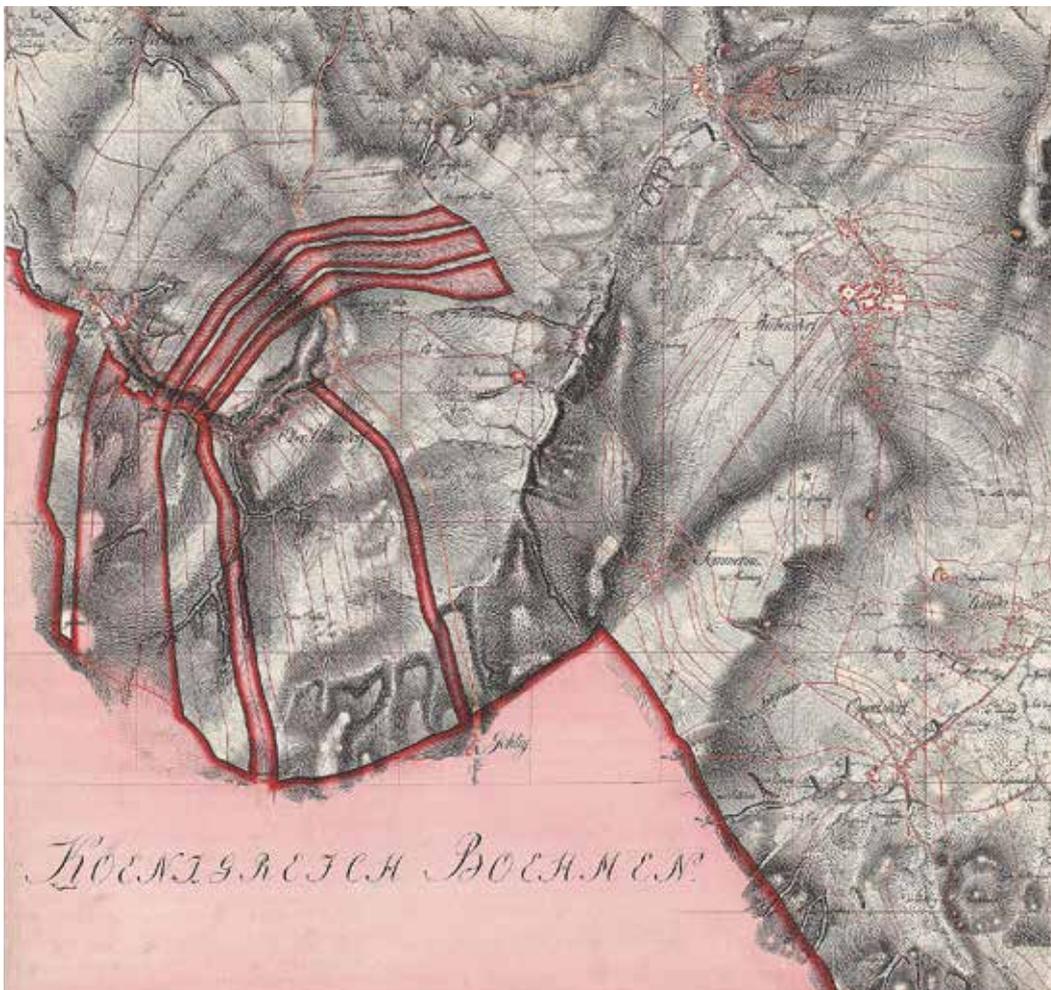
Ausschnitt aus der Oberlausitzkarte von Johann Georg Schreiber, 1749. Östlich von Görlitz und Zittau liegen die Grenzorte Ullersdorf und Weigsdorf sowie die böhmischen Exklave Niedergerlachsheim (rote Kreise). © ZKG

Blick auf Ullersdorf.  
Lithographie, um 1840  
© ZKG



Auswirkungen, da es sich ja nicht um Exklaven handelte. Dennoch war man sich bewusst, dass eine Grenzregulierung unter Austausch von Flurstücken sinnvoll war. Der Druck, eine Lösung zu finden, erhöhte sich durch den Beitritt Sachsens

zum 1834 gegründeten Deutschen Zollverein. Er bewirkte, dass durch den Ort mehrere Zollgrenzen verliefen und ein Transport von Waren durch das Dorf faktisch unmöglich wurde. Mit dem „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ vom 5. März 1848



Grenzverlauf in Ullersdorf. Die rosa markierten Geländestreifen gehörten bis 1849 zu Böhmen. 1849 fielen die nördlichen Geländestreifen an Sachsen, während ein größeres Gebiet südlich des Dorfbachs an Böhmen abgetreten wurde.  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Grenze mitten im Dorfkern von Ullersdorf, heute Grenze zwischen Polen und Tschechien  
© Wikimedia (Petr Vilgus)

wurde ein gegenseitiger Flächentausch vereinbart, der zum 12. März 1849 vollzogen wurde. Als Grenze wurden der Ullersbach im Niederdorf und die Dorfstraße im mittleren und oberen Teil des Ortes festgelegt. 76 Grundstücke, die südlich dieser Grenze lagen, mit insgesamt 357 Einwohnern wurden an das Königreich Böhmen abgetreten, während 34 bisher böhmische Grundstücke mit 248 Bewohnern zu Sachsen gelangten. Die sächsische Dorfhälfte nördlich der Dorfstraße mit der evangelisch-lutherischen Kirche und dem Rittergut Oberullersdorf wurde in der Gemeinde Oberullersdorf in der Amtshauptmannschaft Zittau zusammengefasst, während die südliche Dorfhälfte unter dem Namen Böhmisch-Ullersdorf zum Bezirk Reichenberg (Liberec) im Königreich Böhmen gehörte. Um konfessionellen Streit zu verhindern, hatte man im „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ verfügt, dass die Neuböhmen der ehemals sächsischen Flurstücke zwar die österreichische Staatsangehörigkeit erhielten, aber weiter Glieder der evangelischen Kirchgemeinde des sächsischen Dorfteils blieben. Umgekehrt gehörten die böhmischen Katholiken, die sächsische Staatsbürger geworden waren, weiterhin der katholischen Pfarrei Grottau an.

Die Grenze zwischen den Dorfhälften war zwar eine Staatsgrenze, aber beide Ortsteile blieben aufeinander bezogen und es bestanden enge wirtschaftliche wie familiäre Beziehungen. Das änderte sich 1918/19, als die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens gegen den Willen ihrer Bewohner in die neu gegründete Tschechoslowakei gezwungen wurden. Erst jetzt wurde die mitten durch das Dorf laufende Grenze ein wirkliches Hindernis. Die Dorfstraße galt als „neutrale Straße“. Der Verkehr im Dorf wurde unter anderem dadurch behindert, dass in der Tschechoslowakei für Fahrzeuge Linksverkehr galt, im Deutschen Reich aber Rechtsverkehr. Mit der Gründung des Reichsgaus Sudetenland wurde Böhmisch-Ullersdorf dem

Deutschen Reich angeschlossen, blieb aber eine eigenständige Gemeinde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung sowohl aus dem polnisch gewordenen Oberullersdorf (heute Kopaczów) als auch aus dem nunmehr tschechischen Böhmisch-Ullersdorf (heute Oldřichov na Hranicích) vertrieben. Die Grenze wurde nach 1945 ausgebaut, dass es sich mittlerweile um zwar benachbarte, aber rechtlich vollkommen getrennte Ortschaften handelt.

## Weigsdorf

Weigsdorf<sup>18</sup> liegt im östlichen Teil des ehemaligen Landkreises Zittau, der seit 1945 zu Polen gehört. Die Ortslage befindet sich östlich der Braunkohlengrube Turów und ist an drei Seiten von tschechischem Gebiet umgeben. Der Ort wurde wohl im 13. Jahrhundert gegründet und nach einem Wiegand genannt. Bei seiner ersten Erwähnung 1334 war er bereits in Ober- und Niederweigsdorf geteilt. Ursprünglich gehörten beide Dorfhälften zur Herrschaft Seidenberg-Friedland der Herren von Bieberstein. Als jedoch im Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges diese Herrschaft in ihre böhmischen und Oberlausitzer Anteile getrennt wurde, blieb Niederweigsdorf bei der böhmischen Herrschaft Friedland, während Oberweigsdorf der Oberlausitzer Standesherrschaft Seidenberg-Reibersdorf zugeordnet wurde.

Durch Teilungen des Herrnsitzes der 1620 ausgestorbenen Familie von Weigsdorf und durch Neugründung von Dorfausbauten entstanden mehrere Rittergüter, Vorwerke und Dorfteile. Rittergüter bestanden seit dem 17. Jahrhundert in Mittelweigsdorf und in Niederweigsdorf. Dort teilte sich der Gutsbesitz in ein Obervorwerk (Oberhof) und ein Niedervorwerk (Niederhof). Die Familie von Gersdorff, Beitzer des 1610 abgetrennten Ritterguts Mittelweigsdorf, siedelte schlesische Glaubensflüchtlinge an und gründete 1666 den Dorfteil Neugersdorf. 1727 verkaufte Johanna Charlotte von Gersdorff den Besitz an ihren Gatten Johann Maximilian von Nüßler, der 1735 Maxdorf gründete. 1766 gelangten Mittelweigsdorf mit Neugersdorf und Maxdorf an Hauptmann Goldschmidt von Goldenberg, der 1767 das nördlich von Maxdorf gelegene Friedreich begründete. Caspar Heinrich von Minckwitz, Besitzer des Niedervorwerks in Niederweigsdorf, gründete 1770 nördlich der ehemals eigenständigen Ortschaft Dörfel das Dörfchen Neuminckwitz (auch Neuminkwitz, Minkwitz). Sein Besitz ging 1788 an die Grafen von Einsiedel über, die das Vorwerk ihrer Standesherrschaft Reibersdorf angliederten. Im 19. Jahrhundert setzte sich für diesen Dorfteil der Name Minkwitz durch.

18 Zur Ortsgeschichte von Weigsdorf vgl. Bötticher 1919 (wie Anm. 6), S. 465-468; Böhmer 2006 (wie Anm. 17), S. 45-46.



Blick auf die evangelische Kirche in Weigsdorf. Diese lag in einer sächsischen Exklave, die ringsum von böhmischem Gebiet umgeben war. Lithographie, um 1840  
© Thilo Böhmer, Ostritz

Das Obervorwerk in Niederweigsdorf zählte zur Herrschaft Friedland und damit zum Königreich Böhmen. Hier wirkte sich die Gegenreformation soweit aus, dass der evangelische Grundherr Friedrich von Kalckreuth gezwungen wurde, die-

sen Besitz 1651 an den katholischen Offizier Hans Bernhard von Döbern zu verkaufen. Aus dessen Hand ging dieser Teil 1681 an die Grafen von Galas, später Clam-Gallas auf Friedland über. 1832 standen im böhmischen Anteil von Weigsdorf 66



Grenzverlauf in Weigsdorf. Die rosa unterlegten Flächen gehörten bis 1849 zu Sachsen. Im böhmischen Gebiet lagen fünf sächsische Exklaven. Die evangelischen Kirche stand auf dem südlichen Zipfel einer dieser Exklaven. Im sächsischen Gebiet befand sich eine böhmische Exklave. 1849 wurde dieser Grenzverlauf durch Gebietsabtretungen bereinigt. Dörfel und Minckwitz fielen an Böhmen.  
© Thilo Böhmer/Matthias Donath

- 19 Christian August Müller: Sachsens Kirchen-Galerie. Bd. 14. Die Oberlausitz als besondere Abtheilung von Sachsens Kirchen-Galerie. Dresden 1840, S. 232-240.
- 20 Vgl. Müller 1850 (wie Anm. 19).
- 21 Julius Helbig: Gerlachsheim im Winkel. In: Neues Lausitzisches Magazin 74 (1898), S. 284-289; Anton Ressel: Zur Geschichte des Friedländer Lehngutes Gerlachsheim im Winkel. In: Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde der Gerichtsbezirke Böhm.-Aicha, Friedland, Gablonz, Kratzau, Reichenberg, Rochlitz und Tannwald 1 (1907), S. 90-103.
- 22 Zur Besitzerfolge vgl. Moritz Käufer: Abriß der Geschichte des Dorfes Gerlachsheim im Laubaner Kreise der Oberlausitz mit einer kurzen einleitenden Uebersicht der ältesten Landesgeschichte. Görlitz 1847, S. 46-47; Julius Helbig: Regesten-Nachtrag zur Geschichte des Lehnsadels der Herrschaften Friedland und Seidenberg. In: Neues Lausitzisches Magazin 77 (1901), S. 146; Ressel 1907, S. 92-103; Boetticher 1919 (wie Anm. 6), S. 512-517.
- 23 Motive zum Oberlausitzischen Provinzialrechte. In: Jahrbücher für die Preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung 64 (1844), S. 132.
- 24 Eine Ortsgeschichte zu Günthersdorf fehlt.

Häuser mit 335 deutschsprachigen Einwohnern. Die sächsischen und böhmischen Anteile bildeten infolge der Besitzteilungen keine geschlossenen Territorien. Wie in Ullersdorf war die Gemarkung von länglichen, schmalen Flurstücken durchsetzt, die jeweils im Norden oder Süden an das umgebende böhmische Staatsgebiet oder an das sächsische Binnenland angebunden waren. Zudem gab es Exklaven und Enklaven. Die Häuser Neugersdorfs grenzten an eine böhmische Exklave, die vollständig von sächsischem Gebiet umgeben war. Umgekehrt bildeten die Häuser von Dörfel und Minkwitz eine sächsische Exklave im böhmischen Staatsgebiet. Der Pfarrer Christian August Bähr beschrieb die Situation in „Sachsens Kirchengalerie“ wie folgt: „Beide Länder sind hier dermaßen miteinander verschlungen, daß sächsische Grundstücke in Böhmen und böhmische Besitzungen in Sachsen liegen und das Enclavenwesen vielleicht auf keiner Stelle des Vaterlands so ausgebildet, wie hier, gefunden wird; indem selbst die Kirche mit der Schule, desgleichen die Pfarrer mit der Wiedemuth besondere Enclaven sind.“<sup>19</sup> Die Einwohner aller Ortsteile gehörten zur evangelisch-lutherischen Pfarrkirche in Weigsdorf. Diese war zugleich Pfarrkirche für die böhmischen Ortschaften Wustung (Poustka), Friedlanz (Předlance) und Lautsche (Loučná). Die Kirche lag auf einem sächsischen Gebietsstreifen, der aber ringsum von böhmischen Flurstücken umgeben war. Ihre Zugehörigkeit zu Sachsen verhinderte die Durchsetzung der Gegenreformation. So blieben auch in Böhmisch-Weigsdorf und in Friedlanz zahlreiche Einwohner beim lutherischen Glauben, obwohl die Grafen Gallas in Friedland eine Rekatholisierung des gesamten Gebiets anstrebten und ihre Untertanen daran zu hindern suchten, den evangelischen Gottesdienst in Weigsdorf zu besuchen. 1840 hielten sich 159 Häuser im böhmischen Teil mit 926 Einwohnern zur Weigsdorfer Kirche. Die katholischen Bewohner nahmen an den Messen in der römisch-katholischen Dekanatskirche in Friedland teil. Die Weigsdorfer Kirche wurde als bewusstes evangelisches Glaubenszeichen im 18. und 19. Jahrhundert erweitert und ausgebaut.<sup>20</sup> Dabei befürchtete man immer wieder Behinderungen durch die böhmischen Behörden. So wurde die 1734 angeschaffte neue Kirchenglocke zunächst an der Grenze im Niederweigsdorfer Sandkretscham deponiert, weil man Bedenken hatte, ob man sie über böhmisches Gebiet sicher zur Kirche bringen können. Als 1745 die Kirche eine neue Orgel erhielt, wurden die Teile in der Nacht heimlich über böhmisches Gebiet auf dem Kirchhof gebracht und bewacht. Bis auf den Turm wurden die älteren Teile der Kirche 1802 abgebrochen und bis 1804 durch einen Neubau im barocken Stil ersetzt.

Wie in Ullersdorf erzwang der Beitritt Sachsens zum Deutschen Zollverein 1834 eine eindeutige Grenzregelung, über die man schon seit längerer Zeit verhandelt hatte. In Weigsdorf behinderte Zollgrenze die Einwohner jener sächsischen Gebietsteile, die vollständig von böhmischem Staatsgebiet umgeben waren, ganz erheblich. Der „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ vom 5. März 1848 schuf eine klare Grenzlinie ohne En- und Exklaven. Zum 12. März 1849 wurden die Gebietsteile ausgetauscht, und zwar so, dass Niederweigsdorf, Minkwitz und Dörfel dem Königreich Böhmen angeschlossen wurden und fortan die Gemeinde Böhmisch-Weigsdorf bildeten. Alle westlich der neuen Grenze liegenden Flurteile gelangten unter sächsische Hoheit. Die evangelische Kirche kam zu Böhmisch-Weigsdorf, war aber durch ihre unmittelbare Lage an der neuen Grenze ungehindert von beiden Seiten zugänglich. Sie blieb Pfarrkirche der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Das Pfarrhaus stand auf sächsischer Seite und die Inhaber der Standesherrschaft Reibersdorf übten das Patronat fortan alleine aus. Wie in Ullersdorf änderte der Gebietstausch nichts an der kirchlichen Zugehörigkeit. Die Bewohner im böhmischen Teil, die sich zur evangelisch-lutherischen Konfession bekannten, blieben weiterhin Glieder der Kirchgemeinde Weigsdorf und damit auch der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

Nach der Abtretung großer Teile der Oberlausitz an Preußen war Weigsdorf das östlichste Dorf Sachsens. Es gliederte sich in mehrere eigenständige Gemeinden. 1872 schlossen sich Mittelweigsdorf, Neugersdorf, Friedreich und Maxdorf zur Gemeinde Mittelweigsdorf zusammen. Am 13. April 1923 wurde der Zusammenschluss der bis dahin selbständigen Gemeinden Oberweigsdorf und Mittelweigsdorf zur Gemeinde Weigsdorf/Sachsen vollzogen. Die Gründung der Tschechoslowakei erschwerte das Zusammenleben der Bewohner in beiden Teilen von Weigsdorf, weil eine strikte Beachtung der Grenze durchgesetzt wurde. Weigsdorf erhielt allerdings keinen tschechischen Namen. Auch blieben die evangelischen Einwohner mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft weiterhin Glieder der sächsischen Landeskirche.

1945 wurde die deutsche Bevölkerung aus dem sächsischen wie auch aus dem böhmischen Dorfteil vertrieben. Der sächsische Dorfteil erhielt von den polnischen Behörden den Namen Wigancice Żytawskie, für die Siedlung Friedreich und den isoliert liegenden Gutshof des Ritterguts Mittelweigsdorf wurde der Ortsname Wolanów vergeben. Der nunmehr tschechische Anteil wurde 1948 in Višňová umbenannt. Aus Minkwitz wurde Minkovice und aus Dörfel Víška. Die an der Grenze gelegene evangelische Kirche blieb unge-

nutzt und verfiel. 1999 wurde Wiganice Žytaws-  
kie entsiedelt und devastiert, um hier Abraum der  
Braunkohlengrube Turów ablagern zu können.  
Somit bestehen heute nur die teilweise ruinöse  
Kirche und die Häuser des Dorfteils Böhmisches  
Weigsdorf (Višňová).

### Niedergerlachsheim im Winkel

Gerlachsheim ist ein Dorf im östlichen, seit 1815  
preußischen und seit 1945 polnischen Teil der  
Oberlausitz. Die langgestreckte Dorflage südlich  
von Marklissa gliedert sich in Ober-, Mittel- und  
Niedergerlachsheim. Obergerlachsheim grenzte  
an die böhmische Herrschaft Friedland. Zum Kö-  
nigreich Böhmen gehörte auch ein Anteil des Nie-  
derdorfes. Diese Exklave wurde Niedergerlachs-  
heim im Winkel, Gerlachsheim im Winkel,  
Niedergut Gerlachsheim, der Winkel, Winkelhof  
oder Winkelgut genannt.<sup>21</sup> Ursprünglich handelte  
es sich um ein einzelnes Rittergut. Von diesem  
waren aber Grundstücke abgetrennt worden, auf  
denen weitere Häuser entstanden. Niederger-  
lachsheim im Winkel war unter ungeklärten Um-  
ständen, wohl im 15. Jahrhundert, unter die  
Lehnshoheit der Herrschaft Friedland gelangt und  
gehörte daher zum Königreich Böhmen, während  
die übrigen Ortsteile keine Beziehung zu Fried-  
land hatten und dem Markgraftum Oberlausitz  
angehörten. Niedergerlachsheim im Winkel war  
der evangelischen Pfarrkirche Gerlachsheim zu-  
geordnet, die im Mitteldorf auf Oberlausitzer  
Gebiet stand. Damit war hier eine Rekatholisie-  
rung wie im benachbarten Böhmen nicht möglich.  
Als Grenzdorf war Gerlachsheim vielmehr ein Zu-  
fluchtsort für zahlreiche Glaubensflüchtlinge aus  
Böhmen.

Niedergerlachsheim im Winkel stellte ein Aferle-  
hen der Herrschaft Friedland dar. Das bedeutete,  
dass die Herren auf Friedland das Gut an adlige  
Vasallen verlehnten. Bis zum Ende des 16. Jahr-  
hunderts saß hier die Familie von Uechtritz. Es  
folgten die Familien von Nostitz und von Döb-  
schütz. 1638 kaufte Hans Georg von Döbschütz das  
„durch das Kriegsunwesen gänzlich verödete und  
wüstgewordene“ Winkelgut. 1677 ging es an Adam  
Karl von Oppeln über. 1701 wurde Hans Georg  
von Ottenfeld mit dem Gut belehnt. Sein Erbe und  
Besitznachfolger Josef Viktor von Ottenfeld ver-  
schuldete sich so, dass das Winkelgut 1781 an den  
Grafen Christian Philipp von Clam-Gallas (1748–  
1805) fiel und von diesem der Herrschaft Fried-  
land angegliedert wurde. Er veräußerte das Lehn-  
gut aber 1789 wieder an Johann Kaspar Prosche.  
Seitdem hatte es – von einer Ausnahme abgesehen  
– ausschließlich bürgerliche Besitzer.<sup>22</sup>

1809 sollte Niedergerlachsheim im Winkel an  
Sachsen gelangen, doch erfolgte keine formelle



Inbesitznahme. Auf dem Wiener Kongress wil-  
ligte Österreich in eine Abtretung der Exklaven  
an das Königreich Preußen ein. Im Paragraph 18  
der Schlussakte vom 9. Juni 1815 werden „Nieder-  
Gerlachsheim, Winkel et Ginkel avec leurs  
territoires“ als abzutretende Gebiete aufgeführt.  
Dabei ist bei der Benennung ein Fehler unterlau-  
fen. In einer Abhandlung zum Oberlausitzer Pro-  
vinzialrecht heißt es: „Schließlich ist noch zu be-  
merken, daß die Kongreß-Schlussakte als be-  
sondere Exklave die Orte Winkel und Ginkel auf-  
führt. Diese Angabe beruht auf einem Irrthume,  
da diese Orte gar nicht existieren. Der Name  
Winkel ist blos der Beiname der Ortschaft Nie-  
der-Gerlachsheim, um dieselbe von einem an-  
dern, in der Oberlausitz gelegenen Dorfe glei-  
chen Namens zu unterscheiden. Ein Ort, Namens  
Ginkel, kommt aber in jener Gegend gar nicht  
vor.“<sup>23</sup> Am 10. Juni 1816 wurde die ehemals bö-  
hmische Exklave einer preußischen Kommission  
übergeben.

Das ehemals böhmische Niedergerlachsheim im  
Winkel umfasste 1846 47 Häuser mit 242 Ein-  
wohnern, während der ehemals sächsische An-  
teil von Niedergerlachsheim mit 62 Häusern und  
372 Einwohnern etwas größer war. 1939 hatte  
Nieder Gerlachsheim (so die preußische Schreib-  
weise) 419 Einwohner. Die Ortschaften Nieder,  
Mittel und Ober Gerlachsheim blieben bis 1945  
eigenständige Gemeinden. Nach dem Zweiten  
Weltkrieg gelangte das Gebiet östlich der Neiße  
an Polen, die deutsche Bevölkerung wurde ver-  
trieben und das Winkelgut aufgelöst. Die heute  
polnischen Ortschaften sind Ortsteile der Stadt-  
und Landgemeinde Leśna (Marklissa).

### Günthersdorf

Günthersdorf war der nördlichste Ort Böhmens.<sup>24</sup>  
Diese Besonderheit ist weitgehend aus der histori-

Herrenhaus Niedergerlachsheim  
im Winkel, früher auch  
„Winkelschloss“ genannt.  
Das heute vorhandene Gebäude  
ist gegen Ende des 19. Jahr-  
hunderts errichtet worden, als  
die ehemalige böhmische Exklave  
längst zu Preußen gehörte.  
© Wikimedia (SchiDD)



Katholische Pfarrkirche in  
Günthersdorf  
© Eckhard Huth

schen Erinnerung Tschechiens wie auch der Oberlausitz verschwunden. Das Dorf liegt in der östlichen, heute polnischen Oberlausitz etwa 25 Kilometer nördlich der böhmischen Grenze in einer eher kargen Heidelandschaft, die zur dicht bewaldeten Görlitzer Kommunalheide überleitet. Die nächsten Städte sind Lauban (Lubań) und Naumburg am Queis (Nowogrodzic). Seit 1816 ist Günthersdorf dem Kreis Bunzlau (Boleslawiec) zugeordnet, der Gebietsteile Schlesiens wie auch der Oberlausitz umfasst.

Das Heidedorf war ehemals im Besitz der Herren von Penzig. 1409 gelangte es an die Herren von Bieberstein. Damit wurde es Teil der Herrschaft Friedland-Seidenberg. Allerdings wurde Günthersdorf nicht dem Oberlausitzer Teil dieser Herrschaft zugerechnet, Seidenberg, sondern der böhmischen Herrschaft Friedland, so dass seit mindestens dem 16. Jahrhundert von einer unbestrittenen Zugehörigkeit zum Königreich Böhmen auszugehen ist. Günthersdorf war – wie Niedergerlachsheim im Winkel – ein Afterlehen, das die Besitzer der Herrschaft Friedland verlehnten.<sup>25</sup> 1650 gelangte das Lehngut an Gottlob Ernst von Gersdorff, der aber 1667 kinderlos starb. Damit fiel Günthersdorf als erledigtes Lehen an Franz Ferdinand Graf von Gallas (1645–1697) auf Friedland, der es an den 1665 geadelten Ferdinand Röhrich von Kleinberg verlehnte. Seine Nachfahren versuchten, die Lehnshoheit der Herrschaft Friedland abzuwerfen, und klagten. Allerdings verloren sie 1720 den Prozess.

Anna Magdalena von Weickardt, die Priorin des Magdalenerinnenklosters in Lauban, hatte durch eine Erbschaft 8.000 Gulden erhalten, die ihrem Kloster zufielen. Mit diesem Geld konnte das Klosterstift mit Kaufvertrag vom 3. Mai 1736 das Lehngut Günthersdorf von Johann Jacob Röhrich von Kleinberg erwerben.<sup>26</sup> Der Kauf konnte allerdings erst vollzogen werden, nach-

dem Kaiser Karl VI. (1685–1640) am 12. Februar 1738 seine Zustimmung gegeben und der Vizepropst Johann Jakob Josef Wosky (1692–1771) in Prag den Treueid abgelegt hatten. Da Günthersdorf zum Königreich Böhmen gehörte, verpflichteten sich Priorin und Konvent, in diesem Ort das böhmische Recht anzuerkennen.

Mit dem Erwerb von Günthersdorf gelang dem Nonnenkloster eine vorteilhafte Besitzerweiterung. Günthersdorf wurde das fünfte Klosterdorf (Stiftsdorf) nach Wünschendorf (Radogoszcz), Kerzdorf (Księginki), Hennersdorf (auch Katholisch Hennersdorf, Henryków Lubański) und Pfaffendorf (Rudzica) und trug mit seinen Einkünften maßgeblich zur Finanzierung des Klosters bei. Die an ihre Klausur gebundenen Nonnen hielten sich allerdings nie in Günthersdorf auf. Zur Verwaltung des herrschaftlichen Hofes in Günthersdorf waren Beamte eingesetzt; zeitweise war das Klostergut auch verpachtet.

Der Verkauf an das Magdalenerinnenkloster in Lauban hatte wohl auch den Hintergrund, dass die böhmischen Behörden eine Absicherung der römisch-katholischen Konfession dieser Exklave anstrebten. In Günthersdorf bestand eine Pfarrkirche, in der seit Einführung der Reformation evangelischer Gottesdienst gehalten worden war. Im 17. Jahrhundert wurde die Kirche rekatholisiert, doch gab es vor Ort keinen katholischen Pfarrer, weshalb die Pfarrei als „verwaist“ galt. Der Ort wurde von der katholischen Pfarrei in Hennersdorf mit betreut. Nach dem Erwerb Günthersdorfs stiftete die Priorin Maria Elisabeth Faulhaber ein Kapital zur dauerhaften Besoldung eines Geistlichen. Von den Zinsen erhielt der zweite Kaplan in Hennersdorf, der in Günthersdorf die Messen zu halten hatte, sein Gehalt. Nachdem 1764 die eigenständige Pfarrei Günthersdorf gegründet worden war, dienten die Erträge dieser Stiftung zum Bau und Unterhalt eines Pfarrhauses. Die Einrichtung der Pfarrei trug wesentlich dazu bei, dass Günthersdorf – ähnlich wie Pfaffendorf und Hennersdorf – zu einer römisch-katholischen Insel inmitten des überwiegend lutherischen Gebietes um Lauban wurde.

Zu Günthersdorf gehörten die Dorfausbauten Taubentränke und Neukretscham. Diese fanden in der Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 Erwähnung. In Paragraph 18 werden „Guntersdorf, Taubentraenke, Neukretschen“ als Orte genannt, die von Österreich an das Königreich Preußen abzutreten waren. Die feierliche Übergabe an die preußische Kommission erfolgte am 9. Juli 1816.

Im Ortsbild des heute polnischen Godzieszów erinnert kaum etwas an die böhmische Vergangenheit. Die katholische Kirche wurde 1832/33, und damit bereits in preußischer Zeit, neu erbaut.

25 Angaben zur Besitzgeschichte in: Hermann Knothe: Geschichte des Oberlausitzer Adels und seiner Güter. Leipzig 1879, S. 641; Paul Skobel: Das Jungfräuliche Klosterstift zur Heiligen Maria Magdalena von der Buße zu Lauban in Schlesien von 1320–1821. Stuttgart/Aalen 1969, S. 349, Anm. 150.

26 Skobel 1969 (wie Anm. 25), S. 271.

#### Autor

Dr. Matthias Donath  
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“



# Sächsische Architekten und der evangelische Kirchenbau in Nordwestböhmen um 1900

Václav Zeman

Die Grenzregion Nordwest- und Westböhmens wurde in der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Expansionsraum ausländischer Architekten. Ein ganz eigenartiges Milieu mit eigener Organisationsstruktur und grenzüberschreitenden Kontakten, bei denen sich Kulturtransfer und -import vollzogen, bildete der deutschsprachige Teil der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.). Bei den Lutheranern Nordböhmens stellte die Landesgrenze ohnehin keine Sprachbarriere dar, und das ermöglichte den gegenseitigen kulturellen und geistigen Austausch. Er wurde dank der finanziellen Unterstützung Einzelner sowie spezialisierter Organisationen möglich. Die grenzüberschreitende Zusammenar-

beit existierte zwar vor allem in den Organisationsangelegenheiten, sie äußerte sich jedoch auch direkt in der Kirchenverwaltung. Aus dem Ausland kam nicht nur der bedeutendste Teil der Kirchenmitglieder, die sich im nordböhmischen Grenzgebiet niedergelassen hatten, sondern auch Vikare, Pfarrer oder Lehrer. Unter den verschiedenen Formen der Zusammenarbeit ragte die Aktivität des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung heraus. Er war 1842 in Leipzig zur Förderung evangelischer Kirchen in der Diaspora gegründet worden. Die folgende Studie bezieht sich auf grenzüberschreitende Importe der architektonischen Entwürfe für Sakralbauten und auf die Arbeit sächsischer Architekten für die evangelische

Evangelische Kirche in Kaaden (Kadaň), 1903, heute genutzt von der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche  
Foto: Václav Zeman

- 1 Václav Zeman: Stavební činnost německého evangelického sboru v Podmoklech ve druhé polovině 19. a v první polovině 20. století. In: Děčínské vlastivědné zprávy 21 (2013), Heft 2, S. 43-53; auch Alena Řičánková: Vzkříšení gotiky a evangelický ideál v díle G. L. Möckela, Děčínské vlastivědné zprávy 22 (2012), Heft 2, S. 3-11.
- 2 Vgl. Beitrag von Konstantin Hermann in diesem Heft.
- 3 Zur Möckels Tätigkeit siehe Karl-Heinz Barth: Gotthilf Ludwig Möckel (1838–1915). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Architektur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Berlin 2001.
- 4 Siehe Václav Zeman: Ausländischen Schöpfer der evangelischen Sakralarchitektur an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Kristina Kaiserová/Tomáš Velimský (Hrsg.): Die Region an der Grenze. Ústí nad Labem 2015, S. 181-217.
- 5 Evangelisches Zentralarchiv Berlin (folgend EZA Berlin), 200/1/5976, Brief von 29. Januar 1897. Die Unterstützung des Dresdner Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung ist schon vor dem Beginn des Baus belegt, vgl. Sächsischer Gustav-Adolf-Bote 7 (1896), S. 56.

Kirche in Nordwestböhmen (das heißt im Gebiet zwischen Warnsdorf (Varnsdorf) und Kadaň) um 1900.

Die evangelische Kirche in Böhmen war auch nach dem Toleranzedikt Kaisers Josefs II. von 1781 benachteiligt. Trotz Gleichberechtigung blieben die Protestanten eine religiöse und soziale Minderheit. Erst die Los-von-Rom-Bewegung, die für einen Konfessionswechsel der Katholiken in Österreich zur evangelischen Kirche warb, führte um 1900 zu einer Vermehrung der Protestanten vor allem in den deutschsprachigen Teilen Böhmens, was einen erhöhten Bedarf evangelischer Kirchenbauten zur Folge hatte.

Neben den staatlichen Kirchengesetzen und den Bauordnungen, die den Bau nicht nur der öffentlichen Bauten bestimmten, existierten innerkirchliche Verordnungen, die das evangelische sakrale Bauwesen regelten. Im Jahr 1861 wurde das Eisenacher Regulativ auf der Kirchenkonferenz in Eisenach beschlossen, d. h. ein Regelwerk für den Bau evangelischer Kirchen. Die Gebäude mit einem rechteckigen Grundriss sollten nach Osten ausgerichtet sein, der Chor sollte sowohl im Grundriss als auch durch seine Höhe vom Schiff abgetrennt werden. Es wurde auch empfohlen, die Kirchen mit einem Turm auszustatten. Vom Hauptportal im Westen sollte der Besucher den Altar sehen. Neben der altchristlichen Basilika wurden auch der romanische und gotische Stil für die protestantische Sakralarchitektur empfohlen. Weitere

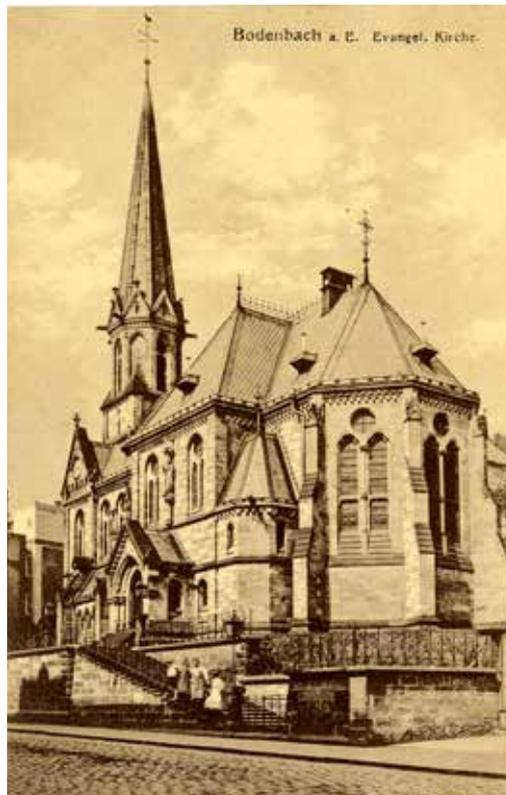
Bestimmungen definierten die Anordnung des Altars, des Taufbeckens, der Kanzel, der Bänke und so weiter. Emporen gehörten weiterhin maßgeblich zur Ausstattung.

Im Zusammenhang mit dem Bau der evangelischen Ringkirche in Wiesbaden Anfang der 1890er Jahre wurden die Grundsätze des Eisenacher Regulativs in Frage gestellt und neue Möglichkeiten der evangelischen Sakralarchitektur gesucht (Wiesbadener Programm). Anregungen gaben sowohl nordamerikanische Bethäuser als auch die sächsische Tradition protestantischer Barockkirchen (vor allem die Frauenkirche in Dresden). Angestrebt wurde eine Zentralisierung des Kirchenraums und eine Einheit von Kanzel, Altar und Orgel.

Alle diese Faktoren beeinflussten auch die evangelische Sakralarchitektur in den böhmischen Ländern, und im deutschsprachigen Milieu der lutherischen Gemeinden des böhmisch-sächsischen Grenzgebiets fanden sie einen noch größeren Widerhall. Der hiesige Traditionalismus neigte zur konservativen Ordnung, und auch im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde hier die rechteckige Konzeption einschiffiger Kirche in einem in der Regel historisierenden Baustil dem zentralen Raum gegenüber bevorzugt. Andererseits setzte sich der Jugendstil in diesem Milieu noch ausdrucksvoller als in anderen Gebieten durch. Einige dieser Erscheinungen werden besonders in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den deutschen evangelischen Landeskirchen oder mit dem Gustav-Adolf-Verein sichtbar.

### Sächsische Architekten und evangelische Kirchen in Nordböhmen zwischen 1880 und 1900

Der älteste Fall eines Projektes aus Sachsen im untersuchten Gebiet konnte für Bodenbach (Podmokly), heute Ortsteil von Tetschen (Děčín), nachgewiesen werden. Außer einer böhmischen evangelischen Gemeinde bestand hier eine evangelisch-lutherische königlich sächsische Beamtengemeinde. Wahrscheinlich führte gerade ihre Orientierung auf das sächsische Grenzgebiet zum Kontakt mit dem Dresdner Architekten Gotthilf Ludwig Möckel (1838–1915), der zu Beginn der 1880er Jahre den Entwurf der hiesigen evangelischen Kirche erstellte.<sup>1</sup> Die historische Forschung fand bisher keine Verbindung zwischen dem Bauauftrag und dem Gustav-Adolf-Verein, doch ist es möglich, dass es eine Zusammenarbeit beider Gemeinden gab, wobei die sächsische Gemeinde auch administrativ auf das nahe deutsche Grenzgebiet ausgerichtet war.<sup>2</sup> Zu derselben Zeit wirkte Möckel



Evangelische Christuskirche in Bodenbach von Gotthilf Ludwig Möckel, Postkarte, um 1921  
© Sammlung Zeman

nämlich an zwei sächsischen Orten. In den Jahren 1876 und 1877 restaurierte er die Pfarrkirche in Bad Schandau, das nur zehn Kilometer von der Landesgrenze entfernt ist. Noch dazu realisierte er am Anfang der 1880er Jahre den Bau der Kirche in Krippen, was noch näher liegt.<sup>3</sup>

Die Kirche in Bodenbach ist eine dreischiffige Basilika mit Querhaus und einem Glockenturm in der Weststirnwand, die neuromanische und neugotische Formenlehre kombiniert. Das Rohmauerwerk nutzt ästhetisch verschiedene Schattierungen des Sandsteins aus. Diese Eigenschaft kommt auch im Innenraum zur Geltung, besonders bei der Verzierung der Arkadenbögen. Möckels Entwurf ging von seinem früheren Bau in Zwickau-Planitz aus, wobei die Kirche in Bodenbach eine bescheidenere und kleinere Variante darstellt. Auch in diesem Fall gewann die nordböhmische evangelische Kirche eine sehr qualitätsvolle historisierende Architektur. Mit ihrem künstlerischen Wert konnten die bisherigen Bauten der einheimischen Architekten nicht konkurrieren. Außerdem wurde diese Architektur mit einem deutschen Element verbunden, und auch das fand im Grenzgebiet einen beträchtlichen Widerhall.

Zur Jahrhundertwende stand die evangelischen Kirche im nordwestböhmischen Grenzgebiet vor allem im Zeichen der antikatholischen und äußerst nationalistischen Los-von-Rom-Bewegung. Eine der Folgen dieses Trends stellten Massenkonzersionen von der römisch-katholischen in die evangelische (und teilweise auch in die altkatholische) Kirche dar. So entstanden viele evangelische Gemeinden, meistens zuerst als Predigtstationen, von denen manche im Laufe der Zeit zu Pfarrgemeinden wurden. Gleichzeitig mit diesem Phänomen wuchs auch der Bedarf an Kirchenbauten. Die jungen evangelische Gemeinden begnügten sich nur ausnahmsweise mit Bethäusern. Kirchen mit Turm wurden zum Standard.

Die Nachfrage nach einheimischen Architekten bestand natürlich weiterhin, aber immer mehr setzen sich – meistens bei größeren Projekten – die ausländischen Architekten durch, vornehmlich aus dem benachbarten Sachsen, aber auch aus Preußen. Diese Architekten konnten Träger progressiver und moderner Trends sein, andererseits begegnen wir auch in diesem Milieu dem ausklingenden Historismus in der Form des schon beträchtlich verfallenden und formalisierenden Akademismus. Es war keine Ausnahme, dass ein und derselbe Architekt fähig war, nicht nur im modernen Jugendstil zu gestalten, sondern auch einen traditionalistischen Entwurf vorzulegen. Welcher von diesen zwei Sichten schließlich bevorzugt wurde, hing



Evangelische Christuskirche in Trebnitz von Hugo August Grothe, Postkarte, um 1910  
© Sammlung Zeman

offensichtlich von der Entscheidung der Repräsentanten der evangelischen Gemeinden ab.<sup>4</sup>

Zur Durchsetzung ausländischer Architekten trug ohne Zweifel die erstarkte Position des Gustav-Adolf-Vereins bei, der außer der finanziellen Unterstützung oft auch einen Architekten empfahl. Auch häufigere positive Erfahrungen, die die Gemeinden mit dem Entwurf eines ausländischen Künstlers hatten, erhöhten die Zahl solcher Aufträge. Nicht selten kam es auch dazu, dass ein Projekt eines inländischen Baumeisters zugunsten eines neuen Entwurfes eines ausländischen Baumeisters abgelehnt wurde.

Manche sächsischen Architekten sind in Böhmen nur mit einem Projekt vertreten. Nach der Intervention des Dresdner Pfarrers und Kirchenhistorikers Franz Blanckmeister (1858–1936), Herausgeber des „Sächsischen Gustav-Adolf-Boten“ des Gustav-Adolf-Vereins, erarbeitete Ernst Fleischer aus Dresden die Pläne der Kirche für die Versammlung in Saaz (Žatec).<sup>5</sup> Nach seinem Entwurf baute der örtliche Baumeister Josef Petrovsky 1897 und 1898 die Kirche im Neurenaissancestil mit mäßigen Abänderungen.

Der Dresdner Architekt Hugo August Grothe (1857–1909) plante für die evangelische Gemeinde in Trebnitz (Třebenice) bei Leitmeritz (Litoměřice) die Kirche schon in der ein wenig kälteren akademischen Auffassung der Neugotik. Dieses Gebäude wurde 1901 bis 1902 erbaut. Es unterscheidet sich von den anderen bereits ausgeführten Bauten durch die im Stil der englischen Gotik behandelte Architektur der

Evangelische Kirche in Turn  
von Schilling & Graebner,  
Postkarte, um 1910  
© Sammlung Zeman



Weststirnseite mit dem Turm und der Tribüne, wobei der Entwurf noch dekorierter als die Realisierung ist. An der Verzierung und Einrichtung der Kirche nahmen manche ausländische Künstler teil. Im Fall der Glocken von Franz Schilling aus Apolda ging es um nichts Außerordentliches, aus der sächsischen Metropoli stammte jedoch diesmal nicht nur der Architekt, sondern auch der Dachdecker, Bildhauer oder Glasmaler.<sup>6</sup> Max Löwe aus Braunschweig, geboren in Leipzig,



Evangelische Lutherkirche in  
Dux von Schilling & Graebner,  
Postkarte, um 1910  
© Sammlung Zeman

entwarf den interessanten und urbanistisch sehr passend gelösten Neubau der Jugendstilkirche mit dem Pfarrgebäude für Weipert (Vejprty).<sup>7</sup> Diese heute nicht mehr existierende Kirche war nicht der einzige Auftrag dieses Architekten in den böhmischen Ländern. Zur Jahrhundertwende korrigierte er die Pläne des Baumeisters Franz Böhm, nach denen die evangelische Kirche in Olmütz (Olomouc) im Stil der deutschen Neugotik in den Jahren 1901 bis 1902 erbaut wurde.<sup>8</sup>

Eine große Zahl sächsischer Architekten entwarf aber für evangelische Kirche in Böhmen mehrere Kirchenbauten. Die ausdrucksvollste Spur hinterließ hier ohne Zweifel das Dresdner Architektenbüro von Rudolf Schilling (1859–1933) und Julius Graebner (1858–1917), und zwar nicht nur, was die Zahl der Bauten, sondern auch ihre Qualität betrifft. Die Gruppe der Jugendstilkirchen vor allem im Gebiet um Teplitz (Teplice) schrieb sich eindrucksvoll in die böhmische Kunstgeschichte ein und bildet einen bedeutenden Bestandteil des Kanons der sonst nicht zahlreichen Jugendstilarchitektur in Böhmen.

Die Predigtstation in Turn (Trnovany) bei Teplitz entstand 1899, und noch im gleichen Jahr wurde hier mit dem Bau der Kirche begonnen. Die aufgrund der Übertritte zur Jahrhundertwende entstandenen Gemeinden fingen oft sehr bald mit dem Bau der Kirche an. Manchmal überschätzten sie jedoch ihre Möglichkeiten und verschuldeten sich. Das passierte auch in Turn.<sup>9</sup> Als erste Kirchengemeinde in Nordwestböhmen beauftragte sie das Dresdner Architektenbüro Schilling & Graebner und schon am Anfang gingen sie auffallend ungewöhnlich vor. Sie ließen das monumentale Kirchenprojekt erarbeiten, das auch für eine ältere Pfarrgemeinde mit finanziellen Rücklagen schwer realisierbar gewesen wäre. Diesem Projekt ging der Bau einer provisorischen Notkirche voran. Es handelte sich um einen Ende 1899 eingeweihten Jugendstil-Holzbau mit Turm und einer Kapazität von 300 Plätzen. Schon vor der Einweihung der Notkirche erfolgte die feierliche Grundsteinlegung für die neue Kirche, die mit ihrer Gliederung und reichen Ornamentik sogar Meisterwerke von Schilling & Graebner (wie z. B. die Lutherkirche in Zwickau) übertrifft. Als Zeichen der Entstehungszeit der Kirche wurden Lutherrose und deutsche Eiche betont.<sup>10</sup> Der Bau war von einem Mangel an Finanzen geprägt und dauerte sechs Jahre. Mit großer Unterstützung des Gustav-Adolf-Vereins ist es nichtsdestoweniger gelungen, die Kirche zu beenden und sie 1905 einzuweihen. Danach wurde die provisorische Kirche abgerissen.<sup>11</sup> Im Jahre 1899 wurde mit dem Bau der evangelischen Kirche in Dux (Duchcov) begonnen; ein

- 6 EZA Berlin, 200/1/6666, Verzeichnis der Gläubiger vom 15. Januar 1904.
- 7 EZA Berlin, 200/1/7031, Brief vom 20. Januar. 1904 und weitere Schriftstücke.
- 8 Jan Bartůšek/Miloslav Pojzl: Olomouc. Evangelické kostely. Velehrad 2006, S. 18.
- 9 Ende des Jahres 1899 wurde 400 Übertritte zur evangelischen Kirche in Turn vollzogen, ein Jahr später wurden schon 900 Konversionen registriert und in der ersten Hälfte des Jahres 1901 hatte die Gemeinde schon 1.000 Mitglieder. Vgl. Sächsischer Gustav-Adolf-Bote 11 (1901), S. 85.
- 10 EZA Berlin, 200/1/6725, Kostenanschlag mit Beschreibung vom 27. Dezember 1900.
- 11 Bohuslava Chleborádova: Kristův kostel zvaný zelený, Teplice-Trnovany. In: Zprávy a studie Regionálního muzea v Teplicích 27 (2008), S. 249–257.
- 12 Jaroslav Drbohlav: Duchcovská harmonie. Duchcov 1997; Jan Kilián: Evangelické hnutí v Hrobu na přelomu 19. a 20. století. In: Zprávy a studie Regionálního muzea v Teplicích 28 (2010), S. 159–164; Jan Kilián: 11. 12. 1617. Zboření kostela v Hrobu. Na cestě k defenestraci., Praha 2007, S. 130 ff.
- 13 Johannes Schaarschmidt: Die evangelische Gemeinde Dux. Ein Bericht über ihren Bestand zu Anfang 1903 und die Geschichte ihres Entstehens von 1899–1902. Dux 1903 (aufbewahrt in EZA Berlin, 200/1/2628).

Jahr später folgte der Bau der Kirche in Klostergrab (Hrob) und im Jahre 1902 die Kirche in Weschen (Věšt'any) bei Teplitz.<sup>12</sup> Auch diese Kirchen stammten aus dem Architekturbüro Schilling & Graebner, welches einen wesentlichen Anteil an der Entstehung der Jugendstilarchitektur und später der modernen Architektur in Sachsen hatte. Wie es zur Wahl gerade dieses Büros für Entwürfe weiterer Kirchen im Teplitzer Gebiet kam, wissen wir bis heute nicht. Eine Rolle könnte die geographische Lage in der Nähe von Turn gespielt haben. Die Kirchenvorsteher der Gemeinde in Dux pflegten noch dazu persönliche Kontakte mit dem Vorsitzenden des Dresdner Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung, Oberhofprediger Franz Dibelius (1847–1924), und mit dem Herausgeber des „Sächsischen Gustav-Adolf-Boten“, Franz Blanckmeister. Möglicherweise konnten gerade diese Männer einen Kontakt zwischen der Gemeinde in Dux und den Dresdner Architekten vermitteln.<sup>13</sup> Außerhalb der untersuchten Region schufen Schilling & Graebner Bauten auch im Riesengebirgsvorland (Hohenelbe/Vrchlabí, Mittel Langenau/Prostřední Lánov, Hackelsdorf/Herlíkovice).

Schilling & Graebner waren nicht die einzigen Baukünstler, die im evangelischen Milieu Nordwestböhmens Jugendstilbauten entwarfen und realisierten. Ihre Bauten weisen jedoch die höchste künstlerische Qualität und Originalität auf. Die anderen Architekten legten neben den progressiveren Jugendstilentwürfen auch Projekte im Geiste des schon ein wenig überholten Historismus vor.

Den Entwurf eines Baus, der manchmal irrtümlich Schilling & Graebner<sup>14</sup> zugeschrieben wurde, schuf Woldemar Kandler (1866–1929) in den Jahren 1900–1901 in Karbitz (Chabařovice).<sup>15</sup> Dieser Dresdner Architekt<sup>16</sup> realisierte in Böhmen einige Bauten. Neben der Jugendstilkirche in Karbitz baute er die Kirchen in Wisterschan (Bystrany) (1902), Boreslau (Bořislav) (1903) und Warnsdorf (Varnsdorf) (1904–1905). Außerhalb unserer geografischen Abgrenzung liegt Haberspirk (Habartov) bei Falkenau (Sokolov). Gerade im Teplitzer Gebiet fand die Los-von-Rom-Bewegung einen beträchtlichen Widerhall. Hier entstanden viele evangelische Gemeinden, die den Bau eigener Kirchen anstrebten. In den Dörfern lebten viele Arbeiter, die zeitweise Sozialdemokraten waren. Später änderte sich ihre Orientierung im deutschnationalen Sinne und sie interessierten sich für den evangelischen Glauben. Die im Jugendstil mit neuromanischen Elementen erbaute Kirche in Wisterschan trug die trotzige protestantische Losung „Ein' feste Burg,“ die auf der Eingangswand



Evangelische Kirche in Klostergrab von Schilling & Graebner, heutiger Zustand, Foto: Václav Zeman

mit dem Turm sichtbar ist. Eine kleinere, eher von der Neugotik inspirierte Kirche erbaute Woldemar Kandler 1903 in Boreslau. An der Weihe der Kirche in Boreslau nahm der Vorsitzende des Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung in Dresden teil, und daher ist anzunehmen, dass der Kontakt mit dem Dresdner Architekten durch eben diesen Verein hergestellt wurde.<sup>17</sup>

Ein schönes Beispiel der Inspiration durch die norddeutsche Neugotik stellt die Friedenskirche



Evangelische Friedenskirche in Warnsdorf von Woldemar Kandler, kurz nach der Vollendung © Sammlung Zeman

14 So z. B. Zdeněk R. Nešpor: Encyklopedie moderních evangelických (a starokatolických) kostelů Čech, Moravy a Slezska. Praha 2009, S. 185.

15 EZA Berlin, 200/1/3870, Schriftstücke zum Bau der Kirche.

16 Hartmut Mai: Die Kirchenbauten von Woldemar Kandler (1866-1929). In: Denkmalkunde und Denkmalpflege. Wissen und Wirken. Festschrift für Heinrich Magirus zum 60. Geburtstag am 1. Februar 1994. Dresden 1995, S. 447-463; Hartmut Mai: Gebaute Heimat. Die Kirchenbauten von Woldemar Kandler. In: Matthias Donath (Hrsg.): Pforte des Himmels. 800 Jahre Kirchgemeinde St. Nicolai in Wilsdruff. Wilsdruff 2008, S. 75-87; Kati Ullmann: Der Architekt Woldemar Kandler. Ländliche Sakralbauten des Kirchenbaumeisters in Sachsen. Saarbrücken 2010.

17 EZA Berlin, 200/1/7166, Korrespondenz 1901–1902. Genauso gilt es im Fall der Gemeinde Karbitz, die Dibelius in seiner Rede zur Einweihen der Kirche als „liebes Pflegekind des Dresdner Gustav-Adolf-Hauptvereins“ bezeichnete. Vgl. Sächsischer Gustav-Adolf-Bote 11 (1900), S. 4.



Evangelische Kirche  
in Karbitz, um 1920  
© Sammlung ZKG

in Warnsdorf dar. Kandler variierte hier den beliebten Typ einer einschiffigen Kirche mit nicht verputztem Ziegelmauerwerk, einem abgesetzten polygonalen Chor und mit einem vorgeschobenen Turm in der Achse der Weststirnsseite, den beiderseits Seitentürmchen mit innenliegenden Treppen begleiten. Im Turmstockwerk über dem Eingangportal befindet sich die Empore. Die Kirche in Warnsdorf beruht vor allem auf Kanders Projekten der Nikolaikirche in Wilsdruff und der Michaelskirche in Dresden-Bühlau. Im Unterschied zu diesen wählte der Architekt für Warnsdorf jedoch spätgotische Formen. Er benutzte vor allem die sogenannten Vorhangbogenfenster, die für das Schaffen des Arnold von Westfalen in Meißen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts typisch waren.<sup>18</sup> Kandler wurde 1914 gebeten, auch Pläne für die Kirche in Eichwald (Dubí) zu erarbeiten, es ist jedoch schon aufgrund der Datierung klar, dass der Erste Weltkrieg dieses Vorhaben vereitelte.<sup>19</sup>

Mehrere Bauten für die deutschsprachigen evangelischen Gemeinden in Böhmen realisierte auch Paul Lange (1853–1932). Dieser Architekt wirkte in Leipzig und wurde durch Entwürfe verschiedener Kirchen in Sachsen (u. a. Emmauskirche, Auferstehungskirche und Erlöserkirche in Leipzig, weitere Kirchen in Altmittweida, Wildenau, Eibenberg, Kändler, Fuchshain, Harthau, Berbisdorf, Nauwalde) sowie durch Restaurierungsarbeiten und Umbauten älterer Objekte berühmt. In den Jahren 1901 und 1902 wurde nach seinem Entwurf die Kirche in Leitmeritz (Litoměřice) erbaut. Schon 1899 hatte der Gablonzener Architekt Arwed Thamerus für Leitmeritz einen Entwurf erstellt, den Lange überarbeitete, wobei er auch sowohl den Grundriss als auch die historisierende Fassade der Kirche beibehielt. Nach Langes Entwurf entstand die Leitmeritzer Kirche als Ziegelbau aus Rohmauerwerk im Stil der norddeutschen Neugotik. Dieser Stil fand im Milieu der deutschsprachigen evangelischen Kirche einen beträchtlichen Anklang.

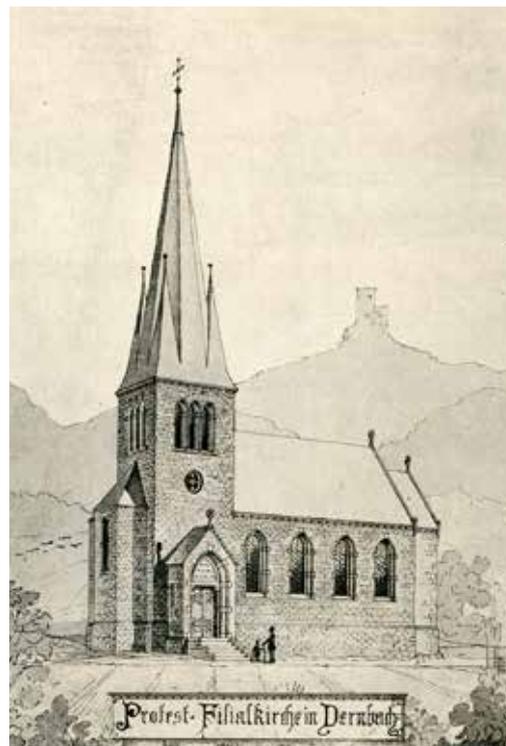
Die Kirche im nahen Lobositz (Lovosice) plante Lange bereits im gemäßigten Jugendstil, der vor allem bei Dekor des Glockenturmes zur Geltung kommt. Die nicht sehr große Lobositzer Gemeinde dachte zuerst an einen Betsaal, der durch die Verbindung von zwei Zimmern in einem Privathaus entstehen sollte, dann wurde noch der Bau einer Holzkapelle mit der Kapazität von 100 Plätzen geplant. 1902 gab die Kirchengemeinde diese Kompromisslösungen auf und man entschied sich für einen Kirchenneubau. Der Gustav-Adolf-Verein hielt die Gemeinde mit 70 Seelen für so ein Unternehmen zu schwach, doch 1905 wurde das Ziel erreicht. Die Kirche nach Entwurf von Paul Lange entstand auch dank der finanziellen Hilfe des sogenannten „Gotteskasten“, einer Sammlungsaktion aus Sachsen.<sup>20</sup> Lange wurde ohne Zweifel dank der guten Erfahrung mit seiner Arbeit in Leitmeritz ausgewählt. Er entwarf auch die Kirche für die evangelische Gemeinde in Türmitz (Trmice) bei Aussig (Ústí nad Labem), die einen billigen und praktischen Bau verlangte. Was die Disposition betrifft, ging es eher um ein Bethaus, dem der longitudinale Grundriss mit der akzentuierten, mit einem Glockentürmchen versehenen Eingangsstirnseite das Aussehen der Kirche verleiht. Während die Gemeinderäume (Kindergarten, Schulklasse, Wohnung der Diakonisse) im Erdgeschoss angeordnet wurden, nahm das in den Dachstuhl geöffnete Obergeschoss den Betsaal auf. Die verhältnismäßig schroffe neugotische Architektur des Äußeren Mantels kontrastiert mit dem Interieur des Betsaals, den vor allem die künstlerisch behandelten Elemente der Dachstuhlkonstruktion verzieren.<sup>21</sup> Der Aussiger Baumeister V. Berndt d. Ä. führte das Gebäude in den Jahren 1906 und 1907 aus.<sup>22</sup>

Neben der nordwestböhmisches Region setzte sich Lange auch in Westböhmen durch. In Joachimsthal (Jáchymov) wurde die evangelische Kirche nach seinem Entwurf 1904 erbaut,<sup>23</sup> sein Projekt für Bleistadt (Oloví) blieb unausgeführt.<sup>24</sup>

Die Auswahl des Schöpfers des architektonischen Entwurfs war oft vom Wohltäter des Baus abhängig, im Fall der Dresdner Künstler oft aus dem Kreis des dortigen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung. Dieser Verein finanzierte in großem Maße den Aufbau der evangelischen Kirche im nordböhmisches Grenzgebiet mit. In der Zeit der Los-von-Rom-Bewegung wurde der Verein mit Gesuchen um eine Unterstützung wörtlich zugeschüttet, und zwar nicht nur, was den Bau der Kirchen betraf, sondern auch in Fällen der Grundstückskäufe, der Ausstattung der Bethäuser, der Zahlungen von Mieten für die Räume oder der Entlohnung der Geist-

lichen. Die Vertreter der Stiftung mussten die manchmal nicht realistischen und überdimensionierten Pläne der evangelischen Gemeinden ändern oder sie ablehnen. Infolge der geringen Erfahrungen drohte häufig die Überschuldung der Gemeinden. Der Gustav-Adolf-Verein, der zu dieser Zeit zahlreiche Gesuche zur Unterstützung bei den Kirchenbauten bearbeitete, brauchte ein Instrument, um diese Übertreibungen zu beschränken, die Wünsche der Gemeinden zu regulieren und zugleich Hilfe bei der Suche nach einer Lösung anzubieten. Am Anfang des 20. Jahrhunderts beauftragte der Verein den Architekten und Baurat Julius Zeißig (1855–1930) aus Leipzig, ein Musterbuch für kleinere sakrale Bauten mit Angabe der Höhe der Baukosten zu verfassen. Dieses sollte den evangelischen Glaubensgenossen bei der Orientierung in Bauangelegenheiten helfen. Der Gustav-Adolf-Verein gab dieses Musterbuch im Leipziger Verlag Seemann & Co. 1902 unter Titel „Muster für kleine Kirchenbauten“ heraus. Die Publikation enthielt Baupläne einiger Architekten, überwiegend aber Arbeiten des Herausgebers.<sup>25</sup>

Die Nachwirkung dieser Veröffentlichung registrieren wir auch in der untersuchten Region. Verhältnismäßig oft wurde das Muster Nr. 4 empfohlen, und zwar die Kirche in Dernbach (Rheinland-Pfalz), die Franz Schöberl (1845–1908) aus Speyer entworfen hatte. Es kam in Kaaden (Kadaň) als eine wenig modifizierte Kopie dieses Vorbilds zur Ausführung, die der Brüxer Baumeister Wurm 1903 realisierte.<sup>26</sup> Im



- 18 Vgl. u. a. Richard Mättig: Die evangelische Friedenskirche in Warnsdorf. In: Beiträge zur Heimatkunde (Beilage zur „Abwehr“), 1938, Nr. 14, S. 106.
- 19 EZA Berlin, 200/1/2677, Brief vom 18. April 1914.
- 20 EZA Berlin, 200/1/4498, Korrespondenz aus den Jahren 1900 bis 1905.
- 21 EZA Berlin, 200/1/6724, Briefe vom 11. März 1905 und vom 21. Januar 1906, Zeitschrift „Der österreichische Protestant“ 31, 36/1906, S. 404 und weitere Korrespondenz.
- 22 Aussig-Karbitzer Volkszeitung vom 2. November 1907, S. 8.
- 23 EZA Berlin, 200/1/3792, Baupläne.
- 24 EZA Berlin, 200/1/2027, Aktenmaterial, v.a. gedruckte Aufforderung, zugestellt am 11. Februar 1907.
- 25 Julius Zeißig (Hrsg.): Muster für kleine Kirchenbauten. Herausgegeben von dem Central-Vorstand des evangelischen Vereins der Gustav Adolf Stiftung. Leipzig 1902.
- 26 EZA 200/1/3830, Brief vom 3. März 1903 und Abschrift des Bauvertrags mit J. Wurm vom 5. März 1903. Vgl. auch Evangelische Kirchen-Zeitung für Oesterreich 20 (1903), S. 154.

Evangelische Kirche in Dernbach von Franz Schöberl im Musterbuch von Julius Zeißig, 1902

Evangelische Kirche in Kaaden  
im Bau, 1903

© Oblastní muzeum v Chomutově



Evangelische St. Pauluskirche  
in Aussig von Julius Zeißig,  
Postkarte, um 1910

© Archiv města Ústí nad Labem



deutschsprachigen Milieu der böhmischen Länder ist dieser Typ noch in Haslau (Hazlov) bei Asch (Aš) (1907) vertreten.<sup>27</sup> In Böhmischkamnitz (Česká Kamenice) vereitelte der Mangel an Finanzen die Ausführung einer solchen Kirche.<sup>28</sup>

Das Musterbuch erleichterte den evangelischen Gemeinden die Auswahl eines passenden Entwurfs, zugleich half es auch Julius Zeißig, neue Aufträge in den böhmischen Ländern zu gewinnen. Dieser Architekt setzte sich auch in

der betrachteten Region durch, und zwar in Aussig (Ústí nad Labem). Fehlende Schriftquellen ermöglichen uns zwar nicht, den Verlauf der Verhandlungen nachzuvollziehen, aufgrund der Bauuntersuchung der evangelischen St. Pauluskirche kann man doch folgende Hypothese aussprechen: Der Gustav-Adolf-Verein empfahl Zeißigs Musterbuch und die Gemeinde kontaktierte diesen Architekten. Schließlich wurde jedoch keiner der publizierten Entwürfe ausgewählt, sondern Zeißig schuf für die evangelische Gemeinde ein eigenes Projekt.

1902 schrieb der Aussiger Kirchenvorstand einen architektonischen Wettbewerb für den Bau einer neuen Kirche aus. Zeißigs Entwurf gewann. Falls nicht früher die Möglichkeit des Musterbuchs angeboten wurde, scheint es, dass Zeißigs Plan von der Dispositionslösung der Kirche in Dernbach ausgeht. Das bezeugt dieselbe Lösung des Baugrundrisses, einschließlich der ein wenig ungewöhnlichen Anordnung des Glockenturmes an einer der Bauecken, die eigentlich für das Schaffen von Franz Schöberl kennzeichnend ist. Der Kirche in Dernbach (oder in Kaaden und Haslau) entsprechen sowohl die zur Straße orientierten Eingangsvorhalle im Turmerdgeschoss als auch der Treppenanbau bei diesem Turm, durch den die vertikale Kommunikation vom Kircheneingang abgewandt ist. In Aussig fügte Zeißig Anbauten an der Südseite der Kirche und ergänzte zum rechteckigen Chorschluss eine Apsis. Er benutzte aber andere Stilformen als auch andere Proportionen und schuf eine Turmlösung. Nichtdestoweniger ähnelt die Anlage der Kirche wirklich sehr dem Dernbacher Vorbild des Architekten Schöberl. Noch mehr Bauten realisierte Julius Zeißig im Westböhmen.<sup>29</sup>

### Fazit

Als die Beschränkungen des Toleranzpatents fielen, welche den Bau sakraler Gebäude der evangelischen Kirchen in Böhmen betrafen, verlangte die schon anspruchsvollere und im breiteren Spektrum von Formen behandelte Architektur ein künstlerisches Herantreten an die neuen Kirchenbauten. Dabei knüpfte man an das Bauschaffen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und ihre jahrhundertalte Tradition des Kirchenbaus sowie an theologische Diskussionen über die Verbindung des künstlerischen Ausdrucks mit dem Glauben und an die großen Erfahrungen der Architekten an. Die Anzahl evangelischer Kirchen in deutschsprachigen Gebieten der böhmischen Länder war aber natürlich nicht einmal nach der stürmischen Zunahme evangelischer Gemeinden

durch die Los-von-Rom-Bewegung mit dem Zustand in den protestantischen Gebieten Deutschlands zu vergleichen.

Zur Errichtung der Kirchen nach den Projekten ausländischer Architekten kam es am frühesten in jenen Orten, in denen starke Kontakte nach Sachsen bestanden. Sachsen als Ursprungsland derjenigen Architekten, deren Bauprojekte in der deutschsprachigen evangelischen Kirche realisiert wurden, spielte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine entscheidende Rolle. Begreiflicherweise ging es um Bauten im Nachbarland, das heißt im geographisch nächsten Raum. Was die Vergabe der Aufträge und die Vermittlung der Projekte betrifft, nahmen der Zentralverein (Leipzig) und der nächste Hauptverein (Dresden) der Gustav-Adolf-Stiftung die wichtigste Stellung ein.

Künstlerisch setzten sich meist Historismus und auch Jugendstil als Baustile durch. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde im Milieu der evangelischen Kirche in Sachsen vornehmlich der neugotische oder der neoromanische Stil bevorzugt. Den von der mittelalterlichen Architektur ausgehenden Historismus, der im Fall der Gotik sogar als deutscher Nationalstil aufgefasst wurde, bestimmte das Eisenacher Regulativ aus dem Jahr 1861 verbindlich für evangelische Kirchenneubauten. Die Neugotik wurde im deutschsprachigen Milieu der Evangelischen Kirche A. B. in den Böhmisches Ländern vor allem in ihrer norddeutschen Variante aufgegriffen. Diese wurde von der Hannover'schen Schule repräsentiert, das heißt durch den Kreis der Schüler und Nachfolger des Architekten Conrad Wilhelm Hase (1818–1902), zum Teil vermittelt durch Zeißigs Musterbuch.

Maßgeblich für die Einführung der Jugendstilarchitektur in Böhmen war das Wirken insbesondere der sächsischen Architekten für die deutschsprachigen evangelischen Gemeinden. Die Bauten der ausländischen Architekten übertrafen in der Regel durch ihre Qualität das Schaffen der einheimischen Baumeister. Die kunsthistorische Literatur betont, dass vor allem Schilling & Graebner die Jugendstilarchitektur in Böhmen repräsentierten. Wir begegnen aber nicht nur qualitätvollen Arbeiten, sondern auch einer Reihe von Bauten ausländischer Architekten, deren Niveau nur den Zeitdurchschnitt erreicht, ohne ideenreiche Kunstformen im Geiste des Späthistorismus aufzuweisen.

Die künstlerische Gestaltung evangelischer Kirche stellt nur eine Seite dar. Oft war nämlich die Tatsache wichtiger, dass es um absichtlichen Import der deutschen Architektur nach

Böhmen ging, an dem sowohl örtliche Auftraggeber als auch auswärtige Spender Interesse hatten. In Deutschland drückte die Architektur nicht nur das Luthertum aus, oft präsentierte sie auch alldeutsche bzw. deutschnationale Ideen. Im Fall der Kirche in Bodenbach handelt es sich um einen typischen Import der Architektur aus Deutschland, noch dazu variierte hier Möckel eine seiner Kirchen, die er in Zwickau-Planitz gebaut hatte. Er ging von der deutschen Neugotik aus und benutzt die Elemente, die für die deutsche Architektur in jener Zeit typisch waren, die insbesondere die (Neu-)Gotik als deutschen Stil auffasste. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass auch zeitgenössische Beschreibungen solche Bauten als „im altdeutschen Stil“ oder im „Stil der deutschen Renaissance“ erbaut bezeichnen.

Die gegenseitigen grenzüberschreitenden Kontakte brachten die evangelischen Gemeinden dazu, die Projekte an Architekten aus dem Ausland zu vergeben. Besonders der Gustav-Adolf-Verein empfahl diese Architekten, und Zeißigs Musterbuch, das der Verein 1902 herausgab, trug zur noch ausdrückvolleren Durchsetzung ausländischer Entwürfe in den böhmischen Ländern bei. Der zweite Faktor, der bei der Vergabe der Aufträge eine Rolle spielte, war die gute Erfahrung bei bereits ausgeführten Kirchenbauten. Darum wirkte derselbe Architekt oft im Rahmen eines Pfarrbezirks oder in Begleitung eines konkreten Geistlichen. Man soll auch nicht an die Rolle der Medien vergessen, die an der Jahrhundertwende Fotografien, Baupläne, Flugblätter mit Gesuchen um eine Unterstützung oder Einladungen zu Kirchenweihen veröffentlichten. Das letztgenannte Medium bot übrigens auch die Plattform, die eine persönliche Begegnung mit dem Architekten oder mindestens mit seinem Werk in situ ermöglichte. Noch dazu wurden auch Fachzeitschriften, welche die zeitgenössische Architektur behandelten, zu jener Zeit bereits beträchtlich verbreitet.

Die meisten deutschen evangelischen Kirchen wurden nach 1945 von den tschechischsprachigen protestantischen Kirchen übernommen (Tschechoslowakische Hussitische Kirche, Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder). Nicht alle wurden jedoch weiterhin als Gottesdiensträume genutzt. Üblich war auch die Umnutzung dieser manchmal architektonisch erstklassigen Kirchen z. B. als Lager (Turn, Dux), Garagen (Boreslau), Kino (Rosendorf/Růžová) oder Museum (Trebmitz). Mehrere Kirchen wurden abgebrochen (z. B. Karbitz, Turn, Weipert, Wisterschan) oder verfielen zu Ruinen (z. B. Klostergrab, Warnsdorf).

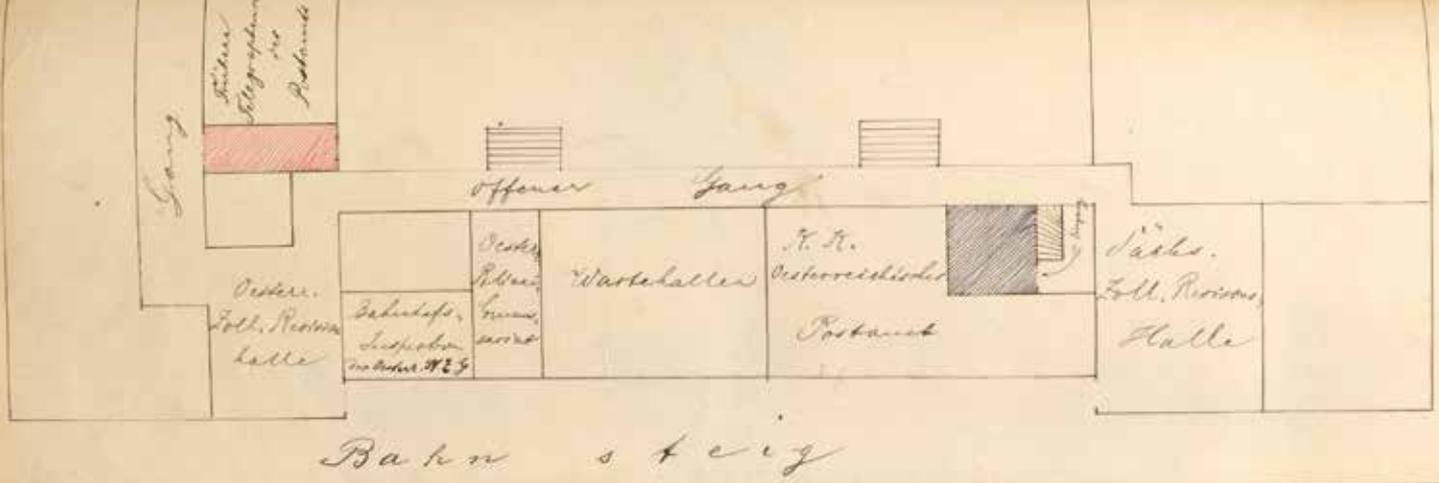
27 EZA 200/1/3418, Korrespondenz des Jahres 1906.

28 EZA 200/1/2085, Brief vom 25. April 1906.

29 Zur Problematik siehe Václav Zeman: Vzorník evangelických kostelů od Julia Zeissiga a jeho vliv na architekturu v Čechách na počátku 20. století. In: Průzkumy památek 24 (2017), Heft 1, S. 135-152.

#### Autor

PhDr. Václav Zeman  
Státní oblastní archiv  
v Litoměřicích, pobočka  
Děčín  
(Staatliches Gebietsarchiv  
Leitmeritz, Zweigstelle  
Tetschen-Bodenbach)  
Zbrojnická 14/1  
CZ-405 02 Děčín IV



Grundriss-Skizze des Bahnhofes in Podmokly.



jetziges Grundrissmessen des Bahnhofslandes von der österr. Postverwaltung angekauft.

# Die sächsische Beamten- kirchgemeinde Bodenbach

Konstantin Hermann

Grundriss des Bahnhofes  
Bodenbach (Podmokly) mit den  
Räumen der Zollverwaltung des  
Königreichs Sachsen  
© Sächsisches Staatsarchiv,  
Hauptstaatsarchiv Dresden

Die oft als „Fußnoten der Geschichte“ bezeichneten Episoden aus früheren Zeiten, die amüsant, aus heutiger Sicht unverständlich oder sogar im besten Sinne des Wortes bezeichnend sein können, finden sich überall. Sie erhalten ihre Chance in der retrospektiven Betrachtung dann, wenn die Zeitläufte ihnen überraschende Wendungen zuweisen oder sie attributieren, entweder als typisches Beispiel der Zeit oder eben nicht. Während die Eisenbahnstrecke um Bodenbach in Böhmen immer wieder Thema der vor allem verkehrsgeschichtlichen Betrachtungen war, wurde die Beamten-gemeinde bisher nur am Rande erwähnt.<sup>1</sup>

Eine solche Fußnote der sächsischen Geschichte ist unzweifelhaft die Existenz der Zoll- und Eisenbahnstation Bodenbach (Podmokly). Die Gemeinde Bodenbach entstand erst 1850, als sich mehrere Orte zusammenschlossen; ihr gegenüber, auf der anderen Elbseite, lag Tetschen (Děčín) mit seinem imposanten Schloss. Den rasanten Bevölkerungszuwachs verdankte Bodenbach seiner günstigen Lage am Fluss. Zählte

die Stadt 1930 über 22.000 Einwohner, waren es 1890 nur wenig über 7.500 gewesen.<sup>2</sup> An Gewerbe wies der Transitverkehrsplatz u. a. Spinnereien, chemische und Süßwarenindustrie sowie eine Bierbrauerei der Grafen Thun auf.

Die Episode in der sächsischen Geschichte, die den böhmischen Namen Bodenbach trägt, währte genau 88 Jahre und begann 1850. Am Jahresletztten wurde die Eisenbahnverbindung zwischen Österreich und Sachsen hergestellt, als eine Probezugfahrt von Bodenbach bis an die sächsische Grenze „anstandslos“ vollzogen wurde.<sup>3</sup> 1851 wurden bereits österreichische Exponate für die Londoner Industrieausstellung über Bodenbach transportiert.<sup>4</sup> Die Bahnstrecke von Bodenbach zur sächsischen Landesgrenze war ein Teil der sächsisch-böhmischen Eisenbahn von Dresden nach Prag. Am 6. April 1851 wurde die Eröffnung der Strecke zelebriert. In der Nähe des Bodenbacher Bahnhofes – also auf österreichischem Gebiet – wurde ein Beamtenwohnhaus errichtet, und zwar für die Beamten des sächsischen Zollamts in Boden-

1 Siehe z. B. Peter Hilbert: Flügelrad und Elbsandstein. 150 Jahre erste sächsisch-böhmische Eisenbahnverbindung Bodenbach-Dresden. 4. Auflage Pirna 2001.  
2 Meyers Lexikon, Leipzig 1936, Bd. 1, S. 1502; Brockhaus Konversations-Lexikon, Berlin, Wien 1898, Bd. 3, S. 192.  
3 Wiener Zeitung vom 4. Januar 1851, S. 34.  
4 Wiener Zeitung vom 22. Februar 1851, S. 552.

bach. Diese Behörde erhielt „unbeschränkte Erhebungs- und Abfertigungs-Befugnisse“.<sup>5</sup> Somit bestand eine sächsische Enklave auf österreichischem Gebiet. Bodenbach war eine Stadt, die zum allergrößten Teil von Deutschen bewohnt wurde, die überwiegend katholischen Glaubens waren – die Schreiber der Stadt Bodenbach an das Pfarramt der Beamtenkirchgemeinde waren auch nach 1918 stets in deutsch gehalten. Bodenbach beherbergte jedoch auch eine 1874 gegründete evangelisch-lutherische Gemeinde, die aus österreichischen Staatsbürgern bestand; allerdings war das Pfarramt nicht besetzt, sondern wurde von Aussig (Ústí nad Labem) aus verwaltet. Bis 1874 hatte in Bodenbach eine Filiale der Muttergemeinde Haber (Habřina) bei Auscha (Ústětk) bestanden.

### Bodenbach als Dienstort sächsischer Beamter

Mit den sächsischen Beamten kamen weitere Evangelische hinzu, die jedoch als Ausländer nicht zur Bodenbacher Gemeinde gehörten, sondern eine eigene Gemeinde bildeten: die Beamtenkirchgemeinde Bodenbach. Sie bildete eine Besonderheit, die sich zum Beispiel im „Sächsischen Pfarrerbuch“ gut nachvollziehen lässt, steht doch die Bodenbacher Gemeinde nicht alphabetisch eingereiht, sondern erst zum Schluss der drei Bände des Pfarrerbuchs.<sup>6</sup> Die Beamtenkirchgemeinde unterstand als exemtes Kirchspiel direkt der Landeskirche, also dem Oberkonsistorium. Zur Gemeinde gehörten alle reichsdeutschen bzw. sächsischen Eisenbahn- und Zollbeamten und die der Grenzgendarmarie nebst ihren Familienangehörigen. Die Parchie umfasste Bodenbach, Tetschen, Ober-, Mittel- und Niedergrund (Horní Žleb, Prostřední Žleb, Dolní Žleb) und sonstige an der Bahnlinie wohnende Beamte und ihren Angehörigen.<sup>7</sup> Die pfarramtliche Betreuung von Beamten des Reichs und Sachsens außerhalb des Königreichs war nicht nur auf Bodenbach beschränkt. So zum Beispiel wurden seit 1870 die Beamten, aber auch die in und um Weipert wohnenden Protestanten durch das sächsische Pfarramt in Bärenstein betreut; allerdings bestand in Weipert (Vejprty) keine Beamtenkirchgemeinde.<sup>8</sup> Das österreichische Ministerium für Kultus und Unterricht richtete 1906 ein evangelisches Pfarramt in Weipert ein, die die Betreuung durch Bärenstein nicht mehr notwendig machte. 1880 wies das Nebenzollamt Bodenbach einen Personalbesatz von neun Assistenten, 19 Aufsehern, drei Amtsdienern und einen Plombieur auf, das Nebenzollamt Tetschen fünf Assistenten, acht Aufseher, zwei Amtsdienern und

einen Plombieur, das Nebenzollamt Schöna einen Einnehmer, einen Assistenten sowie einen Amtsdieners und das Nebenzollamt Niedergrund einen Einnehmer.<sup>9</sup>

Die Verweildauer zumindest der Pfarrer der Beamtenkirchgemeinde in Bodenbach war recht kurz. Von 1852 bis 1920, dem Beginn der Verwaltung der Beamtenkirchgemeinde durch den Pfarrer von Bad Schandau (1922 bis 1932) und Königstein (1932 bis 1938/39), amtierten zwölf Pfarrer, die damit im Durchschnitt auf reichlich fünf Jahre Dienstzeit kamen. Am längsten blieben Paul Schletter (von 1896 bis 1906) und sein Vorgänger Ernst Ludwig Besser (von 1886 bis 1896). Aufgrund der politischen Verhältnisse besetzte man ab 1922 das Pfarramt nicht mehr. Letzter ordnungsgemäß eingesetzter Pfarrer war daher Erhard Johannes Starke, der 1922 den Dienst an der Beamtenkirchgemeinde übernahm, aber noch in demselben Jahr am 22. Oktober starb. Eine geringe Zahl an Bewerbern auf die Pfarrstelle in Bodenbach gab es indes nicht; auf die Stelle Bessers bewarben sich immerhin 26 Theologen. Martin Giebner, der Pfarrer von Bad Schandau, wurde vom Konsistorium im November 1922 mit der kommissarischen Verwaltung des Pfarramts Bodenbach beauftragt. Diese Verbindung der beiden Pfarrgemeinden

- 5 Leipziger Zeitung vom 5. April 1851, S. 1863 f. Abgedruckt ist die Bekanntmachung des Finanzministeriums zu Bodenbach.
- 6 Reinhold Grünberg: Sächsisches Pfarrerbuch. Freiberg 1940, Bd. 3, S. 731.
- 7 Kraut: Handbuch der Kirchen-Statistik für den Freistaat Sachsen nach dem Stande vom 1. Februar 1927. Dresden 1927, S. 402.
- 8 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (HStA Dresden), 10730 Sächsische Gesandtschaft in Wien, Nr. 301, Bl. 1.
- 9 HStA Dresden, 10992 Hauptzollamt Pirna, Nr. 150.

### Lageplan der Stadt Bodenbach (Podmokly) mit Sächsischem Beamtenwohnhaus gegenüber dem Bahnhof

© Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden



- 10 Siehe dazu Gerhard Lindemann: Heinrich Gottlieb. In: Konstantin Hermann/Gerhard Lindemann (Hrsg.): Zwischen Christuskreuz und Hakenkreuz. Biografien von Theologen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens im Nationalsozialismus. Göttingen 2017, S. 283-301.
- 11 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 14, Nr. 26, Bl. 1., Abschrift des Zeugnisses vom 10. April 1931 vom Kirchenvorstand der Sächs. Evang.-luth. Beamtenkirchgemeinde Bodenbach, gez. Reichardt, Zollamtman.
- 12 HStA Dresden, 10851 Ministerium der Finanzen, Nr. 7657, Bl. 144-148, Schreiben des Grenzgendarmariekommissars Winkler vom 28. Januar 1931.
- 13 HStA Dresden, 11225 Oberpostdirektion Dresden, Nr. 339, Schreiben vom 7. Juni 1880 an die Oberpostdirektion Dresden.
- 14 Ebenda, Bl. 87-96.
- 15 Ebenda, Bl. 20.
- 16 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 14, Nr. 28, Bl. 6.
- 17 HStA Dresden, 10851 Ministerium der Finanzen, Nr. 7657, Bl. 16-18, Schreiben vom 11. Mai 1925.
- 18 Siehe den Beitrag von Václav Zeman im vorliegenden Heft.
- 19 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 14, Nr. 28, Bl. 1, Jahrbuch für Freunde des Gustav-Adolf-Vereins, Leipzig 1 (1864), S. 113.
- 20 HStA Dresden, 11125 Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Nr. 21426, Bl. 2, Rundschreiben des Ministeriums vom 15. Dezember 1910; Gesetzsammlung 1827, S. 30.

hatte bereits für kurze Zeit zur Zeit des Deutschen Krieges 1866 bestanden. Giebner schloss mit seinen mehrseitigen Erinnerungen aus dem Jahre 1967 an seine Zeit in Bodenbach eine Lücke der landeskirchlichen Historiographie, die die Beamtenkirchgemeinde damals und bis heute kaum betrachtete. Zwar sind die Erinnerungen, wie alle, subjektiv, sie enthalten jedoch genügend Fakten, welche die unzureichende Quellenlage verbessern. Im Archiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche sind zwar verhältnismäßig viele Akten vorhanden, allerdings auch solche von der Ortsgemeinde und von nur geringer Aussagekraft.

Wie nicht wenige Pfarrer der Zeit nach 1918 musste auch Giebner eine Nebentätigkeit ausüben, da die eigene Gemeinde kaum ein Gehalt zahlen konnte. Er arbeitete daher halbtags in einer Filiale der Dresdner Bank. Immerhin zahlte die Landeskirche ab 1928 einen wöchentlichen Zuschlag. Während Giebner, wie bereits ausgeführt, Verwalter der Beamtenkirchgemeinde war, amtierte als Pfarrer der Ortsgemeinde Bodenbach Heinrich Gottlieb (von 1919 bis 1929), einer der wenigen „jüdischstämmigen Pfarrer“ der sächsischen Landeskirche.<sup>10</sup> Zumindest Gottlieb scheint durch die Diasporasituation in seinem späteren Wirken geprägt worden zu sein; das Zeugnis für Giebner, der 1930 nach Crimmitschau wechselte, weist aus: „Er hat als hervorragender Verkünder von Gottes Wort und Seelsorger unermüdet unablässig und erfolgreich hier in seinem durch die Lage jenseits der deutschen Grenze noch besonders beschwerten Amt gewirkt. Wenn auch unser Christenglaube in den Reihen unserer reichsdeutschen Beamtenschaft und ihrer Familien hier durch das Band des amtlichen Dienstes für unser deutsches Vaterland jenseits der Grenze einen festeren Halt als in anderen Berufen gegen die Flutwelle des Unglaubens von Osten her hat, so stellt die Tätigkeit hier an der Stätte des Völkerrings zwischen Deutsch- und Slaventum auch für den Geistlichen Amtsaufgaben ganz besonderer und schwieriger Art.“<sup>11</sup>

Die Ursachen für den Wunsch der Beamten und Pfarrer nach einer schnellen Rückkehr ins Reichsgebiet dürften mehrschichtig gewesen sein. Ein Grund war, dass eine exemte Parochie ihren Reiz haben kann, wenn sie sich im ferner gelegenen Ausland befindet, aber nicht hart an der sächsisch-böhmischen Landesgrenze in nächster Nähe zu Sachsen, ein zweiter die deutlich höheren Lebenshaltungskosten in Bodenbach. Schreiben der sächsischen Beamten mit Preisvergleichen zwischen Bodenbach und dem Reich an die vorgesetzten Behörden sind mehrfach aus den Jahren 1852 bis 1938 erhalten.

1931 wies ein sächsischer Beamter der Grenzgendarmarie darauf hin, dass lediglich Bier und Kaffee billiger seien; alle andere Waren, die in einer tabellarischen Übersicht mit Preisvergleichen belegt werden, seien teurer.<sup>12</sup> Bodenbach liege außerdem an einer wichtigen Transitroute zum Balkan und auch die Kurgäste in die böhmischen Bäder führen hier entlang, somit müssten die sächsischen Beamten höhere Kosten für Uniformen aufwenden, um auch „äußerlich der Würde des Sächsischen Staates und dem Ansehen des deutschen Reiches entsprechend aufzutreten“. Während die reichsdeutschen Beamten ihre staatlich angeordneten Gehaltseinbußen mit sinkenden Warenpreisen etwas kompensieren konnten, stiegen die Preise in Böhmen. Die gesamten finanziellen Einbußen der in Bodenbach tätigen Beamten betragen pro Jahr über 1.000 Reichsmark, was einem Viertel bzw. Fünftel des Jahresgehalts entsprach. Das Reichspostamt lehnte seinen Beamten ab, eine Ortszulage zu zahlen, sondern gab von Zeit zu Zeit eine außerordentliche Unterstützung für die Postbeamten aufgrund des „kostspieligen Aufenthalts“.<sup>13</sup>

Verschärft wurde dies bei den Beamten, die nicht im sächsischen Beamtenwohnhaus gegenüber dem Bahnhof wohnten, sondern private Mietwohnungen bezogen hatten. Das Beamtenwohnhaus bot nur Platz für vier Beamte und deren Familien, die deutlich geringere Mieten zahlten als die anderen. Der sächsische Staat beabsichtigte 1927 auf dem Grundstück des Beamtenwohnhauses den Bau weiterer Wohnungen und Geschäftsräumen; das Grundstück wurde jedoch enteignet.<sup>14</sup> Es war sicher keine Folge der Weigerung des Freistaats, 1924 auf das Angebot der Anglo-Tschechoslowakischen Bank nicht einzugehen, die Erdgeschossräume des Beamtenwohnhauses für die Bankfiliale einzurichten und dafür einen Anbau zu errichten. Man befürchtete, „rein tschechischen Interessen“ nachzugeben.<sup>15</sup> In den 1920er und 1930er Jahren spielten die ethnisch-politischen Fragen eine zunehmende Rolle, wie es sich in der zitierten Sentenz aus dem Zeugnis abbildet. Martin Giebner, Pfarrer in Bad Schandau, der Bodenbach verwaltete, schrieb in seinen Erinnerungen an die Zeit: „Erfreulich war die Kameradschaft zwischen den reichsdeutschen und tschechischen Beamten, besonders bei Beerdigungen von deutschen Beamten. [...] Dienstfreie Kollegen des Zolls der CSR beteiligten sich in Uniform an den Feiern auf dem Falkendorfer Friedhof, hoch über der Stadt Tettschen gelegen, es war nicht die geringste Animosität zu bemerken.“<sup>16</sup> Die Zurückhaltung der deutschen Behörden zeigte sich auch in der

Ablehnung der Bitte des Bundes der Deutschen in Böhmen Bodenbach, der für sein Bundesfest 1925 die Räume des Beamtenwohnhauses nutzen wollte.<sup>17</sup> Der Präsident des sächsischen Landesfinanzamts lehnte dies aus politischen Gründen ab, ebenso das sächsische und deutsche Ministerium des Auswärtigen. Die laufenden Kosten für das Beamtenwohnhaus wurden vom Reich und vom Freistaat jeweils zur Hälfte getragen.

### Im Spannungsfeld der (Kirchen-)Politik

Als der erste Gottesdienst der Beamtenkirchgemeinde am Reformationstag 1852 stattfand, wurde dieser noch im Betsaal des Beamtenhauses durchgeführt. Als Gemeinde, die der Landeskirche direkt unterstand, lehnte sich die Pfarochie Bodenbach eng an den Ritus der Heimatkirche an. Als Gesangbuch wurde zumindest in den 1920er Jahren das sächsische benutzt; ebenso lehnte sich die liturgische Ordnung des Gottesdienstes in Bodenbach der sächsischen an. Der Pfarrer der Beamtenkirchgemeinde hielt sich an die sächsischen Perikopenordnung, die Abendmahlsfeiern geschahen nach der sächsischen Agende. Wie andere evangelische Gemeinden in Böhmen führte ihr Wachstum im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts auch in Bodenbach zum Bau einer eigenen Kirche.<sup>18</sup> Nach Erinnerungen von Martin Giebner ließ der Gustav-Adolf-Verein die evangelische Kirche Bodenbachs 1883/84 errichten. Am 20. August

1884 erhielt sie ihre Weihe. Schon am 2. Oktober 1862 nahm die evangelische Schule in Bodenbach ihren Betrieb auf.<sup>19</sup> Die Kirche war für die einheimische evangelische Gemeinde bestimmt; die Beamtenkirchgemeinde durfte das Gotteshaus mitnutzen. Die Pfarrer der Orts- und der Beamtenkirchgemeinde wechselten sich in der Abhaltung der Gottesdienste regelmäßig ab. Der Besuch der Gottesdienste war Giebner zufolge zumindest in den 1920er Jahren gut, wenn auch 80 Prozent der Besucher aus der Schwestergemeinde, der Ortskirchgemeinde Bodenbach, stammten. Die Beamten konnten aufgrund der Dienstverpflichtungen oft nicht teilnehmen.

Kirchenpolitisch war Bodenbach insofern auch von Bedeutung, als dass Übertrittswünsche österreichischer Untertanen zur evangelisch-lutherischen Kirche hier erfolgen konnten. Das vorgesetzte sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterricht wies daher 1910 darauf hin, dass Übertritte durch das Gesetz vom 20. Februar 1827 geregelt werden.<sup>20</sup> Danach war die Konversion ein rein kirchenrechtlicher Akt, der ohne jede Mitwirkung der staatlichen Behörden erfolgte und dessen pfarramtliche Bestätigung für den automatischen Beitritt zur sächsischen Landeskirche ausreichte. Der sächsische Pfarrer Bodenbachs betreute auch österreichische Staatsbürger. Die sächsische evangelische Diasporagemeinde Augsburger Bekenntnisses war damit auch für österreichische Staatsangehörige zuständig, was durchaus als Besonderheit zu bezeichnen ist.



Jubiläumsfeier zum 75-jährigen Bestehen der Beamtenkirchgemeinde Bodenbach 1927. Von links nach rechts: Pfarrer Große, Bautzen; Superintendent Fröhlich, Leipzig; Superintendent Albert Gummi, Aussig; Pfarrer Schletter, Reinhardtsdorf; Pfarrer Giebner, Bad Schandau; Pfarrer Gottlieb, Bodenbach; Pfarrer Säuberlich, Rosendorf. Bildnachweis bleibt wie von mir angegeben.  
© Landeskirchenarchiv, Bestand 20, Nr. 1969



Blick auf Bodenbach, 1929,  
im Vordergrund die  
evangelische Kirche  
© Sammlung ZKG

Gebühren wurden von Österreichern kaum erhoben; was noch zusätzlich für die Akzeptanz spricht.

Mit Entstehung der Beamtenkirchgemeinde verhandelten Österreich und Sachsen um die Gründung einer evangelischen Schule für die Kinder der Beamten, was schließlich auch durchgesetzt werden konnte.<sup>21</sup> Leiter dieser Schule war, mit dem Titel eines Oberlehrers, der Pfarrer selbst, der von einem Lehrer unterstützt wurde. Aufgrund der geringen Kinderzahl war die Besoldung des Lehrers niedrig. Das Kaiserreich Österreich tolerierte die Gründung der Schule unter der Maßgabe, dass bei Einrichtung eigener evangelischer Schulen in Bodenbach die „sächsische Schule“ zu schließen sei. Eine solche öffentliche Schule war aber schon Jahre zuvor eröffnet worden. Österreich drängte daher 1910 auf Klärung dieser Frage, in der sich der sächsische Staat und das Oberkonsistorium einig waren – beide befürworteten den Fortbestand der eigenen evangelischen Schule in Bodenbach. Österreich strebte ebenso die Aufhebung der Beamtenkirchgemeinde an. Die Meinung der sächsischen Regierung und Landeskirche entsprach durchaus der Meinung der übergroßen Mehrheit der Mitglieder der Beamtenkirchgemeinde. 1912 führte das Pfarramt der Beamtenkirchgemeinde eine Umfrage durch, ob man an der eigenen Parochie und Schule festhalten wolle. Fast alle stimmten mit „ja“; einer begründete dies mit dem Satz „Wegen des Bewußtseins sächsischer Zusammengehörigkeit“.<sup>22</sup> Die ausgefüllten Fragebögen übersandte die Kirchgemeinde dem Oberkonsistorium. Bis zur Implosion des österreichischen Kaiserreichs 1918 geschah in der Angelegenheit nichts mehr. Allerdings trat nach Ende des Krieges die Frage erneut an die Verwaltung heran,

denn die Beamten gingen immer mehr dazu über, ihre Kinder auf die öffentlichen, staatlichen Schulen der Tschechoslowakei zu schicken. Die Schule der Beamtengemeinde wurde daher schließlich 1922 geschlossen. In Deutschland wurde dies von den Behörden kritisch gesehen; hier fürchtete man die Gefahr eines sich auflösenden Bandes bzw. sogar einer „Tschechisierung“. Interessanterweise hatte sich in zehn Jahren die Einstellung zur eigenen Schule anscheinend gewandelt. Auch wenn Giebner rückblickend überaus positiv über die Kameradschaft deutscher und tschechoslowakischer Beamter in Bodenbach schreibt, muss dies sicher relativiert werden, zumal auch das für und über ihn ausgestellte Zeugnis die Grenzlandproblematik in Bodenbach thematisiert. Es war sicher so, dass im direkten Kontakt zwischen den Deutschen und Tschechen vor Ort ein unkompliziertes Verhältnis bestand, doch es kann kein Zweifel bestehen, dass politische Konflikte bestanden, die sich u. a. bei der Vergrößerung des Beamtenwohnhauses oder der erwähnten Zurückhaltung bei der Vermietung von Räumen für nationale Feiern zeigten.

Besonders die Beamten unterlagen auf beiden nationalen Seiten Beachtung. Nach 1918 warfen die Deutschen den Behörden der Tschechoslowakei vor, als Speerspitze der „Tschechisierung“ Beamte aus tschechischsprachigen Landesteilen im deutschen Gebiet anzusiedeln, denen Gewerbetreibende mit ihren Familien u.a. folgten. Der tschechoslowakische Staat ließ Häuser für die Beamten errichten. Auch Bodenbach gehörte wie andere Städte mit einem Großteil deutscher Einwohner zu den Orten, in denen für tschechische Beamte Mietshäuser errichtet wurden.<sup>23</sup> Der Nationalitätenkampf ist daher in Bodenbach gut nachzuvollziehen und kann in Verbindung mit der Beamtenkirchgemeinde Gegenstand weiterer Forschung sein. Dazu gehört ebenso Bodenbachs Rolle bei dem Transport alliierter Truppen und aus der Kriegsgefangenschaft entlassener Tschechen aus Sibirien, die über Hamburg bzw. Cuxhaven nach Deutschland kamen.<sup>24</sup>

Der Wunsch sowohl des österreichischen als auch später des tschechoslowakischen Staates nach Schließung der sächsischen Dependenz war neben den bereits geschilderten staatlichen Implikationen auch mit der merkwürdigen Zwitterstellung der sächsischen Pfarrgemeinde Bodenbach begründet, die sowohl auf sächsischer Ebene als auch auf Reichsebene immer wieder debattiert wurde. Der Friedensvertrag von St. Germain von 1919 sparte Bodenbach aus. Die Zwitterstellung

21 HStA Dresden, 10730 Sächsische Gesandtschaft zu Wien, Nr. 301, Bl. 4-5, Schreiben der sächsischen Gesandtschaft vom 19. April 1910.

22 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 50, Nr. 29, Fortbestand der Beamtenkirchgemeinde 1912-1916, Fragebogen vom 7. September 1912.

23 Siehe z. B. Eine weitere Tschechisierungsaktion. In: Pilsner Tagblatt vom 16. März 1925, S. 3.

24 Siehe dazu die Debatten im Reichstag und im sächsischen Landtag. Zu letzterem: Verhandlungen des sächsischen Landtags, 144. Sitzung vom 23.7.1920, bes. S. 4581f.

25 Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 14, Nr. 26, Bl. 8.

26 Ebenda, Bl. 10-15.

27 Carlies Maria Raddatz-Breibach: Quellen zur böhmisch-sächsischen Geschichte. Archiv und Amtshandlungsregister der Kgl. Sächs. Ev.-Luth. Beamtengemeinde Bodenbach. In: Informationen zum Archivwesen in der Ev.-luth. Landeskirche Sachsens Nr. 11, 1/2009, S. 2-3.

28 Über Giebner entsteht derzeit eine Kurzbiografie des Autors für die „Sächsischen Lebensbilder“.

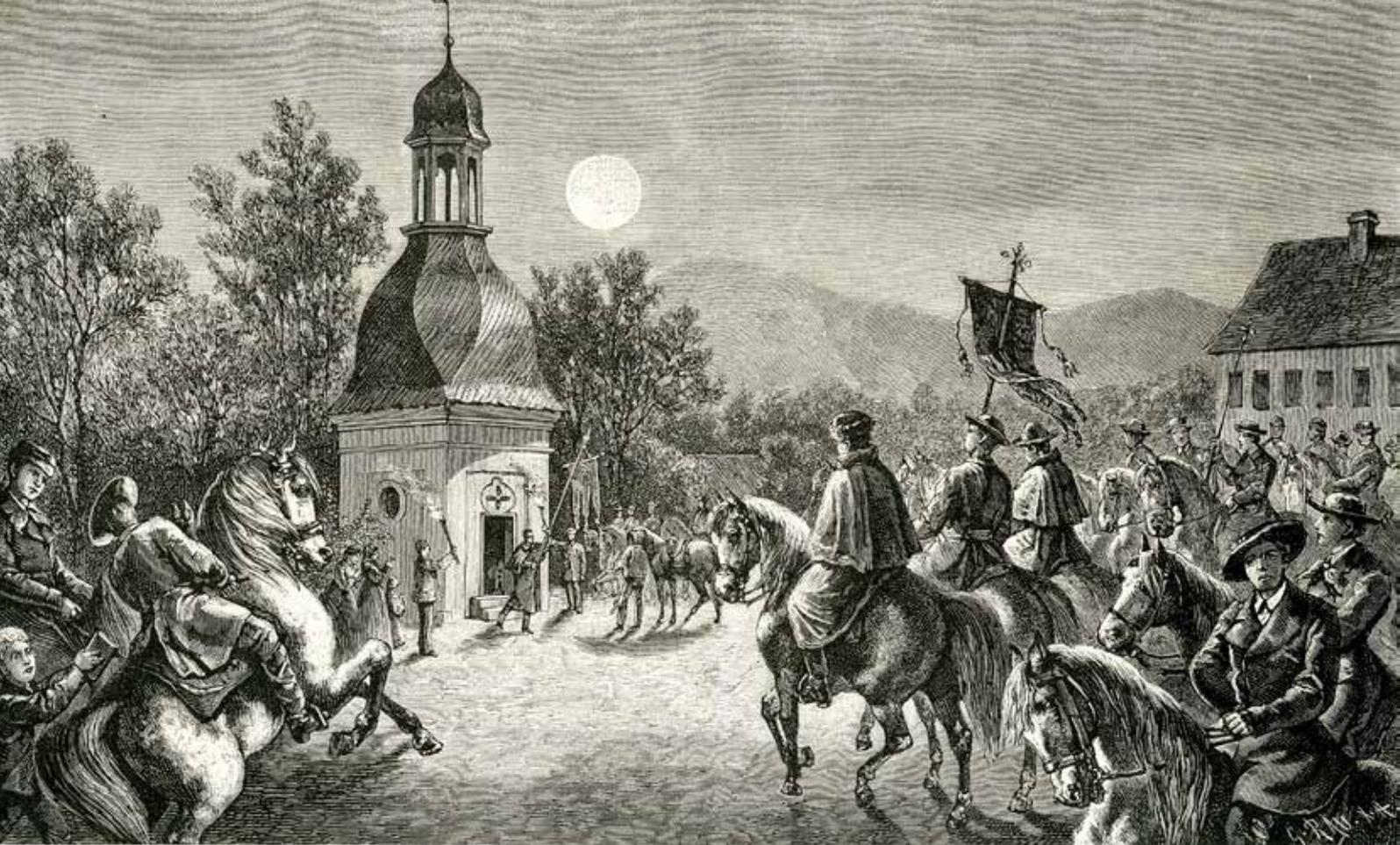
zeigte sich in den Befugnissen des Pfarrers, der nicht nur kirchenamtliche, sondern auch Amtshandlungen im Sinne des Reichs ausüben durfte. Dazu gehörte vor allem sein Wirken als Standesbeamter. Giebner erinnerte sich, wie er in seiner Amtszeit vermied, diesbezüglich Aufmerksamkeit zu erregen. Er fand bei Übernahme der Betreuung des Pfarramts ein Dienstsiegel mit der Umschrift „K. S. Pfarramt Bodenbach (Böhmen)“ und einem Kreuz in der Mitte vor; das „K“ für „Königlich“ war entfernt worden. Für den Verkehr mit den Behörden ließ er weitere Stempel anfertigen; einen mit dem Wappen des Freistaats und der Schrift „Ev.-luth. Pfarramt der Beamtenkirchgemeinde Bodenbach“ und einen zweiten für den Verkehr mit den tschechoslowakischen Behörden mit der Schrift „Evangelický farní úřad v Podmoklech“ sowie einen Standesamtsstempel. Als Standesbeamter beurkundete Giebner Ehen zwischen Deutschen und Tschechoslowaken und verlangte nach Vorschrift Ehefähigkeitszeugnisse, die jedoch nur von den Prager Ministerien ausgestellt werden konnten. Tatsächlich, so Giebner, gab es einmal eine Frage aus Prag, warum man dieses in Bodenbach benötige; offenbar in Unkenntnis der Befugnisse des Pfarrers. „Das kleine unbedeutende exemte Pfarramt nahm für sich Exterritorialität für seine Amtshandlungen in Anspruch. Dessen war ich mir immer wohl bewußt.“ Nach reichsdeutschem Gesetz registrierte der Pfarrer Geburten, Ehen und Sterbefälle und stellte Urkunden aus. „Hätte man Umschau gehalten und die Angelegenheit von dem Bestehen eines reichsdeutschen Pfarramts auf tschechischen Boden aufgegriffen, so hätte das unliebsame Folgen haben können. Es war einmal nahe dran!“, so Giebner.<sup>25</sup> Um nach 1918 eine rechtlich sichere Stellung für die Beamtenkirchgemeinde Bodenbach zu erreichen, verhandelte das Oberkonsistorium mit dem Auswärtigen Amt um Anerkennung, das jedoch kein Interesse an dieser Frage zeigte. Der Kirchenvorstand schlug daraufhin der Landeskirche vor, dass die sächsischen Beamten Kirchensteuer bezahlen sollten, um einen gewissen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Das Geld wurde u. a. für die Mitbenutzung der Ortskirche für Gottesdienste und Konfirmandenunterricht verwendet, ebenso für die Auslagen des Bad Schandauer und Königsteiner Pfarrers, die die Beamtenkirchgemeinde betreuten. Das Ende für die Beamtenkirchgemeinde kam nicht erst 1945 mit der Vertreibung und Flucht der Deutschen aus Böhmen, sondern bereits 1938/39. Als die Tschechoslowakei im Okto-

ber 1938 das Sudetenland abtreten musste, entfiel die Notwendigkeit der Zollstation Bodenbach. Die Beamten wurden zum großen Teil an andere Dienststellen versetzt; es blieben lediglich einige ältere im Ort. Die Beamtenkirchgemeinde Bodenbach erlosch. Die Gemeindeglieder wechselten zur Ortsgemeinde Bodenbach. „Eine Episode deutscher und evangelischer Geschichte, die sich in einem Winkel unseres Vaterlandes zugetragen hatte, war zu Ende gegangen. Stille breitete sich aus über sie. Heute weiß kaum noch jemand etwas von der Existenz der kleinen exemten Pfarochie der ev.-luth. Gemeinde in Bodenbach. Ja, auch die Ortsbezeichnung Bodenbach ist von der Landkarte verschwunden. [...] Es ist ein Nekrolog“, schrieb Giebner am 6. Januar 1967.<sup>26</sup>

Die Erinnerungen an Bodenbach schrieb er auf Bitte des landeskirchlichen Archivpflegers Walter Hunger. Mit dem Übergang der Verwaltung der Beamtenkirchgemeinde von Bad Schandau zu Königstein übergab Giebner am 7. April 1931 dem dortigen Ortspfarrer Archivalien wie die Kirchen- und Konfirmandenbücher der Jahre 1852 bis 1930. Im Zuge der Auflösung der Gemeinde gelangte ein Teil 1938 an das Archiv der Landeskirche Dresden, wo sie 1945 untergingen. Ein Teil der Kirchen- und Konfirmandenbücher befindet sich heute in tschechischen Archiven.<sup>27</sup> Auch das Standesamtsbuch wurde 1931 übergeben. Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, dass die Landeskirche ausgerechnet auf einen Pfarrer zugehen musste, der der damnatio memoriae verfallen war; zumindest durch die Landeskirche. Martin Giebner war 1951 zum römisch-katholischen Glauben konvertiert und wurde zwei Jahre später zum Priester geweiht; von seiner Frau ließ er sich scheiden, die in ein Kloster ging.<sup>28</sup> Es war daher nicht weiter verwunderlich, dass Giebner 1967 schrieb: „Sie werden erkennen, dass ich mir redlich Mühe gegeben habe, allen Wünschen gerecht zu werden. Es war das mein letzter Dienst auch gegenüber der Landeskirche von Sachsen.“ Das erste Exemplar seiner Erinnerungen hatte Giebner unglücklicherweise mit der Briefmarke der neuen Serie der Bundespost mit Ansichten von Städten frankiert, die zum Teil in den Ostgebieten lagen. Postsendungen mit diesen Marken wurden von der Deutschen Post der DDR beschlagnahmt oder zurückgesandt. Giebner hielt übrigens die Herausgabe solcher Marken für ungeschickt. Auch diese Episode ist lediglich eine Fußnote, eine sehr kleine, aber im Sinne des einfühlend geschriebenen ebenfalls bezeichnend.

#### Autor

Dr. Konstantin Hermann  
Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden  
01054 Dresden  
konstantin.hermann@slub-dresden.de



## Kultur im Rhythmus der Natur

### Winter und Frühling in der traditionellen Brauch- und Festkultur des böhmisch-sächsischen Raumes

Stefan Dornheim

Osterreiten in Tetschen (Děčín).  
Abholen der Fahnen aus der  
Kapelle in Loosdorf (Ludvíkovice)  
in der Osternacht. Zeichnung von  
W. Wollschläger, um 1885  
© Sammlung Dornheim

St. Johannis, Michaelis oder Martin... - um religiöses und soziales sowie lebens- und arbeitsrelevantes Wissen gemeinsam zu erinnern, bedienen sich traditionelle Gesellschaften eines Festkalenders. Wie ein engmaschiges Netz an Erinnerungsdaten legte sich dieser über den Zyklus der Jahreszeiten und lenkte die Abläufe religiösen, kommunalen und familialen Lebens über lange Zeitläufe hinweg in relativ befestigten Bahnen. Durch sein spezifisches Brauchtum prägte und unterschied er konfessionelle und regionale Identitäten und erzeugte Gefühle zeitlicher Kontinuität sowie sozialer Zusammengehörigkeit und Abgrenzung.

Der vorliegende Beitrag fragt nach Formen und Entwicklungslinien der Brauchkultur des traditionellen Festkalenders im ehemals deutschsprachigen Nord- und Westböhmen. Er interessiert sich dabei für die Unterschiede zwischen den einst ka-

tholisch und evangelisch geprägten Kulturlandschaften ebenso wie für die aus enger Nachbarschaft heraus erwachsenen Gemeinsamkeiten in der böhmisch-sächsischen Grenzregion. Im Folgenden soll ein, durch den Rahmen des Beitrages bedingt, freilich nur exemplarischer Blick auf das vielfältige Brauchtum des ehemals deutschsprachigen nord- und westböhmischen Raumes gegeben werden.

#### Brauch und Tradition – Verlust und Wandel

Das im 19. und 20. Jahrhundert steigende wissenschaftliche und populäre Interesse an der Alltagskultur der breiten Bevölkerung kann gewissermaßen als ein Produkt und zugleich als ein Symptom der Moderne begriffen werden.

Die durch die Industrialisierung beschleunigten gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen wurden häufig als bedrohliche Verunsicherung empfunden. Dies führte zu einer Beschäftigung mit den scheinbar stabilen Elementen in der Kultur, die man vor allem in den ländlich-bäuerlichen und kleinstädtischen Milieus noch zu finden glaubte. Neben der Entstehung der Volkskunde als wissenschaftlicher Disziplin führte dieser Trend aber auch zu einer Folklorisierung und Politisierung der populären Kultur. Das Interesse der historischen Volkskunde galt in ihrer frühen Zeit besonders der Sammlung und Dokumentation regionaler Bräuche und Sitten. Unter einem Brauch versteht man bekanntlich eine innerhalb einer Gemeinschaft entstandene, regelmäßig wiederkehrende, soziale Handlung von Menschen in festen, stark ritualisierten Formen, deren zeichnerhafte Sprache und Bedeutung der teilnehmenden Gruppe bekannt ist. Bräuche wirken handlungsorientierend. Sie dienen der Erhaltung und Weitergabe von Traditionen, der Stiftung von Sinn, Identität und Integration sowie dem inneren Zusammenhalt einer Gruppe.

Anders als der Ritus ist der Brauch weniger symbolhaft auf ein transzendentes Ziel gerichtet, obwohl sich viele Bräuche im Laufe langfristigen kulturellen Wandels aus kultischen und rituellen Handlungen heraus entwickelt haben. Der Brauch ist gegenüber individuellen Gewohnheiten ebenso abzugrenzen wie zum Begriff der „Sitte“, welche die hinter dem Brauch stehende moralische Ordnung bezeichnet. Das kulturelle Gesamtphänomen aller Bräuche einer Gemeinschaft beziehungsweise einer zusammenhängenden Gruppe von Bräuchen bezeichnet die volkskundliche Brauchforschung inzwischen als Brauchkomplex, um den als veraltet geltenden Begriff Brauchtum zu ersetzen.<sup>1</sup>

Bräuche begleiten meist bestimmte, als Übergänge oder Einschnitte wahrgenommene Erfahrungen, etwa im Lauf des menschlichen Lebens (z. B. Geburt, Erwachsenwerden, Sexualität, Heirat und Tod), des gesellschaftlichen Zusammenlebens (z. B. Jubiläen, Feste, Feiern), in den Zeiten und Festen des Kirchenjahres oder auch im naturbestimmten Lauf des landwirtschaftlichen Arbeitsjahres – wobei diese Bereiche in der Alltagskultur eng miteinander verwoben und vielfach aufeinander bezogen waren. Bräuche müssen sich häufig veränderten Denkweisen und Lebensbedingungen anpassen. Im Lauf ihrer Entwicklung können sie mitunter ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren, indem sich Form und Sinngehalt voneinander entkoppeln. Sie werden dann oft als sinnentleerte Formen weitergeführt, die von den Akteuren nicht mehr verstanden werden können. So führte

beispielsweise der sich im 19. und 20. Jahrhundert vollziehende Übergang von einer vorwiegend agrarischen zu einer städtisch-industriell geprägten Gesellschaft zum Verlust vieler regionaler Bräuche und kollektiver Gewohnheiten, die sich mit dem Leben in einer vorindustriellen Welt verbanden.<sup>2</sup> Kulturelle Verluste durch den Abbruch der regionalen Traditionsketten ergaben sich auch in der durch historische Brüche und einen Bevölkerungsaustausch geprägten Kulturlandschaft wie dem ehemaligen sächsisch-böhmischen beziehungsweise deutsch-tschechischen Grenzraum. Kultur- und Identitätsverluste lassen sich aber nicht allein in der Vergangenheit ausmachen. Vor dem Hintergrund aktuellen kulturellen Wandels durch massenmediale, virtuelle und globalisierende Entwicklungen, aber auch durch demografische Probleme wie Überalterung, Landflucht und das beginnende Sterben der Dörfer im Osten Deutschlands bekommt die längst friedliche tschechisch-deutsche Nachbarschaft im Sinne eines starken Europa der Regionen auch eine Bedeutung für die gemeinsame Erforschung und Bewahrung des kulturellen Erbes.

### Bräuche im Jahreskreis

Neben permanentem Wandel und Traditionsverlusten kam und kommt es allerdings auch stetig zur Entstehung neuer Bräuche. Die Vielfalt der überlieferten Bräuche hat die volkskundliche Forschung zu verschiedenen Ordnungsversuchen angeregt, so etwa nach bestimmten Regionen, nach Typen (Feuer- und Wasserbräuche, Heische- und Lärmbräuche), nach Religionen und Konfessionen, Berufen und Ständen, nach den Bräuchen im Lebenslauf oder denen im Jahreskreis.

Im Folgenden soll ein exemplarischer Blick auf die Bräuche im Verlauf eines Jahres im deutschen Nord- und Westböhmen gegeben werden, wie sie von der noch jungen Volkskunde in den Jahrzehnten um 1900 umfassend gesammelt und dokumentiert worden sind. Die Ausführungen basieren dabei weitgehend auf den umfassenden Erhebungen des Egerländer Historikers und Volkskundlers Alois John (1860–1935).<sup>3</sup> Die Darstellung der böhmischen Winter- und Frühjahrsbräuche wird in verschiedenen Aspekten mit den angrenzenden sächsischen Regionen verglichen, wofür Arbeiten von Eugen Mogk, Ernst John-Annaberg, Paul Benndorf und E. Preusche herangezogen wurden.<sup>4</sup>

Die Bräuche im Jahreslauf orientierten sich an den natürlichen Gegebenheiten des durch den Lauf der Sonne vorgegebenen Wechsels der Jahreszeiten. Eng damit verbunden waren die wiederkehrenden Abläufe im bäuerlichen Arbeits-

1 Vgl. Andreas C. Bimmer: Brauchforschung. In: Rolf W. Brednich (Hrsg.): Grundriss der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie. 3. Auflage Berlin 2001, S. 445–468.

2 Vgl. Ebenda.

3 Alois John: Sitte, Brauch und Volksglaube im deutschen Westböhmen. 1. Auflage Prag 1905, 2. Auflage Reichenberg 1924.

- 4 Ernst John-Annaberg: Aberglaube, Sitte und Brauch im sächsischen Erzgebirge. In: Mitteilungen des Vereins für Sächsische Volkskunde 3 (1903-1905), S. 203-207; S. 233-240, 278-285, S. 307-316; Paul Benndorf: Beiträge zum Aberglauben in Sachsen. In: Mitteilungen des Vereins für Sächsische Volkskunde 2 (1900-1902), S. 263-271, 316-318; E. Preusche: Weihnachtsbrauchtum im erzgebirgischen Grenzland. In: Mitteldeutsche Blätter für Volkskunde 11 (1936), S. 187-189; Eugen Mogk: Sitten und Gebräuche im Kreislauf des Jahres. In: Robert Wuttke (Hrsg.): Sächsische Volkskunde. Dresden 1900, S. 274-292; Eugen Mogk: Aberglaube und Volksmythen. In: Ebenda, S. 293-312.
- 5 Folgende Wahrsage- und Beschwörungsbräuche fanden sich im sächsischen und westböhmischem Raum an diesen Tagen vor allem in den abendlichen Spinnstuben verbreitet: Bleigießen, Töpfeheben, Schuhwerfen, Scheiteziehen, Zaunschütteln, Liebeskränzchen, Kugelgießen, Horchengehen, Brotschwimmen und Lichtschwimmen, das Wanderbündel heben, Namenlöschen, Kugeln auflösen, Zettel schreiben, Leinsäen, Äpfel abschälen, am Ofentopf horchen, Gänseorakel, Heringessen, Baumschütteln und das Hühnerstallklopfen. Zur genaueren Erläuterung dieser Praktiken siehe John 1924 (wie Anm. 3), S. 1-33. Die Zitation erfolgt nach der Ausgabe von 1924.
- 6 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 5-10.
- 7 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 15-23.

jahr zwischen Aussaat und Ernte. Mit diesen beiden Strängen verknüpft sich ein weiterer: das Kirchenjahr, mit seinem Festtags- und Heiligenkalender welches die Zeit durch wichtige religiöse und kulturelle Erinnerungspunkte strukturierte und besondere Festzeiten von der Arbeitszeit trennte.

### Der Winter – Adventszeit, Weihnacht und Jahreswechsel

Waren die Feldarbeiten beendet und inzwischen Schnee und Kälte eingebrochen, so war es in den Wochen vor Weihnachten nicht nur in Sachsen und Böhmen üblich, ein Schwein zu schlachten und die Nachbarn mit Würsten, Wurstsuppe und Fleisch zu bedenken. Die Arbeiten waren nun lediglich noch auf den Hof konzentriert. Tagsüber geschah der Drusch des Getreides auf den Scheunentennen. Die langen Abende hingegen wurden für die sogenannten Spinn- und Rockenstuben genutzt. Dabei handelte es sich um einen wichtigen Teil der dörflichen Jugendkultur, bei denen sich Mädchen und junge Frauen des Dorfes abendlich reihum in den Stuben der Bauerngehöfte trafen, um gemeinsam den geernteten Flachs zu verspinnen. Dies war verbunden mit Geselligkeit, bei der auch die jungen unverheirateten Männer des Dorfes oft anwesend waren. Geschichten und Legenden wurden erzählt, Scherz, Gesang, Musik und Tanz waren üblich. Wenn auch von den Amtskirchen oft argwöhnisch beobachtet und reglementiert, wurde diese Einrichtung von den Dorfgemeinschaften als Freiraum der jungen Leute mitunter hartnäckig verteidigt.

Mit dem 1. Advent beginnt das neue Kirchenjahr und damit ein neuer Zyklus des kirchlichen Festkalenders. Mit der Adventszeit verband sich nicht nur in Böhmen eine erwartungsfrohe Stimmung, in die das Weihnachtsfest, die Geburt Christi, schon sein Licht voraus warf. Dabei waren vielfältige Bräuche üblich, bei denen sich christliche und vorchristliche Traditionen verbanden. Im katholischen Böhmen pflegte man vielerorts die kirchliche Adventstradition der morgendlichen Rorate-Messe (Frühmesse), zu der Alt und Jung mit Laternen und Wachslaternen zogen, sowie Abendandachten im Haus nach dem Abendessen durch den Hausherrn vor der Familie und den Angestellten des Hofes. Zugleich hielten sich aber auch alte, auf vorchristliche Wurzeln zurückgehende Vorstellungen, wie der Glaube an den Umzug der Seelengeister in diesen dunklen Tagen. Dazu kam der Glaube an die Erforschbarkeit der Zukunft an bestimmten Los-Tagen oder -Nächten, welche als besonders geeignet galten, durch Wahrsage-, Orakel- oder Beschwörungsbräuche sein zukünftiges Schicksal insbesondere zu Fragen der Liebe, des

künftigen Ehepartners, des Berufes, des Wanderns oder Bleibens, von Gesundheit oder Krankheit, Leben oder Sterben zu erfahren. Als geeignete Los-Tage galten St. Andreas (30. November), St. Lucia (13. Dezember), St. Thomas (21. Dezember), die Heilige Nacht (24. Dezember) und St. Silvester (31. Dezember).<sup>5</sup>

Im Dezember reihen sich weitere bedeutungsvolle Heiligtage, deren Brauchtum auch im lutherischen Sachsen im 19. Jahrhundert noch nicht völlig verschwunden war.

Zu St. Barbara (4. Dezember) widmete man sich dem Schneiden von Birkenzweigen und sorgte für deren Aufstellung im Warmen, damit sie zu grünen begannen. Sie wurden dann zu St. Stephan (26. Dezember) sowie am Neujahrstag (1. Januar) zum „Peitschen“ benutzt, ein auch zu Ostern und Pfingsten von den jungen Leuten geübter Brauch, offensichtlich zur gegenseitigen Übertragung von Vitalität und Lebenskraft. Am Vorabend des 6. Dezember kam St. Nikolaus als gabenspendender milder Kinderfreund, zugleich aber auch als gruselige Schreckgestalt. In den böhmischen Orten war die Nicklas, Nickolo, Nicklei oder Neinickl genannte Bischofsgestalt oft zusammen mit dem dämonischen Zemba, Teufel oder Krampus, der neben dem Heiligen gegenüber den Kindern das Schreckliche und Strafende verkörperte. In Sachsen hatte sich seit etwa 1650 die Figur des Knecht Ruprecht und damit eine aus Franken stammende Tradition eingebürgert, welche gute und strafende Eigenschaften in sich vereinte. Maria Empfängnis (8. Dezember) galt im katholischen Böhmen als Ehrentag der Frauen, an dem diese keine Arbeit verrichten sollten. Andernfalls erscheine ihnen eine weiße Frau und schrecke sie von der Arbeit ab, bis sie aufhörten. An St. Thomas war abends das Spinnen untersagt, denn Frau Holle gehe in dieser Nacht strafend mit der Rute um, und mit einer Reihe missgestalteter Wesen, wohl toter Seelen, um nachzusehen, ob jemand spinne.<sup>6</sup> Der Heilige Abend galt, wie die das Weihnachtsfest seelisch vorbereitende Adventszeit, weithin noch als strenger Fastentag, der auch überall gehalten wurde. Wer in Böhmen gut fastete, dem erscheine das „Goldne Schwein“, welches sich auch gern guten unschuldigen Kindern und Sonntagskindern zeige und stets glückbringend sei. Ähnliche Vorstellungen sind auch in Thüringen und Sachsen belegt. Wer aber vorher esse, dem schlitze der Zemba den Bauch auf. Die Tiere des Hofes erfreuten sich an diesem Tag der besten Fürsorge: frühmorgens Säuberung aller Ställe, unter die Rinder wurde Asche gestreut, damit sie feste Füße bekämen und nicht krumm würden. Die Stalltiere erhielten mit Einbruch der Dämmerung vor der Abendmahlzeit des Hauses eine besondere Lecker Mahlzeit, s'G'leck, meist ein Ge-

misch aus Hafer, Kleie, geweihtem Salz, darunter Stücke von Äpfeln, Nüssen oder etwas vom Weihnachtsgebäck. In einigen böhmischen und sächsischen Orten geschah dies auch schon vormittags. Andernorts wurden den Kühen auch geschmückte trockene Kränze aus Getreideähren und Feldblumen gefüttert, damit sie im kommenden Jahr viel und gute Milch gaben. Auch der Haushund bekam ein Stück Weihnachtsgebäck, mit etwas geweihtem Salz und einem Pfefferkorn, damit er im neuen Jahr stets wach bleibe. Die Bäume des Gartens und der Hausbrunnen bekamen ebenfalls eine Opfergabe zugebracht. Vormittags, häufiger aber nach dem Abendessen wurden die Bäume bzw. der Brunnen oder das Feld „gefüttert“. Dies geschah in Böhmen mancherorts durch das Hinaustragen und/oder Vergraben der Speisereste des Essens vom Heiligen Abend bzw. durch das Hinabwerfen einiger Brotkrumen in den Hausbrunnen, damit er nie austrockne. In vielen westböhmischen, aber auch sächsischen Orten geschah das „Drosseln“ aller Gartenbäume durch ein gewundenes Strohband (Drossel) um jeden Stamm, damit sie im kommenden Jahr fruchtbar blieben.<sup>7</sup>

Im sächsischen Raum entwickelte sich das Weihnachtsfest seit dem 19. Jahrhundert vor allem in ein bürgerliches Familien- und Kinderfest, dessen Glanzpunkt der Weihnachts- oder Lichterbaum darstellt sowie der Gabentisch, auf dem nach der Bescherung am Heiligabend die Geschenke ausgebreitet liegen. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit kannte man in Sachsen diese Dinge nicht. Das Christfest wurde vor allem kirchlich gefeiert. In den Familien gab es lediglich große Schmausereien und Gelage, die vermutlich noch aus den vorchristlichen Winterfesten überkommen waren. Allerdings gab es bereits grüne Zweige, Äpfel und auch die stollenartigen Festgebäcke, mit denen sich noch alte magische Vorstellungen von den Kräften der Natur verbanden. Der Gabentausch stammte ursprünglich von einem Brauch, sich unter Erwachsenen am Neujahrstag zu beschenken, der bis auf die Römerzeit zurückreicht, sich auch im germanischen Gebiet einbürgerte und im Mittelalter sehr verbreitet war. Lehnsherr und Lehnsmann, Herr und Diener, Beamte, Obrigkeit und Untertanen beschenkten sich gegenseitig, um sich ihrer Loyalität beim Jahreswechsel zu versichern und sie dadurch zu erneuern. Erst seit der Reformationszeit erfolgte eine Besenkung der Kinder zusammen mit einem pädagogisch-moralischem Impetus. Ausgehend von den protestantischen Gebieten Mitteldeutschlands verbreitete sich dieser Brauch. Der Pfarrer Thomas Winzer aus dem sächsischen Wolkenstein notierte 1571: „Gemeinlich die Kinderlein fünf-ferley Dinge in solchem Bündel vorfinden: Geld,

Stollen, Zuckerzeug und Pfefferkuchen, Kleider, Bücher und Schreibmaterial und daneben die angebundene Christrute.“<sup>8</sup>

Mit dem Weihnachtsfest begann auch die magische Zeit der Zwölf Nächte (25. Dezember bis 6. Januar). Sie war ein Höhepunkt des jährlichen Brauchtums und galt als besonders schicksalsträchtige Zeit. Neben dem christlichen Weihnachtsfest fiel in diese Zeit das ehemalige germanische Mittwinterfest, welches vor allem ein Toten- und Seelen-Fest war. Davon erhielt sich die Vorstellung vom Umzug ganzer Scharen von Seelengeistern in der Form des Wilden Heeres unter Anführung der Frau Perchta, welche mit der mythischen Gestalt der Frau Holle vergleichbar ist. Das Brauchtum hat sich mit dem kirchlich-christlichen weitgehend vermischt. Der Glaube an die mit der Wintersonnenwende neu beginnende und wieder steigende Lebenskraft wurde in Böhmen und Sachsen geteilt. Bräuche wie das erwähnte Peitschen, das Essen von Hirsebrei, Linsen oder Fischrogen oder das „Auf-die-Stärke-trinken“ sollten Vitalität, Schaffenskraft und Fülle evozieren. Solche Vorstellungen finden sich mehr oder weniger stark verbunden mit kirchlich-christlichen Elementen. So wurde die Feier der Geburt Christi durch spielerisch theatralische Formen wie Weihnachts- und Krippenspiele, Weihnachtsumzüge oder Lobestänze sinnlich und emotional erlebbar vergegenwärtigt.

Einfache bis sehr kunstvoll gestaltete Krippen bildeten in vielen böhmischen Orten einen Anziehungspunkt dörflichen Lebens in der Weihnachtszeit. Die in den Jahren vor und um 1900 zusehends verschwindende Tradition der Weihnachtsspiele wurde in den frühen 1920er Jahren vor allem durch heimat- und volkskundlich engagierte Gymnasiallehrer wiederzubeleben ver-

Christmettenspiel in der Kirche zu Steinbach im Erzgebirge, um 1929  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Fotograf: Hermann Krauß



- 8 Vgl. Mogk 1900 (wie Anm. 4), S. 276-279; Preusche 1936 (wie Anm. 4), S. 187-189.  
 9 Vgl. Mogk 1900 (wie Anm. 4) sowie John 1924 (wie Anm. 3), S. 11-33.  
 10 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 23.  
 11 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 25-29.  
 12 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 30-33.

sucht. Zumindest die Texte und tradierten Abläufe wurden dabei dokumentiert. Im protestantischen Sachsen erhielten sich ankleidbare Jesuskind-Figuren („Bornkinnl“), Krippen und Weihnachtsspiele der Reformation zum Trotz, vor allem in der Erzgebirgsregion, was nicht zuletzt durch die Nachbarschaft zu Böhmen erklärbar erscheint.

Festzeit war heilige Zeit. Alle Arbeit sollte in dieser Zeit ruhen sonst drohe Unglück. Man sollte in den Zwölf Nächten nicht dreschen, backen, waschen, sonst bekomme das Vieh Ungeziefer. Werde Wäsche draußen auf Zaun oder Leine getrocknet, so müsse bald ein Familienmitglied sterben. Man solle nicht spinnen, sonst komme Frau Holle und verunreinige den Spinnrocken oder Motten kämen ins Garn. Hänge noch Flachs am Rocken in dieser Zeit, so kämen die Zwerge und spinnen ihn ab, hieß es in vielen böhmischen Orten.<sup>9</sup>

Am ersten Weihnachtsfeiertag (25. Dezember) herrschte besondere Feiertagsstimmung. In Böhmen gab es vielerorts am frühen Morgen die Christbescherung für die Kinder, darunter traditionell ein polierter Apfel mit einigen eingesteckten, möglichst neuen Silbermünzen. Zudem fand morgens das Peitschen der Frauen und Mädchen durch die Burschen mit den am Barbaratag geschnittenen, nun grünenden Zweigen statt. Dabei fiel der Spruch: „Schmeckt der Pfeffra gout, willst di löisn?“ oder „Frische, frische Krone, ich peitsche nicht zum Lohne. Ich peitsche nur aus Höflichkeit, dir und mir zur Gesundheit.“ Wer nicht gepeitscht werde, grüne nicht, glaubte man. Darauf „lösten“ sich die Mädchen mit einer Weihnachtssemmel, Kuchen oder einem Kümmelschnaps. Tagsüber hielt man es für eine Pflicht, insgesamt drei Messen beizuwohnen. Mittags wurde Reis gegessen. Nachmittags besuchten vielerorts die Taufpaten ihre Patenkinder oder umgekehrt, wobei die Paten je einen

Lebkuchenreiter für die Jungs oder eine Lebkuchenpuppe für die Mädchen mitbrachten, dazu Äpfel, Nüsse und einen Kolentschen, ein ringförmiges Gebäck aus Semmelteig. Im Egerland hingegen wurden diese typischen Patengaben zu Ostern und Allerseelen überreicht.

Zu St. Stephan, dem Patron der Pferde, wurden bereits früh am Morgen in Böhmen die Pferde ausgeritten. Noch vor Sonnenaufgang ritten die Stallknechte mit den Pferden in einen Teich und dann im schnellen Trab durch die Flur, damit sie gelenkig würden. Auch ritt man an die Kirche nach Maria Kulm (Chlum Svaté Maří), wo nach Gebet und Spende die Hufeisen abgenommen und neu angeschlagen wurden, damit die Tiere das Jahr hindurch gesund und behütet blieben. Auch dieser zweite Weihnachtsfeiertag bot noch einmal die Gelegenheit fürs Peitschen der Frauen und Mädchen und für Patenbesuche. Die Jugend lockte es abends erstmals wieder in die Spinnstube.<sup>10</sup>

Die Nacht des Jahreswechsels an St. Silvester wurde in Böhmen oft auch als „der zweite Heilige Abend“ bezeichnet und war eine wichtige Los-Nacht zur Erforschung der Zukunft. Abends zogen die Kinder von Haus zu Haus und sangen religiöse Lieder, mancherorts wurde auch mit Blechbläsern „das Neujahr angeblasen“. Auch Musikanten zogen durch die Orte von Haus zu Haus und spielten gern vor den wohlhabenderen Häusern für ein Trinkgeld. Um Mitternacht gaben die Wirte in vielen Gasthäusern Gratisbier, heißen Grog oder Punsch aus.

In Sachsen und Böhmen wurde um Mitternacht das Alte Jahr „abgedankt“ mit Trompetenschlag am zentralen Stadtplatz oder durch das einfache Horn des Nachtwächters, dessen normalem Hornruf noch eine Neujahrstrophe folgte, welche in Böhmen und Sachsen in sehr ähnlichen Wortlauten überliefert sind.

Das Neue Jahr begann mit den gegenseitigen Neujahrswünschen mit denen man sich gern zu überbieten versuchte. Allgemein lautete er in Böhmen: „Wünsch a glücklich's neu's Gau!“ oder „Wünsch a lang's Leb'n und as Himmelreich daneben!“ (beziehungsweise „... an Mann/ a schön's Weib“ oder beim Partner: „all meine Liebe daneben“). Kinder brachten geschriebene Neujahrswünsche an die Eltern. Auch an Dienstherrn, Obrigkeit, Geschäftspartner und entfernt lebende Verwandte und Freunde waren geschriebene Neujahrswünsche gerichtet. Frühmorgens nach dem Aufstehen wurde erneut gepeitscht, diesmal aber die jungen Männer durch die Mädchen und Frauen, bis sie sich mit einem Glas Branntwein oder einen Taler lösten. Danach gingen die Männer zum Neujahrfrühschoppen, bei dem Bier oder Wein „aufs neue Blut“ getrunken wurde, da-

Das „Drosseln“ oder „Beschenken“ der Obstbäume in der Neujahrnacht in Großvoigtsberg bei Nossen, um 1931.  
 © SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Fotograf: Georg Schöfer



mit sich auch der Körper mit seinem Lebenssaft fürs neue Jahr stärken und erneuern. Morgens trank man somit symbolisch auf die Gesundheit, mittags auf die Stärke und abends auf die Schönheit. Mittags gab es häufig Hirsebrei, andernorts auch Reis oder Linsen, damit man im neuen Jahr reich werde. Schweinefleisch verzehrte man für „Sauglück“ im neuen Jahr. Eine feste Speiseordnung gab es allerdings nicht. Wie aller Anfang, so war der Neujahrstag vorbedeutungsvoll für das gesamte Jahr. Wenn man morgens zuerst auf der Straße vorübergehen sah, was man tat und dachte, wie das Wetter sich zeigte – alles hatte Bedeutung und wurde aufmerksam als Zeichen gelesen. In der Dämmerung schließlich zogen die Neujahrssängerinnen, meist zwei Frauen aus dem Dorf, umher, um vor den Fenstern der Häuser ihr Ansingelied hören zu lassen, bei dem alle Hausbewohner persönlich angesungen wurden und mit mehr oder weniger guten Wünschen bedacht wurden; wogegen Semmeln, Brot und sonstige kleine Gaben herausgereicht wurden, die in die mitgebrachten Körbe der Frauen verschwanden. In einigen böhmischen Orten verband sich mit dem Neujahrssingen das „Gollengehen“ oder „Klopfen“, was ein lärmendes Umherziehen der jungen Leute mit Blechtöpfen, Kuhglocken, Ketten, Hämmern und Schlegeln und dergleichen bedeutete. Es wurde an Fenster und Türen geklopft oder Erbsen an die Scheiben geworfen. Der Lärm, der böse Geister vertreiben sollte, stellt eine Vorform heutiger Silvesterböllererei dar. In den Städten hatte sich der Brauch bereits etwas verbürgerlicht. So zogen häufig die Türmer oder Stadtpfeifer in geschmückter Uniform durch die Gassen und Häuser und spielten mit Trommeln und Pfeifen die bekannten Lieder ihrer Neujahrsmusik.<sup>11</sup>

Bereits am Vorabend des Dreikönigtages (6. Januar) wurden im katholischen Böhmen in der Kirche Wasser, Salz, Kreide und oft auch Weihrauch, Zwiebel und Knoblauch geweiht und mit nach Hause gebracht, um es das ganze Jahr hindurch für schützende, reinigende und heilende Zwecke vorrätig zu haben und damit Mensch, Tier, Haus, Hof, Garten und Feld zu weihen durch Besprengen, Verzehren, Räuchern, und Anzeichnen. Noch am Abend ging der Vater des Hauses durch alle Gebäude, Räume und Ställe, um an alle Türen mit geweihter Kreide die Anfangsbuchstaben der Heiligen Drei Könige und die Jahreszahl, etwa: 19 + K + M + B + 08 zu zeichnen. Dazu sprach man jeweils den Spruch: „Heili Dreiköni! Beschützt dieses Haus und bet's bei unserm Herrgott für, dass ihm kein Unheil passiert.“ Diese Aufgabe des Anschreibens übernahm in früheren Zeiten auch oft der Dorflehrer gegen ein kleines Entgelt. Geweihte Zwiebel und Knoblauch wurden abends in kleinen Stücken

verzehrt und auch dem Vieh unters Futter gegeben. Knoblauch wurde auch über dem Herd aufgehängt, um diesen vor bösen Geistern zu schützen. An die Tür genagelt, nehme er die Krankheiten weg. Am Dreikönigstag selbst wurden ebenfalls Wasser, Salz und Kreide als wirksame Schutzmittel gegen Behexung und Zauberei geweiht. Mit dem gesegneten Wasser wurden vom Hausvater alle Wohnräume besprengt und die Betten, damit kein Wätz (Gespenst) hereinkomme. Die Frau ging indessen ums Haus herum und besprengte alles mit einem Strohpinsel. Schließlich zog der Bauer mit einem Wedel aus Strohähren und Dreikönigswasser bis auf die entfernteren Felder, machte auf jedes drei Kreuze und besprengte sie unter frommen Sprüchen, die Feldraine entlang schreitend.

Geweihtes Salz, Kreide und Wasser wurde das gesamte Jahr hindurch gebraucht. Man besprengte sich bei Einkäufen und Verkäufen, die neu in den Stall kommenden Tiere, die frische Butter sowie bei Krankheit von Mensch und Tier. Fenster wurden mit Kreidekreuzen geschützt, um die Scheunen ein magischer Kreidekreis gezogen. Die Sternsinger zogen mit Liedern vor die Häuser und auch die Krippe erhielt an diesem Tag erst den Stern und die Figuren der Drei Könige. Weihnachtsbaum und Schmuck wurden nach Ende des Tages allerdings abgeräumt, denn die Weihnachtszeit und auch die Zeit der Zwölf Nächte gingen mit ihm zu Ende.<sup>12</sup>

### Zwischen Winter und Frühjahr

Die Fastnacht, welche sich von Dreikönig bis Aschermittwoch erstreckte, war im protestantischen Sachsen traditionell nicht üblich, im katholischen Böhmen wurde sie hingegen intensiv gefeiert. Der „tolle Donnerstag“ galt als Einleitung der Faschingszeit. Junge Leute, vor allem die Mädchen sollten nun unbedingt Fleisch essen und zwar stehend, damit sie kräftige Waden bekämen und bei gutem Aussehen blieben. In einigen böhmischen Orten wurde mit dem Pflug von den Burschen symbolisch der Fasching ausgeackert und am Faschingsdienstag dann wieder begraben. Die Saison der winterlichen Rocken- oder Spinnstube wurde am Faschingsdonnerstag zugleich festlich beendet. Dabei zahlten die Mädchen einen Schnaps, und es wurde getanzt.

Die Faschingsvorbereitungen begannen bereits Tage zuvor. Krapfen, kleine und große Kuchen wurden gebacken und ein Schwein geschlachtet, denn es sollte reichlich gespeist werden. Die jungen Männer handelten bereits Tage im Voraus die Anstellung und die Kosten der Musikanten aus und organisierten die anstehenden Aufzüge und Abläufe der Tanzveranstaltungen, wobei viel

- 13 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 35-37.  
 14 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 39-46.  
 15 Textbeispiele der dabei gesungenen Lieder bei John 1924 (wie Anm. 3), S. 50-52.  
 16 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 49-55. Dort ebenfalls die Wiedergabe gesammelter Liedtexte.  
 17 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 49-55 sowie Mogk 1900 (wie Anm. 4), S. 283.

Bier getrunken wurde. Am Faschingssonntag wurde nach dem Mittag die „fosnot as g’schrien“ (die Fasnacht ausgerufen), was durch einen Maskenzug samt Musikkapelle durchs Dorf geschah, welcher im Wirtshaus endete, wo der Tanz begann. Die maskierten Hauptfiguren waren weitgehend festgelegt und stellten feste Typen dar, welche bestimmte Eigenschaften und Scherze verkörperten: Braut und Bräutigam, Jude, Schleifer, Schornsteinfeger, Schaukastelmann und Garmweib (Hefeweib). An bestimmten Stellen im Ort stoppte der Zug, und der Ausrufer lud auf besonders humorvolle Weise zu den anstehenden Belustigungen ein. Am Faschingsmontag begann die Zeit der eigentlichen großen Umzüge meist schon vormittags. Zuvor zogen mit den Musikern einige verkleidete Burschen von Haus zu Haus, um Geld, Gebäck, Kuchen, Krapfen, Rauchfleisch und dergleichen zu sammeln. Dann startete der Umzug: voran die Musiker, ihnen zuvor der Läufer, auch Platscher genannt, mit einer Peitsche knallend. Dann folgten die übrigen Masken. Beliebte waren feste Figuren wie Hanswurst, Tiroler, Jude, Schütze, Schornsteinfeger, Bärenreiber, Türke, Jäger, Bauer, König, Schmied und andere mehr. Jede Figur entwickelte bestimmte charakteristische und lustige Eigenschaften. Der Zug ging von Haus zu Haus, wo die Musik in jeder Stube ein bis zwei Stücke spielte und wo mit Hausfrau und Töchtern getanzt wurde. Bier wurde in Krügen mitgeführt, aus denen jeder trinken konnte. Als Gegenleistung gab es etwas Fleisch und Getreide. Der Tanz gehörte an diesem Tag vor allem den Verheirateten.<sup>13</sup>

Am Faschingsdienstag, auch „junger Fasching“ oder „Narrenkirchweih“ genannt, erreichten die Faschingsfreuden ihren Höhepunkt. Schon vormittags gab es Maskenumzüge, bei denen vielerorts der Fasnacht-Bär oder ein Strohmann in Begleitung

von Musik von Haus zu Haus geführt wurde, wozu man ins Gasthaus zurückkehrte, wo nun vor allem für die Jugend der Tanz begann. Der Bär trug eine große Bierkanne mit sich, aus der er jedem zu trinken anbot und auf Kommando seines Führers zu tanzen hatte. Beim Tanz wählten die Frauen die Männer aus und zahlten auch die Musik und Getränke. Dabei gab es Besonderheiten in den einzelnen Regionen und Orten Böhmens. So feierten etwa die Zünfte diesen Tag mit festlichem Umzug, Tanz und Gelage, die Fleischerzunft in Eger etwa mit einem Fahnen-schwingen. Ferner gab es Bräuche wie den Umgang des Wilden Mannes, Bärenstechen, Schiff- und Pflugziehen, Reifen-, Laterne- und Schwerttänze oder Fasnacht-Volks-schauspiele.

Am Aschermittwoch erfolgte morgens in der Kirche die Einäscherung, indem der Priester jedem Gläubigen mit der Asche von verbrannten geweihten Palmzweigen ein Kreuz auf die Stirn malte und dazu sprach: „Gedenke o Mensch, dass du Asche bist und wieder zu Asche werden wirst“, um jeden an die Vergänglichkeit des Lebens zu erinnern und zur Buße zu mahnen. Tagsüber wurde eine Stroh-puppe symbolisch auf einer Bahre im Dorf herumgetragen. Dieser Maskenzug war einer Leichenpro-zession nachempfunden. Die symbolische tote Fasnacht wurde betrauert und begraben oder in einen Bach oder Teich geworfen, wobei ein verkleideter Teufel lustigen Schabernack trieb. Vergleichbares fand sich interessanterweise in Sachsen und Thüringen in Form der Kirmesbegräbnisse.<sup>14</sup>

Der Sonntag Laetare gilt als vierter Fastensonntag, und mit ihm ist die Mitte der Fastenzeit erreicht. Er wurde in Böhmen auch der Totensonntag genannt, denn an diesem war das sogenannte Tod-austragen üblich. Die Jungen des Ortes zogen mit einer langen Stange durchs Dorf, an der oben eine Stroh-puppe angebracht war, mit gemaltem Papier-gesicht, mit Schlappmütze oder Filzhut und mit bunten Lumpen bekleidet sowie mit bunten Bän- dern und Eierschalen geschmückt. Sie hielten sie vor die Fenster der Familien und sangen ein „Tot-enlied“, welches vom Tonumfang einen möglichst monotonen und widerlichen Eindruck machen sollte.<sup>15</sup> Dafür gab es kleine Gaben wie Eier oder Geld von den Bewohnern, die in einem Korb ver-staut wurden. Andernorts war an der Stange oben ein kleines mit grünem Reißig geschmücktes Häuschen angebracht, in dem der „Tod“ als Figur saß und herausschaute. Zum Abschluss des Zuges folgte die Hinrichtung des Todes mit kleinen Holz-säbeln, von denen am Ende keiner ganz bleiben durfte. Gab es in einem Haus tatsächlich gerade einen Todesfall, so wurde das Evangelium gelesen und das Lied blieb weg.

Zugleich fand das Austragen der „Sommerdocke“ nach ähnlicher Art und Weise statt. Mit dem Un-

Das Todaustragen, Zeichnung von W. Grögler, um 1885 © Sammlung Dornheim



terschied, dass die Sommerdocke so etwas wie der Gegenpart zum Tod war. Das Umgehen erfolgte durch die Mädchen mit einem eier- und bändergeschmückten grünen Bäumchen, „Maie“ oder „Sommer“ genannt, welches Licht, Leben und Wachstum verkörperte. Darin befand sich eine kleine Puppe, die „Töidin“. Sie wurde in einen Teich geworfen und dafür die Sommerdocke mit Blumen, Bändern und buntem Papier geschmückt. Sie wurde schließlich in die grünen Zweige gesetzt und weitergetragen als Symbol des Sieges des Sommers, des Lichtes und des Lebens gegen Winter, Dunkelheit und Tod.<sup>16</sup> Ein mit Freude begrüßtes Symbol des Sommers war nicht zuletzt das Eintreffen der Zugvögel, welches man in Böhmen gemeinhin mit dem Tag Maria Verkündigung (25. März) verband: „An Maria Verkündigung kommen die Schwalben wiederum. An Maria Geburt (8. September) fliegen sie wieder fort“, lautete ein Merkvers. Beim Eintreffen der ersten Schwalben sollte man übrigens sogleich etwas Schweres heben, dies bewahre vor einem Leibschaden.<sup>17</sup>

### Das Osterfest – Tod und neues Leben

Im Zentrum der Frühjahrsbräuche standen das Osterfest und die Karwoche. Letztere beginnt mit dem Palmsonntag, an dem in den katholischen Regionen zur Erinnerung an den Einzug Christi in Jerusalem die Palmenweihe stattfand. Dazu nutzte man meist die blühenden Zweige der Salweide, seltener auch Birke, Haselnuss, Wacholder oder Ahorn. Die Zweige wurden in jedem Haus in der Wärme vorgegrünt, gebunden und schön verziert. Daraufhin wurde die Vielzahl der Sträuße eines Hauses mit einer Peitschenschnur zu einem großen Packen zusammengeschnürt und zur Kirche gebracht, wo sie vom Priester geweiht wurden, bevor man sie in die Häuser zurückbrachte. Diese galten nun als zauberkräftig, unwetter-, ungeziefer- und unheilabwehrend und wurden das gesamte Jahr hindurch aufbewahrt. Man steckte sie hinter die Heiligenbilder, umging mit ihnen Haus, Stall und Garten, steckte sie auf die Gräber der Verstorbenen, peitschte damit die Kinder, damit sie nicht träge und faul würden, man schlug sich damit gegenseitig den Rücken gegen Kreuzschmerzen und um die Lebensgeister wach zu halten. Verschluckte Weidenkätzchen halfen gegen Halskrankheiten. Die verwendete Peitschenschnur für die Bündel hatte auch etwas von der Weihe abbekommen und versprach Gehorsam und Gedeihen der mit ihr dirigierten und gehüteten Pferde und anderen Tiere. Am Gründonnerstag begann die stille Zeit der Karwoche, in der alle Arbeiten und Vergnügungen ruhen sollten. Die Glocken schwiegen bis



zum Karsamstag. Statt des Geläuts zogen die Dorfjungen dreimal täglich durchs Dorf, um zu „ratschn“, das heißt mit einer Klapper und anderen Lärminstrumenten die Stunden des Gottesdienstes anzuzeigen. In der Kirche fanden zur Erinnerung an das Heilige Abendmahl die Fußwaschung und die Speisung von zwölf Armen statt. Vormittags legte in der böhmischen Region um Eger der Hahn in Hof, Garten und Schupfen rote Eier, welche die Mutter für die Kinder im Gehöft versteckte. Der Osterhase war in Böhmen bis in die 1920er Jahre nicht üblich. Nach der Eiersuche begann daheim oder im Umkreis der Kirche ein beliebtes Osterspiel, das „Antippen“. Zwei Kinder stießen dabei jeweils mit ihrem Ei die Spitzen aneinander. Wessen Ei ganz blieb, der galt als stärker und hatte gewonnen. Die rote Farbe der Eier und das Spiel finden sich übrigens auch in vielen Gebieten des christlich-orthodoxen Südosteuropa über den Balkan bis nach Griechenland. Die Rituale und Spiele um die Ostereier dauerten mehrere Tage an. Neben den rein roten Eiern gab es in den böhmischen und sächsischen Regionen auch mehrfarbige und aufwendig gestaltete Eier, zudem welche, die mit Sinnsprüchen und Aufschriften, teils mit Grasgeflecht umwunden und dann gefärbt wurden, was kunstvolle Effekte ergab. Beschenkt wurden neben Kindern auch Hausgenossen, Angestellte (Gesinde) und Liebespartner.

Weitere Eierspiele waren, diese einen Hang herabrollen zu lassen, was sich auch in Sachsen, insbesondere in Bautzen findet, das Farbenraten des Dotters (hell oder dunkel?) oder auch das „Aufballen“ mithilfe eines gehäkelteten Wurfnetzes, was sich vor allem im sächsischen und thüringischen Raum fand. Am Gründonnerstag gelegte Eier galten im böhmischen und im gesamten süddeutschen Raum als magisch. Sie durften nicht gefärbt und nur von Männern am Oster-

Gründonnerstagsumgang der Kinder in Reichenau bei Zittau, um 1927

© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



**Raatsch- oder Klapperjungen am Karfreitag in Groß Aupa (Velká Úpa) bei Petzer (Pec pod Sněžkou), um 1935**  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Foto: Walter Möbius

- 18 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 57-60.  
19 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 61-62.  
20 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 62-65 sowie Mogk 1900 (wie Anm. 4), S. 284-286.  
21 Vgl. John 1924 (wie Anm. 3), S. 65-67.

**Osterreiter beim Zug um die Loreto-Kapelle am Marktplatz in Tetschen (Děčín), Zeichnung von W. Grögler, um 1883**  
© Sammlung Dornheim



Gewässer schweigend und möglichst ungesehen das Osterwasser. Ein Brauch, der sich auch in Sachsen und Thüringen fand, vielerorts geschah dies aber erst am Ostersonntagmorgen.

In der Kirche wurde in Böhmen und Sachsen vom Kantor und den Kirchensängern die Passion nach einem der vier Evangelien gesungen. Im protestantischen Sachsen war zudem die Feier des gemeinsamen Abendmahls nach der Predigt von besonderer Bedeutung für die Gemeinde. Der Nachmittag war in Böhmen ein stiller Feiertag, bei dem die Familien gemeinsam die Kirchen und darin die stimmungsvoll durch kleine Lämpchen beleuchtete und geschmückte Nachbildung des Heiligen Grabes besuchten. Ferner fanden in den Städten Karfreitagsprozessionen nachmittags, mancherorts auch mitternachts statt. Die Prozessionen bewegten sich meist auf einen der umliegenden Hügel zu, auf dem eine Kapelle oder ein Kreuz errichtet worden waren. Aus dem 15. und 16. Jahrhundert sind aus einigen böhmischen Städten wie Eger auch Passionsspiele überliefert, welche sich aber spätestens im 19. Jahrhundert verloren haben.

Am Karsamstag fand in Böhmen morgens vor der Kirche die Feuer- und Wasserweihe statt. Dabei wurden zunächst die Reste der bei Taufen und Todesfällen im Vorjahr benutzten heiligen Öle vom Priester verbrannt. An diesem Osterfeuer, mitunter auch „Judasfeuer“ genannt, wurde schließlich die Osterkerze und das Heilige Licht neu entzündet. Dazu brachten die Leute viele Haselnusszweige. Man ließ sie ankohlen, um sie dann zu den Palmenwedeln des Palmsonntags mit auf die Felder zu stecken („Steckerweihe“). Auch versuchte man, glühende Kohlen und lebendige Flammen dieses Heiligen Feuers mit nach Hause zu bringen, um das Herdfeuer damit neu zu entfachen und das „neue“ und „heilige Licht“ zu erhalten. Kohlen aus dem Osterfeuer legte man in Herd und Backofen und unters Dach gegen Feuersgefahr, in den Keller gegen Kröten und Ungeziefer. Mit der Feuerweihe fand gleichzeitig die Wasserweihe statt, denn zugleich wurden von den Einwohnern viele große Krüge mit Wasser um das Feuer gestellt, um mit geweiht zu werden.<sup>19</sup>

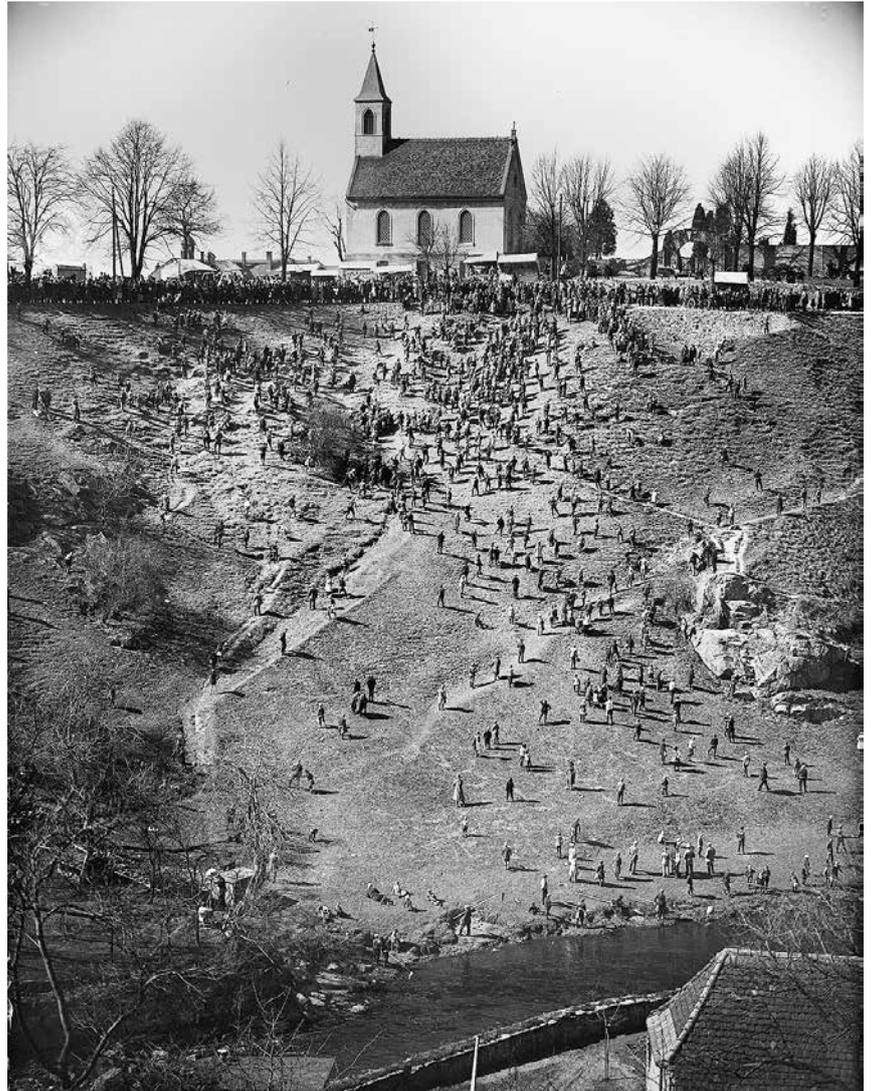
Am Karsamstag wurde in Böhmen das „Auferstehen“ der am Gründonnerstag „gestorbenen“ Glocken zum Gloria-Läuten freudig erwartet. Dieser magische Moment war für viele heilsame Bräuche besonders zu nutzen. Man goss Wasser an die Ecken des Hauses und übers Dach, damit es vor Feuer geschützt sei. Man goss es auf die Tiere im Stall und auf die Bienenstöcke, um sie zu schützen, sowie an die Obstbäume im Garten, welche zugleich geschüttelt werden sollten, damit sie fruchtbar blieben. Mädchen wuschen sich das Gesicht mit Wasser und ließen es mit Blick in die Sonne

trocknen, damit sie schön würden oder auch um von Hautausschlägen befreit zu werden. Mit dem Dreschflegel oder anderen Hölzern schlug man während des Lätens im Garten auf den Erdboden, um Maulwürfe und Wühlmäuse zu vertreiben, die Hausfrau tat dies mit einem Holz auf allen Türschwelle des Hauses und rief wiederholt: „Ratt und Maus – alles raus!“ Die „ratschenden“ Kinder hatten nun ihre lärmende Tätigkeit beendet und erhielten bei einem Singe-Gang von Haus zu Haus einen kleinen Lohn gereicht. Nachmittags folgten große Vorbereitungen für die anstehende Auferstehungsfeier, für die alles geordnet und gereinigt wurde, Wohnungen frisch ausgetüncht, Osterlämmchen und Hefeknödel gebacken, Lichter für die Fenster vorbereitet und andres mehr.

Mit der Abenddämmerung bewegte sich alles in die festlich beleuchtete Kirche zum feierlichen Auferstehungsgottesdienst. Nach den Hallelujarufen und dem „Christ ist erstanden!“ tönten Orgel und Glocken, und eine festliche Prozession bewegte sich aus der Kirche heraus und durch den von Lichtern in den Fenstern erleuchteten Ort, begleitet und umjubelt von vielfältigen Osterschüssen. Danach aß man zuhause üblicherweise gebackenes Zicklein („Kitzl“) mit Salat aus frischem Rapunzel.<sup>20</sup>

Der Ostersonntag war von Oster- und Frühlingsfreude geprägt, nachdem der Bann der Trauer mit dem Auferstehungsgottesdienst, den Hallelujarufen und Schüssen gelöst worden war. Morgens wurden mancherorts Choräle geblasen, andernorts zogen Musikanten durch die Straßen oder man begrüßte die aufgehende Sonne und den auferstandenen Heiland mit Gewehrsalven. Bei schönem Wetter zog man in Sachsen und Böhmen hinaus in die nächsten Dörfer und in die erwachende Natur. In einigen nordböhmisches Orten wie etwa in Tetschen war ähnlich der katholischen Oberlausitz das Osterreiten üblich, also eine berittene Prozession mit Gesang, Kreuz und Fahnen. Am Ostermontag zogen die Kinder mit einer mit bunten Bändern geschmückten Peitsche von Haus zu Haus zum „Eierpeitschen“, wobei sie einen Spruch auf sagten und rote Eier geschenkt bekamen. Ebenfalls war das Beschenken der Patenkinder an diesem Tag üblich, nachdem diese ihnen den Festtagsgruß übermittelt hatten. Man schenkte rote Eier, Pfefferkuchen, Gebäck, Kaffee und den Patenring, ein besonderes Gebäck in Ringform. Tagsüber gab es weiterhin Belustigung der Kinder, ausgedehnte Ausflüge und Besuche von Verwandten, womit das Osterfest sein Ende fand.<sup>21</sup>

Wenn wir an dieser Stelle den Blick auf einige exemplarische Ausschnitte der traditionellen Brauch- und Alltagskultur in Westböhmen und Sachsen beschließen, so ist doch deutlich geworden, wie unter der Vielfalt regionalspezifischer und konfessionsbedingter Unterschiede



und Besonderheiten doch ein breites gemeinsames kulturelles und spirituelles Fundament existierte. Die identitätsstiftenden und abgrenzenden Aspekte gemeinschaftlicher Brauchkultur hatte die ältere volkskundliche Forschung besonders im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts oft einseitig, mitunter radikal akzentuiert, um nationale und ethnische Differenzen zu profilieren und zu konstruieren, teilweise sogar, um ethnische Spannungen anzuheizen. Dies hatte auch für die deutsch-tschechische Nachbarschaft fatale historische Folgen. Das rote Osterei und die damit verbundenen Kinderspiele reichen von Böhmen und Sachsen bis in das südlichste Griechenland; die in Sachsen einst üblichen Feuerbräuche um den Johannistag bis weit nach Spanien und Portugal. Es ist daher an der Zeit, sich der eigenen kulturellen Wurzeln unter neuen und weiter gefassteren Perspektiven zu vergewissern, deren vielfältige Verflechtungen zu erkennen und das Regionale und Besondere immer auch in seinem Verhältnis zum Überregionalen und Allgemeinen zu betrachten.

Eierschieben auf dem Prottschenberg bei Bautzen, um 1927  
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Fotograf: Oskar Kaubitsch

#### Autor

Dr. Stefan Dornheim  
Technische Universität  
Dresden  
Institut für Geschichte  
Lehrstuhl Sächsische  
Landesgeschichte  
Zellescher Weg 17  
01069 Dresden  
Stefan.Dornheim@  
tu-dresden.de



# Deutsche und Tschechen in der ersten Tschechoslowakischen Republik und im Reichsgau Sudetenland 1918 bis 1945

Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath

Handkarte der čechoslovakischen Republik, 1924. Die Tschechoslowakische Republik war ein Zentralstaat. Sie setzte sich aus verschiedenen Landesteilen zusammen (Böhmen, Mähren, Schlesien, Slowakei, Karpatenrussland), war aber nicht föderal organisiert. Die Landkarte war für den Gebrauch in Schulen zugelassen. Orte mit tschechischer Mehrheit sind ausschließlich mit ihrem tschechischen Namen, Orte mit deutscher Mehrheit mit ihrem deutschen Namen bezeichnet.  
© Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Sudetendeutsches Archiv

## Deutsche und Tschechen im Königreich Böhmen

Das bis 1918 bestehende Königreich Böhmen war ein Land mit zwei Völkern und zwei Sprachen. Nach der Volkszählung von 1910 waren 62,7 Prozent, fast zwei Drittel der Einwohner, Tschechen, die sich im Alltag der tschechischen Sprache bedienten. 37,3 Prozent der Einwohner betrachteten sich als Deutsche. Ihre Vorfahren waren im 13. Jahrhundert von den böhmischen Königen ins Land geholt worden, wo sie brachliegendes Land besiedelten und Städte gründeten. Im Lauf der Jahrhunderte hatte sich eine gegenseitige Assimilation vollzogen, was zu einer Ausbildung geschlossener Sprachgebiete führte. In Nordböhmen, im nördlichen Teil Westböhmens sowie in den Randregionen Südböhmens

herrschte die deutsche Sprache vor. In den übrigen Landesteilen dominierte die tschechische Sprache. Jedoch gab es im mehrheitlich tschechischen Gebiet auch deutsche „Sprachinseln“ beziehungsweise deutsche Minderheiten, etwa in Budweis (České Budějovice) und Prag. Die Sprachgrenze zwischen Deutsch und Tschechisch hatte sich seit dem 16. Jahrhundert verfestigt. Sie änderte sich im 19. Jahrhundert nur geringfügig, etwa durch Zuwanderung der ländlichen Bevölkerung tschechischer Sprache in die Städte und in die Industriegebiete Nordböhmens.

Die Deutschen in Böhmen betrachteten sich nicht als Minderheit, denn sie lebten vorwiegend in Gebieten, wo sie selbst in der Mehrheit waren. Außerdem war im österreichischen Teil der Habsburger-Monarchie, zu dem Böhmen

gehörte, Deutsch die vorherrschende Amtssprache. Von den Deutschen im Deutschen Reich unterschied man sich durch zahlreiche kulturelle wie konfessionelle Eigenheiten. Die Einwohner Böhmens waren Staatsbürger der österreichisch-ungarischen Monarchie. Am Erzgebirgskamm traf dieser Vielvölkerstaat auf das 1871 unter preußischer Vorherrschaft gebildete Deutsche Reich. Hier bestand zwar keine Sprachgrenze, dafür eine Staats-, Konfessions-, Währungs- und Wirtschaftsgrenze. Die Deutschen Böhmens blickten nach Prag und Wien, nicht nach Berlin.

Abgesehen von der Sprache waren die Unterschiede im Alltagsleben der deutschen und tschechischen Bevölkerung eher gering. Die Einwohner Böhmens waren seit Durchsetzung der Gegenreformation fast ausschließlich römisch-katholischen Glaubens. 1905 bekannten sich 96 Prozent zum Katholizismus. Die katholische Frömmigkeit bestimmte den Alltag vieler Menschen. Auch bei der Küche waren die Unterschiede marginal. Tschechen wie Deutsche hatten ähnliche Ess- und Trinkgewohnheiten und verspeisten die gleichen Gerichte. Für das alltägliche Leben war über Jahrhunderte nicht die Sprache von Bedeutung, sondern die soziale Stellung innerhalb der ständisch gegliederten Gesellschaft.

Das Bewusstsein für eine Verschiedenheit der deutsch- und tschechischsprachigen Bevölkerungsteile Böhmens und Mährens setzte erst im 19. Jahrhundert ein, als im „nationalen Zeitalter“ die Idee ethnisch definierter Nationen propagiert wurde, die in eigenen Nationalstaaten leben. So bildete sich eine tschechische Nationalbewegung heraus. Wissenschaftliche Vereine sowie Kultur- und Sportverbände setzten sich für die Anerkennung und Verwendung der tschechischen Sprache ein. Dem folgte das Verlangen nach politischer Selbstbestimmung. Die „nationale Wiedergeburt“ stärkte das Selbstbewusstsein der tschechischen Mehrheit. Diese identifizierte sich ganz selbstverständlich mit dem gesamten Land, denn in der tschechischen Sprache wird nicht zwischen „tschechisch“ und „böhmisch“ unterschieden. Dagegen werden in der deutschen Sprache für das Land und für das slawische Volk verschiedene Begriffe gebraucht. Die deutschen Landesbewohner betrachteten sich als Deutschböhmern. Der Begriff „Sudeten-deutsche“ ist vergleichsweise spät entstanden. Der Prager Geograf Franz Jesser (1869–1954) prägte ihn 1902 für die deutschsprachige Bevölkerung Böhmens und Mährens. Er leitet sich vom Gebirgszug der Sudeten ab, der aber nur einen kleinen Teil des deutschen Sprachgebiets in Böhmen berührt. Vor 1918 war er kaum in

Gebrauch. Die Bezeichnung setzte sich erst nach der Gründung der Tschechoslowakei durch, weil die Behörden des jungen Staates die Verwendung der Begriffe „Deutschböhmern“ und „Deutschmährern“ untersagten.

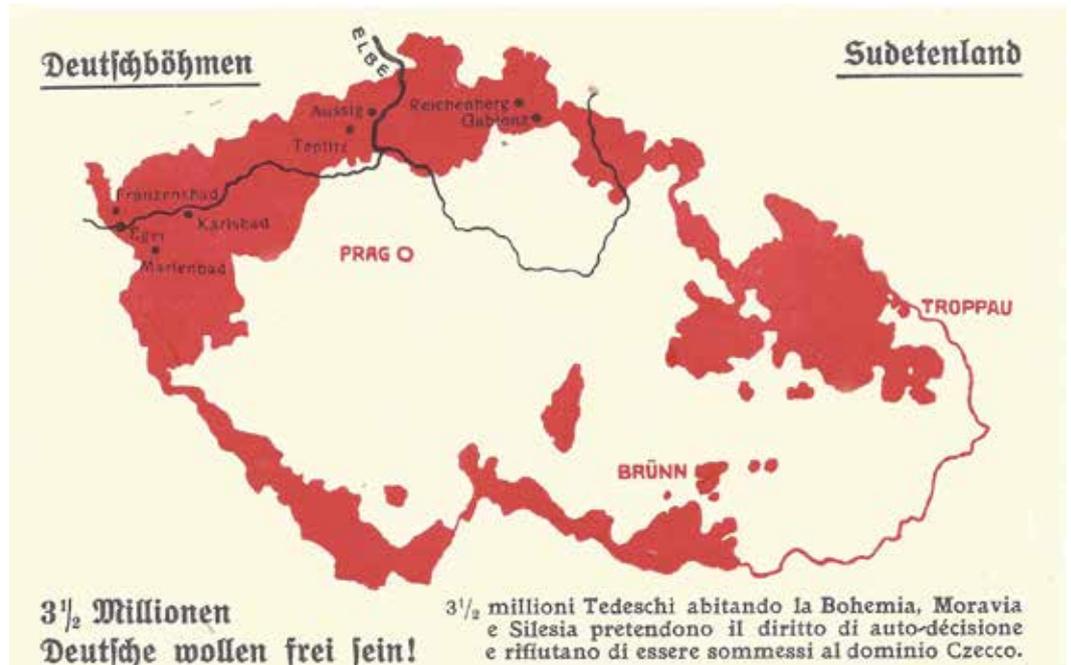
Böhmen war das wirtschaftlich stärkste Kronland der österreichischen Monarchie. Im 19. Jahrhundert hatte sich ein immenser wirtschaftlicher Aufschwung vollzogen. Die Industrie war aber ungleich verteilt. Vor allem in den deutschsprachigen Randgebieten Nordböhmens waren bedeutende Industriebetriebe entstanden. Bestimmende Wirtschaftszweige waren die Textilindustrie, der Bergbau, die Gebrauchsgüterindustrie und – im Isergebirge – die Glas- und Schmuckherstellung. Wirtschaft, Verkehr und Handel waren im ganzen Land miteinander vernetzt und machten nicht an den Sprachgrenzen halt. Obwohl die Industrialisierung auch die Städte in den Randgebieten Böhmens hatten wachsen lassen, blieb die Hauptstadt Prag die prägende Metropole des Landes. Auch die Deutschböhmern blickten nach Prag, wo sich die wichtigsten Einrichtungen des Landes befanden.

### Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Gründung der Tschechoslowakischen Republik

Die tschechische Nationalbewegung ging von einem „historischen und natürlichen Recht“ der Tschechen an Böhmen und Mähren aus und forderte ein engeres Zusammenwirken der slawischen Völker in Österreich-Ungarn. Diese Bestrebungen richteten sich zunächst noch nicht gegen die Herrschaft der Habsburger. So verlangten die Jungtschechen – Ende des 19. Jahrhunderts die dominierende tschechische Partei – zwar einen autonomen tschechischen Staat, doch sollte dieser innerhalb der Habsburger-Monarchie gebildet werden. Im Ersten Weltkrieg kämpften deutsche und tschechische Soldaten gemeinsam in der Armee Österreich-Ungarns gegen die Kriegsgegner Serbien, Russland und Italien. Mit der Fortdauer des Krieges wuchs allerdings die Unzufriedenheit der tschechischen Bevölkerung.

Währenddessen dachten tschechische und slowakische Intellektuelle, die in den USA lebten beziehungsweise nach Kriegsbeginn auf die Seite der Alliierten getreten waren, über eine neue Staatsidee nach. Im Hinblick auf die Verwandtschaft der tschechischen und slowakischen Sprache entwickelten sie den Gedanken, aus den Ländern der böhmischen Krone und dem slowakischen Siedlungsgebiet des Königreichs Ungarn einen neuen Nationalstaat der Tschechen und Slowaken zu bilden. Die Slowaken befürchteten,

Postkarte „3 1/2 Millionen Deutsche wollen frei sein!“ mit Eintragung des deutschen Siedlungsgebiets in den böhmischen Ländern, 1919. Mit Postkarten wie dieser warben die politischen Vertreter der Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland um internationale Anerkennung ihres Selbstbestimmungsrechts. Die Postkarten wurden in hoher Auflage gedruckt und in verschiedenen europäischen Staaten verteilt.  
© Sammlung ZKG



sich ohne die Hilfe der Tschechen nicht aus dem ungarischen Staatsverband lösen zu können, während die Tschechen eine slawische Mehrheit im neuen Staat sicherstellen wollten. Der in Mähren geborene Tomáš Garrigue Masaryk (1850–1937) und sein Mitarbeiter Edvard Beneš (1884–1948) waren die prägenden Vertreter dieser Staatsidee. 1917 stellten sie aus tschechischen Soldaten, die in Gefangenschaft geraten oder zu den Alliierten übergelaufen waren, die Tschechoslowakische Legion auf, die auf Seiten Frankreichs und Russlands gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn kämpfte. Als der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) am 8. Januar 1918 in seinem 14-Punkte-Programm den Völkern Österreich-Ungarns die „freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“ zusprach, war damit noch nicht eine Zerschlagung des Vielvölkerstaats gemeint. Es gelang jedoch Masaryk im Verlauf des Jahres 1918, die Alliierten von einer tschechoslowakischen Staatsbildung zu überzeugen.

Tschechische und slowakische Exilgruppen schlossen am 31. Mai 1918 den Pittsburger Vertrag, der die Gründung einer demokratischen Republik mit gleichberechtigter Beteiligung der Tschechen und Slowaken vorsah, und bildeten einen Tschechoslowakischen Nationalausschuss. Das weitere Geschehen wurde dadurch beeinflusst, dass sich im Herbst 1918 die militärische Niederlage der Mittelmächte abzeichnete. Kaiser Karl I. (1887–1922) versuchte wenigstens die österreichische Reichshälfte zu retten, indem er am 16. Oktober 1918 die Umwandlung in einen Bundesstaat mit weitgehender Autonomie für die einzelnen Nationen versprach. Doch das war zu spät.

Zwei Tage später proklamierte Masaryk in Washington den unabhängigen tschechoslowakischen Staat. Ende Oktober löste sich die Armee Österreich-Ungarns auf und die Befehlshaber mussten in einen Waffenstillstand einwilligen. Unter diesen Umständen wurde am 28. Oktober 1918 in Prag die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Der Tschechoslowakische Nationalausschuss beschloss das erste Gesetz, betreffend die Errichtung des selbständigen tschechoslowakischen Staates. Am 14. November 1918 wurde Masaryk von der Tschechoslowakischen Nationalversammlung zum Präsidenten gewählt, und am 21. Dezember 1918 kehrte er aus dem Exil in sein Heimatland zurück.

Die deutschen Bevölkerungsteile Österreich-Ungarns reagierten ebenfalls auf den Zerfall der Habsburger-Monarchie, aber sie waren anders als die nichtdeutschen Völker nicht auf eine Staatsgründung vorbereitet. Die deutschsprachigen Abgeordneten des letzten Reichsrats bildeten am 21. Oktober 1918 in Wien eine provisorische Nationalversammlung. Diese beschloss nach der Abdankung des Kaisers die Errichtung der Republik Deutschösterreich. Diesem Staat, der sich als Teil einer deutschen Republik betrachtete, schlossen sich auch mehrere deutsch besiedelte Gebiete Böhmens an, die sich am 29. Oktober 1918, ein Tag nach Gründung der Tschechoslowakei, als Republiken konstituierten. Das war zum einen die Republik Deutschböhmen mit Regierungssitz in Reichenberg (Liberec), die die westlichen und nördlichen Randgebiete Böhmens umfassen sollte, und zum anderen die Republik Sudetenland, zu der ein Teil Nordostböhmens, die mehrheitlich deutsch besiedelten Teile Nordmährens und

Österreichisch-Schlesien gehören sollten. In Reichenberg nahm eine deutschböhmische Landesregierung unter dem Landeshauptmann Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962) ihre Arbeit auf. Am 16. November 1918 erklärten sich die Republiken zu Provinzen der Republik Deutschösterreich. Auch Deutschsüdmähren und der Böhmerwaldgau wollten sich Deutschösterreich anschließen.

Der von der deutschen Seite betriebenen Teilung Böhmens stand der Anspruch des Tschechoslowakischen Nationalausschusses auf sämtliche Gebiete Böhmens und Mähren gegenüber, was mit dem „Naturrecht“ begründet wurde. Somit trafen hier zwei widerstrebende Nationalbewegungen zusammen: Auf der einen Seite stand das Selbstbestimmungsrecht der tschechischen Nation, auf der anderen Seite der Wunsch der deutschen Volksgruppen Österreich-Ungarns, ihre Angelegenheiten ebenfalls selbst zu bestimmen. Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs missachteten dieses deutsche Selbstbestimmungsrecht, weil sie kein Interesse an einem großdeutschen Nationalstaat in Mitteleuropa hatten, der den Kriegsgegner, das Deutsche Reich, gestärkt hätte.

Mit Zustimmung der Alliierten besetzten tschechische Militäreinheiten im November und Dezember 1918 die deutsch besiedelten Landesteile, die vollständig in den neuen Staat integriert wurden. Die deutschböhmische Landesregierung floh aus Reichenberg über Dresden nach Wien, wo Rudolf Lodgman von Auen weiterhin für einen deutschen Staat in Böhmen warb. Bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain bei Paris konnte sich die tschechische Seite jedoch vollständig durchsetzen. Die Siegermächte sprachen der Tschechoslowakei Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und einige Gemeinden Niederösterreichs zu, während das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerungsteile unberücksichtigt blieb. Am 24. September 1919 schließlich erkannte die Republik Österreich – der Staatsname „Deutschösterreich“ und der Anschluss an das Deutsche Reich waren in Saint-Germain verboten worden – die Abtretung der deutschen Gebiete Böhmens an die Tschechoslowakei an.

Die Besetzung der deutsch besiedelten Gebiete durch tschechoslowakische Truppen vollzog sich unter dem Protest der einheimischen Bevölkerung und der deutschböhmischen Parteien verschiedener politischer Richtungen, die sich infolge der Revolution 1918/19 gebildet hatten. So demonstrierten am 4. März 1919, als die Nationalversammlung Deutschösterreichs in Wien eröffnet wurde, tausende Menschen in allen größeren Städten gegen die Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechts. An mehreren Orten schossen tschechische Soldaten in die

Menschenansammlungen, so dass insgesamt 53 Demonstranten starben. In Kaaden (Kadaň) waren 25 und in Mährisch Sternberg (Šternberk) 16 Todesopfer zu beklagen. Nach diesem gewaltsamen Eingreifen war der Widerstand in den deutschsprachigen Landesteilen weitgehend erloschen.

### Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Die Tschechoslowakische Republik war als Nationalstaat der „Tschechoslowaken“ organisiert, obwohl es ein solches Staatsvolk tatsächlich nicht gab. Aber nur durch die zahlenmäßige Zusammenfassung der Tschechen und der Slowaken zu einer gemeinsamen Nation war eine deutliche slawische Mehrheit gewährleistet. Tatsächlich war die Tschechoslowakei ein ethnisch gemischter Vielvölkerstaat. Die dominierende Nation waren die Tschechen, die im neuen Staat nur etwas mehr als die Hälfte der Einwohner stellten (50,7 Prozent). In keinem anderen Staat Europas war der Bevölkerungsanteil der vorherrschenden Nation so niedrig. An zweiter Stelle folgten die Deutschen (23,4 Prozent), die sich aus den „Sudetendeutschen“ in Böhmen, Mähren und Schlesien und den „Karpatendeutschen“ in der Slowakei zusammensetzten. An dritter Stelle rangierten die Slowaken (14,7 Prozent). Sie waren zwar formell Teil der Staatsnation, doch faktisch blieb ihnen die Selbstbestimmung versagt. Die im Pittsburger Abkommen zugesagte Autonomie der Slowakei wurde nicht verwirklicht. Weiterhin lebten in der Tschechoslowakei Ungarn (5,6 Prozent), Ukrainer (3,4 Prozent), Polen, Russinen, Russen, Rumänen, Kroaten sowie Juden, die als eigenständige Nation geführt wurden. Am schlechtesten waren die Bewohner Karpatenrusslands gestellt. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieg hatten diese mehrheitlich von Ruthenen (Russinen und Ukrainern) bewohnte Region, die bis 1918 ein Teil des Königreichs Ungarn gewesen war, im Vertrag von Trianon der Tschechoslowakei zugesprochen, obwohl in dem Gebiet nur rund fünf Prozent Slowaken lebten. Die Ruthenen waren trotz ihrer slawischen Herkunft nicht Teil der Staatsnation der „Tschechoslowaken“.

Tomáš Garrigue Masaryk hatte 1919 in Saint-Germain versprochen, einen Staat „identisch mit dem der Schweiz“ zu schaffen, in dem Deutsch als zweite Landessprache anerkannt werde. Die deutschen Parteien waren enttäuscht, dass die Tschechoslowakische Verfassung von 1920 diese Zusagen negierte. Sie strebten die Gewährung einer Autonomie für den deutschen Bevölkerungsanteil und die stufenweise Umwandlung der Tsche-

Zweisprachiges Behördenschild  
mit dem Wappen der  
Tschechoslowakei  
Foto: Matthias Donath



choslowakei in einen Nationalitätenstaat mehrerer gleichberechtigter Nationen an. Auch auf tschechischer Seite gab es Befürworter einer solchen „Verschweigerung“.

Die Situation der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei lässt sich ganz verschieden beschreiben. Zum einen war die Tschechoslowakische Republik ein demokratischer Rechtsstaat, dem die Einwohner deutscher Sprache als gleichberechtigte Staatsbürger angehörten. Im deutschen Sprachgebiet gab es deutsche Schulen, im Alltag konnten viele Angelegenheiten erledigt werden, ohne dass man sich der tschechischen Sprache bedienen musste. Orte, Straßennamen und staatliche Einrichtungen waren im deutschsprachigen Gebiet tschechisch und deutsch beschriftet. Es gab deutsche Zeitungen, deutsche Theater und ein eigenständiges deutsches Vereinsleben. In den anderen Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg neu entstanden waren, ging es den deutschen Minderheiten schlechter.

Zum anderen fühlten sich viele der deutschen Staatsbürger aber benachteiligt. Staatssprache in der ersten Republik war nach dem Gesetz vom 29. Februar 1920 allein „Tschechoslowakisch“ – eine Sprache, die es gar nicht gab. Beamte mussten zwingend die tschechische Sprache beherrschen und dies mit einer Sprachprüfung nachweisen. Das bedeutete, dass zahlreiche deutsche Beamte entlassen und durch tschechische ersetzt wurden. Tschechische Beamte, die in die deutschsprachigen Gebiete zogen, mussten jedoch keine Deutschkenntnisse vorweisen. In den rund zwanzig Jahren bis 1938 zogen rund 260.000 Tschechen in die mehrheit-

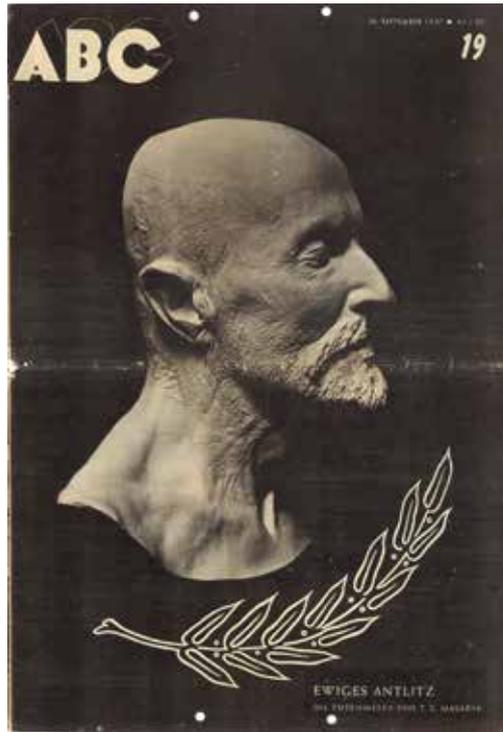
lich deutsch besiedelten Gebiete. Dort formierte sich eine neue „Elite“ aus zugezogenen tschechischen Beamten und Offizieren, die in den Behörden, an der Grenze, im Militär oder bei der Eisenbahn ihren Dienst verrichteten. Für ihre Kinder wurden neue tschechische Volksschulen errichtet, während in sprachlich gemischten Orten, wo die Zahl deutscher Kinder gesunken war, deutsche Volksschulen schließen mussten. Bei einer umfassenden Bodenreform mussten die größtenteils adligen Großgrundbesitzer erhebliche Teile ihrer Ländereien an den Staat abgeben. Dieses Land wurde teils verstaatlicht, teils an Siedler verteilt, die aber zu 92 Prozent tschechischer Sprache waren. Diese Benachteiligungen waren bewusste Maßnahmen, weil Staatspräsident Masaryk und die Regierungsparteien eine „Entösterreichisierung“ des gesamten Landes und eine „Tschechisierung“ der deutschsprachigen Gebiete erreichen wollten. So entstand bei vielen Staatsbürgern deutscher Sprache der Eindruck „Bürger zweiter Klasse“ zu sein.

### Zustimmung und Ablehnung

Die Deutschen mussten sich in dem neuen Staat zurechtfinden, den sie nicht gewollt hatten, aber in dem und mit dem sie leben mussten. Schon allein aus pragmatischen Gründen passten sie sich den Regeln des neuen Staates an. Vor allem Schule und Militärdienst trugen zu einer Integration in den tschechoslowakischen Staat bei.

Im deutschen Schulunterricht vermittelten deutsche Lehrer die tschechoslowakische Staatsidee und die Geschichte Böhmens. Die Kinder wurden so erzogen, dass sie den Staat, in dem sie lebten, und seine Symbole zu achten hatten. Tschechisch wurde als Fremdsprache unterrichtet, genauso, wie viele tschechische Schüler in der Schule Deutsch lernten. Es war weithin üblich, dass tschechische Eltern ihre Kinder für mehrere Monate in eine deutschsprachige Familie gaben und umgekehrt, dass deutsche Kinder in tschechischen Familien die Staatssprache lernten. Dieser Schüleraustausch wurde im Tschechischen als „vexl“ (Wechsel) bezeichnet. Die Deutschen mussten, wie alle anderen Staatsbürger auch, ihren Wehrdienst bei der Tschechoslowakischen Armee ableisten. Dort war Tschechisch die Dienstsprache. Wer Unteroffizier oder Offizier werden wollte, musste perfekt Tschechisch sprechen. Da die Armee ein sicheres Einkommen versprach, entschieden sich auch viele Deutsche für eine Offizierslaufbahn. Allerdings wurden die deutschen Rekruten nur selten in ihrer Heimat eingesetzt. Da man sich ihrer Loyalität nie ganz sicher war, setzte man sie nicht bei der Grenzsicherung ein. Offiziere und Mann-

schaften deutscher Nationalität dienten vor allem in der Slowakei und in Karpatenrußland. Die erste tschechoslowakische Republik war ein pluralistischer und demokratischer Parteienstaat. Das Parteiensystem war strikt nach Sprachen getrennt. Die einzige Partei, die sich nicht danach richtete, war die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei. Ihr gehörten gleichermaßen tschechische und deutsche Kommunisten an. Die Arbeiterbewegung, die im stark industrialisierten Nordböhmen viele Anhänger hatte, war indes gespalten. Die größte Partei der deutschen Minderheit war lange die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP). Um den Sozialismus durchzusetzen, den sie erstrebte, entschied sie sich bald nach dem gescheiterten Anschluss an die Republik Deutschösterreich zur Mitarbeit im politischen System der Tschechoslowakei. Bei den Wahlen 1929 erzielte sie 6,9 Prozent, womit sie die stärkste deutsche Fraktion im Prager Abgeordnetenhaus stellte. Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei gehörte zu den „aktivistischen Parteien“, die durch eine aktive Beteiligung am politischen Handeln und an der Regierung die Lebensverhältnisse ihrer deutschen Wähler zu verbessern versuchte. Obwohl anderer politischer Überzeugung, wirkte auch die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei (DCV) im neuen Staat mit. Sie hatte eine bürgerlich-christliche Ausrichtung. Die führende Persönlichkeit der Christsozialen war der Prager Jurist Robert Ritter von Mayr-Harting (nach der Abschaffung der Adelstitel nur Mayr-Harting, 1874–1948). Er sprach sich bereits unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Monarchie für eine aktive Mitwirkung der deutschsprachigen Bevölkerung im neuen Staat aus und stand stets loyal zur Tschechoslowakei. Die deutschen Klein- und Mittelbauern wurden vom Bund der Landwirte (BdL) vertreten, einer antisozialistischen Partei, die mit der Tschechischen Agrarpartei viele Überzeugungen teilte. 1926 bildete Ministerpräsident Antonín Švehla (1873–1933) eine neue Regierung, in die er erstmals auch Vertreter deutscher Parteien aufnahm. Mayr-Harting wurde Justizminister und der Prager Slawist Franz Spina (1868–1938) vom Bund der Landwirte Minister für öffentliche Arbeiten. Als 1929 eine neue Koalitionsregierung unter Beteiligung deutscher Parteien gebildet wurde, erhielt Ludwig Czech (1870–1942), der Vorsitzende der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, einen Ministerposten. Er gehörte bis 1938 der Regierung an, ebenso wie Franz Spina und der 1936 zum Minister ohne Portfeuille berufene Erwin Zajicek (1890–1976) von der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei.



Titelseite der deutschen Zeitschrift „ABC“ vom 26. September 1937  
Die Deutschen, die loyal zur Tschechoslowakei standen, verehrten den Staatsgründer und ersten Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk. 1937 trauerte man auch in den deutschsprachigen Landesteilen um seinen Tod.  
© Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Sudetendeutsches Archiv

Den „aktivistischen Parteien“ standen die „negativistischen Parteien“ gegenüber, die die Tschechoslowakei grundsätzlich ablehnten und eine Mitwirkung in der Regierung verweigerten. Rudolf Lodgman von Auen, der nach seinem Rücktritt als Landeshauptmann der Provinz Deutschböhmen in die Tschechoslowakei zurückgekehrt war, führte die Deutsche Nationalpartei (DNP), die jede Mitarbeit im politischen System der Tschechoslowakei verweigerte und eine Autonomie oder Herauslösung der deutschsprachigen Gebiete anstrebte. Bei den Wahlen von 1920 erreichte die DNP 5,3 Prozent der Stimmen, womit sie etwa ein Viertel der deutschen Wähler vertrat. Noch radikaler war die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP). Dabei handelte es sich um eine völkische, antikapitalistische und antidemokratische Partei, die aus der deutschnationalen Gewerkschaftsbewegung Österreichs hervorgegangen war. Trotz des ähnlichen Namens und vergleichbarer Überzeugungen hatte sie nichts mit Adolf Hitlers Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei (NSDAP) zu tun. 1933 lösten sich die beiden nationalistischen Parteien selbst auf, womit sie einem Parteiverbot zuvorkamen.

In Wirtschaft und Industrie konnte man sich schnell mit dem neuen Staat abfinden. Anders als im Deutschen Reich und in Österreich kam es in der Tschechoslowakei nicht zu einer Inflation und damit auch nicht zu einer Wirtschaftskrise. Die Tschechoslowakische Krone gehörte in der Zwischenkriegszeit zu den starken Währungen Europas. Die Absatzmärkte, die vor dem Krieg

im Ausland bestanden hatten, blieben größtenteils erhalten. Der Markennamen „Made in Czechoslovakia“ hatte einen guten Ruf. Auch die Unternehmen im deutschsprachigen Gebiet nutzten diese anerkannte Marke. Um sich dem tschechischen Markt anzupassen, wurden Produkte in tschechischer Sprache beworben. Verpackungen waren oftmals zweisprachig beschriftet.

### Radikalisierung, die Sudetenkrise und das Ende der ersten Republik

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 hatte erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft in der Tschechoslowakei. Vor allem die im deutschsprachigen Gebiet konzentrierte Textil- und Schmuckindustrie war betroffen, weil Kunden und Absatzmärkte im Ausland wegfielen. Zahlreiche Betriebe mussten schließen; die Arbeitslosigkeit stieg immens an. Da es in der ersten Republik keine Arbeitslosenversicherung gab, standen viele Familien nahezu mittellos da. Die soziale Krise wirkte sich wiederum auf die politische Lage aus.

Die Unzufriedenheit wuchs außerdem, weil sich die Lage der deutschen Minderheit trotz des Regierungseintritts deutscher Parteien nicht verbesserte. Nach wie vor bestanden Benachteiligungen für Staatsbürger nichttschechischer Sprache. Von Seiten der tschechischen Parteien erfolgten keine Schritte hin zu einem Umbau des Staates hin zu einer „zweiten Schweiz“ mit eigenständigen Kantonen oder die mehrfach diskutierte persönliche oder territoriale Autonomie nichttschechischer Volksgruppen. Auch der Vorschlag, die deutsche Volksgruppe zur zweiten Staatsnation zu machen, scheiterte.

Die wachsende Enttäuschung machte sich eine Sammlungsbewegung zunutze, die am 1. Oktober 1933 unter Führung des Turnlehrers Konrad Henlein (1898–1945) gegründet wurde. Die Sudetendeutsche Heimatfront strebte eine „Zusammenfassung aller Deutschen“ und die Umwandlung der Tschechoslowakei in einen Nationalitätenstaat an. Den tschechoslowakischen Staat und den „Grundgedanken der Demokratie“ erkannte sie aber grundsätzlich an. Eine Anlehnung an das Deutsche Reich, in dem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten, war anfangs nicht angestrebt, auch sprach Henlein nicht vom Nationalsozialismus, sondern von einer „christlichen und deutschen Weltanschauung“. Kurz vor den Parlamentswahlen 1935 musste sich die Heimatfront auf Druck der tschechoslowakischen Regierung in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenennen. Bei den Wahlen vereinte die noch junge Partei 68 Prozent der sudetendeutschen Wählerstimmen auf

sich. Landesweit gewann sie die meisten Stimmen, doch war sie aufgrund des Wahlsystems mit 44 von 300 Mandaten nur die zweitstärkste Partei im Abgeordnetenhaus in Prag.

Die politische Idee eines einigen „Sudetendeutschums“ war ebenso eine nationalistische Idee wie der „Tschechoslowakismus“, weil es ein Volk oder einen Stamm der „Sudetendeutschen“ gar nicht gab. Die deutsche Bevölkerung in Böhmen, Mähren und Schlesien lebte in unterschiedlichen Landschaften, die kein zusammenhängendes und geschlossenes Gebiet bildeten, sie sprachen unterschiedliche deutsche Dialekte und hatten im Alltag schon aufgrund der räumlichen Entfernung wenig miteinander zu tun. Außerdem bildeten die Deutschen keine ethnisch abgeschlossene Gruppe. Welcher Sprache man sich zuwandte, war im 19. und 20. Jahrhundert vielfach Veränderungen unterworfen gewesen. So gab es Böhmen mit tschechischem Familiennamen, die unzweifelhaft tschechischer Abstammung waren, sich aber für die Zugehörigkeit zur deutschen Nation entschieden hatten, während ethnische Deutsche durch Assimilation die tschechische Sprache angenommen hatten.

Angezogen durch die außenpolitischen Erfolge Hitlers richtete sich die Sudetendeutsche Partei ab 1935 stärker auf das Deutsche Reich und den Nationalsozialismus aus, von dem man sich eine „Erlösung“ erhoffte. Am 19. November 1937 wandte sich Henlein erstmals an Hitler und bat ihn, die Sudetendeutschen zu unterstützen. Dabei schlug er den „Anschluß des gesamten böhmisch-mährischen Raums an das Reich“ vor. Hitler legte am 5. November 1937 vor den Spitzen der Wehrmacht und des Auswärtigen Amtes dar, dass er die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei plante. Die Sudetendeutsche Partei diene seinen Interessen, konnte er sie doch zur Destabilisierung der Tschechoslowakei einsetzen. Hitler wies Henlein an, der tschechoslowakischen Regierung Forderungen zu stellen, die diese unmöglich annehmen könne. Indes sprach Henlein in der Öffentlichkeit weiterhin von einer Autonomie für seine Volksgruppe. Am 24. April 1938 verkündete der Parteiführer in Karlsbad acht Forderungen an die tschechoslowakische Regierung. Henlein verlangte die volle Gleichberechtigung der deutschen Minderheit als Volksgruppe, die Anerkennung eines deutschen Siedlungsgebiets innerhalb der Tschechoslowakei, den Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung mit ausschließlich deutschen Beamten, die Wiedergutmachung der ab 1918 erlittenen wirtschaftlichen Schäden der deutschsprachigen Bewohner und endlich die „volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“, womit die Ideolo-



„Heraus zum Tag der Arbeit“, Plakat der Sudetendeutschen Partei, 1936  
© Muzeum města Ústí nad Labem

Konrad Henlein, Führer der Sudetendeutschen Partei, später Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Sudetenland, Aufnahme um 1939  
© Krajská vědecká knihovna v Liberci

gie des Nationalsozialismus gemeint war. Präsident Edvard Beneš lehnte diese Forderungen ab. Am 30. Mai 1938 erklärte Hitler dem Oberkommando der Wehrmacht, dass es sein unabänderlicher Beschluss sei, die Tschechoslowakei durch eine militärische Aktion zu zerschlagen und er nur noch auf einen geeigneten Anlass warte. Zuvor, im März 1938, war Österreich mit dem Deutschen Reich vereinigt worden.

Die Sudetendeutsche Partei erhielt enormen Zulauf. Ihre Mitgliederzahl stieg von 548.338 am 31. Dezember 1937 auf 1,35 Millionen im Oktober 1938. Damit war sie eine Massenpartei geworden. In Ritschka (Adlergebirge) traten 926 der 929 Einwohner der Bewegung bei. Der Bund der Landwirte und die Christlich-Soziale Volkspartei verließen die tschechoslowakische Regierung, der sie über viele Jahre angehört hatten, und traten am 22./23. März 1938 zur Sudetendeutschen Partei über. Das bedeutete das Ende des „Aktivismus“, der aktiven Mitarbeit im tschechoslowakischen Staat.

Das Selbstbewusstsein der „nationalen“ Deutschen äußerte sich in Demonstrationen, Kundgebungen und bewussten Störungen tschechoslowakischer Einrichtungen. Wiederholt kam es zu Schlägereien zwischen sudetendeutschen Aktivisten, tschechischen Polizisten und Befürwortern des tschechoslowakischen Staats. So heizte sich die Stimmung im Frühjahr und Sommer 1938 enorm auf. Die Sudetenkrise, wie dieser Konflikt bezeichnet wird, half Hitler, seine Stellung gegenüber den anderen europäischen Mäch-

ten zu stärken, weshalb er ihn über die Sudetendeutsche Partei anfancte und steuerte.

Im Mai 1938 schien ein Kriegsausbruch bevorzustehen. Beunruhigt durch militärische Bewegungen nahe der Grenze beschloss die tschechoslowakische Regierung am 20. Mai 1938 eine teilweise Mobilmachung. 199.000 Mann wurden zur Armee einberufen. Die Entscheidung löste hektische Verhandlungen zwischen den Siegermächten des Ersten Weltkriegs und der tschechoslowakischen Regierung aus. Um einen Krieg zu verhindern, stimmten Frankreich und Großbritannien einer Verhandlungslösung zu. Der britische Gesandte Lord Walter Runciman (1870–1949) versuchte, ab 3. August 1938 zwischen den Sudetendeutschen und der Regierung zu vermitteln. Er gab die Empfehlung, Grenzbezirke mit „bedeutender deutscher Bevölkerungsmehrheit“ unverzüglich an Deutschland anzugliedern und für weitere Gebiete Volksabstimmungen anzusetzen. Dadurch bestärkt, forderte die Sudetendeutsche Partei unter der Losung „Heim ins Reich“ die Ausgliederung der deutschsprachigen Gebiete aus der Tschechoslowakei.

Angestachelt durch Hitler, der in scharfen Tönen gegen die Tschechoslowakei wetterte, begannen gewaltbereite Mitglieder der Sudetendeutschen Partei am 13. September einen Aufstand. Sie überfielen tschechische „Grenzler“, besetzten Behörden und misshandelten Juden, Kommunisten und Sozialdemokraten. Zugleich flüchteten Sudetendeutsche über die Grenze auf Reichsgebiet, wo mit dem Sudetendeutschen Freikorps eine Bürgerkriegsarmee aufgestellt wurde, die Angriffe auf

tschechische Zollämter verübte und tschechische Beamte über die Grenze verschleppte. Die Aufständischen konnten mehrere Grenzstreifen im Westen und Norden Böhmens unter ihre Kontrolle bringen, doch gelang es der Tschechoslowakischen Armee, ihnen wieder mehrere Gebiete zu entreißen.

Unterdessen bemühten sich die europäischen Mächte, die unter allen Umständen einen Krieg vermeiden wollten, um eine Beilegung des Konflikts. Nach einem Gespräch Hitlers mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain (1869–1940) stimmten Großbritannien und Frankreich einer Abtretung von Gebieten mit über 50 Prozent deutscher Bevölkerung an Deutschland zu, was die tschechoslowakische Regierung am 21. September 1938 akzeptierte. Die Einzelheiten dieser Abtretung wurden auf der Münchner Konferenz am 29./30. September 1938 ohne Beteiligung der Tschechoslowakei verhandelt. Gemäß dem Münchner Abkommen besetzten Einheiten der Wehrmacht zwischen dem 1. und dem 10. Oktober 1938 die mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebiete. Dadurch verlor die Tschechoslowakei 14 Prozent ihres

Staatsgebiets an das Deutsche Reich. Hitler, der eigentlich die gesamte Tschechoslowakei zerschlagen wollte, musste sich vorerst mit diesem Anteil zufrieden geben. Er hielt sich aber nicht an die im Münchner Abkommen zugesagte Garantie für das Fortbestehen einer verkleinerten Tschechoslowakei. Bereits im März 1939 ließ er die „Rest-Tschechei“ besetzen und als Protektorat Böhmen und Mähren dem Reich angliedern.

### Der Reichsgau Sudetenland

Die deutschsprachige Bevölkerung begrüßte mehrheitlich den Anschluss an das Deutsche Reich. Die über die Grenzen zu Sachsen und Bayern einrückende Wehrmacht wurde mit Jubel empfangen. Adolf Hitler und Konrad Henlein feierte man als „Befreier des Sudetenlandes“. Nicht erfreut waren Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Gegner des Nationalsozialismus, die sich auf Verfolgungen einstellen mussten. Bis zuletzt hatten die Arbeiterparteien versucht, eine Herauslösung der deutschsprachigen Gebiete aus der Tschechoslowakei und eine Machtübernahme der Nationalsozialisten zu verhindern. Nur vordergründig brachte die Angliederung an das Deutsche Reich eine „Befreiung“. Tatsächlich führte sie dazu, dass sich die Sudetendeutschen der nationalsozialistischen Diktatur unterwerfen mussten. Die deutsche Bevölkerung erhielt nicht die gewünschte Selbstverwaltung, sondern musste sich in ein totalitäres Regime einfügen.

Die Bestimmungen des Münchner Abkommens führten zu einer Ausreise der tschechischen Beamten und Militärangehörigen sowie aller tschechischen Familien, die nach 1918 in die deutsch besiedelten Gebiete gekommen waren. Außerdem flohen viele, die eine Verfolgung befürchten mussten, etwa Juden und erklärte Gegner des NS-Staates, in das verbliebene tschechoslowakische Gebiet. Darüber, wie viele Menschen vertrieben wurden oder geflohen sind, liegen keine sicheren Zahlen vor. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 160.000 Menschen das Gebiet verließen, darunter Einwohner tschechischer und jüdischer Abstammung, Sozialdemokraten, Kommunisten sowie reichsdeutsche und österreichische Emigranten, die in der Tschechoslowakei Zuflucht gesucht hatten. Durch die Besetzung des Protektorates Böhmen und Mähren im März 1939 wurden diese Flüchtlinge von den Nationalsozialisten eingeholt. Mindestens 20.000 sudetendeutsche Regimegegner wurden verhaftet. Etwa 5.000 Menschen gelang die Ausreise ins Exil, vor allem nach Großbritannien.

Bei dem abgetretenen Gebiet mit deutscher Mehrheit handelte es sich um geografisch zersplitterte Randregionen Böhmens, Mährens und

„Im Bedarfsfalle werden wir alle Soldaten“, Herbst 1938.  
Mit dem Plakat, das in einer tschechischen und in einer deutschen Fassung im ganzen Land verteilt wurde, riefen die tschechoslowakischen Behörden zur Verteidigung des Staates auf. Damit bereitete man die Bevölkerung auf einen drohenden Angriff der Wehrmacht vor.  
© Muzeum města Ústí nad Labem



Schlesiens. Dieses Gebiet hatte niemals untereinander eine Einheit gebildet, sondern war immer mit dem böhmischen Binnenland verbunden gewesen, von dem es nun durch die neue Reichsgrenze getrennt war. Der genaue Verlauf der Grenze wurde am 20. November 1938 festgelegt. Er richtete sich danach, ob die Ortschaften bei der Volkszählung 1910 eine deutsche oder eine tschechische Mehrheit gehabt hatten. Die Grenzziehung führte nicht zu einer vollständigen ethnischen Trennung, denn in den Landesteilen, die an das Deutsche Reich fielen, lebten über 400.000 Tschechen, während im verkleinerten Staatsgebiet der Tschechoslowakei noch 240.000 Deutsche wohnten. Die größte Stadt mit deutscher Bevölkerung, Ostrau (Ostrava), war bei der Tschechoslowakei geblieben, desgleichen die deutschen „Sprachinseln“ um Brünn (Brno) und Iglau (Ihlava).

Dem „Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete“ vom 21. November 1938, das die Eingliederung ins Reichsgebiet verfügte, folgte das „Gesetz über die Gliederung der sudetendeutsche Gebiete“ vom 25. März 1939, mit dem eine territoriale Neugliederung vorgenommen wurde. Während die Landesteile im Südosten und Süden Böhmens und Mährens dem Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz des Freistaats Bayern sowie den Reichsgauen Niederdonau und Oberdonau (ehemals Nieder- und Oberösterreich) angegliedert wurden, bildete man aus den deutsch besiedelten Randgebieten in Nordböhmen und Nordmähren den „Reichsgau Sudetenland“ – ein disparates, aus zwei voneinander getrennten Gebietsteilen bestehendes, nunmehr abrupt vom mehrheitlich tschechischen Kernland separiertes Gebilde. Aufgrund der starken Ausrichtung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auf Prag war es ohne ein gewachsenes Zentrum. Mehr als Verlegenheitslösung wurde Reichenberg, die größte Stadt dieses Gebiets, mit dem „Gesetz über den Aufbau der Verwaltung im Reichsgau Sudetenland“ vom 15. April 1939 zur „Gauhauptstadt“ erklärt.

Nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 lebten im Reichsgau Sudetenland auf 22.587 Quadratkilometer insgesamt 2.945.261 Einwohner. Darunter befanden sich etwa 400.000 Tschechen (13 Prozent), die keinerlei Minderheitsrechte genossen. Das tschechische Vereinsleben wurde aufgelöst und tschechische Schulen geschlossen. Bewohner tschechischer Sprache, die bereits 1910 in dem Gebiet gelebt hatten, konnten sich für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden. Etwa 60 Prozent taten das auch, um in der Heimat verbleiben zu können. Eine Minderheit optierte für die Staatsangehörigkeit der Tschechoslowakei. Ob-

wohl eine Aussiedlung dieses Bevölkerungsteils vorgesehen war, unterblieb diese. Ein Grund war, dass die „Rest-Tschechei“ seit 1939 als Protektorat Böhmen und Mähren ebenfalls unter deutscher Herrschaft stand und ohnehin eine „Germanisierung“ des Sudetenlands wie auch der Protektoratsbevölkerung vorgesehen war. Etwa 40.000 bis 45.000 Einwohner galten nach nationalsozialistischer Definition als „Nichtarier“. Sie waren unmittelbar nach dem „Anschluss“ des Sudetenlandes der radikalen Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten ausgeliefert. Nur ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung überlebte.

Der Reichsgau Sudetenland war als „Muster-gau“ organisiert und mit einem Verwaltungsaufbau versehen, der bei einer Neugliederung des Reichsgebiets als Vorbild dienen sollte. Die staatliche Verwaltung und die Parteigliederung waren deckungsgleich. Konrad Henlein war sowohl Reichsstatthalter und damit der Leiter der „Gauselbstverwaltung“ als auch Gauleiter der NSDAP, der einzig zugelassenen Partei. Der „Führer der Sudetendeutschen“ genoss hohes Ansehen und besaß eine relativ starke Machtposition. Die gesamte Verwaltung wurde nach Vorbildern aus dem Reich umorganisiert. So richtete man nach preußischem Vorbild drei Regierungsbezirke mit Verwaltungssitzen in Karlsbad, Aussig und Troppau ein, die sich aus Landkreisen zusammensetzten.

Der Angliederung an das Deutsche Reich folgte eine nationalsozialistische Durchdringung der gesamten Gesellschaft. Es vollzog sich eine „Gleichschaltung im Zeitraffer“. Innerhalb weniger Monate wurde das nachvollzogen, was im Reichsgebiet in den fünf Jahren seit der nationalsozialistischen Machtergreifung geschehen war. Ein „Stillhaltekommissar für Organisationen“ löste Verbände und Vereine auf, die nicht in den NS-Staat passten. Nur Organisationen, die sich nationalsozialistischen Gliederungen unterstellten, durften bestehen bleiben. Das führte zu einer weitgehenden Beseitigung des traditionellen Vereinswesens. Am 15. September 1940 bestanden nur noch 15.000 von ehemals 81.000 Vereinen. Auch die Sudetendeutsche Partei musste sich auflösen. Da führende Nationalsozialisten ihr misstrauten und sie für unzuverlässig hielten, erfolgte keine automatische Übernahme der Mitglieder in die NSDAP, was viele „Volkstumskämpfer“ enttäuschte. Im Zuge der „Gleichschaltung“ wurden zahlreiche Verwaltungspositionen mit „Altreichsdeutschen“ besetzt, die nicht aus dem Sudetenland stammten. Bei der einheimischen Bevölkerung provozierte diese Entwicklung ein Gefühl der „Fremdherrschaft“. Dem gilt freilich entgegen-

nächste Seite:

Übersichtskarte vom Gau Sudetenlands und von der Tschecho-Slowakei, März 1939. Die Karte zeigt den Reichsgau Sudetenland mit seiner Gliederung in drei Regierungsbezirke Eger (Verwaltungssitz in Karlsbad), Aussig und Troppau sowie die anderen an das Deutsche Reich angegliederten Gebiete.  
© Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Sudetendeutsches Archiv





Wandteppich mit dem Wappen des Reichsgaus Sudetenland.

Im September 1940 erhielt der Reichsgau Sudetenland ein eigenes Wappen, das sich sichtlich vom Wappen der Tschechoslowakei und des Königreichs Böhmen unterschied. Böhmen wurde durch einen schwarzen Adler repräsentiert, den man dem Wappen der Přemysliden entlehnt hatte. Der gespaltene Adler setzte sich aus den Adlerwappen Schlesiens und Mährens zusammen. Das Schräggitter im unteren Feld hatte man dem Wappen der früheren Reichsstadt Eger entnommen.

© Severočeské muzeum v Liberci



die nordböhmisches Textilindustrie über eine veraltete Maschinenausstattung und über enorme Produktionskapazitäten, die im deutschen Binnenmarkt nicht benötigt wurden. Das Gablonzer Schmuck- und Glasgewerbe war vom Export abhängig, waren doch 95 Prozent der Produkte ins Ausland geliefert worden. Diese Kunden brachen weg. Um die Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie einsetzen zu können, forderte die SS 1939, die „Mumpitzindustrie“ zu schließen. Durch Umstrukturierungen fielen zahlreiche Arbeitsplätze, weshalb rund 170.000 Arbeitskräfte in das „Altreich“ abwanderten. Dort lockten außerdem höhere Löhne. Beim Umtausch der Kronen in Reichsmark hatte die Reichsbank einen für die Sudetendeutschen ungünstigen Umtauschkurs durchgesetzt. So verloren Arbeiter bei der Währungsumstellung einen Teil ihres Reallohns. Die Lebenshaltungskosten hingegen hatten sich seit Oktober 1938 erhöht. Insgesamt sank der Lebensstandard der sudetendeutschen Bevölkerung.

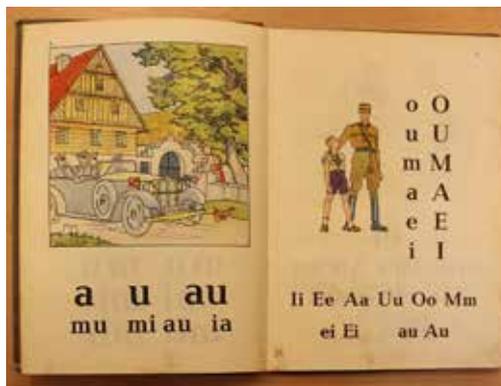
Die erhoffte friedliche Entwicklung des Reichsgaus Sudetenland blieb aus, denn bereits ein Jahr nach der Angliederung dieses Gebiets begann der Zweite Weltkrieg. Auch aus dem Sudetenland wurden junge Männer zum Kriegsdienst eingezogen. Der Anteil gefallener Sudetendeutscher war enorm. Rund 175.000 Sudetendeutsche, etwa sechs Prozent der Vorkriegsbevölkerung, fielen im Zweiten Weltkrieg. Das war deutlich mehr als in anderen Teilen des Reichs.

Der Reichsgau Sudetenland blieb bis Kriegsende von Kriegshandlungen weitgehend verschont. Weil das nordböhmisches Gebiet lange außerhalb der Reichweite der alliierten Flugzeuge lag, galt es als „Reichsluftschutzkeller“. 1944 gab es erstmals Luftangriffe. Diese richteten sich vor allem gegen kriegswichtige Industriebetriebe, die bewusst im Sudetengau angesiedelt worden waren. Der größte von ihnen war das Hydrierwerk in Maltheuern (Záluží) bei Brüx (Most), wo aus Braunkohle Benzin gewonnen wurde.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs, am 8. und 9. Mai 1945, wurde das Sudetenland von amerikanischen und sowjetischen Truppen weitgehend kampfflos besetzt. Damit endete die nationalsozialistische Herrschaft. Auch der Reichsgau Sudetenland und alle reichsdeutschen Einrichtungen hörten zu bestehen auf. Die Tschechoslowakische Republik entstand erneut und erhielt ihre Staatsgrenzen zurück, die sie vor dem Münchner Abkommen gehabt hatte. Rund 3 ½ Millionen Deutsche mussten den wiedergegründeten Staat verlassen. Es war das Ende des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen in Böhmen.

Fibel aus dem Reichsgau Sudetenland, gedruckt 1941 in Reichenberg

© Muzeum města Ústí nad Labem



Zum Weiterlesen (mit sämtlichen Nachweisen):

Matthias Donath/Lars-Arne Dannenberg (Hrsg.): Böhmen ist mein Heimatland! Deutsche und Tschechen in Nordböhmen 1918-1945. Země česká, domov můj! Němci a češi v severních Čechách 1918-1945. Begleitbuch zur Ausstellung vom 27.10.2018 bis 31.3.2019 in Weesenstein, erscheint im Oktober 2018

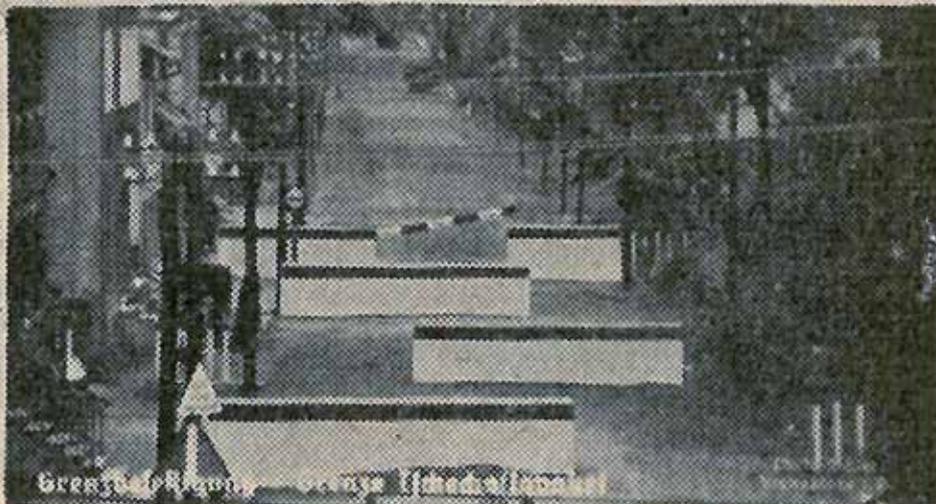
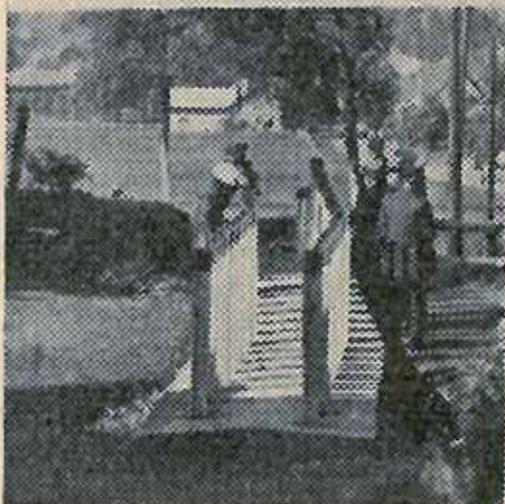
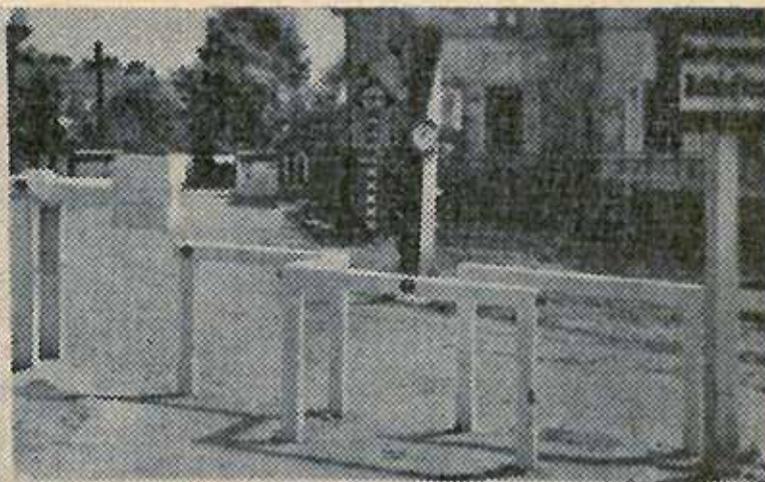
#### Autoren

Dr. Lars-Arne Dannenberg,  
Dr. Matthias Donath  
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“

zuhalten, dass die höheren Verwaltungspositionen fast ausschließlich mit Sudetendeutschen besetzt waren.

Die anfängliche Euphorie der Sudetendeutschen schlug schon nach wenigen Monaten in Missstimmung und Resignation um. Denn die Eingliederung in das Deutsche Reich brachte zahlreiche Nachteile. Die Einführung der reichsdeutschen Normen in Recht, Verwaltung und Wirtschaft beseitigte vieles, was zur deutschböhmisches Identität gehört hatte. Das Eigenständige, das Henlein eigentlich hatte bewahren wollen, ging verloren. Hinzu kam, dass sich die wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die Textil- und Konsumgüterindustrie wurde durch die Einbeziehung in das Zoll- und Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reichs von den internationalen Rohstoff- und Absatzmärkten abgeschnitten. Einige Betriebe versuchten, die Zollbestimmungen zu umgehen, indem sie für einige Wochen weiter unter dem Markenzeichen „Made in Czechoslovakia“ produzierten und ihre Waren über die Tschechoslowakei ausführten. Generell waren die reichsdeutschen Wirtschaftsinteressen für das Sudetenland eher von Nachteil. So verfügte

# Blick in die alte Heimat



Grenzsperren

## Kleiner eiserner Vorhang

### Die tschechisch-sächsische Staatsgrenze

1945 bis 1966

Petr Karlíček

Die heiße Grenze zwischen dem Westen und dem Osten in der Zeit des Kalten Krieges sorgte seit Anfang an für große Aufmerksamkeit sowohl der Historiker als auch der Laien. Doch die Grenze zwischen den einstigen sozialistischen Ländern stellte für die Forscher kaum ein attraktives Thema dar, sodass sie eher im Schatten versteckt blieb. Und gerade mit dem Thema des Grenzgebietes zwischen den sozialistischen Brüderländern soll sich der folgende Text beschäftigen.<sup>1</sup>

„Er hat sich bewegt, jetzt geht’s los, Heilige Mutter Gottes! Und an der Sperre drehte er sich auf den Rücken. Handschuhe, Kneifzange und das leise Abkneifen des Drahts: er schiebt sich voran, schnell, an anderes denkt er nicht, es stört ihn überhaupt nicht, dass ihm der Stacheldraht sein Gesicht zerkratzt. Die letzten Drähte noch, er kroch durch die Öffnung... Kaum konnte er weiterlaufen, musste er sich unwillkürlich umdrehen. Da sah er sie. Aus dem Dunkeln unter den ‚Fünf Eichen‘ trat ein Grenzer mit sei-

Grenzsperren zwischen der Tschechoslowakei und der DDR  
aus: Graslitzer Heimatbrief 19/1952

nem Hund hervor, ihm folgte noch einer; der Hund verfolgte die von ihm hinterlassene Fährte. Ohne länger zu warten, lief er gebückt an den Wald zu. Er zog die Handschuhe aus, verdammt, einen hat er verloren! Die Lunge schien bald zu explodieren. Die Bäume, das Gebüsch... alles nähert sich schon, noch dreißig Meter, zwanzig, da hört er raschelndes Gras hinter ihm. Er greift nach der Pistole und sprang zur Seite. Länglicher und flexibler Körper hat ihn knapp verfehlt, zwei Schüsse haben den Hund zum Boden geschlagen: er stellte sich auf seinen Vorderpfoten, seine gelben Augen strahlen, hat aber keine Kraft mehr zu springen. Er trat ihm mit Wucht in den Rachen, du Vieh! Er tritt wieder und wieder bis etwas im Rachen bricht... die gelben Augen können nur machtlos glühen, der Hund hustet gedämpft, HALT! HALT! Er warf sich zum Boden und robbte an den Wald zu.“<sup>2</sup>

Oben geschilderte dramatische Überschreitung der Staatsgrenze wird mit einer Schießerei abgeschlossen, deren Opfer als schäbiger Störer, Renegat, Feind, kurz gesagt amerikanischer Agent präsentiert wird. Auf den ersten Blick würde man vielleicht glauben, es handele sich um eine Leseprobe aus einem klassischen Werk der damaligen prominenten sozialistischen Schriftsteller, wie z. B. Rudolf Kalčík. Diese versuchten in ihren Werken, den Schutz der westlichen Staatsgrenze der Tschechoslowakei zu heroisieren (und auch zu romantisieren). Diese spannende Geschichte, die alle Züge eines stalinistischen Krimis trägt, spielt sich jedoch in Nordböhmen ab, also an der Staatsgrenze zwischen der Tschechoslowakei und der DDR.<sup>3</sup> Aufgrund eines Studiums sowohl in den Zentral- als auch in den Regionalarchiven, der Fachliteratur, der damaligen tschechoslowakischen

und ausländischen Presse, Interviews mit Zeitgenossen und der zeitgenössischen Belletristik versuchte ich zu enthüllen, wie man im tschechisch-sächsischen Grenzraum in den Jahren 1945 bis 1966 eigentlich lebte und wie der „kleine eiserner Vorhang“, wie man damals die gemeinsame Staatsgrenze zwischen der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik nannte, aussah.

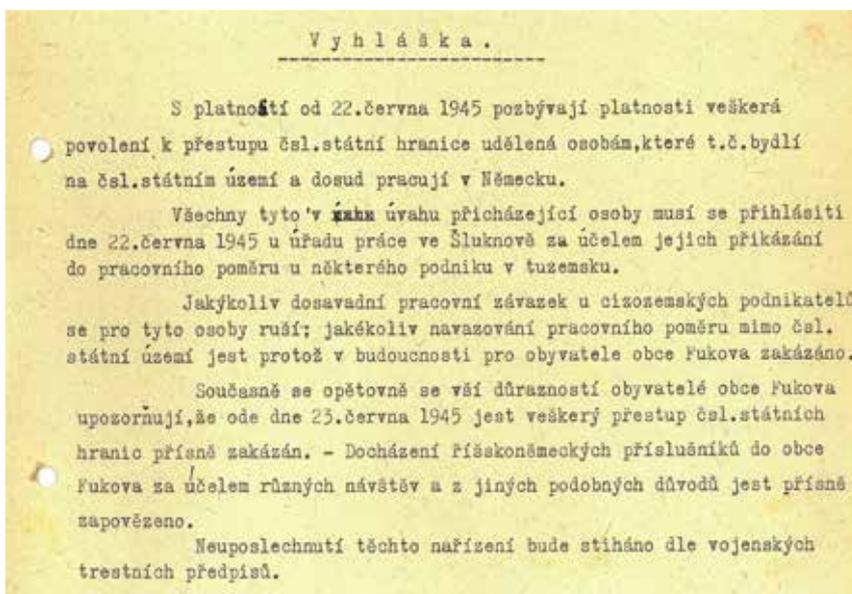
Der kleine eiserner Vorhang zog sich vom Dreiländereck (BRD, Tschechoslowakei, DDR) im Ascher Ländchen bis zum Dreiländereck an der Lausitzer Neiße (Polen). Der gesamte Grenzraum umfasste 460 Kilometer. Eine Hälfte der Gesamtlänge bildeten die Flüsse, über hundert Gewässer durchquerten die Staatsgrenze.<sup>4</sup>

### Die wilden Zeiten: Wiederherstellung des Grenzregimes

Nachdem die tschechischen Grenzgebiete im Herbst 1938 an das Deutsche Reich angeschlossen worden waren, verschwand auch die alte böhmisch-sächsische Grenze aus den Karten. Das Gebirge, welches einst die Grenze bildete, befand sich nun für sieben Jahre im deutschen Binnenland, und erst nach dem Ende des Weltkriegs wurde die ursprüngliche Grenzziehung wiederhergestellt. Damals standen jedoch die Grenzen offen. Aber in der zweiten Maihälfte und im Juni 1945 wurde die Grenze wieder verstärkt bewacht, denn sie stellte jetzt die Grenzlinie zwischen der erneuerten Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland dar.

Trotzdem war die Lage an der Grenze sehr lebendig – und auch gefährlich. Aus der Tschechoslowakei strömten Tausende von Flüchtlingen nach Deutschland. Es waren diejenige, die das Kriegsende auf böhmischem Gebiet überraschte oder die Opfer der wilden Vertreibung waren, die ab der zweiten Maihälfte stattfand. In die Gegenrichtung strömten Tausende von Zwangsarbeitern, Häftlingen, Gefangenen und Heimkehrenden. In der Nähe der Grenze bewegte sich eine Menge bewaffneter Personen. Im Gebiet waren sowjetische, amerikanische, polnische und auch tschechoslowakische Soldaten tätig. Ehemalige Angehörige der deutschen Militär- und Sicherheitskräfte versuchten hier die Grenze zu überschreiten, um dann über die Tschechoslowakei in die amerikanische Besatzungszone nach Bayern zu kommen. Es waren nicht nur Deutsche, die in Richtung Westen wollten. Unter den Flüchtlingen gab es auch nicht mehr organisierte russische Soldaten der antikommunistischen Wlassow-Armee oder ukrainische Nationalisten. Die Sowjets durch-

Bekanntmachung vom  
22. Juni 1945 über das  
Grenzüberschreitungsverbot in  
Fugau (Fukov)  
© Státní okresní archiv Děčín



querten die Grenze in beiden Richtungen, weil sie vollkommen durchlässig war.<sup>5</sup>

Die sächsisch-tschechische Grenze bewachte am Anfang die erneuerte Finanzwache, welche schon in der Zeit der Ersten Republik aktiv war und die von der Armee oder teilweise auch von paramilitärischen Einheiten (Revolutionsgarden oder Partisanen) unterstützt wurde. Noch im Laufe des Jahres 1945 wurde hier das 1. Bereitschaftsregiment der Nationalen Sicherheit eingesetzt (ein Teil der Mitglieder rekrutierte sich aus den Revolutionsgarden).<sup>6</sup> Auf der sächsischen Seite sicherten die Grenze bis 1946 die Soldaten der Roten Armee, später wurde nach sowjetischem Vorbild die ostdeutsche Grenzpolizei organisiert.<sup>7</sup>

Die Grenze war trotzdem nicht dicht und ihre Überschreitung stellte keine Schwierigkeit dar. Eine Aussage über die Bemühungen, das Grenzregime zu erneuern und jegliche sozialen und ökonomischen Beziehungen mit der sächsischen Seite zu unterbrechen, finden wir in der Gemeinde-Bekanntmachung aus Fugau (Fukov), einer heute nicht mehr bestehenden, ehemals an drei Seiten von sächsischem Gebiet umgebenen Gemeinde in Nordböhmen: „Mit Gültigkeit ab 22. Juni 1945 gelten alle Genehmigungen zur Grenzüberschreitung für die Personen, die derzeit auf dem tschechoslowakischen Staatsgebiet wohnhaft sind und in Deutschland arbeiten, nicht mehr. Alle betroffenen Personen müssen sich bis 22. Juni 1945 beim Arbeitsamt in Schluckenau melden, wo ihnen eine Arbeitsstelle im Inland zugeteilt wird. Jegliche Arbeitsverpflichtungen bei den ausländischen Arbeitgebern treten somit außer Kraft. Es ist für die Einwohner von Fugau auch künftig verboten, neue Arbeitsverhältnisse außerhalb des tschechoslowakischen Staatsgebietes anzutreten. Gleichzeitig werden alle Bewohner von Fugau darauf aufmerksam gemacht, dass ab 23. Juni 1945 die Überschreitung der Staatsgrenze strengst verboten ist. Das gilt auch für die Reichsdeutschen, die beabsichtigen, nach Fugau zu Besuch oder aus anderen Gründen zu kommen. Dies wird von nun an strengst verboten.“ Die Überschreitungen hatten eine Strafverfolgung nach den Militärvorschriften zur Folge.<sup>8</sup>

Auf den Grenzen wurden nach und nach die Hoheitszeichen der Republik und gleichzeitig auch die Schranken oder Drahtsperrren auf den Nebenstraßen erneuert. Es ist nicht uninteressant, dass mit dem Ausbau der ersten Grenzsperrren private Unternehmer oder sogar internierte Deutsche beauftragt wurden. In den 1950er Jahren wäre so etwas kaum denkbar gewesen. Die Meldungen, welche die Situation auf



der Staatsgrenze beschreiben, zeigen das deutlich. So wurde in der Meldung zum Stand an der Grenze im Bereich Maxdorf bei Tetschen (Děčín) empfohlen, Stacheldrahtsperrren zu installieren und auf den nach Deutschland führenden Straßen Panzergräben einzurichten: „An den Panzern (Wracks) unterhalb der Königsmühle in Richtung Böhmisches Tor am Grenzstein 7/4-/10 neue Sperre einrichten, welche die Wegegabelung der befahrbaren Straße absperrt, die nach Deutschland führt und in die Straße nach Schöna mündet.“<sup>9</sup> Im Ascher Ländchen wurden beim Bau von solchen Sperrren auch internierte Deutsche eingesetzt: „Einmal wurde unsere ganze Gruppe beim Bau der Sperrren auf den Grenzwegen eingesetzt. Wir sind unter der Aufsicht von Zollbeamten und Soldaten nach Oberreuth gegangen, wo sie uns getrennt haben. Vom Gasthaus (U Žáby) bis dorthin, wo die Waldwege nach Gürth führen. Wir legten Baumstämme über die Straßen so, dass es hier keine Fahrzeuge passieren können.“<sup>10</sup>

Nach dem Krieg wurden von der ČSR formale Vorschriften aus der Vorkriegszeit übernommen, welche schon damals die Grenzüberschreitung regelten. Die Grenzen blieben jedoch praktisch geschlossen und die Reisepässe wurden nur für die notwendigsten Reisen erstellt. Das begrenzte Recht auf einen Reisepass wurde allgemein mit der immer noch dauernden Wehrbereitschaft des Staates begründet. Die dauerte in der Tschechoslowakei bis zum 31. Dezember 1945. Aber schon im Januar 1946 wurde von der Regierung beschlossen, das Recht auf Auslandsreisen weiterhin zu be-

Blick auf die tschechisch-sächsische Grenze in Markhausen (Hraničná), 1946. Das Bild wurde mit der Datierung „1945“ und folgendem Kommentar im Graslitzer Heimatbrief 27/1954 veröffentlicht: „Die russischen Soldaten stehen hinter der heruntergelassenen Schranke. Auf dem sächsischen Zollamt hängt das Bildnis von Stalin, über ihm dann Sichel und Hammer. An der Wand des ersten Hauses auf der tschechischen Seite (das Haus von Otto Langhammer), wo sich jetzt das Zollamt befindet, hängt das Porträt von Dr. Beneš und die Aufschriften verkündigen bezeichnend: ‚Die Tschechoslowakische Republik wählt ihren Präsidenten Dr. Edvard Beneš‘ und ‚Es lebe der Präsident Dr. Edvard Beneš‘. Darüber flattert die tschechoslowakische Fahne. Das Rad der Geschichte drehte sich jedoch weiter und im Februar 1948 war die tschechoslowakische Regierung nur noch kommunistisch. Wie sieht es dort jetzt aus? Wir wissen nur, dass man die Grenze auf legale Weise nicht überschreiten darf weder auf den Straßen noch mit der Bahn.“

- 1 Übersetzung von Antonín Votápek, redaktionelle Überarbeitung von Matthias Donath.
- 2 Eduard Hončík: Uzel na oprátce. Praha 1968, S. 202.
- 3 Eduard Hončík (1914-1988), der Verfasser des Buches „Uzel na oprátce“, lebte und wirkte in Aussig (Ústí nad Labem). Neben den Spionage-Novellen schrieb er auch historisierende Belletristik über die Arbeiterbewegung in Nordböhmen. Das Buch „Uzel na oprátce“ erschien seit Ende der 1960er Jahre als Fortsetzungsroman in der Zeitung „Rudé právo“.
- 4 Archiv bezpečnostních složek se sídlem v Kanicích u Brna, archivní soubor Hlavní hraniční zmocněnec (HHZ), 145, inv. č. 65, Status NDR-ČSSR, karton 2.
- 5 Petr Karlíček: Hranice přátelství? Český pohled na společnou hranici v letech 1945-1989. In: Kristina Kaiserová/Walter Schmitz (Hrsg.): Sasko-české vztahy v proměnách času, Ústí nad Labem 2013, S. 306-349.
- 6 Alena und Tomáš Jílkovi: Železná opona. Československá státní hranice od Jáchymova po Bratislavu 1948-1989. Praha 2006, S. 17.

**Niederreuth (Dolní Paseky) im Ascher Ländchen. Hinter den Hügeln ist Sachsen zu sehen.**  
aus: Ascher Rundbrief 2/1977



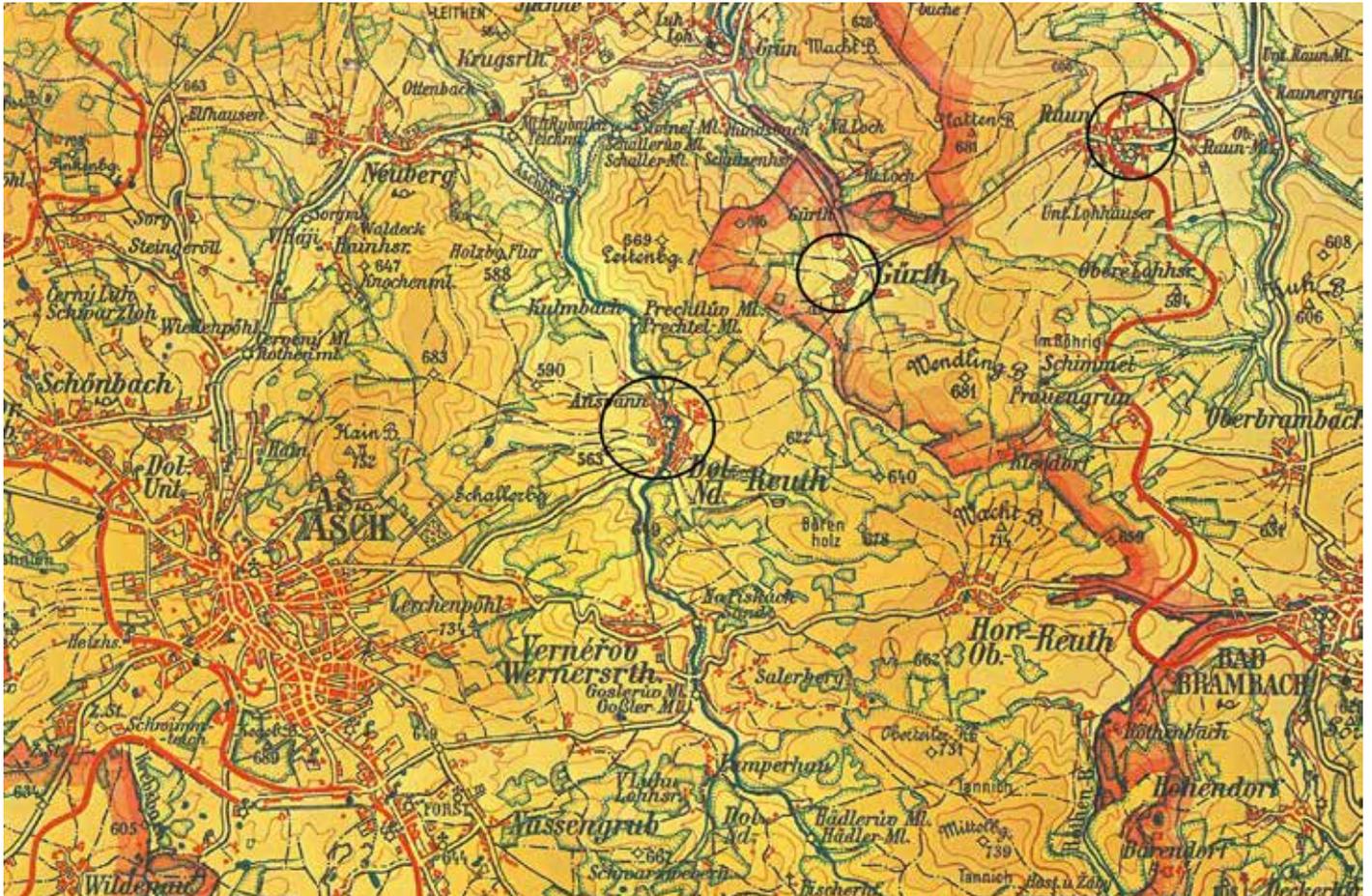
beschränken. Die Anträge auf Reisepass-Erstellung lehnte man ab, und als Grund wurde angegeben, es entspräche nicht dem Staatsinteresse. Man begründete alles mit dem Devisenmangel, Nachkriegsverhältnissen, Wirtschaftszersplitterung. Es war tatsächlich nicht im Staatsinteresse, dass die Bürger wohin auch immer reisten, denn es bedeutete Devisenabfluss und Verlust der Arbeitskräfte. Infolge dessen verschwanden entlang der tschechisch-sächsischen Grenze viele Grenzübergänge. Die Behörden behielten ihre misstrauische Stellung zu den Grenzüberschreitungen praktisch bis Ende 1989 bei.

### Illegale Grenzüberschreitungen: Rückkehr der Deutschen, Schmuggel aus Not und Eigennutz

Im unruhigen tschechisch-sächsischen Grenzgebiet war in jener Zeit oft Schießen zu hören. Unter den Opfern waren oft die vertriebenen Deutschen, die heimlich in ihre Häuser zurückkehrten. Wie z. B. im August 1945 in der Nähe von Warnsdorf (Varnsdorf). Die nervösen Mitglieder des Bereitschaftsregiments der Nationalen Sicherheit schossen auf der Grenze auf zwei Personen, die über die Grenze nach Böhmen kamen. Sie dachten, es handele sich um einen Angriff aus dem deutschen Gebiet. Es waren aber zwei Frauen, die nach der wilden Vertreibung nach Warnsdorf zurückkehrten. Die Tochter wurde erschossen, ihre Mutter verletzt.<sup>11</sup> Es wurde aber auch auf der sächsischen Seite geschossen. Zum Opfer der sowjetischen Grenztruppe wurde z. B. ein Mann, der im Sommer 1945 aus Böhmen ins einige Hundert Meter entfernte sächsische Dorf ging, um dort seinen Sohn zu besuchen.<sup>12</sup> Die organisierte Aussiedlung (deutsch „Vertreibung“, tschechisch „odsun“ = „Abschub“) be-

gann im Januar 1946, und die Hauptphase wurde offiziell schon am 28. Oktober 1946 abgeschlossen. Es folgten zwar noch weitere Teiltransporte, aber diese waren nicht mehr so umfangreich. Laut offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums, die man dem Kontrollrat der Alliierten in Berlin vorlegte, wurden zum 1. Oktober 1947 in die Besatzungszone der westlichen Alliierten 1.223.562 Personen und in die Sowjetische Besatzungszone 711.782 Personen ausgesiedelt.<sup>13</sup> Mit der Aussiedlung wurde das seit Jahrhunderten bestehende Zusammenleben der Tschechen und Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei beendet. Für die zwangsausgesiedelten Deutschen begann nun eine harte Zeit. Deutschland war wirtschaftlich vollkommen zerrüttet, überfüllt mit Flüchtlingen, und die Großstädte lagen in Trümmern. Ihre Integration war überhaupt nicht einfach, denn für die dortigen Deutschen stellten sie ein fremdes Element dar und ihre Integration in die deutsche Gesellschaft benötigte viele Jahre.<sup>14</sup>

Ortskundige deutsche Einwohner kannten die Grenze so gut, dass man sie überschreiten konnte, obwohl sie seit Sommer 1945 offiziell geschlossen war. Man nutzte die Ortskenntnisse, um Familienangehörige oder Bekannte zu besuchen oder sich die Wege in die abgelegenen Dörfer in Böhmen abzukürzen – z. B. im Ascher Ländchen oder im Schluckenauer Zipfel. In den Grenzwäldern wurden Waldfrüchte gesammelt – Pilze, Johannisbeeren, Preiselbeeren und Himbeeren. Oft sagte man nach Jahren mit ein bisschen Übertreibung, dass die meisten Beeren „sowieso auf der sächsischen Seite wuchsen“. Kurz nach dem Krieg holte man sogar Salz aus Sachsen. Das Pendeln über die Grenze beschrieb nach Jahren Richard Heinrich, ein ausgesiedelter Deutscher aus Niederreuth (Dolní Paseky) bei Asch. 1945 war er 10 Jahre alt: „Als anfangs des Jahres bekannt wurde, dass wir ausgesiedelt werden sollten, brachten die Leute alles, was sie konnten, nach Sachsen (falls die bayrische Grenze näher war, nach Bayern). Es waren wertvollere Sachen, Wäsche, Nähmaschinen oder sogar Möbelstücke.“ Heinrich rettete vor der Enteignung das Familienvermögen und auch seine eigenen Sachen, wie z. B. Skier, Akkordeon oder sein Fahrrad. Weil damals die Postverbindung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei unterbrochen war, ermöglichte er den Bewohnern Niederreuths auch diese Verbindung. In größter Gefahr befand er sich aber, als er für einen Bekannten, einen Bauern in Raun (Sachsen), die berühmten Ascher Sensen über die Grenze schmuggelte. Mit der



Übertragung des Hausrats nach Sachsen war aber die Flucht nicht abgeschlossen. Kurz danach zog die Familie in die amerikanische Zone nach Bayern um. Das Schmuggeln geretteter Sachen ging also weiter, diesmal jedoch über die sächsisch-bayerische Grenze: „Wir freuten uns über alles, was wir retten konnten, denn später konnten wir uns für lange Zeit gar nichts kaufen“.<sup>15</sup>

Es kam ziemlich häufig vor, dass die Vertriebenen in ihre einstigen Häuser zurückkehrten, um das zu holen, was sie für ihr Leben benötigten. Man hörte auch solche Stimmen, die verlangten, die Überschreitung der Grenzen zurück in die Tschechoslowakei mit Tod zu bestrafen. Diejenigen, die man erwischte, wurden aber meistens mit zwei Monaten Haft bestraft und danach ausgewiesen.<sup>16</sup>

Obwohl der Schmuggel in der Nachkriegszeit durch Not bedingt war, so gab es auch eine Menge Unternehmungslustiger, die den Hunger in Deutschland ausnutzten. So wurden nach Deutschland Lebensmittel und zurück wieder Industrieware gebracht.<sup>17</sup> Man sollte hier auch eine Gruppe der Neuankömmlinge erwähnen, die aus reinem Eigennutz aus Pleil nach Jöhstadt das Vermögen schmuggelten, das einst den vertriebenen Deutschen gehört

hatte und sich nun in „nationaler Verwaltung“ befand.<sup>18</sup>

Der Transport verschiedenster Sachen über die Grenze wurde nicht nur von den Behörden, sondern auch von der damaligen Presse registriert: „Die Bezirkstadt Weipert befindet sich direkt an der Grenze und ist nur mit einem Bach von der deutschen Gemeinde Bärenstein getrennt. So braucht hier der Grenzschutz eine Sonderpflege, denn die Kräfte der Nationalen Sicherheit und des Finanzschutzes sind für diese Aufgaben begrenzt. Die Deutschen versuchen ihr Vermögen vor ihrem Abschub entweder zu vernichten oder über die Grenze zu schleppen. Aus Böhmischem Hammer flüchteten sie noch vor dem Abschub auch mit dem Vieh, das sie über die Grenze trieben. Unterwegs von Weipert nach Schmiedeberg begegneten wir einer jungen Frau, die auf Schlitten ganze Packungen der Wäsche über die Grenze schleppte.“ Der Fabrikant Müller aus Schmiedeberg wurde angeblich dabei ertappt, als er Gold schmuggelte. „Die Grenze ist hier wie ein Sieb, es genügt nur den Bach zu überschreiten, und man ist im Reich.“ Die scharfe Position eines Redakteurs der „Rudé právo“ sollte den Lesern die kommunistische Sicht vermitteln: „Werte in einer Höhe von Millionen entweichen hier ins Reich. Des-

Ausschnitt aus der Karte des Ascher Ländchens mit Grenzgebiet in der Nähe von Niederreuth, Gürth und Raun. Gerade hier schleppte Richard Heinrich den konfiszierten Familienbesitz über die Grenze.

© Petr Karlíček

7 Ebenda, S. 124.

8 Státní okresní archiv Děčín (folgend SOKa Děčín), Místní národní výbor Fukov 1945-1950, Inv. č. 2 Vyhlasčky, nařízení a potvrzení NV a MSK Fukov (1945), karton 1.

9 SOKa Dečín, ONV Dečín 1945-1960, Zřízení hraničních zátarasů. Inv. č. 309, karton 126.

10 August Bräutigam: Im Ascher Internierungslager VI. In: Ascher Rundbrief Nr. 1 vom 15. Januar 1955.

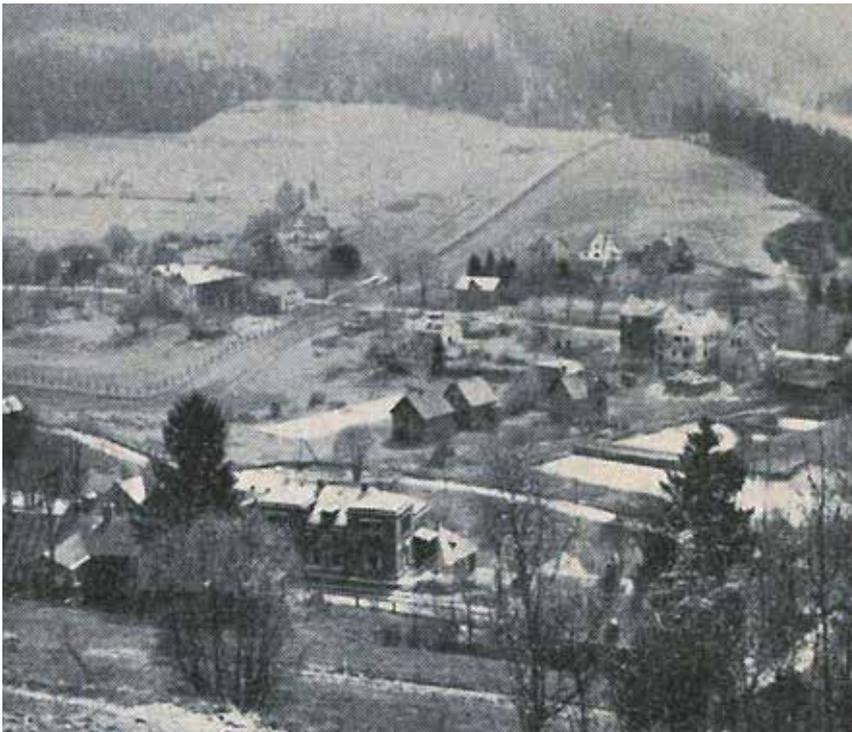
11 SOKa Děčín, Okresní soud Varnsdorf. Trestní věci (1945), Hlášení o použití zbraně na státní hranici, č. 22/45, karton 42.

12 B. T.: Von Grün bis Bad Elster. In: Ascher Rundbrief Nr. 2 vom 29. Januar 1955.

- 13 Siehe z.B. Matěj Spurný: Flucht und Vertreibung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Niederschlesien, Sachsen und Nordböhmen. Dresden 2008, S. 154-186.
- 14 Siehe z. B. Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München 2009.
- 15 Richard Heinrich: Grenzgänger anno 1945. In: Ascher Rundbrief Nr. 2 vom Februar 1977.
- 16 SOkA Děčín, Okresní soud Varnsdorf. Trestní věci (1945), Spis Norberta Hocke č. 56/45, karton 42.
- 17 Siehe Petr Karlíček: Hranice Přátelství? Český pohled na společnou hranici v letech 1945-1989, Exkurs 2: Podlounník, podvodník i dobrodruh. Příběh Františka Pokorného. In: Kristina Kaiserová/Walter Schmitz (Hrsg.): Sasko-české vztahy v proměnách času. Ústí nad Labem 2013, S. 313-314.
- 18 Siehe z. B. Hlášení stanice SNB Vejprty o vyšetřování Emila Tupého a Františka Sadílka vom 28. Januar 1947, ABS, archivní soubor 305, sig. 305-101-6.

**Blick von der sächsischen Seite auf Markhausen (Hraničná) im Frühling 1956. Auf dem Bild ist der „kleine eiserner Vorhang“ deutlich zu sehen.**

aus: Graslitzer Heimatbrief 42/1956



wegen versuchen die Partisanen, die hier ansässig wurden, dem Grenzschutzdienst freiwillig zu helfen, aber sogar diese ihre Hilfe zeigt sich als ungenügend.“ Nach der Meinung der Kommunistischen Partei blieben im Grenzgebiet zu viele Deutsche. Die Partei weigerte sich, den Status der Antifaschisten anzuerkennen, und die Bemühungen, die deutschen Spezialisten in der Industrie zu belassen, hielt sie für eine verräterische Tat, mit welchem nur die „kleinbürgerlichen Nationalverwalter“ einverstanden sein konnten. Die Ordnung in den Grenzgebieten durften nur die überprüften Kräfte und die Nationale Sicherheit sichern. Der Redakteur Vojtěch Dolejší gab an, die Partisanen-Helfer hätten auf der Grenze einen Mann ertappt, der die Postverbindung unter den Deutschen beiderseits der Grenze sicherte: „Man fand bei ihm 12 Briefe, die er aus Deutschland mitbrachte, und er hatte bei sich eine Menge Ausweise für Antifaschisten, mit denen er jedoch die deutschen Nazis versorgte.“<sup>19</sup>

Die Finanzwache in Weipert (Vejprty) meldete im Januar 1947, dass sie für die illegale Grenzüberschreitung mehr als eine halbe Million Kronen Bußgeld kassierte. Außerdem wurde verschiedenste Ware sichergestellt, die in beiden Richtungen über die Grenze geschmuggelt wurde. Neben Lebensmitteln und Industrieware waren es: 7 Motorräder, 8 Pkws, 72 Reflektoren, Bestandteile von verschiedenen Maschinen und Radios, Filter, Stoffe, Zigaretten, Reichsmarken und Sparbücher der tschecho-

slowakischen Bankhäuser. Obwohl es keine größeren Vorfälle gab, so wurde trotzdem festgestellt, dass „die illegale Grenzüberschreitung aus der deutschen Seite eine steigende Tendenz hat und die zuständigen Behörden damit vollkommen beschäftigt sind.“<sup>20</sup>

Der seit Langem dauernde Argwohn der Kommunisten gegenüber der traditionellen Finanzwache führte letztendlich zu ihrem Ende. Typisch ist, wie sich der damalige Vorsitzende des Nationalausschusses für den Bezirk Tetschen und sein Sicherheitsreferent beklagten, als sie am 7. Juni 1948 (Tag der Amtsniederlegung des Präsidenten Edvard Beneš) auf der Grenze Wache hielten. Sie erwarteten eine Welle von politischen Flüchtlingen, und obwohl sie sich ziemlich laut verhielten, wurden sie von der Finanzwache nicht ertappt. Die eifrigen Mitarbeiter des Nationalausschusses beharrten auf einer schnellen Untersuchung dieses Falls.<sup>21</sup> Das Ende der Finanzwache kam unerwartet rasch. Laut Gesetz Nr. 275 vom 2. Dezember 1948 wurden jegliche Kompetenzen der Finanzwache ab 1. Januar 1949 auf die Grenzeinheiten der Nationalen Sicherheit übertragen. Die Finanzwache wurde aufgelöst, Angehörige größtenteils entlassen.<sup>22</sup>

### Verschärfung der Verhältnisse

Nach dem kommunistischen Putsch 1948 verschärfte sich auch das Grenzregime in Richtung Westen. Jedoch wurde auch die tschechisch-sächsische Grenze davon nicht geschont, und man begann auch hier, die Grenzzone auszubauen.

In den Jahren 1951 bis 1966 wurden die Grenzen zur DDR von den Einheiten der Grenzwache (Pohraniční stráž, PS) kontrolliert.<sup>23</sup> In der DDR waren es die Mitglieder der Deutschen Grenzpolizei (DGP). Die DGP war dem Ministerium für Nationale Verteidigung untergeordnet. Die Grenzübergänge kontrollierte der dem Ministerium für Staatsicherheit untergeordnete Abwehrdienst.<sup>24</sup>

### „Große Trümmerstätte“

Im Jahre 1952 begannen im Grenzgebiet umfangreiche Abrissarbeiten. Man begann an der Grenze zu Österreich, dann zur BRD, und später wurden die Arbeiten bis zur DDR-Grenze erweitert. Das Innenministerium erklärte auch die tschechisch-sächsische Grenze zur Sperrzone mit verstärkter Bewachung. Der Beschluss trat am 14. Januar 1955 in Kraft. Das bedeutete, dass das im Kreis Karlsbad Karlovy Vary geltende Regime nun auch auf die Kreise

Aussig (Ústí nad Labem) und Reichenberg (Liberec) erweitert wurde. In der neu entstandenen Grenzzone befanden sich laut behördlichen Unterlagen 6.750 Häuser und beinahe 8.000 Bewohner, in der engeren Sperrzone dann 1.073 Häuser mit 868 Personen. In der Sperrzone galt das gleiche Regime wie an der österreichischen oder der westdeutschen Grenze. Man durfte hier weder wohnen noch sich aufhalten. Die Abrissarbeiten betrafen alle Bauobjekte, die sich im äußeren Bereich der Sperrzone befanden, d.h. zwischen der Staatsgrenze und der Drahtsperrre. Im inneren Bereich der Sperrzone wurden nur baufällige Häuser entfernt.<sup>25</sup>

Die erste tschechische Gemeinde, durch die man auf der Eisenbahnlinie Dresden-Prag fuhr, war Niedergrund (Dolní Žleb). Da sich nun ein Teil dieser Gemeinde in der Grenzzone befand, wurden die Häuser in der Mitte der 1950er Jahre abgerissen. Unter anderem verschwand auch die schon erwähnte Gemeinde Fugau (Fukov) im Schluckenauer Zipfel.

Die verlassenen Grenzdörfer wurden zum internationalen Thema, mindesten zwischen der Tschechoslowakei und der DDR. So wurde im April 1957 von dem Außenministerium der DDR über die Botschaft in Prag den tschechischen Kollegen ein Dokument übergeben, das die gemeinsamen Grenzen betraf. Ihm zufolge machten die verlassenen Gemeinden entlang der Grenze keinen guten Eindruck, was zu ungewünschten Diskussionen in der Bevölkerung geführt hatte. Es wurden sogar an die deutschen Kommunalbehörden schriftliche Anträge geschickt, man solle die leeren Gemeinden auf der tschechischen Grenzseite wieder bewohnen. Durch den immer intensiveren Fremdenverkehr in den Grenzgebieten wurde der peinliche Eindruck noch verstärkt.<sup>26</sup>

Ein tschechoslowakischer Journalist konnte die Verlegenheit der deutschen Bevölkerung bei Johannegeorgenstadt hautnah erleben. Er schaute ziemlich lange auf die tschechische Seite hin, sodass hiesige Bewohner glaubten, er sei einer der Vertriebenen. Den Zerfall der leeren Dörfer haben sie nicht verstanden: „Man hatte uns ausgesiedelt und nun stehen die Häuser leer. Seit zwölf Jahren müssen wir zuschauen, wie die zerfallen. Tatsächlich, hinter der Bäckerei ist das Dorf vollkommen verfallen.“<sup>27</sup>

Auch die ausgesiedelten Deutschen kamen, um sich ihre einstigen Häuser anzuschauen. Im Sommer 1954 standen an der Grenze bei Gürth unweit von Adorf ältere Ausgesiedelte aus Grün (Doubrava) im Ascher Ländchen. Sie waren voller Entsetzen, denn die Häuser standen nicht mehr da und die Umgebung war verwüstet: „Die Felder jenseits der Grenze sehen



aus wie die sibirische Steppe, genauso, wie ich die vor 38 Jahren gesehen habe“, beklagte sich der einstige Bewohner Grüns.<sup>28</sup>

Ein ähnlich trauriger Anblick zeigte sich einer Besucherin der sächsischen Seite des Erzgebirges. Es war zu jener Zeit, als die Demolierungsarbeiten auf vollen Touren liefen. Jene Frau betrachtete im Frühling 1956 aus Klingenthal (Sachsen) ihren Geburtsort, die Gemeinde Markhausen (Hraničná): „In Markhausen sah alles schrecklich aus. Die Häuser wurden niedergerissen und als altes Baumaterial verkauft. Die Eisenbahn aus Klingenthal nach Graslitz endete an der Grenzbrücke. Hinter der Brücke sind die Schienen mit Gras bewachsen, das Gebüsch drängt näher an die Bahn zu und verdeckt sie. Wozu eine Eisenbahnverbindung zwischen zwei sozialistischen Bruderländern? In Schwaderbach/Bublava entlang der tschechischen Grenzstraße sind alle Häuser weggerissen worden. Auf der sächsischen Seite fehlt nichts. Unsere Heimat wurde zu einer großen Trümmerstätte. Ähnlich wie in Markhausen und Schwaderbach sieht es auch in Graslitz aus.“<sup>29</sup>

### Leben im Schatten der Grenzzone

„Die Grenzwahe wurde beauftragt, unsere Grenzen vor dem Eindringen der feindlichen Agenten in unser Staatsgebiet zu schützen und jegliche illegale Auswanderung zu verhindern. An vielen Beispielen unserer Grenzer ist es zu

„Die Häuser wurden niedergerissen und als altes Baumaterial verkauft.“ Blick auf die tschechische Grenzseite, Frühling 1956

aus: Graslitzer Heimatbrief 42/1956

19 Vojtěch Dolejší: Naše Krušnohoří. In: Rudé Právo Nr. 52 vom 2. März 1946.

20 Kateřina Mertová: Chomutovsko 1945-1948. Sborník dokumentů. Chomutov 1989, S. 55.

21 SOKA Děčín, ONV Děčín 1945-1960, Překročení hranic 1946-1950, Inv. č. 308, karton 126.

22 Karlíček (wie Anm. 17), S. 315-316.

23 Archiv bezpečnostních složek se sídlem v Kanicích u Brna, archivní soubor Hlavní hraniční zmocněnec (HHZ), 145, inv. č. 65, Status NDR-ČSSR, karton 2.

24 Ebenda.

25 David Kovařík: Proměny českého pohraničí v letech 1958-1960. Demoliční akce v českém pohraničí se zřetelem k vývoji od roku 1945: Brno 2006, S. 46.

26 Kovařík (wie Anm. 25), S. 48-50.

27 Adolf Ginter: V malém německém městě. In: Československý voják Nr. 24 (1956), S. 7-9.

- 28 Fritz Weidlich: Ein Blick über die Grenze. Zwischen Klingenthal und Markhausen. In: Graslitzer Heimatbrief Nr. 42 vom August 1956.
- 29 Ebenda.
- 30 Diskusní příspěvek č. 24. Soudruh Drahota – PS útvar Varnsdorf, SOKA Děčín, OV KSČ Rumburk, Okresní konference 1955-1958, kniha 7-10.
- 31 Fritz Weidlich: Blick in die alte Heimat. In: Graslitzer Heimatbote Nr. 18, vom August 1952.
- 32 Interview mit Veronika Račanská (geb. 1924) in Jiříkov am 13. November 2012, Archiv des Autors.
- 33 Ebenda.

zeigen, wie entschieden und hart sie gegen die Störer der Staatsgrenze kämpfen.“ So wurde der strenge Grenzschutz von einem Warnsdorfer Grenzer auf der Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei in Rumburg (Rumburk) in der zweiten Hälfte der 50er Jahre verteidigt. Wie es damals üblich war, wurde hier die enge Zusammenarbeit der Grenzer, der Volksverwaltung und der Arbeiterklasse gelobt. Er erwähnte jedoch auch das Unverständnis, auf welches man stieß, als man das verschärfte Regime auf der Grenze zur DDR einführte: „Wir verstehen, dass unsere guten Ergebnisse nicht jedem in unserem Bezirk gefallen. Es zeigte sich in Niedersiedel, aber auch auf anderen Orten, wo man auch solche Fragen stellte, warum hier Drahtsperrungen gegen die DDR gebaut werden. An die Adresse der Leute mit solcher Auffassung möchte ich sagen, dass wir die Grenze nicht gegen das Volk der DDR bewachen, sondern gegen die Feinde unserer Staatsordnung, und gegen solche werden wir den Grenzschutz weiter verstärken.“<sup>30</sup> Die geschwätzig und somit auch ungewollt komische Rede des Grenzers Drahota aus Warnsdorf enthüllte den Kern des ganzen Problems: Die Grenze wurde wegen der tschechoslowakischen Bürger geschützt. Der letzte relativ einfache Weg in den Westen war in den 1950er Jahren der Weg in die DDR und von dort nach West-Berlin. Das musste verhindert werden. Kein Wunder, dass die Bewohner von Niedersiedel (Dolní Poustevna), die im Referat des Grenzers Drahota erwähnt wurden, empört waren. Die Errichtung von Grenz- und Sperrzonen auf der tschechisch-sächsischen Grenze hatte eine negative Auswirkung auf das Leben der Bewohner. Die Sperrzone hatten alle zu verlassen. Die Sperrzone, die einen breiteren Streifen entlang der Grenze darstellte, verließen auch die „politisch unzuverlässigen Elemente“. Deutsche Vertriebene erinnerten sich an den Herbst 1938, als die tschechoslowakisch-deutsche Grenze beiderseits zwar mit Militär besetzt und die Wege auf der tschechischen Seite mit Betonsperren versehen waren, aber der kleine Grenzverkehr trotzdem „ohne größere Schwierigkeiten“ immer möglich blieb.<sup>31</sup>



Der mit Draht gesperrte Bahnhof von Georgswalde (Jiříkov), um 1955

© Státní okresní archiv Děčín

Veronika Račanská blieb in der Tschechoslowakei. Und auch sie erinnert sich verbittert an den Anfang des schweren Grenzregimes bei Georgswalde (Jiříkov): „Es war furchtbar, ich hatte meine Familie auf der anderen Seite – ich durfte nicht zu ihnen, sie durften nicht zu mir. Die Basilika in Philippsdorf befand sich im Niemandsland. Wir Gläubigen mussten draußen auf der Straße knien. Im Kloster waren nun die Grenzer.“<sup>32</sup> Um heiraten zu können, musste Frau Račanská irgendwie zu ihren Eltern in die Oberlausitz kommen. Der Weg aus Georgswalde war aber im Vergleich zur Vergangenheit wesentlich schwieriger. Man musste sich zuerst in Prag ein Visum besorgen. Dann durfte man nur mit dem Zug über Tetschen reisen: „Ich war zu Hause bei meinen Eltern, noch bevor ich heiratete. Ich musste mir von ihnen meine Geburtsurkunde holen und auch die Brautausstattung – z. B. meine Geige. So musste ich nach Tetschen und von dort mit dem Zug über Bad Schandau und Dresden in die Oberlausitz. Als ich dann zurückfuhr, so gefiel meine Geige den deutschen Zollbeamten gar nicht. Der Zug hatte deswegen eine Stunde Verspätung. Nur wegen der Geige! Ich versuchte ihnen zu erklären, dass wir einfache Leute sind, dass ich sie als Kind spielte und dass ich sie nun als Brautausstattung mitnehmen will, aber die dachten vielleicht, dass ich eine Stradivari-Geige aus dem Land ausführen will. So kamen wir erst abends nach Tetschen, die anschließenden Verkehrsverbindungen nach Georgswalde waren weg.“<sup>33</sup>

Die sinnlosen bürokratischen Hindernisse im Grenzregime zwischen der DDR und der Tschechoslowakei wurden in den Heimatzeitschriften, die für die vertriebenen Landsleute in Westdeutschland erschienen, sarkastisch kommentiert. Die Absurdität des strengen Grenzregimes dokumentierte man mit dem Fall einer Frau, die in Grün (Doubrava) wohnte und ihren Sohn besuchen wollte, der im sächsischen Bad Elster lebte. Luftlinie zwischen beiden Orten beträgt nicht mal ein Kilometer. „Die Frau suchte in Prag nach der entsprechenden Bewilligung zur Ausreise aus Grün nach Bad Elster. Die Antwort kam nach einem guten Monat und war positiv. Sie darf ausreisen. Dazu erhielt sie auch die entsprechenden Unterlagen. Sie soll folgende Route absolvieren: Doubrava – Aš – Cheb – Praha – Děčín – Bad Schandau – Drážďany – Chemnitz – Plauen – Bad Elster. Die gleiche Strecke zurück.“ Um ihren Sohn zu besuchen, der nicht einmal ein Kilometer von ihr entfernt wohnte, sollte sie eine Reise von über 600 Kilometern unternehmen. Der Autor stellte sich die logische Frage: Warum muss die Grenze zwischen sozialistischen Bruderländern und unter

Aufsicht der Sowjetunion genauso mit dem Draht dicht gemacht werden wie die tschechisch-bayrische<sup>34</sup> Die logische Antwort lautete: wegen West-Berlin.

Das strenge Regime bedeutete eine Beschränkung nicht nur für hiesige Bewohner, sondern auch für Wanderer und Bergsteiger. Das Erzgebirge wie auch das Elbsandsteingebirge stellten beliebte touristische Ziele dar. In der Sperrzone wurden die Aktivitäten nach 1953 zwar stillgelegt, aber es gab immer wieder Ausnahmen. Man kletterte häufig auf den Neubert-Turm in Tyssa (Tisá), obwohl der Fels paar Schritte hinter dem Schild stand, das auf die Sperrzone aufmerksam machte. Ähnlich war das auch mit den Türmen direkt am Wanderweg aus Tyssa nach Eiland (Ostrov). Zdeněk Kropáček beschrieb, was für eine Erfahrung hiesige Bergsteiger mit dem Grenzschutz machten, als sie hinter der Balzhütte in die Sperrzone eindringen, um dort den legendären Turm Schweifsternnadel (Vlasatice) zu suchen, den sie aus einem alten deutschen Kletterführer kannten. Den Turm fanden sie zwar nicht, aber auf dem Rückweg stießen sie direkt auf die Grenze von der Balzhütte. Die wachsamen Soldaten begannen sofort mit dem scharfen Verhör: „Woher kommt ihr? – Aus dem Wald. Wo geht ihr hin? – In den Wald.“ Die absurden, wenn auch wahren Antworten machten die Grenzer wütend. Die armen Bergsteiger wurden auf das Schloss Tetschen gebracht, wo sich damals der Sitz der Grenzbrigade befand.<sup>35</sup>

### Grenzüberschreitungen und Fluchten

Trotz der strengen Sicherheitsmaßnahmen gelang es immer wieder, die Grenzen illegal zu überschreiten. In Nordböhmen hat man noch eine Zeit lang Waren geschmuggelt, mindestens bis Ende der 1950er Jahre: „Die Slowaken hatten das Schmuggeln perfekt organisiert. Sie lieferten nach Sachsen die Zigaretten Detva.“ Das Schmuggeln von Zigaretten war damals sehr rentabel, denn anfangs der 1950er Jahre bestand in Ostdeutschland ein Mangel an Tabakwaren. Die Slowaken sollen angeblich schon gleich nach 1945 die Häuser in der Nähe der Staatsgrenze besetzt haben, um eine gute Übersicht über die Lage im Grenzbereich zu bekommen. Ein Teil der geschmuggelten Ware versteckten sie damals in einem Gasthaus auf der sächsischen Seite. Walter Bouchner ging mit ihrer Hilfe auf die deutsche Seite: „Mit ihnen und unter ihrer Aufsicht ging ich rüber nach Deutschland und zurück“. Die Ausflüge nach Deutschland dauerten jedoch nicht lange. „Ich war dort nur paaromal, dann habe ich das lieber



„Achtung! Die Mörder sind im Besitz von Schußwaffen!“ Fahndungsplakat der ostdeutschen Grenzpolizei bei der Suche nach Ctirad Mašín, Josef Mašín und Milan Paumer, 1953

gelassen, denn man hat mich angezeigt und die lauerten schon da, um mich zu ertappen.“<sup>36</sup> Eine kuriose Grenzüberschreitung erwähnte der Befehlshaber der Grenzwatche in Oberreuth (Horní Paseky), Leopold Tuček. Einer seiner Soldaten hatte ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen aus Bad Brambach. Für seine illegalen Besuche in Sachsen nutzte er seine Kenntnisse der Drahtsperrungen auf der Grenze. Er wurde aber angezeigt und erhielt eine lange Haftstrafe. Angeblich hatte aber diese Geschichte ein gutes Ende. Sie haben später geheiratet und lebten zusammen in der Tschechoslowakei.<sup>37</sup> An solchen Stellen, wo es noch keine Drahtsperrung gab, kamen deutsche Frauen aus Einöden nach Böhmen einkaufen. Ihr Ziel war das Lebensmittelgeschäft in Steingrün (Výhledy). Es lag näher als die deutschen Geschäfte und auch das Angebot war hier nach dem Krieg besser als in Sachsen.<sup>38</sup> Die wohl bekannteste illegale Überschreitung der DDR-Grenze unternahm im Oktober 1953 eine Gruppe um die Brüder Mašín. Josef und Ctirad Mašín sowie Milan Paumer gelang es unter ganz dramatischen Umständen, über das DDR-Gebiet nach West-Berlin zu entkommen. Die übrigen zwei Mitglieder dieser Bande, Zbyněk Janata und Václav Švéda, hatten solches Glück nicht. Die ostdeutsche Polizei nahm sie fest und lieferte sie an die Tschechoslowakei aus, wo sie hingerichtet wurden.<sup>39</sup> Einer der kuriosesten Versuche, die tschechisch-sächsische Grenze zu überschreiten, war

34 B. T.: Von Grün bis Bad Elster. In: Ascher Rundbrief Nr. 2 vom 29. Januar 1955.

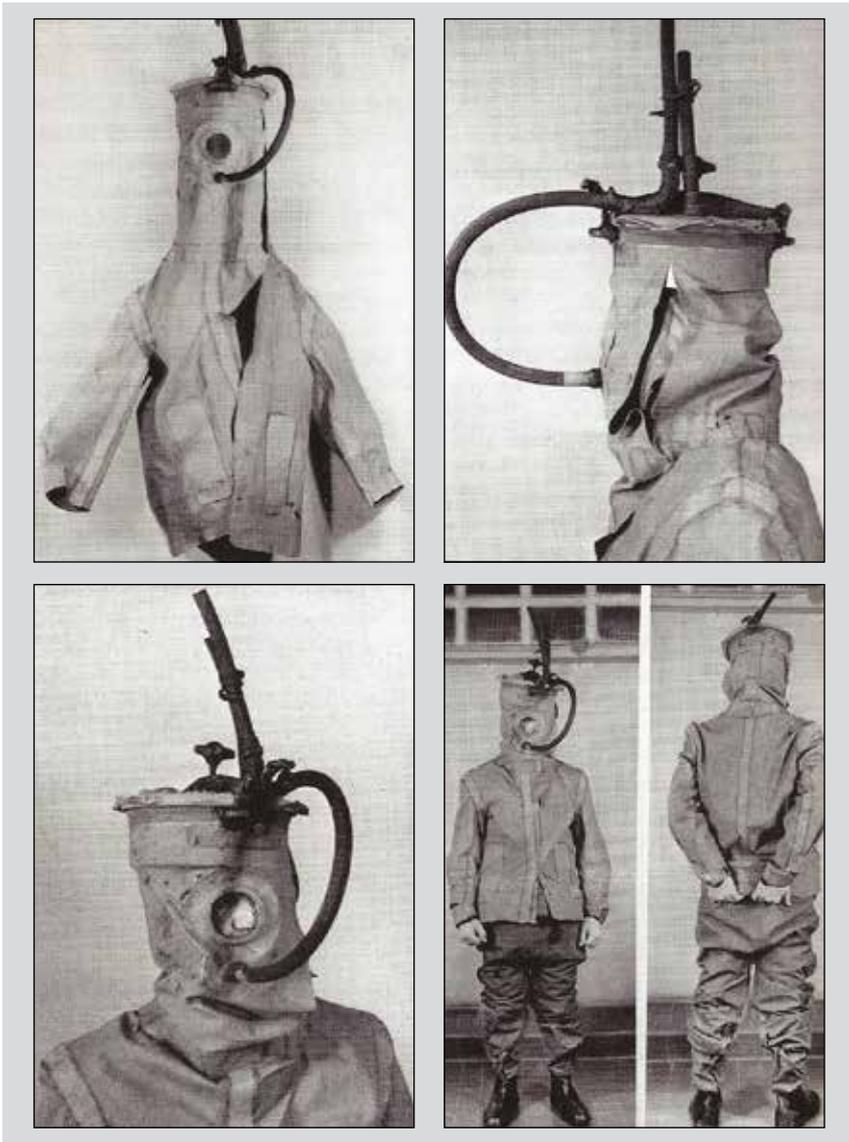
35 Zdeněk Kropáček: Hraniční a zakázané pásmo v Labských pískovcích, Manuskript, undatiert, Archiv des Autors.

36 Interview mit Walter Bouchner (geb. 1932) in Varnsdorf am 8. August 2012, Archiv des Autors.

37 Interview mit Leopold Tuček (geb. 1928) in Aš am 29. September 2012, Archiv des Autors.

38 Ebenda.

39 Vgl. Ctirad Mašín/Josef Mašín/Milan Paumer: Cesta na severozápad. Praha 2011; Ota Rambousek: Jenom ne strach. Praha 1990 sowie die populär-belletristische Darstellung Jan Novák: Zatím dobrý. Brno 2004.



Misslungener Versuch einer Grenzüberschreitung durch das Flussbett der Elbe. Eigenhändig gebastelter Taucheranzug von Kaplan Škop.

der des Kaplans Josef Škop. Er versuchte in der Elbe, die Grenze zu überqueren. Dabei sollte ihm der zu Hause gebastelte Taucheranzug helfen. Er ertrank jedoch in der Nähe von Herrnskretsch (Hřensko), und seine Leiche entdeckte die Wache in der ostdeutschen Gemeinde Schmilka am 12. November 1957.<sup>40</sup> Im Jahre 1964 versuchte eine bewaffnete Deserteur-Gruppe, die Grenze bei Georgswalde zu überschreiten. Die Frage, wohin sie wollten, bleibt unbeantwortet. Die Berliner Mauer stand schon seit drei Jahren. Die Deserteure scheuten nicht, ihre Waffen zu benutzen, und erschossen den ostdeutschen Grenzer. Später hat man sie festgenommen. Im Zusammenhang mit dieser Tat wurden die Bewohner zur größeren Wachsamkeit gegenüber fremden Menschen aufgefordert: „Es ist nicht immer einfach, einen echten Wanderer von solchen zu unterscheiden, die beabsichtigen, unser Staatsgebiet zu verlassen, oder Personen, die

zu uns kommen, um zu schaden.“ Es war für die Sicherheit des Staates und dessen Bewohner sehr wichtig, wenn man „auf das Vorkommen verdächtiger Personen reagierte, besonders dann bei solchen, die sich über die Situation auf der Grenze erkundigen oder Versteck bzw. andere Hilfe benötigen.“ Die Rumburger Staatssicherheit wies darauf hin, dass die meisten Delinquenten Personen im Alter von 16 bis 24 Jahren waren, die Straftaten begangen hatten und in der Flucht über die Grenze eine Chance sahen. Im Zusammenhang damit wurden auch „Rowdies“ erwähnt, die in den ehemaligen Grenzfestungen aus der Zeit der Ersten Republik biwakierten. Die Behörden versuchten sie zwangsweise auszuweisen.<sup>41</sup>

### „Servus, Genosse Zwerg!“: Sagen und fantastische Geschichten

Die tiefen Grenzwälder reizten die menschliche Vorstellungskraft.<sup>42</sup> In der Phantasie wurden die Wälder zu Szenen geheimnisvoller Phänomene. Sie wurden auch von mythischen Personen bewohnt: wilde Waldmänner, Zwerge, teuflische Wesen in menschlicher oder tierischer Gestalt, Wildhexen und mythische Tiere, wie z. B. der weiße Hirsch im Erzgebirge.<sup>43</sup> Die Fichtenbestände, das Erzgebirge, aber auch die Grenzwälder in der Lausitz waren sehr reich an mythischen oder phantasievollen Sagen.

Die vertriebenen Deutschen dachten sich sogar Varianten lokaler Gespenster aus, die im Kontext jener Zeit auftraten. Eine merkwürdige Sage beschreibt die Bestrafung des Nationalverwalters einer Textilfabrik, des Tschechen Vladislav Pospíšil. Sie ist zwischen den lokalen und phantastischen Legenden anzusiedeln und erinnert sogar an sogenannte „urban legends“ der Gegenwart: Der oben genannte Mann kehrte abends vom Besuch seines Freundes zurück, eines Finanzbeamten, der an der sächsischen Grenze diente. Beide hatten sich seit langer Zeit nicht gesehen. Sie erzählten sich einander, wie schön es nach der Vertreibung der Deutschen im Ascher Ländchen ist und wie ungestört sie nun hier „regieren“ können. Auf dem Heimweg ging er an der Katzenfichte vorbei. Es war genau um Mitternacht, als er sich da ein bisschen ausruhen wollte. Das hätte er lieber nicht tun sollen. Aber er kannte die hiesige Sage nicht und die alten deutschen Schilder mit den Warnungen hatten die schäbigen Tschechen ebenso entfernt. Der mächtige Nationalverwalter der Textilfabrik begegnete hier einem fantastischen Wesen, dem grauen Männel! Wenn er die

40 Ivo Pejčoch: Hrdinové železných opony. Cheb 2008, S. 109-112.

41 Městský národní výbor Rumburk (1945-1990), Zápisy z rady 1964, Zpráva komise pro ochranu veřejného pořádku připravená pro radu města Rumburk konanou 2. prosince 1964, kn.113.



lokalen Sagen gekannt hätte, so hätte er gewusst, dass er vor dem wilden Mann Huckauf steht. Unter Alkoholeinfluss begrüßte er das graue Wesen: „Nazdar, soudruhu trpaslíku!“ (Servus, Genosse Zwerg!). Der Zwerg wurde wütend. Er sprang ihm auf den Rücken und beschimpfte ihn in der hiesigen Mundart. Genosse Pospíšil könnte hören, dass er ein schäbiger Frechling sei, dass er im Sudetenland nichts zu suchen habe, wenn er die hiesige Mundart nicht verstehe... Und das war nur der Anfang. Pospíšil stand hier für alle, die Schuld an der Vertreibung der Deutschen hatten, und so musste auch seine Bestrafung dementsprechend streng ausfallen.<sup>44</sup>

Variationen von Sagen und Geschichten, die man kannte, wurden auch von den Neuankömmlingen erzählt. In einem solchen vergessenen literarischen Versuch beschrieb der Grenzer Jožka, der aus der Slowakei stammte, auch Geschichten, die ihm seine Oma erzählt hatte. Eine schilderte, wie ein Wanderer die süßen Stimmen von Wildhexen hörte und ihnen auch folgte. Es war aber nur eine Täuschung, und der Wanderer starb eines jähen Todes. An diese Geschichte dachte der Grenzer Jožka, als er eines Tages während der Grenzbegehung eine süße Stimme hörte: „Warum bist du nicht gekommen, ich habe dich erwartet.“ Das Lied erklang direkt aus der Sperrzone, die mit den Tafeln „Achtung! Grenzgebiet! Eintritt strengst verboten!“ markiert war. Er konnte so etwas nicht fassen. Er drückte sein Gewehr fest und schaute in das kleine Tal, wo das Lied zu hören war. Es war niemand zu sehen. Er stieg von dem Fels ab und schob das Geäst zur Seite. Ach du lieber Schreck! Keine Wildhexe! Und schon gar nix mehr für das Schießgewehr! Ein bildhübsches Mädchel pflückte die Himbeeren und im Korb gab es auch Röhrlinge zu sehen. Es war ja unmöglich, dass sich im Sozialismus übernatürliche Wesen herumtreiben. Das Mädchen hieß Lída und beide verliebten sich auf den ersten Blick. Der Jožka blieb in Böhmen und beide heirateten



links: Die Sagenfigur des Hockauf

rechts: „Keine Waldnixe und schon gar nichts für mein Schießgewehr!“ Der Grenzer Jožka nimmt „ein bildhübsches Mädchel“ in der Sperrzone fest.

Illustration aus dem Buch „Rumburský skrojek pohádek, pověsti a příběhů“, 1963

auf dem Nationalausschuss, sie versprachen sich Liebe und Treue und dann führen sie heim, wo sie die Hochzeit feierten...<sup>45</sup>

### Das Grenzregime lockert sich

Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 verloren die Fluchtversuche in die DDR jeden Sinn. Der finanziell aufwändige Grenzschutz wurde jedoch erst fünf Jahre später, 1966, aufgehoben. Der Grenzschutz wurde grundsätzlich reorganisiert. Die Karlsbader und die Tetschener Brigade wurden aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahmen die Grenzabteilungen der Öffentlichen Sicherheit (PO-VB).<sup>46</sup>

Ihre Tätigkeit umfasste nicht nur den Grenzschutz, sondern auch Aufklärung von Straftaten, sowohl der allgemeinen als auch der Wirtschaftskriminalität, und die Sicherung der öffentlichen Ordnung. Der Grenzschutz war aber ihre Priorität. Im Gegensatz zu anderen Grenzabteilungen, die die Grenzen zu anderen sozialistischen Ländern bewachten, hatten die einzelnen Grenzabteilungen an der Grenze zur DDR größere Mannschaften.<sup>47</sup>

In der Stadtchronik von Georgswalde ist die Änderung des Grenzregimes an der ostdeutschen Grenze mit interessanten Details beschrieben: „Am 1. April 1966 kam es zu Änderungen im Grenzschutz. Die Grenzwache hat ihre Tätigkeit beendet und übergab den Grenzschutz der Grenzabteilung der Öffentlichen Sicherheit. Die bisherige Grenzwache wurde zu anderen Militäraufgaben abkommandiert. Der neue Befehlshaber der Grenzabteilung der Öffentlichen Sicherheit wurde der bisherige Befehlshaber der Grenzwache Genosse Hauptmann Alois Zamrz-

42 Nicht nur die Berge weckten die Vorstellungskräfte. Die Bewohner des tschechisch-sächsischen Grenzgebietes ließen sich leicht von verschiedensten Gerüchten beeinflussen, zum Beispiel, dass die Tschechen spätestens bis Weihnachten 1945 aus dem Grenzgebiet wegziehen oder dass die Oberlausitz an die ČSR angeschlossen werde. ABS, archivní soubor 2M, signatura 2M-120-06. Unter den vertriebenen Deutschen sprach man in den Mitte der 1950er Jahre davon, dass das Ascher Ländchen der DDR angeschlossen werde. Ein Grund dafür soll die Tatsache gewesen sein, dass ein Mitglied der DDR-Regierung aus Asch stamme. Vgl. Pan-kow dementiert Ascher Anschluss-Gerüchte. Prof. Eisler antwortete uns persönlich. In: Ascher Rundbrief Nr. 11 vom 14. Juni 1952. Andere Berichte, die mit Informationen über die Massendemolierungen in Asch, dem strengen Grenzregime und Uran-Abbau in Vernéřov zusammenhingen, sollten beweisen, dass das Ascher Ländchen bald eine tote Zone sein werde. Vgl. Eine Alarmmeldung: Wird der Ascher Bezirk abgeschrieben? In: Ascher Rundbrief Nr. 7 vom 12. Mai 1951.

43 Karl Mittelbach: Der weiße Hirsch – ein Phantom? In: Heimat Chronik – Komotauer Zeitung Nr. 5 vom Mai 1975.

**Grenzübergang Warnsdorf-Seifhennersdorf, um 1965**

© Státní okresní archiv Děčín

- 44 Gustav Grüner: Zur Katzenficht' um Mitternacht. Eine moderne Sage aus unserer Heimat. In: Ascher Rundbrief Nr. 6 vom 27. März 1954. Huckauf wird hier heute Nahřbetskoč (Rückensprung) genannt und das Schild mit der Warnung an der Katzenfichte wurde in den 1990er Jahren erneuert. Im Vergleich zur Nachkriegszeit ist jetzt der Huckauf in der Gegend sehr bekannt und sogar populär. Die Black-Metal-Gruppe Winselland widmete ihm ihr gleichnamiges Lied und der geheimnisvolle Huckauf/Nahřbetskoč wurde angeblich zum Patron ihres ersten Albums Kniže Neuberg.
- 45 František Nečásek: Rumburský skrojek pohádek, pověstí a příběhů. Liberec 1963, S. 113-115.
- 46 Jílkovi (wie Anm. 6), S. 32-33.
- 47 Archiv bezpečnostních složek se sídlem v Kaničích u Brna, archivní soubor Hlavní hraniční zmocněnec (HHZ), 145, inv. č. 65, Status NDR-ČSSR, karton 2.
- 48 SOkA Děčín, Městský národní výbor Jiřikov 1945 – 1983, Kronika obce Jiřikov, S. 193.
- 49 Keine Grenzsperrn mehr zwischen Zone und CSSR. In: Karlsbader Zeitung, Nr. 9 vom 10. Mai 1966.
- 50 Die Informationen aus den Heimatzeitschriften der Vertriebenen müssen mit gewisser Vorsicht betrachtet werden. Der „Ascher Rundbrief“ brachte jedoch bis auf Ausnahmen relativ genaue Informationen aus dem Ascher Ländchen. Vgl. Ascher Zeitung Nr. 10 vom 29. Mai 1966.



lo. Die Truppe ergänzten die Mitglieder der Öffentlichen Sicherheit. Die neuen Grenzer übernahmen die bisherige Kaserne der Öffentlichen Sicherheit. Die Drahtsperrn als auch die Wachtürme entlang der Grenze wurden beseitigt. Es führte zu unangenehmen Situationen, denn viele haben diese Lage genutzt, um einen unerlaubten Ausflug in die DDR zu unternehmen.<sup>48</sup> Auch wenn etwas übertrieben, kann man sagen, es handelte sich um eine kleine Ouvertüre zum späteren Fall des Eisernen Vorhangs – mindestens in den Augen der einfachen Bürger.

Die Beseitigung der Drahtsperrn wurde auch in der gut informierten Presse der in Westdeutschland lebenden Vertriebenen registriert. Die „Karlsbader Zeitung“ berichtete am 10. Mai 1966, dass die Drahtsperrn ganz im Stillen entfernt worden waren. Doch die ostdeutschen Behörden sollen die Bevölkerung aufgefordert haben, die Staatsgrenze zu respektieren, denn die markierte Grenze bestehe weiter und dürfe nicht überschritten werden. „Die Grenzüberschreitung aus der Sowjetzone in die ČSSR ist nur über die bestehenden Grenzübergänge und mit entsprechenden Dokumenten möglich. Im Kreis Dresden sind es Straßengrenzübergänge Schönberg, Zinnwald und Schmilka, für den Eisenbahnverkehr dann Bad Brambach und Bad Schandau.“<sup>49</sup>

Trotz Warnungen gab es Ostdeutsche, die die Grenze auch ohne gültige Dokumente überschritten. Es handelte sich z. B. um neun Bewohner einer Grenzgemeinde. Angeblich wollten sie nur ein Glas Pilsner Bier trinken und sich

Franzensbad (Františkovy Lázně) anschauen. „Stattdessen konnten sie sich den Ascher Knast anschauen“, kommentierte der „Ascher Rundbrief“ spitz die Beziehungen zwischen den „sozialistischen Bruderländern“. Auf der sächsischen Seite wurden von den ostdeutschen Behörden zwanzig neugierige Jungen aus Roßbach (Hranice u Aše), Haslau (Házlov) und Fleißen (Plesná) festgenommen und verhaftet.<sup>50</sup>

### Schlusswort

In der zweiten Hälfte 1960er Jahre lockerte sich das Grenzregime zwischen der DDR und der ČSSR. Es entstanden neue Grenzübergänge, und die Bevölkerung unternahm mehr Reisen in die Nachbarländer. Diese Reisen „im Rahmen des Gesetzes“ brachten eine Entwicklung der touristischen Branche mit sich, egal, ob es dabei um Entdeckung der Sehenswürdigkeiten oder eher um den Konsumtourismus ging. Da es beiderseits der Grenze Mangelwaren gab, wurde das einkaufsmotivierte Reisen in die DDR (oder in die ČSSR) zum Phänomen der 1970er und 1980er Jahre.<sup>51</sup> Der kleine eiserner Vorhang verschwand, aber die Normalisierung der Verhältnisse an der sächsisch-tschechischen Grenze brachten nicht die Jahre 1989/1990, wie man vielleicht vermuten könnte, sondern erst die EU-Beitritt im Jahre 2004 und die Eingliederung der Tschechischen Republik in den Schengen-Raum 2007.

### Autor

Petr Karliček  
Archiv města Ústí nad  
Labem (Stadtarchiv Aussig)  
Hrnčířská 65/2  
CZ-400 01 Ústí nad Labem

# Kleinprojekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

## Die Euroregion Elbe/Labe in der Förderperiode 2007 bis 2013

Milan Jeřábek

### Grenzraum und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Ein Grenzgebiet im Allgemeinen, die sächsisch-böhmische Grenzregion nicht ausgenommen, stellt eine besondere Gebietskategorie dar, die mehr oder weniger durch die Existenz einer Staatsgrenze beeinflusst wird. Gerade hier treffen unterschiedliche politische, gesetzliche und wirtschaftliche Systeme aufeinander, die eine potentielle Zusammenarbeit unterschiedlicher Einrichtungen und Stellen erschweren. Wie die Europäische Charta der Raumplanung (European Charter on Regional Planning, 1983) ausführt, „liegt der Sinn einer abgestimmten internationalen Politik in der Grenzöffnung, der Gewährleistung einer grenzübergreifenden Abstimmung und Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Nutzung von Einrichtungen der Infrastruktur, sowie in einer Erleichterung direkter Kontakte entsprechender Regionen und Städte im Interesse der Unterstützung der enger werdenden Kontakte der Bevölkerung“. Dementsprechend wurden bereits vor fast 60 Jahren in Europa erste Versuche unternommen, die grenznahen Regionen mit Hilfe der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, die durch die sogenannten Euroregionen institutionalisiert und räumlich fixiert wurden, aufzuwerten. Gegenwärtig gibt es eine große Zahl von Euroregionen, die in allen Teilen des Kontinents verteilt sind. Um gemeinsame Interessen im politischen Bereich durchsetzen zu können, wurde die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (Association of European Border Regions, AEBR) gegründet.

Ähnlich wie im Fall der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die im internationalen Maßstab auf der Ebene der Europäischen Union gewährleistet wird, kann im Fall einer bilateralen grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen der sogenannten großen oder auch offiziellen Politik (Außenbeziehungen) und der so-

genannten kleinen Politik unterschieden werden, die die Lösung der Nachbarschaftsprobleme im Alltagsleben zum Inhalt hat. Der grenzübergreifende Austausch wird somit als Beitrag zum Zusammenwachsen Europas verstanden.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit umfasst eine direkte nachbarschaftliche Zusammenarbeit in allen Bereichen des Alltags zwischen regionalen und lokalen Gebietseinheiten entlang der Grenze bei Beteiligung aller Partner. Grenzüberschreitende Kooperationsaufgaben beinhalten eine Vielzahl von Themen. Das schließt alltägliche Schwierigkeiten auf lokaler Ebene, internationale juristische Aspekte sowie die Abstimmung grundlegender Initiativen und Strategien regionaler Entwicklung durch EU-Initiativen und Unterstützungsprogramme ein.

Die Funktionsfähigkeit grenzübergreifender Aktivitäten bedarf eines bestimmten Niveaus der inhaltlichen sowie räumlichen Abstimmung. Zu diesem Zweck entstanden die Euroregionen (oder ähnliche Gemeinschaften), die als Antriebskräfte oder auch Katalysatoren oder Multiplikatoren der grenzübergreifenden Zusammenarbeit bezeichnet werden. Diese verfügen zwar über eine bestimmte Organisation, die tatsächliche Zusammenarbeit hängt aber vom Interesse, den Aktivitäten und Fähigkeiten engagierter Personen oder Akteure ab. Diese, als Einzelpersonen oder Vertreter von unterschiedlichen Einrichtungen und Institutionen, entwickeln Ideen und führen Projekte durch und tragen somit zur Entwicklung eines „gemeinsamen Lebensraumes“ bei. Die Euroregionen präsentieren sich dann erstens extern in einer Reaktion auf europäische, staatliche und regionale Interessen (europäische Integration) bzw. gegenüber anders aufgestellten Regionen, und zweitens intern mit einer Fokussierung auf gemeinsame Probleme (sozio-ökonomische/regionale Entwicklung). Die meisten der bestehenden Euroregionen zeichnen sich durch eine dominierende Orientierung aus (eine oder zwei

Der Autor dankt den Mitarbeitern des KPF-Projektes (Dipl.-Ing. Petr Lauterbach, Univerzita Jana Evangelisty Purkyně Ústí nad Labem; Prof. Dr. Ina-Beate Groß und Dr. Annedore Bergfeld, Institut für Wirtschaft und Regionalentwicklung Leipzig) für die Zuarbeit bei der Bildung der gemeinsamen Publikation (siehe Literaturliste), die für diesen Beitrag genutzt wurde.

- 1 Evaluierung des Kleinprojektfonds der Euroregion Elbe/Labe 2007-2013 unter Nr. EEL-0139-CZ-13.10.2016 und EEL-165-SN-12.10.2016
- 2 Die Aufgaben für die Euroregionen sind hierfür nicht direkt festgelegt oder spezifiziert.



Übersichtskarte der Euroregion Elbe/Labe, Stand 2007

Hauptrichtungen der Zusammenarbeit, zum Beispiel Koordination und gemeinsames Handeln im Bereich des Tourismus).

Die grenzübergreifenden Strukturen verfügen häufig über eine eigenständige langfristige Entwicklungsstrategie mit infrastrukturellen/wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Schwerpunkten. Die Projekte stellen dann notwendige Elemente für eine zügige und dauerhafte konkrete Zusammenarbeit dar. Die Anfänge dieser Aktivitäten lagen bereits in den 1990er Jahren, als die ersten People-to-People-Projekte entstanden. Die thematische Ausrichtung kleiner Projekte korrespondiert mehr oder weniger mit großen Projekten. Möglicherweise werden bei ihnen stärker die gesellschaftliche Probleme hervorgehoben (zum Beispiel Entfernung, Chancengleichheit, Sprache oder Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung).

Die People-to-People-Projekte werden als Motor der gegenwärtigen sowie der zukünftigen grenzübergreifenden Zusammenarbeit bezeichnet. Insbesondere für die Bürger handelt es sich um Aktivitäten, die man „erleben“ kann bzw. die im Alltagsleben greifbar sind. Das bekannte Schlagwort „Europa der Bürger“ wird gerade hier, in den grenznahen Regionen, zur Realität. In den

„fortgeschrittenen“ Euroregionen knüpfen an die kleinen Projekte weitere Aktivitäten und Strukturen an, in die grenzübergreifende Zusammenarbeit werden weitere Einzelpersonen und Einrichtungen eingebunden (Experten, gemeinnützige Einrichtungen, Privatpersonen, usw.). Die grenzübergreifende Zusammenarbeit wurde für Sachsen und Böhmen insbesondere nach den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im Zusammenhang mit der „Rückkehr Tschechiens nach Europa“ in den 1990er Jahren zur Realität. Für die Entwicklung der Zusammenarbeit und die Unterstützung der regionalen Entwicklung des Grenzgebietes spielen die Europäische Union und deren operationellen Programme (INTERREG für Deutschland bzw. PHARE CBC für Tschechien) eine wichtige Rolle. Neben den sogenannten großen (oftmals investiven) Projekten trifft das bis heute auch auf die Förderung aus dem Kleinprojektfonds (KPF) zu, der Aktivitäten zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Verständigung, Begegnungen unterschiedlicher Zielgruppen der Bevölkerung (zum Beispiel Jugend, Sportler) oder auch Projekte im Bereich der Kultur, des Tourismus oder der öffentlichen Verwaltung unterstützt.

### Modellraum Euroregion Elbe/Labe

Als Modellregion betrachten wir uns aufgrund vergangener Aktivitäten und Kontakte die Euroregion Elbe/Labe (EEL), eine der ersten, die sich in Tschechien etabliert hat. Die Euroregion Elbe/Labe umfasst geographisch beidseitig sehr unterschiedliche Gebiete. Auf der sächsischen Seite ist das Ballungsgebiet um Dresden (an der Elbe) mit etwa einer halben Million von Einwohnern dominierend. Die böhmische Seite ist u.a. durch den dünnbesiedelten Kammbereich des Erzgebirges geprägt. Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten können auch in anderen Bereichen festgestellt werden (Lebensniveau, Dienstleistungen, Umweltproblematik usw.). Mit den verfügbaren Fördermöglichkeiten sollen die Kohärenz der Gebiete, die Lösung gemeinsamer Probleme, aber vor allem durch den Kleinprojektfonds (KPF) ein Verständnis und ein gemeinsames Zusammenleben unterstützt werden. Dies gewinnt in Zeiten des Nationalismus und der Ausgrenzung wieder zunehmend an Bedeutung.

Immer noch oder einfach daher müssen gemeinsame Probleme gefunden werden, um einheitliche Lösungen, Maßnahmen, Ansätze zu entwickeln. Von den daraus resultierenden Vorschlägen und Projekten profitieren sowohl die direkten Akteure der einzelnen Veranstaltungen

gen als auch ihre passiven Teilnehmer. Die Konzepte der betroffenen Institutionen, Standorte und Regionen verdienen eine angemessene Präsentation und Förderung, da sie beispielhaft wirken können (Best-Practice-Beispiele).

Die Euroregion Elbe/Labe kann als interdependente (kreuzabhängige) Grenzregion in Bezug auf die Interaktion beschrieben werden. Unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Probleme ergeben sich aus den Beziehungen zwischen Bewohnern der politischen und institutionellen Zusammenarbeit. Trotz der offensichtlichen grenzüberschreitenden Mobilität und wirtschaftlicher Verflechtungen nimmt aber die Bevölkerung nicht wahr, Teil eines grenzüberschreitenden „Systems“ zu sein. Für die tschechisch-deutschen Grenzgebiete sind formal die Voraussetzungen für ein integriertes Grenzmodell gegeben, weil die uneingeschränkte Bewegung von Personen und Gütern über die Grenze bereits gewährleistet ist. Die Euroregion hätte daher das Potenzial, sich zu einer integrierten grenzübergreifenden Region fortzuentwickeln. Doch dazu liegen noch keine relevanten empirischen Fakten vor.

Als zentral kann die Frage betrachtet werden, ob es sich um eine eigenständige und in diesem Fall einheitliche Region handelt oder ob eher Unterschiede beider Teile überwiegen und die grenznahe Region somit relativ spürbar getrennt ist. In dem Untersuchungsgebiet kann als Beispiel für eine einheitliche Region das Gebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz dienen, das aus der Sicht der historischen Entwicklung, der Siedlungsentwicklung, der Natur und Landschaft sowie im Bereich einer intensiven touristischen Nutzung über identische Merkmale verfügt.

Mit dem „Funktionieren des Raumes“ hat sich in jüngerer Vergangenheit die historische Geographie befasst. Wir müssen eine idiographische Beschreibung einzelner Regionen oder Standorte und allgemeine (natürliche) Tendenzen der Polarisierung eines konkreten Raumes unterscheiden bzw. kombinieren. So wird der Sichtpunkt der Makrolage durch die historischen Entwicklungsachsen determiniert („Landesporten“, Handelswege), während die Mikroebene mit Hilfe der geophysikalischen Bedingungen eine Einschränkung und sogar eine Barriere für gegenseitige Kontakte schafft (in unserem Fall das Elbtal, hier Eisenbahnverbindung und Schiffverkehr, sowie das Erzgebirge, hier Straßen- und Autobahnverkehr). Der hier betrachtete Abschnitt der Staatsgrenze war über Jahrhunderte stabil, auch wenn sich die Bezeichnungen der Staaten oder Regionen in der Zeit verändert haben. Dies ist die Folge der natürlichen geographischen Gegebenheiten,

aus der Sicht Tschechiens ist die Rede vom „Gebirgsraum Böhmens“.

### Ziel und Methode der Untersuchung

In den Dokumenten der Euroregion Elbe/Labe ist als Zielstellung verankert, dass der Kleinprojektfonds insbesondere auf die Durchführung von Begegnungsmaßnahmen, den so genannten People-to-People-Projekten, abzielt und die grenzübergreifenden Kooperationen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weiter intensivieren soll. Dabei müssen die Ergebnisse des Kleinprojektes dem Fördergebiet zugute kommen.

Ziel des Beitrags ist es daher, den Umfang der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Euroregion Elbe/Labe mit Unterstützung des Kleinprojektfonds im Zeitraum 2007 bis 2013 insbesondere aus der quantitativen (statistischen) Perspektive zu bewerten. Aus dieser Periode stehen genügend Daten zur Verfügung, um die verschiedenen Aspekte der Projekte selbst und des Programms (Großprojekt) als Ganzes zu bewerten.

Die Analyse des Kleinprojektfonds<sup>30</sup>, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung durchgeführt wurde, umfasst vier Schritte:

1. Primäre Analyse des Kleinprojektfonds unter Nutzung der Datenbank der Euroregion Elbe/Labe
2. Auswertung der Anträge der einzelnen Projekte und ihrer Abschlussberichte
3. Durchführung einer empirischen (soziologischen) Untersuchung unter Anwendung eines einheitlichen Fragebogens
4. Befragungen mittels semistrukturierter Interviews

Die Untersuchung basiert für die statistische Analyse auf den durch beide Sekretariate der Euroregion Elbe/Labe bereitgestellten Informationen zu den Projekten. Als primäre Daten wurden Auflistungen sämtlicher Projekte verwendet, die einen Antrag auf eine Förderung im Rahmen des Kleinprojektfonds gestellt haben. Die entsprechende Datenbank umfasst eine Reihe von Kennziffern unterschiedlicher Ausprägung: Identifizierung des Projektes oder der Projekte, formelle Anforderungen, Vorhabensbereiche, Inhalt der Förderung, Termine, Antragsteller, Fördergebiet, Art der Zusammenarbeit, finanzielle Angaben, Indikatoren des Programms oder Projektes. Auf Grundlage der einzelnen Untersuchungsschritte wurden gemeinsam von den Projektpartnern und den Vertretern der Euroregion verallgemeinernde Schlussfolgerungen für die Weiterarbeit abgeleitet, so dass eine einheitliche Herangehens-

Antragsteller	CZ	SN
Kommunale Gebietskörperschaften, deren Einrichtung oder deren Zusammenschlüsse	35,7	17,6
Bürgervereinigungen	32,6	
Schulische juristische Personen	12,4	
Beitragsorganisationen	11,6	
Gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH)	5,9	
Vereine		58,8
Stiftungen		5,9
Fachhochschulen		5,9
Sonstige	7,8	5,9

Charakteristik der Antragsteller der kleinen grenzüberschreitenden Projekte (in Prozent)

weise für den sächsischen und böhmischen Teil der Euroregion gesichert werden konnte.

### Ergebnisse

Insgesamt 248 Projekte wurden in die quantitative Betrachtung aufgenommen (119 auf der sächsischen und 129 auf der böhmischen Seite). Die qualitative Betrachtung bewertete insgesamt 49 Akteure (18 auf der sächsischen und 31 auf der böhmischen Seite). Nachfolgend werden einzelne Aspekte der gewonnenen Erkenntnisse für die Förderperiode 2007 bis 2013 vergleichend für die sächsische und böhmische Seite betrachtet.

### Struktur der Anträge bzw. des Antragstellers

Beide Seiten weisen eine unterschiedliche Struktur der Antragsteller auf. Auf sächsischer Seite dominieren eindeutig die Vereine, auf böhmischer Seite ist ein wesentlich größerer

Anteil kommunaler Antragsteller (in zwei Kategorien rund zwei Drittel der Antragsteller) festzustellen.

### Förderinhalte

Hier dominieren auf beiden Seiten der Euroregion Elbe/Labe die Austauschformate. Die beiden letzten Positionen haben ähnliche Ausrichtungen, unterscheiden sich aber im fachlichen Anspruch. Auffallend ist auch hier, dass der Anteil der Kombinationsformate, d.h. der nicht eindeutig zugeordneten Anträge, zugenommen hat.

### Förderbereiche

Werden die Projekte nach Förderbereichen verglichen, zeigen sich zwei vergleichbare Trends: Erstens eine wachsende Zahl von Themen, die unterschiedlichen Förderbereichen zuzuordnen sind, und zweitens eine eindeutige Dominanz der Ausrichtung auf Themen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten.

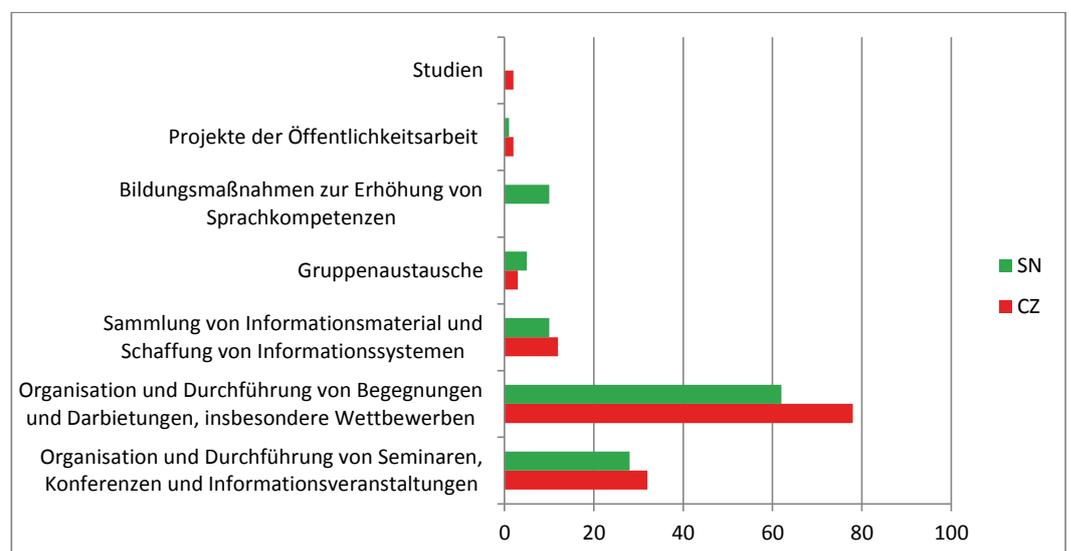
### Art der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Nach den Regelungen des Programmes bzw. der Richtlinien des Kleinprojektfonds sollten Projekte mindestens zwei Aspekte der „Gemeinsamkeit“ erfüllen. Wie sieht es in der Realität aus? Als typisch kann man die Kombination Planung/Realisierung/Personal bezeichnen, die ca. zwei von drei Projekten auf beiden Seite der Euroregion vorweisen.

### Räumliche Auswirkungen

Bei diesem Kriterium unterscheiden sich beide Seiten bei den kleinen grenzübergreifenden Projekten grundlegend. Dominieren auf der

Förderinhalte der kleinen grenzüberschreitenden Projekte (Häufigkeit in Prozent)



sächsischen Seite Projekte auf der lokalen Ebene (bis zu zwei von drei Projekten), so liegt der Anteil der Projekte auf regionaler Ebene auf der tschechischen Seite bei fast der Hälfte. Jedes zehnte im Rahmen des Kleinprojektfonds geförderte Projekt überschreitet in seiner Wirkung die Grenzen der Euroregion.

### Schlussfolgerungen und Perspektive

Dieser Beitrag, ein Auszug unserer Forschungen (siehe Literaturliste), beschreibt mehr oder weniger die aktuelle Situation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Böhmen. Eines ihrer Segmente, die Kleinprojekte, sind im Rahmen der operationellen Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein fester Bestandteil der sozioökonomischen Entwicklung des böhmisch-sächsischen Grenzgebietes geworden. Ihre Bedeutung wird unter anderem von der Europäischen Union und der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen unterstrichen. Tatsächlich tragen die Kleinprojekte entscheidend zur gegenseitigen Anerkennung und Beseitigung möglicher Vorurteile und zur Stärkung und Vertiefung der Nachbarbeziehungen bei. Man kann sicherlich sagen, dass das Niveau der Zusammenarbeit sehr hoch ist, was nicht bedeutet, dass es Verbesserung geben könnte. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der Kleinprojekte, kann gestärkt und für die regionale und lokale Entwicklung noch besser nutzbar gemacht werden, was aber eine bessere Wahrnehmung dieser Maßnahmen im Rahmen der europäischen Integration voraussetzt.

Eine Möglichkeit in diesem Sinne ist die Anwendung der vom Ministerium für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik im Rahmen des Projektes TA ČR zertifizierten Methode. Die inhaltliche Komplexität, die vorhandene Mitwirkung unterschiedlicher Ebenen sowie die differenzierte Auswirkung von Rahmenbedingungen erfordern a) eine mehrstufige (hierarchische) sowie b) eine umfassende (thematisch strukturierte) Herangehensweise. Folgend haben wir die nur für die euroregionale Ebene relevante Vorschläge gewählt, und zwar entweder mit einmaliger Wirkung oder mit laufendem Charakter.

#### Institutionelle (hierarchische) Herangehensweise

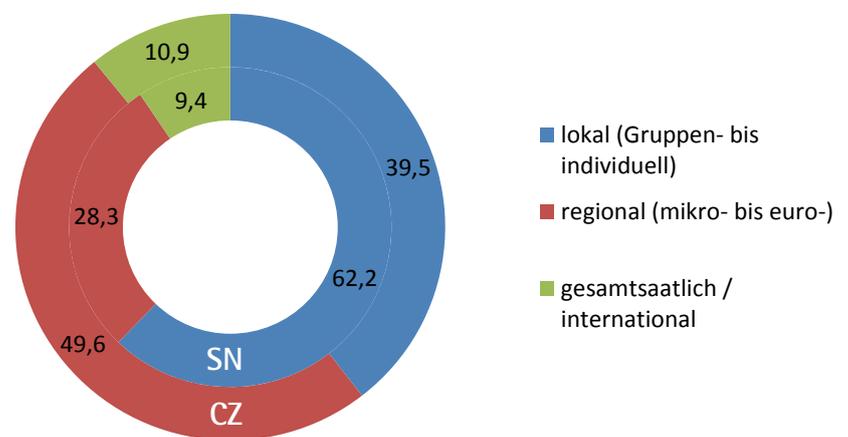
1. Bund/Land sowie weitere zentrale Behörden  
In fachbezogene Konzepte, Regionalpläne oder in raumplanerische Dokumentationen sind die Entwicklungsziele der grenznahen Gebiete/Standorte mit aufzunehmen. Zuständig

Förderbereiche		CZ	SN
1	Humanressourcen, soziokulturelle Entwicklung und partnerschaftliche Zusammenarbeit in Kombination mit anderen: +2+3+4+5+6+7	83,8	66,9
		11,4	19,4
2	Regionalplanung und Regionalentwicklung	0	0,7
3	Sicherheit, Rettungswesen und Brandschutz +7	0	0
		0	0,7
4	Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung grenzübergreifender wirtschaftlicher Strukturen +6	0,6	0
		0	1,4
5	Kooperation und Entwicklung grenzübergreifender Strukturen im Tourismus +7	3,0	2,2
		0	0,7
6	Klimaschutz, Naturschutz, Landschaftspflege und Abfallwirtschaft	1,2	7,9

oben: Förderbereiche der kleinen grenzüberschreitenden Projekte (in Prozent)

Gemeinsames	CZ	SN
Planung/Realisierung	18	3
Planung/ Realisierung/ Finanzierung	2	5
Planung/ Realisierung/ Personal	83	79
Planung/Realisierung/ Finanzierung/Personal	23	29
Planung/Personal	1	7
Hochwasserschutz, Wasserwirtschaft und Wasserbau	0	0

Art der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der kleinen grenzüberschreitenden Projekte (Häufigkeit)



Wirkungsraum der kleinen grenzüberschreitenden Projekte (in Prozent)

## Weiterführende Literatur

Annedore Bergfeld/Ina-Beate Groß/  
Milan Jeřábek/Petr Lauterbach:  
Kleinprojekte der grenzüberschrei-  
tenden Zusammenarbeit. Ústí nad  
Labem 2018.

Ján Buček: Environmentálna di-  
menzia euroregiónov. In: Životné  
prostredie 26 (1992), Heft 5,  
S. 255-258.

Europäische Charta der Raum-  
planung 1983. Evropská charta  
územního/prostorového plá-  
nování, Příloha, Územní pláno-  
vání a urbanismusc. 1/91.

Leoš Jeleček/ Pavel Chromý:  
Vývoj českého státu v pojmech  
a datech. In: Geografické rozh-  
ledy 7 (1997/98), Heft 2, S. 41-  
44.

Daniel Gurnák: Vývoj politickej  
mapy stredovýchodnej a juho-  
východnej Európy - historicko-  
geografická analýza. Bratislava  
2007.

Milan Jeřábek/Jaroslav Dokou-  
pil/Tomáš Havlíček/Marián Ha-  
lás: Certifikovaná metodika k  
usměrnění přeshraničního re-  
gionálního rozvoje. Ústí nad La-  
bem/Brno 2015.

Oskar Krejčí: Geopolitika stře-  
doevropského prostoru. Hori-  
zonty zahraniční politiky České  
republiky a Slovenské republiky.  
Praha 2000.

Lukáš Novotný: Sociological Re-  
flexion of the European Inte-  
gration. In: Sociológia – Slovak  
Sociological Review 48 (2016),  
Heft 2, S. 119-138.

## Autor

Assoc. Prof. RNDr.  
Milan Jeřábek, Ph.D.  
Masarykova univerzita  
Kotlářská 2  
611 37 Brno

sind zentrale Behörden, Gebiete der territoria-  
len Verwaltung (kraj) und Euroregionen.

### 2. Regionale Ebene

Zuständig sind die Gebiete der territorialen  
Verwaltung (kraj) als Koordinatoren der Regi-  
onalentwicklung<sup>31</sup>.

### 3. Lokale/kommunale Ebene

Zuständig sind die Gemeinden als die niedrigs-  
te Stufe der territorialen Selbstverwaltung.

## Themenbezogene Herangehensweise

### 1. Natur- und Umweltschutz

- Grenzübergreifenden Projekte (Vorhaben,  
Maßnahmen) im Bereich des Naturschutzes  
können in Verortung, Umfang (Aufwand), the-  
matischer Ausrichtung und Träger (in der Re-  
gel aus dem Bereich öffentlicher Einrichtungen)  
miteinander verbunden werden.

### 2. Verkehrsinfrastruktur und Verflechtungen in dem Raum

- Bevölkerung, Besiedlung und Raumnutzung
- Gewährleistung ausgewählter Leistungen der  
Daseinsfürsorge.

- Auf Landesebene sind klare, allgemein gültige  
Anforderungen (Regeln) für die Nutzung dieser  
Einrichtungen durch die Bevölkerung des Nach-  
barlandes im Bereich der Gesetzgebung, Wirt-  
schaft, im individuellen, ethischen etc. Bereich  
festzulegen. Es sind Informationen über Rechte  
und Pflichten der Nutzer dieser Leistungen so-  
wie der Leistungsträger zu erarbeiten.

- Mit Hilfe von wirtschaftlichen und weiteren  
Instrumenten ist das Interesse an einer grenz-  
übergreifenden Durchführung ausgewählter  
Leistungen der Daseinsfürsorge, deren Ge-  
währleistung im Inland nachteilig erscheint, zu  
steigern,

- Mit Hilfe einer empirischen Untersuchung in  
einem Modellgebiet durch einen externen Gut-  
achter ist eine Analyse der tatsächlichen Mög-  
lichkeiten durchzuführen.

### 5. Tourismus

- Umsetzung eines Internetportals, mit dessen  
Hilfe die Information über die Angebote der  
Destinationen insbesondere für ausländische  
Besucher verbessert werden können.

- Es sind Gästecards oder Tourismuspässe ein-  
zuführen, die Vorteile beim Besuch einer Ein-  
richtung auf der anderen Seite der Grenze ge-  
währen.

### 6. Grenzübergreifende regionale Identität

- Bemühungen zur Ausweitung des Unterrichts  
der Nachbarsprache, um die Sprachbarriere  
einzuschränken bzw. abzubauen.

- Umsetzung einer bunten Skala grenzübergrei-  
fender Kultur-, Sport- und Bildungsaktivitäten  
für die breite Öffentlichkeit, die auf gegenseitiges  
Kennenlernen abzielen.

- Die Werbe- und Marketingaktivitäten sind zu  
intensivieren, mit dem Fokus z. B. auf eine  
(grenzübergreifende, gemeinsame) regionale  
Marke, gemeinsame Produkte, Logos, eine ge-  
meinsame visuelle Identität etc.

### 7. Verflechtungen der Wirtschaft und Investiti- onspolitik

- Es sind die Vorbereitung, der Ausbau und das  
Funktionieren grenzübergreifender/grenzna-  
her Produktionseinrichtungen zu fördern, zum  
Beispiel eines Gründerzentrums.

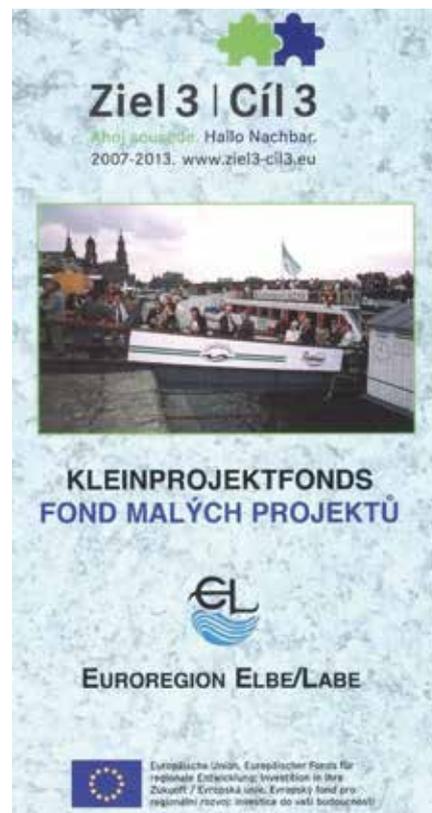
- Es ist ein Informations-/Beratungszentrum  
zur Erleichterung von unternehmerischen  
Vorhaben im Nachbarland zu etablieren, u. a.  
durch die Erarbeitung von Modellen für die  
Zusammenarbeit.

- Es sind die Information über die Möglich-  
keiten einer Einbindung in einen grenzüber-  
greifenden Arbeitsmarkt zu intensivieren, u. a.  
durch eine Sichtbarmachung der Arbeit der  
EURES.

### 8. Grenzübergreifendes Krisenmanagement (Ret- tungsdienste)

- Es sind die Entwicklung und Beschlussfassung  
für eine entsprechende Gesetzgebung anzure-  
gen, die gemeinsame Einsätze und Übungen  
der Polizei, des Gesundheitsrettungsdienstes,  
der Feuerwehr, des Gebirgsrettungsdienstes  
sowie eine Koordinierung des Integrierten  
Rettungssystems ermöglicht.

- Es sind Projekte im Bereich des grenzübergrei-  
fenden Krisenmanagements zu unterstützen.





# Grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Nationalparkregion Sächsisch-Böhmische Schweiz

Jürgen Phoenix

Die Natur endet nicht an künstlichen, politischen Grenzen. Es verwundert daher nicht, dass sich die natürliche Ausstattung beiderseits der Grenze kaum unterscheidet und die Sächsisch-Böhmische Schweiz eine Einheit mit hervorragendem Wert für den Naturschutz und den Fremdenverkehr darstellt.

Bis Mitte des 15. Jahrhunderts gehörten die unwegsamen Wald-Fels-Gebiete im Elbsandsteingebirge zu den „Böhmischen Wäldern“. Im Vertrag von Eger im Jahr 1459 wurde die Grenze zwischen Böhmen und Sachsen bestimmt, deren Verlauf bis heute weitgehend unverändert Bestand hat. Die Grenze unterband die Beziehungen zwischen den Bewohnern beiderseits

der Grenze nicht, zumal beiderseits der Grenze Bewohner deutscher Sprache lebten. Die politischen Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten zu schweren Belastungen und Brüchen, die trotz erfolgreicher Anstrengungen um Annäherung und Verständigung in der jüngeren Vergangenheit bis in die Gegenwart wirken.

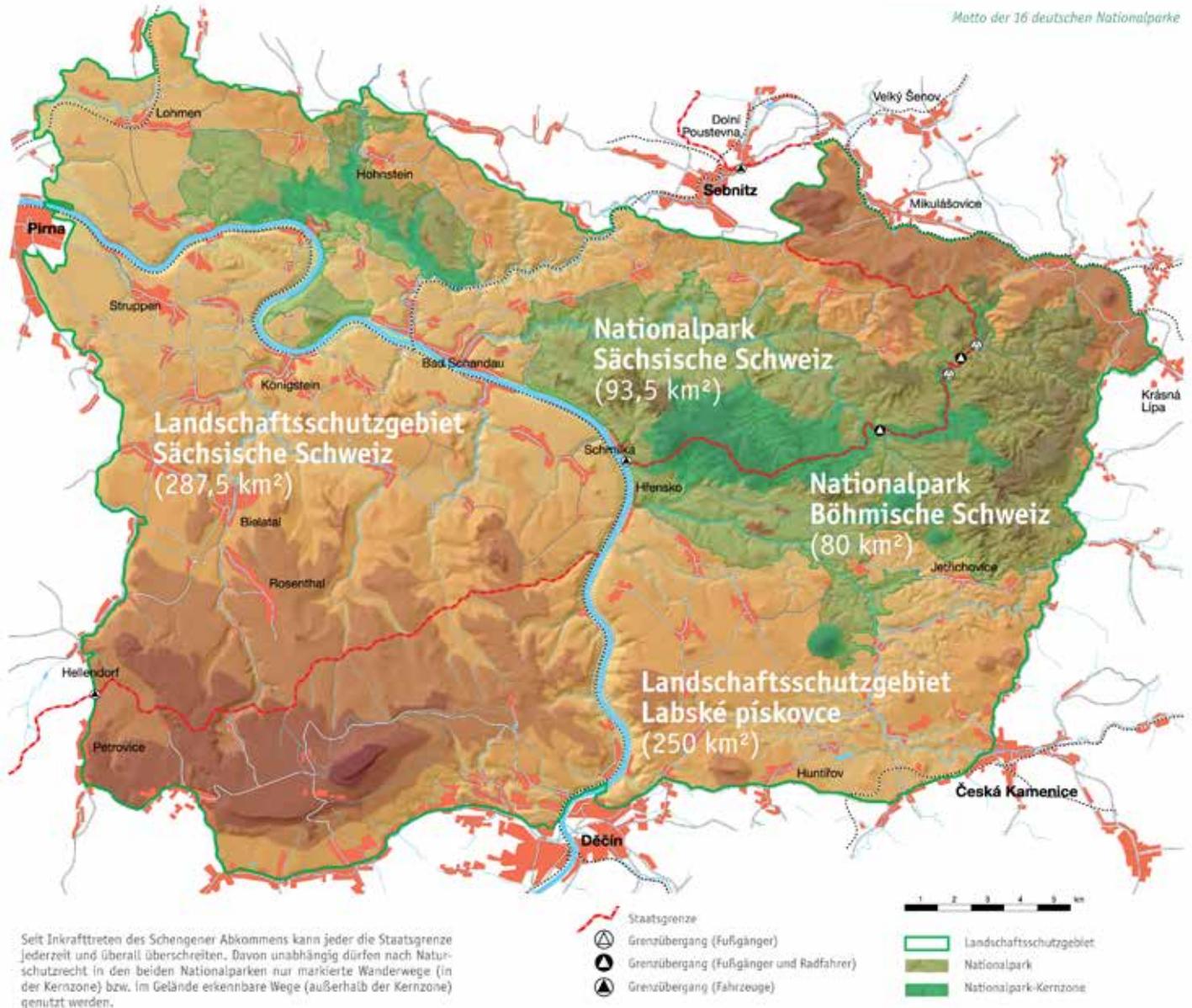
Die Bemühungen um einen großflächigen Landschaftsschutz reichen bis in 1940er Jahre zurück. Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sondierten tschechische und deutsche Naturschützer und Regionalplaner die Möglichkeiten eines grenzübergreifenden Natur- und Landschaftsschutzes. Nach der Ausweisung des

Über den Schmilkaer Kessel hinweg blickt man aus dem Nationalpark Sächsische Schweiz heraus über die drei Landschaftsstockwerke des Elbsandsteingebirges mit dem tiefen Elbcanyon in der Böhmischen Schweiz bis zum Hohen Schneeberg (Děčínský Sněžník) mit 722 Metern, dem höchsten Berg des Elbsandsteingebirges im Hintergrund. Das mittlere Stockwerk der Ebenheiten zieren noch auf deutscher Seite der Zirkelstein und der Große Zschirnstein.  
Foto: Frank Richter

## Schutzgebiete im Elbsandsteingebirge

Nationalparke in Deutschland – wild und schön.

Motto der 16 deutschen Nationalparke



Karte der Schutzgebiete in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz  
© Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz

Landschaftsschutzgebietes (LSG) Sächsische Schweiz 1956 sagte die tschechoslowakische Seite zu, in der Böhmisches Schweiz ebenfalls ein Landschaftsschutzgebiet einzurichten. Dieses sollte an der Staatsgrenze unmittelbar an das deutsche Schutzgebiet anschließen. Dies gelang 1972 mit der Ausweisung des LSG Labské pískovce (Elbsandsteingebirge). Zwischen dem Leiter des LSG Labské pískovce, Zdeněk Řehák, und dem Sebnitzer Kreisnaturschutzbeauftragten, Dietrich Graf, entwickelte sich ab Ende der 1970er Jahre ein solides, von fachlichem Interesse getragenes freundschaftliches Verhältnis, in welches weitere Mitarbeiter des ehrenamtlichen Naturschutzes einbezogen waren. Als nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten der Nationalpark Sächsische

Schweiz eröffnet wurde, kündigte der Umweltminister der damaligen Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Ivan Dejmek, die Schaffung eines Nationalparks Böhmisches Schweiz angrenzend an den Nationalpark-Teil Hintere Sächsische Schweiz an. Die Nationalparks beiderseits der Grenze sollten neben dem Schutz einer unteilbaren Landschaft auch eine Brücke zwischen den Menschen in Böhmen und Sachsen bilden. Zur Jahrtausendwende wurde die Vision zweier grenzübergreifender Nationalparks Realität.

Die veränderten politischen Verhältnisse zu Beginn der 1990er Jahre schufen neue Perspektiven für die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Naturschutz in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz. Politisch gewollt, von den Leitern der



Vom Zirkelstein geht der Blick über den Nebel des Elbtales bis zum Rosenberg. Der ehemalige Vulkan ist neben dem Prebischtor das Erkennungszeichen des Nationalparks Böhmisches Schweiz.

Foto: Frank Richter

Bei gemeinsamen Naturerlebnissen wie hier am Wolfsberg (Vlčí hora) bei Zeidler (Brtníky) festigen die Junior-Ranger aus der Sächsischen und Böhmisches Schweiz ihre Freundschaft und ihre Kenntnisse über die Zusammenhänge in der Natur.  
© Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz

Schutzgebiete Werner Hentschel (LSG-Verwaltung Labské pískovce) und Dr. Jürgen Stein (Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz) intensiv gefördert und in der Kontinuität durch einzelne Mitarbeiter der Schutzgebietsverwaltungen getragen, entwickelte sich in der Folgezeit eine stabile und lebendige Zusammenarbeit über die Staatsgrenze hinweg mit vielen freundschaftlichen Begegnungen auch außerhalb der Dienstgeschäfte. Von Anfang an bestand das Anliegen dieser Kooperation zwischen den Schutzgebietsverwaltungen in einer abgestimmten, grenzübergreifenden Pflege und Entwicklung der beiden Nationalparks und Landschaftsschutzgebiete in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz. Im Interesse einer weitergehenden grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Forschung konstituierte sich Anfang April 2018 ein gemeinsamer wissenschaftlicher Beirat aus Vertretern einschlägiger Wissenschaftsbereiche beider Länder. Weiterhin soll durch die Zusammenarbeit die Annäherung und Begegnung von Bewohnern und Gästen beiderseits der Grenze unterstützt werden. Die beiden Nationalpark-Besucherzentren in Bad Schandau und Schönlinde (Krásná Lípa) tragen mit ihren vielfältigen zweisprachigen Angeboten zusätzlich zu einem wachsenden Verständnis und persönlichen Kontakten in dieser Grenzregion bei. Die Umweltbildungsarbeit beider Nationalparkverwaltungen führt Kinder und Jugendliche mit Naturerlebnissen im jeweils anderen Land aneinander heran. Für Besucher wird die Zusammenarbeit der Verwaltungen im gemeinsamen Erscheinungsbild der Publikationen und Informationsbroschüren deutlich sichtbar. Auch beide Tourismusorganisationen nutzen dieses und bringen damit die grenzübergreifende Verbundenheit zum Ausdruck.



Beide Nationalparkverwaltungen verbindet eine intensive Zusammenarbeit: Der Direktor Ing. Pavel Benda PD (rechts) übergibt Dr. Dietrich Butter ein Foto eines Wanderfalken das Geschenk zum 25-jährigen Jubiläum des Nationalparks Sächsische Schweiz. Foto: Marko Förster

#### Autor

Jürgen Phoenix  
Referatsleiter Gebietsentwicklung  
Staatsbetrieb Sachsenforst  
Nationalparkverwaltung  
Sächsische Schweiz  
Juergen.Phoenix@smul.  
sachsen.de



# Neuer Antrag der „Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří“ für die Aufnahme in die UNESCO-Weltkulturerbeliste

Helmuth Albrecht

Abschlusskundgebung der Schüler und Lehrer des Gymnasiums in Marienberg zum Ende ihrer Projektwoche zum Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří im Juli 2017  
© IWTG Freiberg

Fristgerecht zum 31. Januar 2018 hat die Bundesrepublik Deutschland den deutsch-tschechischen Gemeinschaftsantrag zur Einschreibung der „Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří“ in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes beim Welterbebüro in Paris eingereicht. Im Verlauf des Jahres 2018 wird der Antrag nun von den Experten von ICOMOS (Internationaler Rat für Denkmalpflege) auf Herz und Nieren geprüft. Im März 2019 wird ICOMOS seine Empfehlung über eine mögliche Aufnahme in das Weltkulturerbe an das Welterbe-Komitee der UNESCO weiter-

leiten, das dann auf seiner Sitzung im Juni/Juli 2019 über die Aufnahme entscheiden wird.

Dies ist bereits der zweite Anlauf des von 32 Kommunen und drei Landkreisen auf sächsischer Seite sowie von sechs Kommunen und zwei Distrikten auf tschechischer Seite getragenen Gemeinschaftsantrages. Eine erste Nominierung scheiterte 2015/16 an inhaltlichen Bedenken von ICOMOS, weshalb der Antrag im April 2016 für eine Neubearbeitung von den Vertragsstaaten Bundesrepublik Deutschland und Tschechische Republik offiziell zurückge-

zogen wurde. Diese umfassende Neubearbeitung wurde im Sommer 2016 in enger Kooperation mit ICOMOS begonnen und konnte im Dezember 2017 mit der feierlichen Unterzeichnung des neuen Antrages durch den Sächsischen Innenminister sowie den Tschechischen Kulturminister abgeschlossen werden.

Die von ICOMOS geforderte Neubearbeitung umfasste nicht nur eine grundlegende Überarbeitung der Begründung des für die Aufnahme in die Welterbeliste notwendigen „außergewöhnlichen universellen Wertes“ der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří, sondern auch grundlegende Änderungen in Auswahl und Zuschnitt der für das Projekt ausgewählten Bestandteile und Objekte aus den Bereichen der Geschichte des Montanwesens der Region. Auf der Basis des alten Antrages aus dem Jahre 2015 entstand so ein völlig neuer Antrag, der die Überarbeitungsvorschläge von ICOMOS berücksichtigt und den Charakter der seriellen Nominierung der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří als montane Kulturlandschaft nunmehr deutlicher betont. Gegenüber dem ursprünglichen Antrag wurden dabei vor allem folgende Änderungen vorgenommen:

- Neuformulierung der Kriterien für den Nachweis des außergewöhnlich universellen Wertes der Montanregion unter Fokussierung auf den Erzbergbau im Hinblick auf die weltweite Bedeutung der technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften des Montanwesens der Region vom 16. bis 20. Jahrhundert (Welterbe-Kriterium II), auf die Entwicklung eines staatlich kontrollierten Montanwesens, welches mit seinen administrativen, ökonomischen,

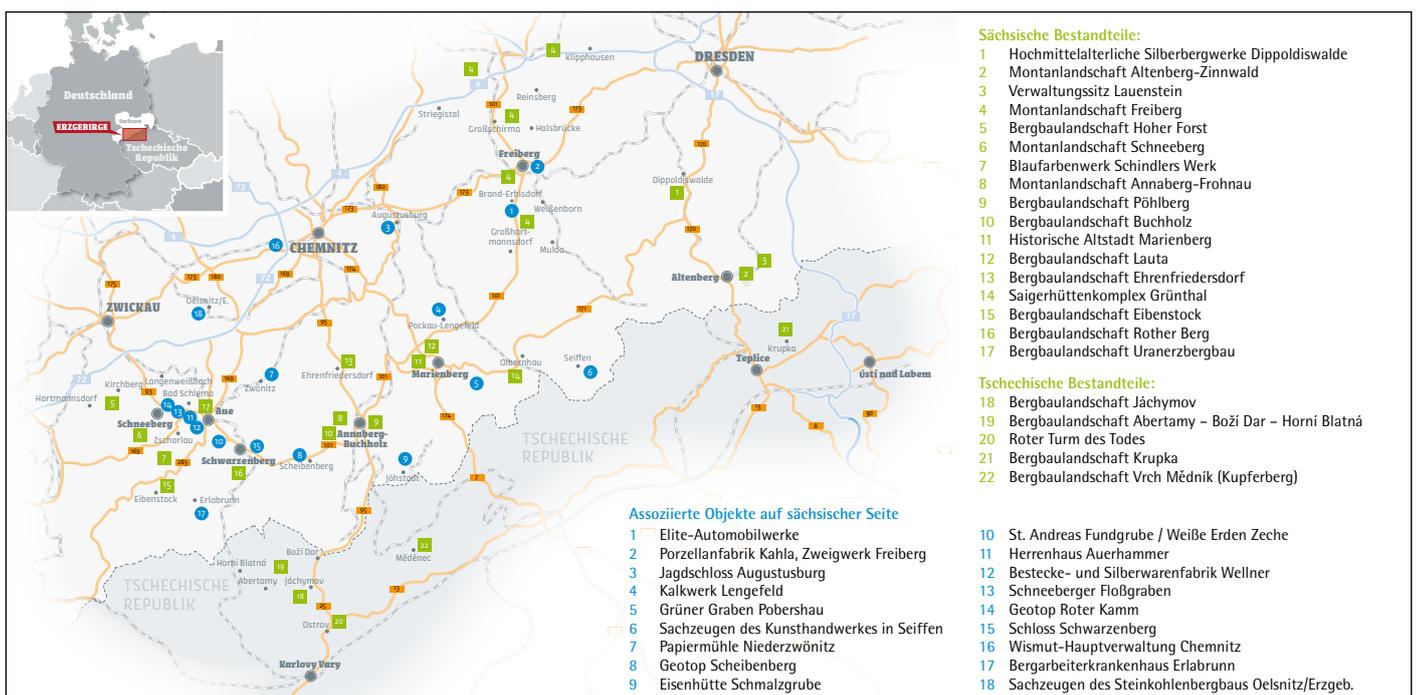


pädagogischen sowie sozialen Strukturen und Maßnahmen die Entwicklung des Montanwesens in Kontinentaleuropa maßgeblich beeinflusste (Welterbe-Kriterium III) sowie auf die schrittweise Umwandlung einer Natur- in eine Kulturlandschaft auf der Grundlage verschiedener, miteinander zusammenhängender soziotechnischer Systeme des Montanwesens (Welterbe-Kriterium IV).

- Neubestimmung der den außergewöhnlich universellen Wert und die ausgewählten Welterbe-Kriterien repräsentierenden Attribute (denkmalgeschützte Objekte in den Bestandteilen).

Unterzeichnung des neuen Welterbe-Antrages durch den sächsischen Innenminister und den tschechischen Kulturminister in Dresden am 11. Dezember 2017  
© IWTG Freiberg

Übersichtskarte der 22 Bestandteile des Welterbe-Projekts Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří  
© WFE GmbH, Layout: 599media GmbH



Karte der ursprünglich 11 Bestandteile der Bergbaulandschaft Altenberg-Zinnwald im alten Welterbe-Antrag von 2015  
© IWTG Freiberg  
Kartengrundlage: Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen 2017

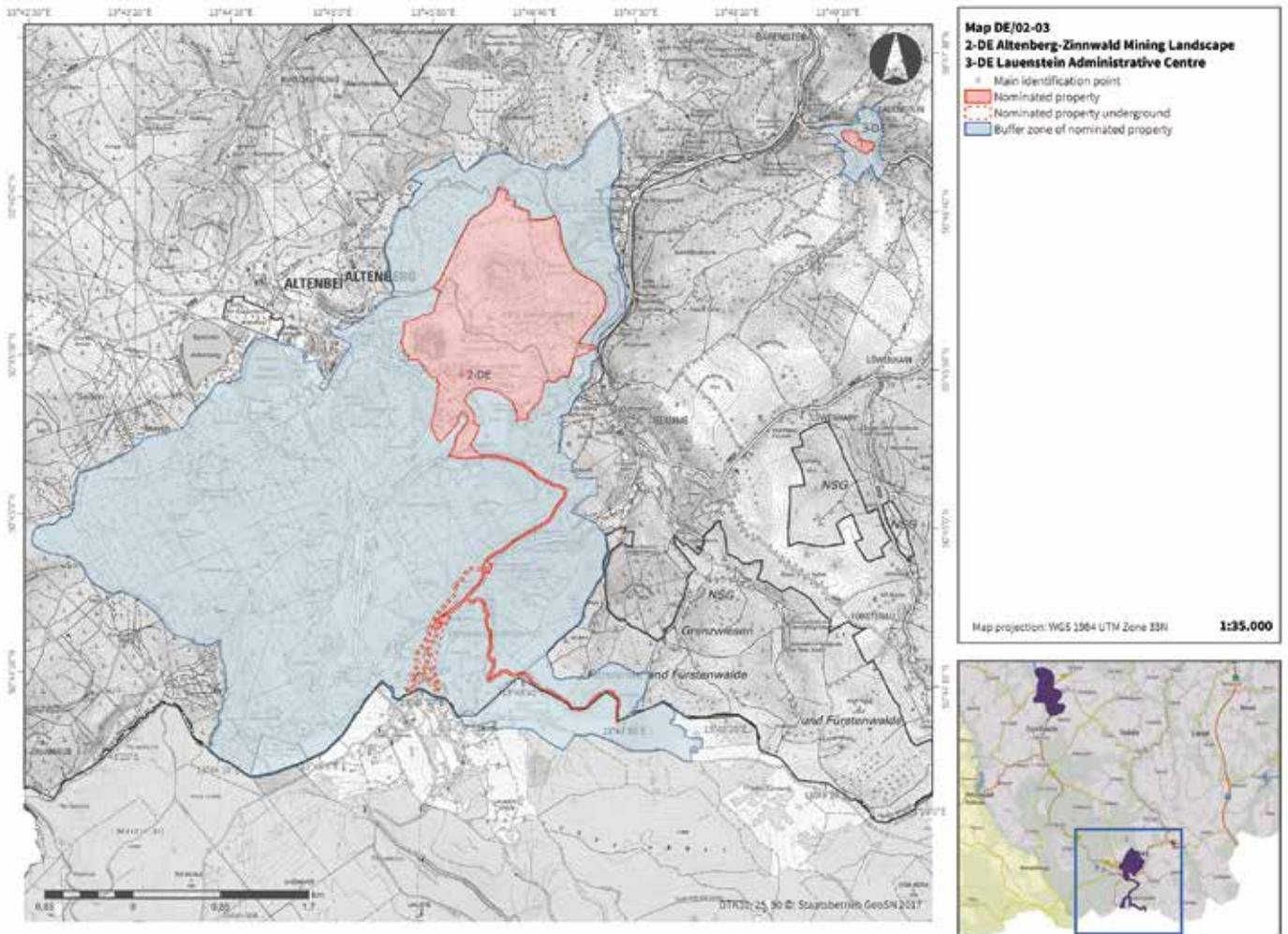


Karte des nunmehr einzigen Bestandteils der Bergbaulandschaft Altenberg-Zinnwald im neuen Welterbe-Antrag von 2016  
© IWTG Freiberg  
Kartengrundlage: Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen 2017

- Definition sog. sozio-technischer Systeme (Verbindung von Objekten des Bergbau- und Hüttenwesens mit Siedlungs- und Landschaftsstrukturen) in den für das Erzgebirge international besonders charakteristischen Bereichen des Silber-, Zinn-, Kobalt-, Eisen- und Uranbergbaus.
- Reduzierung vor allem der großen Anzahl der sächsischen Welterbe-Bestandteile (2015 = 79) auf den Erzbergbau repräsentierende Bestandteile unter Verzicht auf solche Bestandteile, die den erzgebirgischen Kaolin-, Kalk- und Steinkohlenbergbau sowie die Bergbaufolgeindustrien (u.a. Papierherstellung und Uhrenbau) im alten Antrag repräsentierten.

- Stärkere Betonung des Kulturlandschaftscharakters durch eine räumliche Vergrößerung bzw. direkte Verknüpfung der ursprünglich räumlich sehr eng ausgelegten Bestandteile auf sächsischer Seite und damit eine Anpassung an die räumlich ausgedehnteren Bestandteile auf tschechischer Seite. Verzicht auf kleine, isolierte Bestandteile, die nicht in direkter Verbindung mit Bergbaugebieten stehen (z.B. das Jagdschloss Augustusburg).
- Ausweitung der für die Begründung des außergewöhnlich universellen Wertes der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří notwendigen Vergleichsstudie mit ähnlichen bzw. direkt vergleichbaren anderen montanen Kulturlandschaft des Erzbergbaus in Europa und weltweit mit dem Ziel, die Einzigartigkeit der Montanregion Erzgebirge im internationalen Vergleich darzustellen.

Die bereits im ersten Antrag von 2015 formulierten Maßnahmen zu Aufbau und Organisation des



für die Verwaltung und langfristige Bewahrung der künftigen Welterbestätte Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří im Rahmen eines Managementplans (deutscher und tschechischer Managementplan, grenzüberschreitender Managementplan) wurden dagegen von ICOMOS akzeptiert und daher unter Anpassung an die inhaltlichen Veränderungen in den neuen Antrag übernommen. Geringfügige Änderungen mussten hier lediglich in den Angaben zum denkmalpflegerischen Zustand der ausgewählten Objekte, den notwendigen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen sowie deren künftige Finanzierung zum langfristigen Erhalt des Welterbes vorgenommen werden. Akzeptiert wurde von ICOMOS ferner das bereits im Rahmen des ersten Managementplans entwickelte proaktive System des sog. Konfliktmanagements zur Lösung potentieller Konflikte im Welterbebereich durch künftige Bau- bzw. Infrastrukturmaßnahmen. Es soll eine einvernehmliche Lösung potentieller Konflikte bereits im Vorfeld bzw. in der Frühphase von Planungs- bzw. Baumaßnahmen möglichst auf örtlicher oder regionaler Ebene ermöglichen. Sämtliche Unterlagen zum künftigen Welterbe wurden dazu bereits jetzt den zuständigen Behörden (u.a. Bau- und Denkmalbehörden, regionale Planungsbehörden, Oberbergamt) zur Verfügung gestellt und mit diesen eine enge Kooperation vereinbart. Schon 2014 wurden dazu auf sächsischer Seite fünf ständige Arbeitsgruppen für die Bereiche Management, Regionalentwicklung, Denkmalpflege, Tourismus sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit unter Beteiligung aller dafür relevanten Partner gegründet. Die Zusammenarbeit zwischen den sächsischen und tschechischen Projektpartnern koordinieren seit dieser Zeit eine „Gemischte Arbeitsgruppe“ (zuständig für praktische Fragen) sowie eine „Interministerielle Steuerungsgruppe“ der beteiligten Ministerien in Dresden und Prag. Völlig neu bearbeitet werden musste dagegen aufgrund der zahlreichen Änderungen in Auswahl und Umfang der Bestandteile das umfangreiche Kartenwerk zum Antrag, für das mehrere hundert Karten neu erstellt wurden. Auf sächsischer Seite bedurften diese Änderungen der Zustimmung aller 32 beteiligten Kommunen per Stadt- bzw. Gemeinderatsbeschluss. Die Arbeiten dazu begannen im Oktober 2017 und konnten bis Mai 2018 abgeschlossen werden. Der im Januar 2018 eingereichte Neuantrag umfasste schließlich über 1.200 Seiten in englischer Sprache in vier Teilbänden (Nominierungsdossier, Managementplan, Detailkarten, Übersichtskarten). Entsprechend der räumlichen Verteilung der Erzlagerstätten, Bergbau- und Verhüttungsanlagen, Bergstädte, Bergbaulandschaften und Infrastruktursysteme (bergmännische Wasserwirt-

schaft) der Montanregion wurde dafür erneut der Ansatz einer seriellen Nominierung in der Welterbe-Kategorie einer sich weiter entwickelnden Kulturlandschaft gewählt. Die Anzahl der Bestandteile auf sächsischer Seite wurde durch Streichungen sowie die über- und untertägige Verbindung von vormals getrennten Bestandteilen von 79 auf 17 reduziert. Auf tschechischer Seite wurde lediglich einer der ursprünglich sechs Bestandteile gestrichen (Kalkbergbau). Die von ICOMOS zugestandene Verbindung von vormals getrennten Bestandteilen durch über- und untertägige Infrastruktur (z.B. Wasserläufe und Stolln der bergmännischen Wasserwirtschaft) ermöglichte vor allem in stark durch neuere Wohn- und Gewerbegebiete geprägten Bergbaulandschaften (z.B. Freiberg, Schneeberg) die Definition größerer Bergbaulandschaften und damit eine deutliche Reduzierung der Bestandteile. Sowohl durch diese Maßnahme wie auch durch die in bestimmten Fällen erfolgte räumliche Vergrößerung der Kern- und Pufferzonen (z.B. Bergbaulandschaft Altenberg-Zinnwald, Uranbergbaulandschaft Aue-Schlema) ermöglichten eine deutlich stärkere Betonung des Kulturlandschaftscharakters der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří. Während die Kernzonen das eigentliche Welterbe mit den für das Welterbe relevanten Attributen (Objekte) umfassen, dienen die Pufferzonen einerseits dem Umgebungsschutz des Welterbes und andererseits der Stärkung des Kulturlandschaftscharakters, in dem sie teilweise das montane Welterbe ergänzende landschaftliche Elemente (z.B. Waldgebiete) sowie wichtige historische Sichtbeziehungen auf das Welterbe umfassen.

Sämtliche Regelungen für den Schutz und Erhalt der Welterbe-Bereiche (Kernzone) wie auch der möglichen Maßnahmen in den Pufferzonen ergeben sich aus in Deutschland bzw. Tschechien geltenden gesetzlichen Regelungen (Denkmal-, Natur- und Landschaftsschutz, Bau- und Bergrecht) und Planungsunterlagen (Bebauungs- und Flächennutzungspläne). Bei allen Maßnahmen ist in den Kern- und Pufferzonen allerdings auf die möglichen Auswirkungen auf das Welterbe Rücksicht zu nehmen. Entscheidungen werden hier auf der Grundlage der nationalen gesetzlichen Regelungen und unter Einbeziehung aller relevanten Entscheidungsträger getroffen. Um im Falle größerer, das Welterbe eventuell betreffender Maßnahmen (z.B. größere Bau- und Infrastrukturprojekte) zu einer fundierten Entscheidungsgrundlage zu kommen, besteht die Möglichkeit einer von externen Experten anzufertigenden Welterbe-Verträglichkeitsstudie (Heritage Impact Analysis). Zuständig für die künftige Verwaltung des Welterbes auf sächsischer Seite ist das in Annaberg-Buchholz bei der Wirtschaftsförderung Erzgebir-

ge GmbH angesiedelte Welterbe-Büro als ausführendes Organ der sächsischen Welterbe-Kommunen und Landkreise, die sich bereits 2012 zum Welterbe Montanregion Erzgebirge e.V. zusammengeschlossen haben und seitdem als Träger durch ein Umlageverfahren das Welterbe-Projekt finanzieren. Unterstützt wird dieser Trägerverein dabei durch den bereits 2003 gegründeten Förderverein Montanregion Erzgebirge e.V. mit Sitz in Freiberg. Neben der ideellen und finanziellen Förderung des Projekts hat der Förderverein vor allem die Aufgabe übernommen, die Vermittlung des Welterbe-Gedankens in der Region durch Schulprojekte sowie die Zusammenarbeit mit den Bergbauvereinen und Museen der Region zu fördern. Die wissenschaftliche Begleitung des Projekts sowie die Ausarbeitung des Welterbe-Antrages liegt dagegen in den Händen der schon 2000 gegründeten Welterbe-Projektgruppe am Institut für Industriearchäologie, Wissenschafts- und Technikgeschichte (IWTG) der TU Bergakademie Freiberg. Am IWTG wurden seit 2001 sämtliche grundlegenden Studien zur Realisierung des Welterbe-Projekts (Machbarkeitsstudie 2001, Realisierungsstudie 2007, 27 Umsetzungsstudien 2008 bis 2012) erarbeitet. Für die touristische Vermarktung des Welterbe-Projekts sowie der künftigen Welterbe-Stätte ist dagegen der Tourismusverband Erzgebirge e.V. mit Sitz in Annaberg-Buchholz verantwortlich.

Auf tschechischer Seite wurden ab 2012 vergleichbare Strukturen aufgebaut. Die sechs tschechischen Kommunen und zwei Distrikte im Erzgebirge haben sich als Projektträger zum Verein Montanregion Krušné hory – Erzgebirge o.p.s. zusammengeschlossen. Die fachliche Verantwortung für den tschechischen Projektteil liegt dabei beim Denkmalinstitut in Prag, das direkt dem tschechischen Kulturministerium untersteht. Es wird dabei von den für das Erzgebirge zuständigen Bezirksdenkmalbehörden in Aussig (Ústí nad Labem) und Karlsbad (Karlovy Vary) unterstützt.

Welterbe-Büro, Welterbeverein, Wirtschaftsförderung Erzgebirge, Tourismusverband Erzgebirge, Förderverein und IWTG arbeiten seit vielen Jahren eng mit ihren tschechischen Partnern bei der Realisierung des Welterbe-Projekts zusammen. Neben zahlreichen kleineren Projekten zur Umsetzung, Vermarktung und Vermittlung der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří sowie des Welterbe-Gedankens in der Region, in Sachsen sowie national und international in den vergangenen Jahren, konnten im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) so jüngst zwei große Gemeinschaftsprojekte mit tschechischen und deutschen Partnern zur Welterbe-Vermittlung und touristischen Vermarktung der Montanregion eingeworben werden. Bis 2020 soll im Rahmen des unter

der Leitung des Leadpartners IWTG stehenden Projekts „Unser Welterbe – die montane Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří“ gemeinsam mit zwei weiteren deutschen (Förderverein Montanregion Erzgebirge e.V., Institut Heritage Studies an der Internationalen Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH) und drei tschechischen Partnern (Universität J. E. Purkyně, Denkmalamt Ústí nad Labem, Verein Montanregion Krušné hory – Erzgebirge o.p.s.) die emotionale Bindung der Bevölkerung zum gemeinsamen Bergbauerbe gestärkt und dessen Schutz und Erhalt als Schwerpunkt in der grenzübergreifenden Bildungsarbeit verankert werden. Es wird gemeinsam mit regionalen Akteuren ein einheitliches Bildungskonzept entwickelt und mit entsprechenden Bildungsangeboten insbesondere an Schulen und Universitäten umgesetzt. Parallel dazu läuft unter dem Leadpartner Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Erzgebirge e.V. und dem Verein Montanregion Krušné hory – Erzgebirge o.p.s. das Gemeinschaftsprojekt „Glück Auf Welterbe!“, in dessen Rahmen die Montanregion Erzgebirge als grenzüberschreitendes Projekt national und international präsentiert und mit seinen materiellen und immateriellen Facetten touristisch in Wert gesetzt werden soll. Beide Projekte zusammen besitzen ein Fördervolumen von insgesamt 3,6 Millionen Euro.

Obwohl der Freistaat Sachsen 1998 die Montanregion Erzgebirge durch die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland auf die deutsche Tentativliste (Warteliste) für eine Nominierung zum Weltkulturerbe hatte setzen lassen, stand die Landesregierung dem Projekt zeitweise sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. Das änderte sich erst ab 2012 und schließlich 2014 mit der endgültigen Zustimmung der sächsischen und tschechischen Regierungen zur geplanten Nominierung. Direkte Folge dieser Positionsänderung der sächsischen Landesregierung war der Auftrag des für das Welterbe zuständigen Sächsischen Innenministeriums an das IWTG, eine Welterbe-Koordinierungsstelle für den Freistaat aufzubauen. Diese Stelle hat seit 2015 den Auftrag, nicht nur das Welterbe-Projekt Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří mit zu betreuen, sondern auch alle Aktivitäten im Freistaat für künftige weitere Welterbe-Stätten und ihre Kandidaturen für die deutsche Tentativliste in Absprache mit den zuständigen Stellen in Land und Bund zu koordinieren. Sachsen ist hier dem Beispiel anderer Bundesländer gefolgt und hat damit seine seit der Streichung des Dresdener Elbtals (2009) aus der Welterbeliste kritische Haltung gegenüber dem UNESCO-Welterbe aufgegeben. Auch dies ist letztlich ein Verdienst des entschiedenen Festhaltens der gesamten Region Erzgebirge an „ihrem“ Welterbeantrag für die Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří.

#### Autor

Prof. Dr. Helmuth Albrecht  
TU Bergakademie Freiberg  
Institut für Industriearchäologie,  
Wissenschafts- und Technikgeschichte (IWTG)  
Helmuth.Albrecht@  
iwtg.tu-freiberg.de



## Sachsen und Böhmen – Eine Beziehungsgeschichte im Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz

Doreen Mölders

Als die Wettiner und Georg von Podiebrad 1459 im Vertrag von Eger die Grenzlinie zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und dem Königreich Böhmen festlegten, schrieben sie eine der heute ältesten Grenzen Europas fest. Davon unbenommen blieb das Leben in den sächsisch-böhmischen Grenzregionen geprägt von grenzüberschreitenden Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Überschneidungen. Die

Ausstellung „Sachsen – Böhmen“, die ab 28. September 2018 im Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz (smac) zu sehen sein und anschließend in der Nationalgalerie in Prag gezeigt wird, nimmt die facettenreiche und dynamische Beziehungsgeschichte beider Regionen in einem weiten chronologischen Rahmen von der Steinzeit bis zur Gegenwart in den Blick. Über Grenzen hinweg erzählt sie von den

Pirnaer Wappenbuch, 1628 von böhmischen Exulanten anlässlich der Genehmigung tschechischer Gottesdienste in Pirna gestiftet, später im Besitz der Exulantengemeinde in Dresden  
© Evangelisch-Lutherische Stiftung Böhmischer Exulanten

historischen Verflechtungen, aber auch den Konflikten, von Liebe und Streit, von Umarmung und Ausgrenzung. Sie lässt uns verstehen, warum uns Böhmen von Sachsen aus einerseits so nah, andererseits so fern erscheint und umgekehrt.

Schon der Begriff „Beziehung“ menschelt sehr. Das Ausstellungsthema wird dementsprechend entlang historischer Subjekte entwickelt, denn es sind die Menschen (Akteure), die die Beziehungen knüpfen, pflegen, besiegeln, brechen oder bisweilen ganz verwerfen. Doch obwohl Beziehungen vorrangig zwischenmenschlich und immateriell erscheinen, hinterlassen sie Spuren, die als Kulturgüter zu Zeugen dieser gemeinsamen Geschichte werden. Rund 400 Objekte dieses reichhaltigen kulturellen Erbes werden in der Ausstellung zu sehen sein. Sie verweisen – oft indirekt – auf die Hintergründe dieser regionalen Verflechtung, seien sie politischer oder wirtschaftlicher, religiöser oder intellektueller, künstlerischer oder handwerklicher Art. Und sie führen uns die Akteure der Geschichte vor Augen, und zwar nicht nur die „großen Männer“, sondern sie erzählen ebenso vom Wirken und den Lebensgeschichten politischer Entscheidungsträger, Kirchenvertreter, Intellektuelle, Soldaten, Handwerker, Künstler und Frauen und bieten damit einen Querschnitt durch die verschiedenen Formen von Beziehungen. Diese kulturelle Vielfalt zu zeigen, ist möglich, weil die Ausstellung eine Symbiose aus Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte ist. Auf diese Weise können Alltags- und Wirtschaftsgeschichte ebenso in den Blick genommen werden wie Ereignis- und Herrschaftsgeschichte. Der interdisziplinäre Zugang schafft also ein Potential, Objekte verschiedener sozialer Milieus miteinander in Beziehung zu setzen, um sowohl horizontale als auch vertikale Bezüge einer gemeinsamen Regionengeschichte herzustellen. Er ist Ergebnis einer Kooperations-

leistung zwischen dem smac und der Nationalgalerie Prag sowie weiterer Kooperationspartner in Deutschland und in Tschechien (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa an der Universität Leipzig, Archäologisches Institut der Akademie der Wissenschaften Prag, Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde und Nationalmuseum Prag). Maßgeblich unterstützt wird die Ausstellung durch die Kulturstiftung des Bundes im Programm Fellowship Internationales Museum. Als Fellow und Kurator konnte so der Historiker Dr. Martin Musílek aus Prag gewonnen werden. Damit ist auch die Ausstellungskonzeption eine echte Beziehungsgeschichte zwischen deutschen und tschechischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geworden, die ihren Anfang 2015 mit einer dreitägigen Tagung in der Nationalgalerie Prag nahm. Mehr als 40 Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen ließen die wechselvolle sächsisch-böhmische Geschichte in ihren Vorträgen Revue passieren und trugen somit zum Gelingen der Ausstellung bei. Die Beiträge sind Teil des umfangreichen zweisprachigen Katalogs, in dem alle Themen der Ausstellung vertieft werden.

Eine Ausstellung zu konzipieren ist immer auch ein Ringen um die passende Gliederung und Dramaturgie eines Themas. Für Sachsen und Böhmen haben wir uns für einen chronologischen Rundgang entschieden, um den Wandel und die Dynamik der sächsisch-böhmischen Beziehungsgeschichte im Verlauf der Jahrtausende für die Besucherinnen und Besucher nachvollziehbar zu machen. Ziel ist jedoch nicht, die historische Entwicklung beider Regionen im Gesamten nachzuzeichnen. Die Ausstellung soll vielmehr so nah wie möglich entlang des Themas Beziehungen erzählen und sich auf Niederschlag, Ausdrucksformen und Auslöser von Beziehungen (in Wirtschaft,



Gefäße der sogenannten Bandkeramik (6. Jahrtausend v. Chr.) aus Altscherbitz und Prag-Šárka  
© Landesamt für Archäologie Sachsen und Museum der Stadt Prag

Glaube, Herrschaftsbildung, Kommunikation, Bildung, Kunst etc.) konzentrieren.

Eingeleitet wird der historische Gang durch allgemeine, epochenübergreifende Themen wie Landschaft, Sprache, Grenze, Identität. Anschließend bietet die Ausstellung neun Hauptbereiche. In die Bereiche führen historische Personen ein, deren Biografien das Potential bieten, Themen für die Beziehungsgeschichten zu öffnen, zumindest, soweit uns das Schicksal von Individuen überliefert ist. Denn für einen der größten Zeitabschnitte der Menschheitsgeschichte besitzen wir keine Schriftquellen und damit keine Hinweise auf konkrete Personen. Durch die Archäologie und die Analyse materieller Kultur können wir dennoch Aussagen über die strukturelle Entwicklung von Regionen treffen. So wissen wir, dass die Besiedlung von Sachsen durch frühe Ackerbauern ab ca. 5600 v. Chr. aus dem Südosten über Böhmen erfolgte. Symbolisch für die Nähe zu Beginn der Jungsteinzeit stehen die Gefäße aus Altscherbitz und Prag-Šárka, die sich zum Verwechseln ähnlich sehen. Mit einer hohen Mobilität von Personengruppen ist auch am Ende der Steinzeit im 3. Jahrtausend v. Chr. zu rechnen. Sie ermöglichte die Weitergabe eines übereinstimmenden Kommunikationssystems, das sich in den Formen und Verzierungen der Keramik der sogenannten Becherkulturen ausdrückte. Solche und ähnliche Verbindungen zwischen Sachsen und Böhmen lassen sich für die gesamte Vorgeschichte finden. Aber es gab auch Zeiten, in denen sich die Bevölkerung beider Regionen in andere Richtungen orientierte. So breitete sich in der späten Eisenzeit ab der Mitte des 5. Jahrhunderts v. Chr. in Böhmen die Latènekultur aus, während in Sachsen zeitgleich die Jastorfkultur vorherrschend war. Lediglich entlang des Kulm-Nollendorfer Passes am Ostrand des Erzgebirges sowie an der Elbe kam es zu einer Mischung beider Welten.

Beziehungsunterbrechungen gab es ebenso aufgrund fehlender Besiedlung. Im Gebiet zwischen Elbe und Saale kam es in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts zu einem Belegungsende der Gräberfelder und einem Siedlungsabbruch. Archäologische Funde verweisen auf eine Wiederbesiedlung dieser Region durch Migration von Bevölkerungsgruppen aus östlicher Richtung, aus oder über Böhmen (Slawen). Ein eindrucksvoller Hinweis für diesen Prozess ist der Brunnen von Eythra (Dendrodatum zwischen 705 und 725), der mit Gefäßen vom sogenannten „Prager Typ“ verfüllt war.

Die materielle Kultur der Folgezeit war in Sachsen und Böhmen nahezu identisch, bis sich in Böhmen im 9. Jahrhundert scheinbar autark eine Herrschaftsschicht herausbildet (Přemysliden).



Ein vergleichbarer Prozess fand in Sachsen nicht statt. Erstreckte sich möglicherweise das Herrschaftsgebiet der Přemysliden bis in den Raum Sachsen, zumindest bis 929/930 der fränkische König Heinrich I. eine Burg auf dem Burgberg in Meißen errichten ließ und im Zuge dessen neue Einwanderer aus dem fränkischen Westen nachzogen?

Für beide Seiten bezeichnend ist die relativ späte Etablierung des Christentums. Zwar gehörte das přemyslidische Fürstentum bereits 895 zur Kirchenprovinz Regensburg, aber erst 973 wurde das Bistum Prag errichtet. Das Bistum Meißen war bereits 968 gegründet worden.

Für die Prozesse der Herrschaftsbildung und Christianisierung am Ende des 1. Jahrtausends

Glockenbecher mit typischen Verzierungen aus Sachsen (3. Jahrtausend v. Chr.). Der Becher rechts aus Cröbern gehört zur Ostgruppenbechergruppe, die auch in Böhmen vorkommt.

© Landesamt für Archäologie Sachsen



Kopfreliquiar der Heiligen Ludmilla von Böhmen

© Erzbistum Prag, Inv.-Nr. K18

steht stellvertretend die Heilige Ludmilla von Böhmen. Sie ist zudem die erste historisch belegte Person, in der sich vermutlich die Geschichte des frühmittelalterlichen Böhmens und des heutigen Sachsens miteinander verband. Der Überlieferung nach stammte Ludmilla möglicherweise aus der Lausitz, heiratete den böhmischen Herzog Bořivoj und wurde zur ersten böhmischen Heiligen erklärt. Dass die Geschichte letztendlich nicht ganz so einfach gewesen ist, zeigen wir in der Ausstellung. Im 12. Jahrhundert wurde das Wegenetz im und über das Erzgebirge ausgebaut. Dieser Naturraum, der lange ein trennendes Gebirge war, wurde nun besiedelt und entwickelte sich in den folgenden Jahrhunderten durch den Abbau von Erz und durch die frühen Glashütten zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, in dem Waren und Arbeitskräfte grenzenlos zirkulierten. Dieser Prozess ging vor allem vom Norden aus, wohl weil das Wirken des Adels in Sachsen stärker ausgeprägt war als im Königreich Böhmen. Dennoch hatte sich auf beiden Seiten des breiten Erzgebirgskamms im 13. Jahrhundert eine komplexe Siedlungsstruktur herausgebildet, die sehr einheitlich erscheint, in den Burgen, den ländlichen und wirtschaftlichen Sied-

lungen, den Kirchen und Klöstern ebenso wie in den Städten. Der Landesausbau intensivierte zudem den Handel zwischen der Markgrafschaft Meißen und Böhmen. Depotfunde mit Brakteaten entlang wichtiger Routen wie der Via Regia zeugen davon ebenso wie später die Herausbildung des Joachimstalers.

Eine Person, die sich u. a. im Spannungsfeld zwischen dem Bistum Meißen und dem böhmischen Königshaus bewegte, war Bernhard von Kamenz, der das Kloster St. Marienstern gründete und zum Landesausbau beitrug.

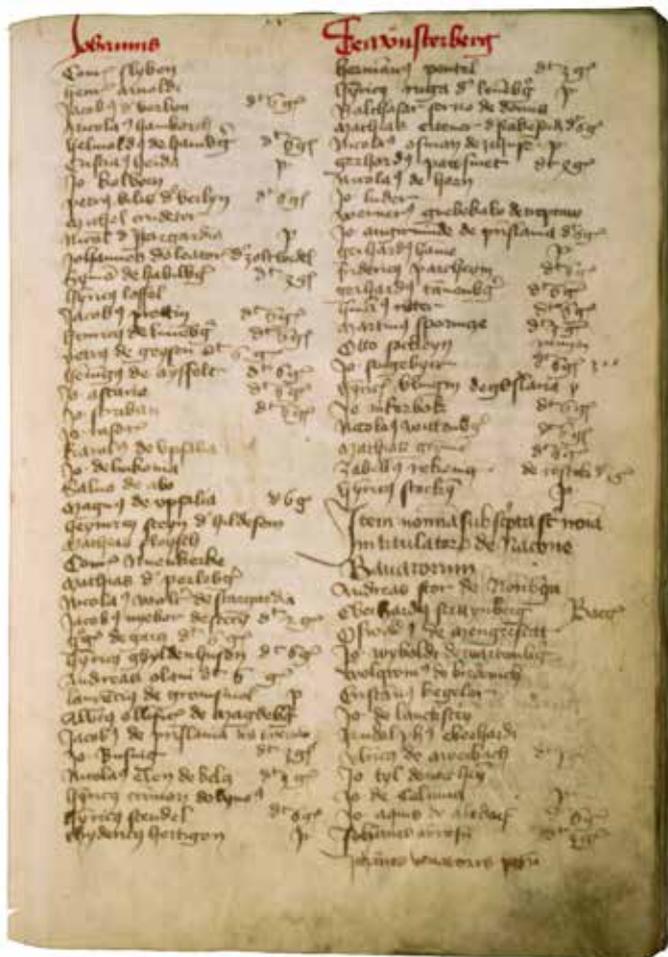
Auf politischer Ebene erlebten die sächsisch-böhmischen Beziehungen einen ersten Höhepunkt. Das unter Karl IV. aufblühende Königreich Böhmen war für die Wettiner und insbesondere für Markgraf Wilhelm I. von Meißen Vorbild für höfische Praktiken und künstlerische Repräsentation. Die Ausstellung verdeutlicht dies in ausgewählten Meisterwerken des sogenannten Schönen Stils der Gotik.

Das wohl bekannteste Beispiel für die böhmisch-sächsische Beziehungsgeschichte ist die Universität Leipzig, die 1409 von aus Prag ausgezogen Lehrern und Schülern gegründet wurde. Hieran direkt beteiligt war Johannes Hofmann von Schweidnitz, der nach seiner Abwahl als Rektor der Universität Prag nach Leipzig ging und an der Gründung der Leipziger Universität großen Anteil hatte. Er war später Bischof von Meißen.

Im wahrsten Sinne entgrenzt waren die Kommunikations- und Mobilitätsräume des Adels, zu dessen Selbstverständnis außer Besitz und der Ausweitung von Besitztümern auch eine Tätigkeit in Hof- und Landesämtern gehörte. So war der sächsische Adel, der sich im 16. Jahrhundert zunehmend in Nordböhmen niederließ, bestrebt, sich in die böhmische Gesellschaft einzugliedern. Gleichzeitig versuchte dieser über Heiratsverbindungen den Anschluss an Sachsen nicht zu verlieren. Einer der Gründe für den Wechsel des Herrschaftsbereichs war konfessioneller Art. So erwarb der katholische Rudolf II. von Bünau 1534 die böhmische Herrschaft Tetschen (Děčín), um sich der lutherischen Reformation zu entziehen. Ironie der Geschichte ist, dass Günther von Bünau in den 1550er Jahren den lutherischen Glauben in Tetschen einführte und seine Enkelgeneration Tetschen schließlich wegen des Religionsedikts von Kaiser Ferdinand II. verlassen musste und sich wieder in Sachsen ansiedelte.

Eine Persönlichkeit, die sich zwischen katholischen und protestantischen Auftraggebern erfolgreich bewegte, war Lucas Cranach. Es verwundert daher nicht, dass seine Werke und die Werke seiner Schüler sowie Nachahmer sowohl

Matrikelliste der Universität Leipzig aus dem Gründungsjahr 1409 © Universitätsarchiv Leipzig





„Lasset die Kinder zu mir kommen“, Gemälde von Lucas Cranach d. J.  
© Nationalgalerie Prag, Inv.-Nr. DO 4238



links: Adam und Eva, Gemälde wahrscheinlich aus der Cranach-nahen Werkstatt von Antonius Heusler  
© Nationalgalerie Prag, Inv.-Nr. O 10009

rechts: Das „1 Churfürstlich sächsisch Wappen von allerley Stein eingelegt“ verehrte Kaiser Rudolf II. Kurfürst Christian II. von Sachsen, als dieser 1607 in Prag weilte. Diese mit böhmischen Granaten eingefasste, farbenprächtige Steineinlegearbeit entstand in der am Prager Hof tätigen Werkstatt der Castrucci.  
© Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Grünes Gewölbe, Inv.-Nr. II 434

in Sachsen als auch in Böhmen weite Verbreitung fanden.

Die Themen Kunst und Konfessionalität setzen sich auch in anderen Bereichen der Ausstellung fort. In den Blick genommen wird der höfische Kulturtransfer auf der Achse Prag – Dresden, der sich im Glanz der Kunstkammern bis heute widerspiegelt. Gastgeschenke unter den Kaisern, Königen und Fürsten zu tauschen, diente dem Zweck der Selbstrepräsentation, je wertvoller und kurioser, desto höher das Ansehen. Doch obwohl die Kunstkammern fast ausschließlich Einzigartiges enthielten, werden die Beziehungen ihrer Besitzer untereinander und ihr Wille zur Distinktion gerade hierin sichtbar.

Als es schließlich im 18. Jahrhundert zur Herausbildung des Bürgertums kam, entstand über die höfische Kultur hinaus ein reger Austausch über die Grenze hinweg, bis hin zu den Ankäufen von Werken böhmischer Künstler und ganzer Sammlungen aus Prag für Dresden. Der bürgerliche Handel florierte vor allem auf der Warenmesse in Leipzig, auf der auch böhmische Händler Luxusprodukte und Waren für den Weltmarkt anboten.

Die Turbulenzen von Kriegen waren mit erheblichen Folgen für Sachsen und Böhmen verbunden. Ein Beispiel ist der Dreißigjährige Krieg. An seinem Ende wurde die bis dahin böhmischen Markgräflümer Ober- und Niederlausitz dem

Kurfürstentum Sachsen zugesprochen, und die Rekatholisierung in Böhmen führte zur Auswanderung der Protestanten, von denen viele in das benachbarte sächsische Grenzland zogen und ihren Glauben dort weiterführten. Einer der Exulanten war Václav Nosildo von Geblice, der von Leitmeritz (Litoměřice) nach Pirna zog und die Turbulenzen des Krieges in einem Erfahrungsbericht beschrieb. Nachgewirkt hat die Exulantenbewegung auch in der Gründung der Herrnhuter Brüdergemeine durch Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf, der zuvor zahlreiche Glaubensflüchtlinge auf seinem Gut in der Oberlausitz aufgenommen hatte.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Böhmen und Sachsen sind vor allem in den jüngsten Zeiten ein Thema. Im 19. Jahrhundert gingen regionale Unternehmen wie die Kunstblumenmanufaktur von Clara Pilz oder die Firma Odol entweder von Sachsen nach Böhmen oder von Böhmen nach Sachsen. Unabhängig vom Firmensitz war und blieb die Elbe auch im 19. Jahrhundert die wichtigste Verkehrsverbindung sowohl für den Waren-, aber insbesondere für den Personenverkehr. Von den Elbedampfschiffen erschloss sich die Böhmisches-Sächsische Schweiz auch dem frühen Tourismus. Dieser war nicht zuletzt eine Folge der Entdeckung dieser Landschaft durch wandernde Künstler der Romantik. Außer Caspar David Friedrich gehörte vor allem Ludwig Richter zu jenen Künstlern, dessen Bilder wie Richters „Überfahrt am Schreckenstein“ den Zauber des böhmischen Elbtals wiedergaben.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und infolge der Revolution im November 1918 erklärte schließlich der König Friedrich August III. von Sachsen seinen Verzicht auf den Königsthron. Das Königreich Sachsen hatte von diesem Zeitpunkt an keinen Bestand mehr. Auf der anderen Seite des Erzgebirges kam es am 28. Oktober 1918 zur Gründung der Tschechoslowakische Republik; aus der eher regional geprägten Grenze zwischen Sachsen und Böhmen wurde eine Grenze zwischen zwei souveränen Staaten. Diese Grenze und ihre wechselhafte Bedeutung im 20. Jahrhundert ist Thema des letzten Ausstellungsbereichs. Auch nach den Staatsgründungen fand zwischen 1918 und 1933 ein lebhafter Grenzverkehr und Kontakte zwischen den Bevölkerungen statt. Vor allem Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus und auch Künstler standen im Austausch. Sächsische Künstler stellten in Böhmen aus und umgekehrt studierten deutsch-böhmische Künstler in Dresden. Nach der Machterhebung der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 radikalisierte sich die deutschböhmische Bevölkerung in ihren Abgrenzungsbestrebungen zur Tschechoslowakei und fand in Sachsen, vor

allem in der Grenzlandbewegung in Dresden, enge Verbündete. Als schließlich das Münchner Abkommen 1938 die Angliederung des sogenannten Sudetengebietes durch das Deutsche Reich festlegte, wurde die Grenze zwischen Sachsen und Böhmen zu einer Grenze zwischen Verwaltungsregionen des Deutschen Reiches. Ein Großteil der tschechischen Bevölkerung floh oder wurde vertrieben. Andere wiederum mussten die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Wieder andere wie Widerstandskämpferinnen und -kämpfer sowie insbesondere die jüdische Bevölkerung wurden von den Nationalsozialisten inhaftiert und ermordet.

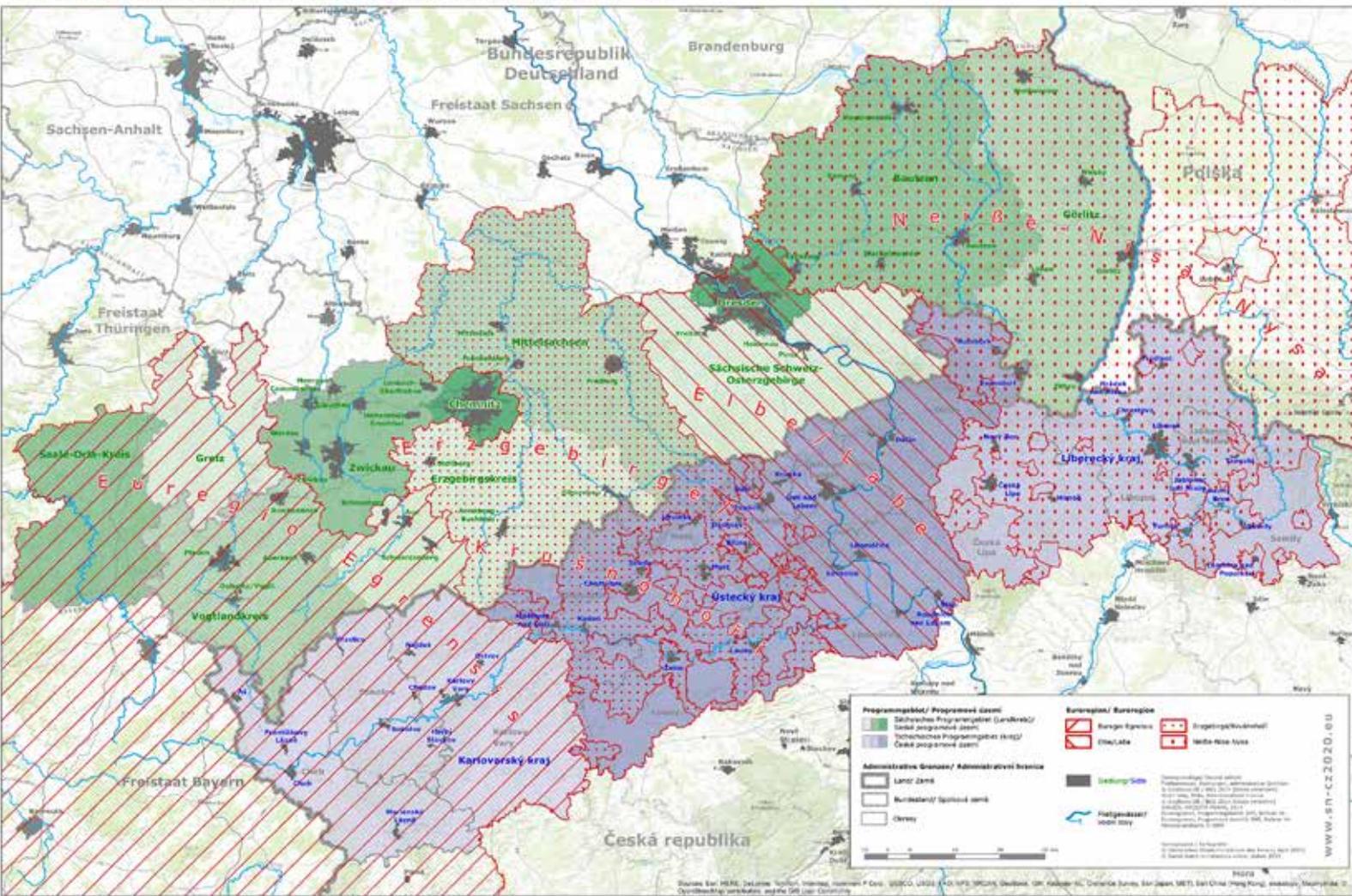
Das Ende des Zweiten Weltkriegs war mit einem erneuten Wechsel der Bevölkerung verbunden. Es kam zur Zwangsaussiedlung der deutschböhmischen Bevölkerung. Neue Nachbarn besiedelten nun den nahen Grenzraum in Nordböhmen. Die Grenze zwischen Sachsen und Böhmen wurde von Seiten der Tschechoslowakei in den ersten Jahren nach Kriegsende befestigt und bewacht. In tschechischen Grenzstädten wurden Schulen für sorbische Schüler aus der Oberlausitz gegründet, um diese mit der während des Nationalsozialismus verbotenen eigenen Sprache und Kultur vertraut zu machen. Erst 1948 führte der politische Wille erneut zur Passierbarkeit der Grenze. Ein Großteil des Grenzverkehrs war allerdings wirtschaftlich und/oder touristisch motiviert, spielte aber auch für die künstlerische Wahrnehmung und den künstlerischen Austausch eine Rolle.

Die deutsch-deutsche Einigung, an der die Prager Botschaft einen entscheidenden Anteil hatte, stellte die Weichen für eine bis heute bestehende Grenzöffnung. Diese neue bzw. wiederentdeckte Durchlässigkeit der Grenze schließt den Kreis der Ausstellung. Dem gegenseitigen Kennenlernen und kulturellen Austausch über beispielsweise uneingeschränktes Reisen, Schüler- und Studierendenaustausch, grenzüberschreitenden Bundesfreiwilligendienst oder auch Kooperationen von Kunstschaaffenden und Museen sind keine Grenzen mehr gesetzt.

Wann waren Sie zuletzt in Tschechien? Was verbindet Sie persönlich mit dem Nachbarland? Haben Sie Verwandtschaft jenseits der Grenze oder Bekannte? Oder arbeiten sie sogar in Tschechien? Schreiben Sie uns Ihre ganz persönliche Beziehungsgeschichte und vielleicht haben auch Sie noch ein Objekt, dass in unserer Ausstellung Teil der Geschichte Sachsen und Böhmens werden kann. Richten Sie ihr Anschreiben bitte an [doreen.moelders@lfa.sachsen.de](mailto:doreen.moelders@lfa.sachsen.de) und/oder an [claudia.vattes@lfa.sachsen.de](mailto:claudia.vattes@lfa.sachsen.de) – wir sind gespannt. Und kommen Sie uns besuchen, ab 28. September 2018 im smac in Chemnitz.

#### Autorin

Doreen Mölders  
Staatliches Museum für  
Archäologie Chemnitz  
Stefan-Heym-Platz 1  
09111 Chemnitz  
[doreen.moelders@lfa.sachsen.de](mailto:doreen.moelders@lfa.sachsen.de)



# Vom Neben- zum Miteinander?

## Regionale Identitäten im sächsisch-tschechischen Grenzraum nach 1989

Martin Munke

### Regionalisierung und regionale Politik in Ostmitteleuropa

Die regional orientierte Struktur- und Kohäsionspolitik gehört zu den wichtigsten Politikfeldern der Europäischen Union. Nach der Agrarförderung (2018: 59,5 Milliarden Euro, 37 Prozent des Haushaltsvolumens) bildet sie den zweitgrößten Posten des EU-Haushalts (55,4 Milliarden Euro, 34,5 Prozent).<sup>1</sup> Besonders in den Grenzregionen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union ist seit der politischen Wende von 1989/90 und dem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zum

1. Mai 2004 ein starker Einfluss der damit finanzierten Vorhaben, die dem Abbau von Ungleichheiten dienen sollen, auf das gesellschaftliche Zusammenleben zu verzeichnen. Der Beitritt von u. a. Tschechien und Polen zum Schengen-Raum Ende 2007 und das Auslaufen der Übergangsregelungen für die neuen östlichen Mitglieder im Mai 2011 erhöhten die Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nochmals – jeder kann, ohne an der Grenze kontrolliert zu werden, in das Nachbarland reisen, u. a. an den mehr als 30 Straßen- und knapp zehn Schienenübergängen zwischen Sachsen und Tschechien. Die alten Grenzen, die

Euroregionen im Grenzgebiet zwischen Sachsen und Tschechien

fast 50 Jahre unüberwindbar erschienen, sind durchlässig geworden. Herrschen einerseits zwischen den „alten“ und „neuen“ Mitgliedsstaaten im Ganzen gesehen vielfach noch wirtschaftliche Disparitäten, haben gerade die Regionen an den Grenzen häufig mit vergleichbaren Problemen wie fehlenden Arbeitsplätzen, Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung zu kämpfen.

Zugleich steht „1989“ für das Ende des sozialistischen Zentralismus in Ostmitteleuropa, für eine „Rückkehr der Regionen“<sup>2</sup> in das politische und gesellschaftliche Leben. Im vereinigten Deutschland wurde dies besonders deutlich mit der Wiederbegründung der im Juli 1952 aufgelösten ost- bzw. mitteldeutschen Länder und dem Wiederanknüpfen an die föderalistischen Traditionen auch im Osten der erweiterten Bundesrepublik.<sup>3</sup> Entsprechend ist es sinnvoll, die sogenannten neuen Bundesländer – angesichts der jahrhundertelangen staatlichen Kontinuität (sieht man einmal vom erst 1947 gegründeten Sachsen-Anhalt ab) eine unpassende Wortschöpfung – stärker im Kontext ihrer Verbindungen in den ostmitteleuropäischen Raum zu betrachten. Dies gilt besonders für Sachsen mit gleich zwei Grenzen zu europäischen Nachbarländern im Osten bzw. Süden. Denn auch in Polen und in Tschechien kam es auch zu einer Stärkung regionenorientierter Politikansätze, wiewohl es „vermessen [wäre], in diesem Kontext von Föderalismus zu sprechen“<sup>4</sup>. Als Instrumentarium der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dienen die „Europa-“ bzw. „Euroregionen“ als Interessengemeinschaften von Kommunen und Regionalverbänden, die – zwar keine Institutionen der EU, aber mit deren Mitteln gefördert – Beiträge zum Abbau von Disparitäten in den Grenzgebieten und zum Zusammenwachsen der benachbarten Staaten leisten sollen.<sup>5</sup> Für den sächsisch-tschechischen Grenzraum – die Länder teilen sich eine gemeinsame Grenze von 454 Kilometern Länge – sind dies von West nach Ost die Euregio Egrensis (gegründet 1993) mit Mitgliedern in Bayern, Thüringen, Sachsen und Tschechien, die Euroregionen Erzgebirge/Krušnohoří (1992) und Elbe/Labe (1992) jeweils mit sächsischer und tschechischer Beteiligung sowie Neiße-Nisa-Nysa (1991) als trilaterale Region zwischen Sachsen, Tschechien und Polen. Zugleich geraten hier kleinere Gebiete unterhalb der Ebene der Bundesländer in den Blick, die sich auf historische, kulturelle oder wirtschaftliche Traditionen berufen, dabei aber auch Länder- und nationalstaatliche Grenzen überschreiten können: Im Fall des Erzgebirges kam es hier zu einer gewissen Deckungsgleichheit mit der gleichnamigen

Euroregion, andere solcher Regionen wie das Vogtland, die Lausitz oder das historische Schlesien sind Teil mehrerer solcher Zusammenschlüsse bzw. gar konkurrierender Deutungsangebote im Spannungsfeld regionaler Identitäten.<sup>6</sup> Der Regionenbegriff ist also sehr vielfältig, in den folgenden Ausführungen bezeichnet er meist den sächsisch-tschechischen Grenzraum im Umfang der hier genannten Euroregionen.

## Die Gegenwart der Vergangenheit

Die Europäisierungsprozesse nach 1989 – als Europäisierung „von oben“ im Kontext der von der EU betriebenen Politikfelder, als Prozess „von unten“ im Sinn der „Entwicklung von Kontakten zwischen Individuen, Institutionen, Kommunen usw. insbesondere im Grenzgebiet“<sup>7</sup> – bilden eine neue Chance für das deutsch-tschechische Beziehungsgeflecht, das im 20. Jahrhundert von Verwerfungen geprägt war<sup>8</sup>: dem sich radikalierenden Nationalitätenkampf in der Zwischenkriegszeit, der erzwungenen Abtretung des Sudetenlandes im Münchner Abkommen von 1938 und der ein halbes Jahr später folgenden Annexion des restlichen Teils der Tschechoslowakei, der Vertreibung des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung im Kontext der sogenannten Beneš-Dekrete 1945/46, der Verfestigung der Konfrontation im Zusammenhang des Kalten Kriegs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR einerseits, der „verordneten Freundschaft“ zwischen den „Bruderstaaten“ DDR und ČSSR andererseits.<sup>9</sup> Die politische Wende von 1989 bedeutete für das Verhältnis der Staaten einen weiteren tiefen Einschnitt, der bei manchen fortbestehenden Konfliktpunkten insgesamt zu einer neuen Annäherung, zu „Normalisierung und Multilateralisierung“<sup>10</sup> führte. Alte historische Verbindungen konnten nun wiederbelebt werden. Auf nationaler Ebene bildeten die Beziehungen zunächst zur Tschechoslowakischen und dann zur Tschechischen Republik gleichwohl nur ein bilaterales Verhältnis unter vielen, so dass bei allen Initiativen und dem letztlich erfolgreichen Abschluss von zentralen Willensbekundungen zum Miteinander – dem „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 27. Februar 1992 und der „Deutsch-tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren zukünftige Entwicklung“ vom 21. Januar 1997 – hier eine gewisse Gleichgültigkeit zu verzeichnen war und ist; aktuell von den ge-

gensätzlichen Positionen der ostmitteleuropäischen Staaten in der Flüchtlingsfrage ganz zu schweigen.<sup>11</sup>

Die Fortwirkung der Geschichte, die zentrale Bedeutung geschichtspolitischer und geschichtskultureller Fragen für die und in den beiderseitigen Beziehungen wird in den genannten Dokumenten für die nationale Ebene deutlich. So spricht der Nachbarschaftsvertrag von 1992 u. a. vom „festen Willen [...] durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen“<sup>12</sup> und bekennt sich dazu, „alle Aktivitäten [zu] unterstützen, die zu einem gemeinsamen Verständnis der deutsch-tschechoslowakischen Geschichte, vor allem dieses Jahrhunderts, beitragen“<sup>13</sup>. Dabei blieb der Vertrag noch weitgehend unspezifisch. Konkreter benannt wurden die „leidvollen Kapitel“ in der Deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. Sie betont, „dass der gemeinsame Weg in die Zukunft ein klares Wort zur Vergangenheit erfordert“<sup>14</sup> und erklärt, dass die Beziehungen „nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belastet werden“<sup>15</sup>. Auf Ebene der Bundesländer hatten und haben diese Fragen in Bayern (und dort wiederum regional differenziert) eine hervorgehobene Bedeutung, da die vertriebenen Sudetendeutschen seitens des Freistaats stets besondere Förderung und Aufmerksamkeit genossen haben.<sup>16</sup> Entsprechend sind die „Spuren der Geschichte“ auch und gerade in den Grenzregionen zu Tschechien noch vielfach anzutreffen. Trotz zunehmend pragmatischer Kooperation scheinen alte Vorurteile vielfach bestehen zu bleiben, herrscht häufig Desinteresse am anderen.<sup>17</sup> Lässt sich dieser Befund auch auf die sächsisch-tschechischen Beziehungen übertragen?

### Regionale Identitäten und Beziehungen zwischen Sachsen und Tschechien

Dem Nachbarschaftsvertrag von 1992 hatten der Freistaat Sachsen und die Tschechische Republik noch im Dezember desselben Jahres eine „Gemeinsame Erklärung“ an die Seite gestellt. Darin betonten sie ihr Interesse, „partnerschaftliche Beziehungen“ zu unterhalten und die grenzüberschreitende Kooperation zu fördern, da diese „von gegenseitigem Vorteil für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sowie für die Bewältigung ökologischer Probleme in beiden Ländern [sei]“<sup>18</sup>. Folgt man der von der Sächsischen Staatskanzlei zum 20-jährigen Jubiläum dieser Erklärung herausgegebenen Broschüre, lässt sich nur ein voller Erfolg dieser Bemühungen konstatieren. Schon im Titel prangen

die Schlagworte „lebendige Nachbarschaft“ und „gelebte Freundschaft“. Die vorgestellten Projekte und Initiativen seien nach dem seinerzeitigen sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich ein „beredtes Zeugnis eines gelebten Miteinanders“, mit keinem anderen Staat pflege Sachsen „so gute Beziehungen wie mit der Tschechischen Republik“<sup>19</sup>. Auch der tschechische Ministerpräsident Petr Nečas betonte partnerschaftliche Zusammenarbeit, starke Vernetzung und regen Austausch zwischen beiden Ländern.<sup>20</sup>

Wissenschaftliche Untersuchungen kommen gegenüber solchen offiziellen Äußerungen naturgemäß zu differenzierten Ergebnissen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ihre Ergebnisse und ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind in den vergangenen Jahren Gegenstand zahlreicher Studien deutscher und tschechischer Wissenschaftler gewesen, die zugleich eigene Netzwerke haben entstehen lassen. Einige ihrer Befunde sollen im Folgenden kurz und schlaglichtartig vorgestellt werden.<sup>21</sup>

Allgemein lässt sich feststellen, dass mit dem Ausbau an Kontakten, der seit 1989 ein dichtes Netz von Kooperationen zwischen Städten, Vereinen, Stiftungen und Schulen hat entstehen lassen, auch eine positivere Wahrnehmung des Nachbarlandes einhergeht.<sup>22</sup> Dies gilt zumal für die tschechische Seite, für die es unter kommunistischer Herrschaft keine Möglichkeit zu einer differenzierten Auseinandersetzung v. a. mit den Ereignissen von 1938/39 und 1945/46 gegeben hatte. Hier sind einige Veränderungen eingetreten, wobei es gerade in den Grenzgebieten noch stärkere Vorbehalte gibt als auf gesamtstaatlicher Ebene. So leben hier auf tschechischer bis heute die Personen bzw. deren Nachfahren, welche die den vertriebenen Sudetendeutschen gehörenden Häuser und Grundstücke übernahmen – Migration findet vielfach innerhalb der engeren Region statt. Auf sächsischer Seite hingegen kam es nach 1989 zur vermehrten Abwanderung aus der Region. Beiderseits der Grenze ist die Bevölkerungsentwicklung also von Diskontinuitäten geprägt, die allerdings zeitlich versetzt abliefen. Umso wichtiger erscheint die Arbeit von Organisationen wie dem Verein Antikomplex, der auf diese „verschwundene Vergangenheit“ aufmerksam machen und zugleich gerade bei der jüngeren Generation zu einer Identifikation mit der Heimatregion beitragen und die historischen Ereignisse erklären und einordnen helfen will, u. a. über grenzüberschreitende Projekte mit Schulklassen aus Tschechien und aus Sachsen.<sup>23</sup>

Der Versuch, bereits bei der Jugend ein Bewusstsein für die historischen Verbindungen und die

Chancen der Kooperation über die Grenze hinweg zu schaffen, verweist auf ein Grundproblem in den Austauschprozessen: eine „starke Unterstützung für eine engere Kooperation bei lokalen und regionalen Eliten, aber [...] Indifferenz und wenig Interesse an dieser Kooperation bei den Bewohnern des Grenzgebietes“<sup>24</sup>. Die Vielfalt von Projekten und Kontakten wird so weitgehend von einer kleinen Anzahl von Enthusiasten getragen. Zudem erfolgt der Anstoß für Kooperationen vielfach noch von außen und nicht selten mit Blick auf die monetären Möglichkeiten der EU-Förderung (was freilich durch die komplexen Antragsprozesse relativiert wird). Fehlen solche Anreize und entfällt das Engagement bisher aktiver Personen, folgt häufig das „Einschlafen“ bestehender Kontakte. Auch steigt zwar die Zahl der Tschechischlerner auf deutscher Seite auf niedrigem Niveau an, Deutschkenntnisse sind auf tschechischer Seite allerdings mehr verbreitet, so dass die traditionelle Asymmetrie in den Beziehungen auf sprachlicher Ebene weiterhin existiert. Zudem wird das Deutsche von tschechischer Seite zumeist „nur“ aus pragmatische Gründen verwendet, v. a. wenn es aus beruflichen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll erscheint. Ein „gemeinsamer Lebensraum“ kann nur bedingt entstehen, wenn „der Großteil der Grenzlandbevölkerung fast keine Bereitschaft zum Erlernen der Sprache des Nachbarn zeigt“<sup>25</sup>. Die Schaffung einheitlicher Wirtschaftsräume ist daneben ein weiteres zentrales Ziel der EU-Regionalpolitik. Dies gilt zumal für das sächsisch-tschechische Grenzgebiet, dass nach 1989/90 massiven Deindustrialisierungsprozessen ausgesetzt war. Die Verbesserung regionalwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit wurden so als wichtige Punkte in die Leitdokumente der Euroregionen aufgenommen. Auch hier sind bisher nur Teilerfolge erzielt worden, erschweren unterschiedliche Strukturen und gesetzliche Rahmenordnungen (bei allen Harmonisierungsbestrebungen der EU) den Ausbau eines solchen Raumes.<sup>26</sup> Auf praktische Fragen wie Arbeitslosigkeit, Abwanderung oder auch Grenzriminalität werden vielfach noch Antworten gesucht, wie sich u. a. in den Entwicklungstendenzen der Bevölkerung zeigt.<sup>27</sup> Auch mehr als zwanzig Jahre nach der „Wende“ sind die Rückgangstendenzen auf der sächsischen Seite nicht gestoppt. Zwischen 2001 und 2011 ging die Einwohnerzahl von 1.993.000 auf 1.773.000 zurück. Auf der tschechischen Seite hingegen nahm die Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 1.095.000 auf 1.106.000 zu, seitdem ist eher eine Stagnation zu verzeichnen. Damit kam es zu einer Annäherung der Bevölkerungsdichte, die 2011 auf sächsi-

scher Seite bei 154, auf tschechischer Seite bei 147 Einwohnern pro Quadratkilometer lag (2001: 173 zu 144). Mit Blick auf die Altersstrukturen lässt sich erkennen, dass der Anteil an Personen zwischen 0 und 14 sowie zwischen 15 und 64 Jahren jeweils zurückging (von 17,1 auf 15,3 bzw. 71,4 auf 69,9 auf tschechischer und von 12,2 auf 11,5 bzw. 68,1 auf 63,6 Prozent auf sächsischer Seite), während jener an Personen über 65 Jahre jeweils stieg: von 12,0 auf 14,8 auf tschechischer Seite, auf sächsischer besonders stark von 19,7 auf 25,9 Prozent. Die Arbeitslosenzahlen lagen jeweils signifikant höher als im jeweiligen Landesdurchschnitt, wenn auch insgesamt in Sachsen und seinem Grenzgebiet die Arbeitslosigkeit im Betrachtungszeitraum stark zurückging: von 18,48 (Grenzraum) bzw. 17,5 (ganzes Bundesland) auf 9,52 bzw. 10,6 Prozent (gesamtsächsischer Werte: 9,4 auf 7,1 Prozent). Für Tschechien lagen die entsprechenden Werte bei 13,08 (Grenzraum) bzw. 8,9 Prozent (Gesamtstaat) und 12,07 bzw. 8,6 Prozent. Der Rückgang war hier also weit weniger signifikant. Die Entwicklung im Anschluss hat gezeigt, dass die entsprechenden Probleme nur in Einzelfällen wirksam behandelt werden können, die Region insgesamt weiter damit zu kämpfen hat und haben wird.

Diese Herausforderungen zeigen sich auch in der Eigenwahrnehmung der Region durch ihre Bevölkerung als wichtigem Faktor regionaler Identifikation. Untersuchungen ergeben hier für Sachsen und Tschechien insgesamt ähnliche Bewertungen. In der Euroregion Elbe/Labe z. B. zeigten Befragungen aus dem Jahr 2009 von knapp 1.000 Personen zur subjektiven Zufriedenheit mit der eigenen Situation, dass die mangelnden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt beiderseits zu den besonders kritisch empfundenen Themen gehören. Auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (überhaupt nicht) wurde die entsprechende Frage mit 3,86 auf tschechischer und 3,45 auf sächsischer Seite bewertet. Die Gesamtentwicklung erhielt ebenfalls einen mittleren Wert (3,06 bzw. 2,97), mit negativen Ausschlägen bei den Bereichen „Zufriedenheit mit der öffentlichen Ordnung“ (3,5) bei den tschechischen und „Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot für Jugendliche“ (3,92) bei den sächsischen Befragten.<sup>28</sup> Im innertschechischen Vergleich zeigt sich dabei, dass die entsprechende Frage in der Region (kraj) Ústí nad Labem vergleichsweise negativer beantwortet wird als in den anderen beiden Regionen an der Grenze zu Sachsen, Liberec und Karlovy Vary.<sup>29</sup> Die Auswirkungen der Grenzöffnung als Ganzes wurden auf tschechischer Seite (68 Prozent) weitaus stärker positiv gedeutet als auf sächsi-

scher (45 Prozent), wobei negative Änderungen insgesamt um ein Drittel weniger genannt wurden als positive. Zugleich stieg der beiderseitige Kontakt deutlich an: 80 Prozent der sächsischen und 70 Prozent der tschechischen Befragten äußerten, nun häufiger im Nachbarland zu sein als früher. Zugleich wurde das noch immer existierende Wohlstandsgefälle sehr deutlich, etwa in der Antwort auf die Frage, ob man sich vorstellen könne, im Nachbarland zu wohnen oder zu arbeiten. Hier antworteten 31 bzw. 43 Prozent der Tschechen und nur 7 bzw. 15 Prozent der Sachsen mit „ja“ oder „vielleicht“.<sup>30</sup> Diese Asymmetrien – die in geographisch direkt benachbarten Gemeinden besonders auffällig und durch die Bevölkerung entsprechend wahrgenommen werden<sup>31</sup> – zeigen sich auch bei den persönlichen Kontakten über die Grenze hinweg. Die Frage danach, ob und in welchem Bereich (beruflich, familiär, partnerschaftlich, freundschaftlich, sonstige) solche existierten, wurde auf tschechischer Seite durchweg stärker bejaht als aus sächsischer. Entsprechend sind die hauptsächlichen Gründe für einen Grenzübertritt (bei jeweils unterschiedlicher Frequenz) von sächsischer Seite aus nicht solche Kontakte, sondern die Nutzung von Dienstleistungen und von Freizeitangeboten – 90 Prozent der Befragten verwiesen auf Dienstleistungen<sup>32</sup>, 71 Prozent der Befragten nahmen Freizeitangebote wahr, 54 Prozent nannten persönliche Kontakte. Zu beachten ist dabei natürlich auch eine binnenregionale Differenzierung: Personen, die näher an der Grenze wohnen, überqueren diese häufiger als im Landesinneren lebende.<sup>33</sup>

Eher skeptisch für die Weiterentwicklung der Kooperation und für ein mögliches weiteres Zusammenwachsen im Zusammenwachsen im Grenzgebiet stimmen die Antworten auf die Frage, wie der eigene Informationsstand über das Leben im Nachbarland eingeschätzt wird. So gaben auf sächsischer Seite nur knapp sechs Prozent der Befragten mit Bezug auf die grenznahen Regionen an, dieser sei gut bis sehr gut. Knapp 30 Prozent sahen sich „teils/teils“ informiert, dagegen weit mehr als ein Drittel, nämlich fast 43 Prozent, als schlecht. Und immerhin ein Fünftel antwortete hier mit „interessiert mich nicht“. Mit Bezug auf Gesamttschechien äußerten diese letzte Ansicht zwar nur knapp drei Prozent, bei „schlecht“ (21 Prozent) und „teils/teils“ (rund 46 Prozent) gab es aber ebenfalls sehr hohe Werte. Und mit reichlich vier Prozent war der Wert für „gut/sehr gut“ hier noch geringer.<sup>34</sup>

### Pragmatismus statt Euphorie

Insgesamt lässt sich so konstatieren, dass im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet nach 1989 bisher noch „kein gemeinsamer Identitätsraum, sondern ein eher pragmatisch angelegter Interaktions- und Erfahrungsraum“<sup>35</sup> entstanden ist. Das widerspricht einerseits so mancher enthusiastischen Politikeräußerung. Andererseits wird die Zusammenarbeit über die Grenze hinweg von der örtlichen Bevölkerung – bei allen fortgesetzten Herausforderungen v. a. im wirtschaftlichen und demographischen Bereich – zunehmend als „normaler“ Bestandteil des alltäglichen Lebens



Dreiländereck Sachsen/  
Tschechien/Polen bei Hartau,  
Ortsteil der Stadt Zittau  
© Wikimedia (Honza Groh)

aufgefasst, ohne sie mit übertriebenen Erwartungen zu überfrachten. Der von den Bewohnern genutzte und als selbstverständlich empfundene „gelebte Raum“<sup>36</sup> wird so vielfach immer größer und dauerhaft im eigenen Bewusstsein verankert – ein Befund, der angesichts der historischen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts gerade in Ostmitteleuropa positiv zu stimmen vermag.

Andere Untersuchungen, die sich eher auf den kleinstädtischen Raum beziehen, verweisen demgegenüber darauf, dass zumindest in Teilen des Grenzgebiets die Bewohner „weiterhin mit dem Rücken zur Grenze [leben]“, zumal alte Stereotype vielfach noch fortexistieren bzw. sich leicht aktualisieren ließen.<sup>37</sup> Die eigene Identitätswahrnehmung wird im Zweifelsfall durch die Kategorien „Deutscher“ und „Tscheche“ geprägt, erscheint der Landsmann in jeder beliebigen Stadt im „eigenen“ Land näher als der Nachbar an Grenze, der wiederum in diesen

nationalen Containern gesehen wird – mit einer häufig vorgenommen Differenzierung zwischen „ost-“ und „westdeutsch“ auf tschechischer Seite<sup>38</sup> und mit einer Betonung der wirtschaftlichen und der mentalen Unterschiede.<sup>39</sup> Mit Blick auf die intensivierten grenzüberschreitenden Kontakte zeigten so sich maximal Duldung, wenn nicht gar Ignoranz statt Akzeptanz – auch wenn es natürlich „eindeutig positive Entwicklungen der interethnischen Kooperation in grenznahen Regionen [...] gegeben [hat]“<sup>40</sup>. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, bei jedem Versuch der Verallgemeinerung auf die inneren Differenzen der untersuchten Regionen zu achten, auch wenn sie sich scheinbar so leicht unter einem gemeinsamen Namen fassen lassen können. Auf dem Weg vom Neben- zum Miteinander bleiben im sächsisch-tschechischen Grenzraum in jedem Fall noch viele Schritte zu tun.

- 1 Zahlen nach [http://ec.europa.eu/budget/annual/index\\_de.cfm?year=2018](http://ec.europa.eu/budget/annual/index_de.cfm?year=2018) (letzter Zugriff: 1. April 2018).
- 2 So z. B. Heinz Fassmann (Hrsg.): Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas. Wien 1997. Für die historische und politikwissenschaftliche Forschung, deren Ergebnisse hier neben denjenigen der geographischen Forschung herangezogen werden, vgl. für den Untersuchungsraum einführend Miloš Rezník: Zur Einführung: Die Erfindung der Regionen? Überlegungen zum Konstruktcharakter der Regionalität und zur sächsisch-böhmischen Geschichte. In: Miloš Rezník (Hrsg.): Grenzraum und Transfer. Perspektiven der Geschichtswissenschaft in Sachsen und Tschechien. Berlin 2007, S. 13-31; Stefan Garsztecki: Regionale Identität in Ostmitteleuropa – Europäische Integration von unten? In: Stefan Garsztecki/Christoph Waack/Ilona Scherm (Hrsg.): Regionale Identität und transnationale Räume in Ostmitteleuropa. Dresden 2012, S. 45-62.
- 3 Vgl. als historische Einführung Albert Funk: Föderalismus in Deutschland. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik. Bonn 2010.
- 4 Stefan Garsztecki/Christoph Waack/Ilona Scherm: Einleitung. In: Garsztecki/Waack/Scherm 2012 (wie Anm. 2), S. 7-13, hier S. 7.
- 5 Für die Euroregionen zwischen Deutschland und Tschechien bzw. Polen vgl. einführend Marzena Schöne: Bedeutung, Typologie und Entwicklungsperspektiven der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Euroregionen. Diss. TU Dresden 2006, online unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:swb:14-1161159826691-25523>; Christian Schramek: Die deutsch-tschechischen Europaregionen. Rahmenbedingungen und Funktionslogikgrenzüberschreitender Zusammenarbeit. Wiesbaden 2014. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-05823-4>.
- 6 Vgl. Miloš Rezník: Regionalität – Erinnerung – Identität. Überlegungen zur Einleitung. In: Miloš Rezník/Katja Rosenbaum/Jos Stübner, Jos (Hrsg.): Regionale Erinnerungsorte. Böhmisches Länder und Mitteldeutschland im europäischen Kontext. Leipzig/Berlin 2013, S. 11-27, hier S. 11-12.
- 7 František Zich: Grenzüberschreitenden Gemeinschaften und Europäisierung. In: Garsztecki/Waack/Scherm 2012 (wie Anm. 2), S. 27-44, hier S. 28.
- 8 Für einen spezifisch säch-sisch-tschechischen Blick auf diese Entwicklungen vgl. Petr Lozoviuk: Grenzland als Lebenswelt. Grenzkonstruktionen, Grenz-wahrnehmungen und Grenzdiskurse in sächsisch-tschechischer Perspektive. Leipzig 2012, S. 83-158.
- 9 Vgl. im Überblick aus deutscher Perspektive Ferdinand Seibt: Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas. Neuausgabe München 1997 sowie die Beiträge deutscher und tschechischer Wissenschaftler in Walter Koschmal/Marek Nekula/Joachim Rogall (Hrsg.): Deutsche und Tschechen. Geschichte – Kultur – Politik. Nachdruck der 2. Auflage München 2005, für die Nachkriegszeit jeweils mit stärkerem Fokus auf die westdeutsch-tschechischen Beziehungen. Für die Beziehungen DDR-ČSSR ist der Forschungsbedarf noch um einiges höher; vgl. als Einführung Miloš Rezník/Katja Rosenbaum (Hrsg.): DDR und ČS(S)R 1949 – 1989. Eine Beziehungsgeschichte am Anfang. München 2012.
- 10 Vladimír Handl: Tschechisch-deutsche Beziehungen zwischen Vergangenheit und Europäisierung. In: Michael Weigl (Hrsg.): Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Hamburg/Münster 2006, S. 47-64, hier S. 64.
- 11 Allgemein lassen sich viele der hier dargelegten Befunde in vergleichbarer Weise auch für das deutsch-polnische Verhältnis anwenden, wobei diese Beziehungen sowohl von der Politik als auch von der Wissenschaft stets größere Aufmerksamkeit erfuhren und erfahren. Vgl. einführend Andreas Lawaty/Hubert Orłowski: Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik. München 2003 und die auf fünf Bände angelegte Reihe Dieter Bingen/Hans-Jürgen Bömelburg/Peter Oliver Loew (Hrsg.): Deutsch-Polnische Geschichte. Darmstadt ab 2014 [bisher zwei Bände erschienen].
- 12 Zit. nach Manfred Alexander (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-tschechischen Beziehungen 1848 bis heute. Darmstadt 2005, S. 214.

- 13 Ebenda, S. 217.  
 14 Ebenda, S. 220.  
 15 Ebenda. Zum Zustandekommen und zur Einordnung der Erklärung vgl. Vladimír Handl: Die tschechisch-deutsche Erklärung von 1997. Politisches Ende eines schwierigen historischen Kapitels? In: Frank König (Hrsg.): Im Schatten der Vergangenheit. Deutsche und Tschechen Aussöhnung mit Hindernissen. Potsdam 1999, S. 11-23.  
 16 Vgl. grundlegend K. Erik Franzen: Der vierte Stamm Bayerns. Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954-1974. München 2010.  
 17 Vgl. als zentrale Studie Michael Weigl: Tschechen und Deutsche als Nachbarn. Spuren der Geschichte in grenzregionalen Identitäten. Mit Beiträgen von Václav Houžvička und Lukáš Novotný sowie einem Vorwort von Werner Weidenfeld. Baden-Baden 2008.  
 18 Zitiert nach dem Faksimileabdruck in Sächsische Staatskanzlei (Hrsg.): Lebendige Nachbarschaft, gelebte Freundschaft. 20 Jahre Freistaat Sachsen und Tschechische Republik/Živé sousedství, žité přátelství. 20 let Svobodného státu Sasko a České republiky. Dresden 2012, S. 95-99, hier S. 95.  
 19 Ebenda, S. 6.  
 20 Vgl. ebenda, S. 8.  
 21 Der Autor selbst war über mehrere Jahre als studentischer und wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Ziel3/Cíl3-Projekten „Sächsisch-Tschechische Hochschulinitiative“ (STHI) und „Grenzraum 2.0“ an der Technischen Universität Chemnitz beteiligt. „Ziel3“ bezeichnet im Kontext der EU-Förderung die Unterstützung der „europäischen territorialen Zusammenarbeit“. Vgl. als Bilanz der Projekte Ilona Scherm/Katja Belgardt/Martin Munke (Hrsg.): Hochschulkooperation im sächsisch-tschechischen Grenzraum. Die Sächsisch-Tschechische Hochschulinitiative (STHI) – eine Bilanz/Vysokoškolská spolupráce v česko-saském pohraničí. Česko-saská vysokoškolská iniciativa (ČSVI) – bilance. Unter Mitarbeit von Dita Hommerová, Blanka Pohajdová und Milan Jeřábek. Chemnitz/Zwickau 2014 und Stefan Garsztecki/Milan Jeřábek/Ilona Scherm/Jiří Šmída (Hrsg.): Grenzraum 2.0. Kooperation und innovative Ideen im sächsisch-tschechischen Grenzraum/Příhraničí 2.0. Spolupráce a inovativní ideje v česko-saském příhraničí. Unter Mitarbeit von Martin Munke, Anja Päßler und Florian Melcher. Chemnitz/Zwickau 2014.  
 22 Vgl. Stefan Garsztecki: Transnationale Verflechtungen und nationale Besonderheiten im deutsch-tschechischen Grenzraum/Transnacionální vazby a nacionální specifika v česko-německém příhraničí. In: Garsztecki/Jeřábek/Scherm/Šmída 2014 (wie Anm. 21), S. 25-41, hier S. 29.  
 23 Vgl. als zentrale Publikation Antikomplex o. s. (Hrsg.): Zmizelé Sudety/Das verschwundene Sudetenland. 5. Auflage Domažlice 2007; einführend Ondřej Matějka: Historisch-didaktische Arbeit im tschechisch-sächsischen Grenzgebiet. Ein Blick auf ausgewählte Aktivitäten des Vereins „Antikomplex“. In: Frank-Lothar Kroll/Miloš Řezník/Martin Munke (Hrsg.): Sachsen und Böhmen. Perspektiven ihrer historischen Verflechtung. Berlin 2014, S. 205-220.  
 24 Garsztecki 2014 (wie Anm. 22), S. 29.  
 25 Lozoviuk 2012 (wie Anm. 8), S. 211.  
 26 Vgl. Hartmut Kowalke: Grenzüberschreitende Nachbarschaft und regionale Identität. Das Beispiel sächsisch-böhmischer Grenzraum. Unter Mitarbeit von Milan Jeřábek und Christian Preußcher. In: Garsztecki/Waack/Scherm 2012 (wie Anm. 2), S. 149-172, hier S. 150-151, 154-155.  
 27 Vgl. zum Folgenden Blanka Kostnerová: Entwicklungstendenzen der Bevölkerung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – Niedergang oder Aufschwung?/Vývojové tendence obyvatelstva česko-saského pohraničí – úpadek či rozvoj? In: Garsztecki/Jeřábek/Scherm/Šmída 2014 (wie Anm. 21), S. 77-131.  
 28 Vgl. Kowalke 2012 (wie Anm. 26), S. 164-165; Milan Jeřábek: Die regionale Identität der Bevölkerung des böhmisch-sächsischen Grenzgebiets/Územní identita obyvatelstva česko-saského pohraničí. In: Stefan Garsztecki/Milan Jeřábek/Ilona Scherm (Hrsg.): Sachsen und Tschechien. Regionale Identitäten und transregionale Verflechtungen in Ostmitteleuropa/Sasko a česko. Regionální identity a transregionální propojení ve střední a východní Evropě. Unter Mitarbeit von Martin Munke. Dresden 2016, S. 233-267, hier S. 239-242.  
 29 Vgl. Jeřábek 2016 (wie Anm. 28), S. 244-245. Entgegen der historischen amtlichen Entsprechung von kraj = Kreis und okres = Bezirk im Königreich Böhmen und in der ersten Tschechoslowakischen Republik übersetzt die politik- und regionalwissenschaftliche Literatur für die Zeit ab 1990 kraj mit Bezirk (oder Region) und okres mit Kreis.  
 30 Vgl. Kowalke 2012 (wie Anm. 26), S. 165-167; Jeřábek 2016 (wie Anm. 28), S. 240-242.  
 31 Vgl. für ein Fallbeispiel Ilona Scherm: Der ungleiche Nachbar. Asymmetrien im sächsisch-böhmischen Grenzland, dargestellt an Bärenstein (Sachsen) und Vejprty (Tschechische Republik). In: Petr Lozoviuk (Hrsg.): Grenzgebiet als Forschungsfeld. Aspekte der ethnografischen und kulturhistorischen Erforschung des Grenzlandes. Leipzig 2009, S. 123-134.  
 32 Zu dieser Dominanz vgl. auch Lozoviuk 2012 (wie Anm. 8), S. 213-234.  
 33 Vgl. Kowalke 2012 (wie Anm. 26), S. 165-167, 169-169; Hartmut Kowalke/Milan Jeřábek/Olaf Schmidt/Katja Lohse: Auswirkungen der Grenzöffnung auf Städte und Gemeinden der Euroregion Elbe/Labe. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. Dresden/Ústí nad Labem 2010, S. 131/132.  
 34 Vgl. Kowalke/Jeřábek/Schmidt/Lohse 2010 (wie Anm. 34), S. 84-86.  
 35 Garsztecki 2014 (wie Anm. 22), S. 31. Der Befund lässt sich auch auf das deutsch-polnische Grenzgebiet übertragen; vgl. etwa Joanna Frączak-Müller/Anna Mielczarek-Żejmo: Zwischen Sympathie und Gleichgültigkeit. Die Einstellung der Einwohner der Euroregion Spree-Neiße-Bober zu ihren Nachbarn. In: Uta Bretschneider/Sönke Friedreich/Ira Spieker (Hrsg.): Verordnete Nachbarschaften. Transformationsprozesse im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum seit dem Zweiten Weltkrieg. Dresden 2016, S. 165-179.  
 36 Zich 2012 (wie Anm. 7), S. 41.  
 37 Lozoviuk 2012 (wie Anm. 8), S. 326.  
 38 Vgl. Řezník 2012 (wie Anm. 2), S. 18-20; Jana Berthold: Befremdet befreundet? Nachforschungen zum Erbe der ostdeutsch-tschechoslowakischen „Bruderfreundschaft“ in der sächsisch-böhmischen Elblandregion. In: Lozoviuk 2009 (wie Anm. 31), S. 135-165, hier S. 153-157.  
 39 Vgl. Scherm 2009 (wie Anm. 31), S. 134.  
 40 Lozoviuk 2012 (wie Anm. 8), S. 326.

#### Autor

Martin Munke M.A.  
 Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden  
 Referatsleitung Saxonica/  
 Stellv. Abteilungsleitung  
 Handschriften, Alte Drucke  
 und Landeskunde  
 01054 Dresden  
 martin.munke@  
 slub-dresden.de

## Verein für sächsische Landesgeschichte

Der Verein für sächsische Landesgeschichte lädt zu folgenden Veranstaltungen in den Vortragsaal des Hauptstaatsarchivs Dresden, Archivstraße 14 in Dresden, ein. Beginn jeweils 17.30 Uhr.

### Dienstag, 29. Mai 2018

Zum Wohle der Gesellschaft – auf Kosten der Entrechteten. Die Leichen der Dresdner Anatomie und ihre Geschichte(n) 1748 bis 1841

Referenten: Dr. Alexander Kästner, Christoph Laubsch (TU Dresden, Lehrstuhl für Geschichte der frühen Neuzeit, SFB 1285)

Mit der Begründung eines Collegium medico-chirurgicum in Dresden im Jahre 1748 endeten jahrzehntelange Debatten über die praktische Ausbildung von Feldscherern und Wundärzten. Die seinerzeit durchgesetzten Verbesserungen in der medizinischen Lehre basierten im Wesentlichen auf

Neuerungen im Fach Anatomie. Insbesondere für die praktische anatomische Ausbildung wurden seit dem Winter 1748 unzählige Leichen aus Dresden und der näheren Umgebung herangeschafft. Hierüber geben einzigartige Quellen aus dem Hauptstaatsarchiv sowie dem Stadtarchiv Dresden Auskunft. Allein bis zum Jahr 1817 führten die Lehreinrichtungen systematische Leichenregister, die uns Auskunft über mehr als 2.000 Menschen geben, deren Leichname in der Anatomie endeten. Der Vortrag beleuchtet die vielfältigen sozialen und politischen Konflikte, die sich zum einen an der Beschaffung und zum anderen am Begräbnis der Anatomieleichen entzündeten. Vor allem aus dem 19. Jahrhundert sind zahlreiche Beschwerden von Dresdner Bürgern über angeblich ekelregende Beerdigungspraktiken überliefert, die in starkem Kontrast zu den wiederholten Beteuerungen der

Ärzte stehen, jederzeit würdevoll mit den Leichen zu verfahren.

### Dienstag, 19. Juni 2018

Die Hieronymusgesellschaft von 1450 – Sachsens ältester Orden?

Referent: Dr. Peter Wiegand, kommissarischer Leiter des Hauptstaatsarchivs Dresden

Fester Bestandteil fürstlicher Repräsentation im späten Mittelalter waren die adligen Hofgesellschaften. Zu den bekanntesten Beispielen zählen der englische „Hosenbandorden“ und der „Orden vom Goldenen Vlies“, die bis heute bestehen. Mit der „Gesellschaft des heiligen Hieronymus“ errichtete 1450 auch Kurfürst Friedrich II. von Sachsen eine höfische Bruderschaft. Der Vortrag präsentiert neue Schrift- und Bildquellen zu diesem noch kaum bekannten sächsischen Orden und vergleicht ihn mit anderen Gesellschaften seiner Zeit.

## Sächsische Heimatblätter: In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, seit der Einführung des Euro vor mehr als 16 Jahren ist der Abonnementspreis der „Sächsischen Heimatblätter“ unverändert geblieben. Seitdem zahlen die Abonnenten 30,- Euro für vier Ausgaben einschließlich Versandkosten. In dieser Zeit sind jedoch die Preise erheblich gestiegen, wie wir im Alltag nahezu täglich erfahren. Selbst eine relativ geringe Inflationsrate, wie im Euroraum, summiert sich über einen längeren Zeitraum zu einem beachtlichen Preissprung. Die Verbraucherpreise sind seit 2002 um 25 Prozent gestiegen. Noch sehr viel rasanter verlief die Preisentwicklung auf dem Pressemarkt. Ein wichtiges Leitmedium der deutschen Presselandschaft, das Magazin „Spiegel“, hat seine Abonnement- und Heftpreise zwischen 2002 und 2018 um 82 Prozent erhöht und damit fast verdoppelt! Eine Ursache sind die gestiegenen Kosten bei Papier, Druck, Versand und Redaktion.

In den letzten Jahren haben die „Sächsischen Heimatblätter“ einen deutlichen

Qualitätssprung erfahren. Nicht nur die Seitenzahl hat zugenommen und die Hefte sind umfangreicher geworden, auch sind sie durch die Klebebindung statt Klammerheftung wesentlich stabiler und attraktiver geworden. Die Zeitschrift ist durchgehend farbig und wird auf hochwertigem Papier gedruckt. Das sind alles Leistungen, die wir unseren Lesern ohne Kostenerhöhung ermöglichen haben, um die Abonnementpreise stabil zu halten.

Denn als wir mit Beginn des Jahres 2015 die „Sächsischen Heimatblätter“ übernahmen, führten wir zunächst massive Kosteneinsparungen durch, um das Fortbestehen der Zeitschrift überhaupt zu ermöglichen und zugleich Spielraum für die oben genannten Verbesserungen zu gewinnen. Aber es stellte sich auch heraus, dass wir zusätzlich auf die Einwerbung von Fördermitteln angewiesen sind, um das Überleben der Zeitschrift zu garantieren. Das gestaltet sich freilich immer schwieriger. Durch die oben genannten externen Preiserhö-

hungen ist es inzwischen so, dass die Einnahmen aus Abonnement und Heftverkauf nicht mehr kostendeckend sind. Anders als etwa die „Dresdner Hefte“ oder die „Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“ erhalten die „Sächsischen Heimatblätter“ keine institutionelle Förderung. Auch wenn wir unsere Anstrengungen nach interessanten Themen und entsprechenden Fördermitteln auch weiterhin fortsetzen, sehen wir uns gezwungen, nach nunmehr 17 Jahren eine moderate Erhöhung des Abonnementspreises vorzunehmen. Ab dem Jahrgang 65 (2019) kostet das Jahresabonnement künftig 40,- Euro statt 30,- Euro. Für das Abopplus werden 50,- Euro berechnet. Die Einzelhefte werden zwischen 10,- und 15,- Euro kosten.

Wir bitten um Ihr Verständnis für diesen Schritt und hoffen auf weiterhin treue Leserschaft,

*Ihre Dr. Lars-Arne Dannenberg  
und Dr. Matthias Donath*

# Ein Stück sächsischer Geschichte



Bestellen oder verschenken Sie die „Sächsischen Heimatblätter“!

Die „Sächsischen Heimatblätter“ berichten in einem breiten Überblick über Kunst und Kultur, Natur und Denkmalpflege, Geschichte und Volkskunde. Dabei berücksichtigen sie alle Landschaften der sächsischen Heimat. Jeder Jahrgang umfasst bis zu **500 Seiten** mit durchgängig farbigen, reich illustrierten und verständlich geschriebenen Beiträgen. Im Abonnement erhalten Sie vier Ausgaben im Jahr.

Bestellungen richten Sie bitte an:  
Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna oder [shb@zkg-dd.de](mailto:shb@zkg-dd.de)



## IMPRESSUM Sächsische Heimatblätter

ISSN 0486-8234

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt  
Mitteilungsblatt des Vereins für sächsische Landesgeschichte e.V. und des Zentrums für Kultur und Geschichte e.V.

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit einem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna  
[shb@zkg-dd.de](mailto:shb@zkg-dd.de)

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath, Dr. Romy Petrick

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Prof. Dr. Thomas Bürger, Günter Donath, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Anneliese Eschke, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocké, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Dr. Igor Jenzen, Prof. Dr. Winfried Müller, Dr. Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Ralf Thomas, Dr. Michael Wetzel, Dr. Peter Wiegand

Herstellung: Redaktions- und Verlagsgesellschaft Elbland mbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 30,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft zwischen 8,50 € und 12,00 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugsweise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Titelbild: Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen in Prag, © Sächsische Staatskanzlei



# **BÖHMEN IST MEIN HEIMATLAND!**

**Deutsche und Tschechen  
in Nordböhmen 1918 – 1945**

**Schloss Weesenstein  
27.10.2018 – 31.03.2019**

# **ZEMĚ ČESKÁ, DOMOV MŮJ!**

**Němci a Češi  
v severních Čechách  
1918 – 1945**

**Zámek Weesenstein  
27.10.2018 – 31.03.2019**